

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2006

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Stefan Berger</i> : Kommunisten, Sozialdemokraten und das Demokratiedefizit in der Arbeiterbewegung	4
<i>Ottokar Luban</i> : Rosa Luxemburgs basisdemokratische Sozialismus-Konzeption	23
<i>Patricia Toucas-Truyen</i> : Lebenswege von Aktivisten der Genossenschaftsbewegung in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert	33
<i>José Gotoritch</i> : Zum biographischen Lexikon der KI-Mitarbeiter in Belgien, Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und in Moskau	44
<i>Arno Gräf</i> : Das Kinderhilfswerk deutscher Hitlergegner in der Tschechoslowakei und in Großbritannien (1937-1945)	53
<i>Elke Scherstjanoi</i> : Landarbeiterschutz versus Wirtschaftsaufschwung. Die SED in einem agrarpolitischen Interessenkonflikt (1945-1949)	67
<i>Siegfried Prokop</i> : Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost – die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU	83

Zu Heinrich Heine

<i>Thomas Höble</i> : Heinrich Heine und die deutsche Vorkriegssozialdemokratie	102
<i>Wolfgang Beutin</i> : „Ja, das Erbe der Gesamtheit / Wird dem einzelnen zur Beute ...“ (Atta Troll, Caput X), oder: Der zweigeteilte Heine (1949-1989)	110

Regionales

<i>Jörg Roesler</i> : Lodz: Die Industriestadt als Schmelztiegel der Ethnien? Probleme des Zusammenlebens von Polen, Juden und Deutschen im „polnischen Manchester“ (1865-1945)	121
---	-------	-----

Dokumentarisches

<i>Christa Hinckel</i> : Persönliche Dokumente – Inès F. Armand, Vladimir I. Lenin und Nadežda K. Krupskaja	130
---	-------	-----

<i>Ryszard Marut</i> : „Wir roden Kartoffeln, und der Krieg nimmt kein Ende...“ Eine polnische Familiengeschichte in Briefen (1939-1945)	142
--	-------	-----

Bericht

<i>Ulla Plener</i> : Betrogen – verschleppt – hingerichtet. Schicksale französischer Zwangsarbeiter. Von Berliner Schülern gestaltete Ausstellung	155
---	-------	-----

Informationen

<i>Ines und Gerd Kaiser</i> : Erinnerung bewahren – Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“	157
<i>Wolfgang Heyn</i> : Die „Freie Akademie“ e. V. (fa)	160

Rezensionen/Annotationen

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv 2004; 2005; 2006 (<i>Winfried Morgenstern</i>)	162
Stefan Bollinger (Hrsg.): Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik (<i>Horst Klein</i>)	164
Rosa Luxemburg. Aktual'nyje aspekty političeskoj i naučnoj dejatelnosti (<i>Erhard Hexelschneider</i>)	166
Unbeirrbar rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie. Erzählt und ausgewählt von Stefan und Witold Leder (<i>Annelies Laschitzka</i>)	168
Martin Oberpriller: Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition (<i>Horst Klein</i>)	171
Bernhard Neff: „Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe...“ Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890-1913 (<i>Heinz Niemann</i>)	173
„Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915-1917, hrsg. v. Heinz Deutschland (<i>Günter Benser</i>)	174
Susanne Miller: So würde ich noch einmal leben. Erinnerungen. Aufgezeichnet und eingeleitet von Antje Dertinger (<i>Ulla Plener</i>)	176
Reiner Tosstorff: Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937 (<i>Kurt Schilde</i>)	178
Oliver Reschke: Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925-1933) (<i>Jürgen Birg</i>)	179
Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Bd. 1, Bd. 2, Bd. 3 (<i>Paul Heider</i>)	180
Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937 (<i>Rainer Holzke</i>)	183
Karl Heinz Roth/Angelika Ebbinghaus (Hrsg.): Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen (<i>Kurt Finker</i>)	185
Ulla Plener (Hrsg.): Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance (<i>Herbert Mayer</i>)	187

Thomas Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Arbeitskräfte; Gabriella Hauch (Hrsg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz, VW, Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter (<i>Jörg Roesler</i>) 189
Anja Kuhn/Thomas Weiß: Zwangsarbeit in Hattingen (<i>Rainer Holze</i>) 191
Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen. Hrsg. von Elke Scherstjanoi (<i>Jutta Petersdorf</i>) 191
Hannsjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR; Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft (<i>Stefan Bollinger</i>) 192
Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949-1961 (<i>Gerhard Tietze</i>) 195
André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR (<i>Manfred Behrend †</i>) 197
Wolfgang Mühlfriedel/Edith Hellmuth: Carl Zeiss in Jena 1945-1990 (<i>Peter Hübner</i>) 198
Erika Sophie Schwarz (Hrsg.): Von ganzem Herzen Bäuerin. Eine Familien- und Dorfchronik in Briefen, geschrieben von 1952-1993 von Sophie Krzykus (<i>Fritz Zimmermann</i>) 201
Gerd Kaiser: Arbeit hat bitt're Wurzel... ..aber süße Frucht. Reflexionen über die Anfänge des Auslandsstudiums deutscher Studenten in der UdSSR (<i>Evemarie Badstübner</i>) 203
Jens Fischer: Geschichte im Dienste der Politik. Die Darstellung des Zeitraums von 1933 bis 1945 in den Geschichtslehrplänen und -schulbüchern der zehnklassigen polytechnischen Oberschule in der DDR von 1959 bis 1989 (<i>Florian Osburg</i>) 205
Julia Franziska Engels: „Helden an der Mauer“. Die propagandistische Aufbereitung von Republikfluchten (<i>Günter Simon</i>) 206
Wolfgang Kraushaar/Karin Wieland/Jan-Philipp Reemtsma: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF; Jeremy Varon: Bringing the War Home. The Weather Underground, the Red Army Faction, and Revolutionary Violence in the Sixties and Seventies (<i>Jochen Weichold</i>) 207
Klaus Roth (Hrsg.): Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa (<i>Stefan Bollinger</i>) 210
Elizabeth C. Dunn: Privatizing Poland (<i>Christa Hübner</i>) 212
Die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig (<i>Ursel Herschel</i>) 213
Nachsatz 214
Autorenverzeichnis 215
Impressum 216

Kommunisten, Sozialdemokraten und das Demokratiedefizit in der Arbeiterbewegung

Stefan Berger

Im 20. Jahrhundert blieben die Debatten über die soziale Demokratie im Rahmen der Frage nach Transformation oder Reform des Kapitalismus. Das galt sowohl für die politische als auch für die akademische Debatte. Linke Politiker stritten über diese Frage, und zumeist links von der Mitte stehende Akademiker diskutierten die Hauptzüge unterschiedlicher Transformations- und Reformstrategien. Daß dies so war, lag weitgehend am Sieg der Bolschewiki in der Sowjetunion (ab 1917) und der nachfolgenden Entstehung starker kommunistischer Parteien, schließlich auch kommunistischer Regime in vielen Weltteilen. Zinovjews 21 Bedingungen für die Aufnahme in die neue Kommunistische Internationale spalteten die sozialdemokratischen Parteien in den meisten europäischen Ländern, und die darauf folgende Zweiteilung der politischen Arbeiterbewegung in sozialdemokratische und kommunistische Parteien wurde zu einem bestimmenden Kennzeichen des kurzen 20. Jahrhunderts.¹ Allerdings bezeichneten sich nicht alle sozialdemokratischen Parteien als sozialdemokratisch. Die französischen Sozialisten, die britische Labour Party und die deutschen Sozialdemokraten bekannten sich sämtlich zu einem deutlich umrissenen Ideenbestand, der sie in die Sozialistische Arbeiterinternationale führte und von der Komintern abgrenzte. Wichtige graduelle Unterschiede spiegelten sich zuweilen in den Selbstbezeichnungen dieser Arbeiterparteien, aber im großen ganzen können sie alle als sozialdemokratisch eingestuft werden, nicht zuletzt deswegen, weil sie die Hauptwidersacher der kommunistischen Parteien im Spektrum der Linken wurden. Die Zweiteilung dominierte schließlich die Debatte über die Linke im 20. Jahrhundert.² Kommunisten und die kommunistische Historiographie beschuldigten die Sozialdemokraten, sie verrieten die Interessen der Arbeiterklasse durch Preisgabe des Endziels und Orientierung auf die Reformierung des Kapitalismus. Sozialdemokraten und die sozialdemokratische Historiographie wollten dagegen alternative Wege zu einem Gesellschaftsprojekt rechtfertigen, das eine Verteilung der Ressourcen und Lebensaussichten durch Verbinden von staatlicher Intervention und Märkten erreichen sollte. Kommunisten wie Sozialdemokraten ging es vorwiegend darum, mehr soziale Gleichstellung von oben her durchzusetzen. Beide stritten um die besten Mittel zu diesem Zweck. Folglich drehte sich die Debatte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im 20. Jahrhundert in vielem um sozialökonomische Systeme

1 Siehe Eric Hobsbawm: *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991*, London 1994 (dt. zuerst: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München u. a. 1995).

2 Siehe Geoff Eley: *Reviewing the Socialist Tradition*, in: Christiane Lemke/Gary Marks (Hrsg.): *The Crisis of Socialism in Europe*, Durham 1992, S.21-60.

– eine Art von feindseligem Dialog zum Thema, welche Wirtschaftsordnung für die Mehrzahl der Angehörigen der Gesellschaft vorteilhafter wäre.³

Der Kapitalismus bestimmte das Diskursmuster der Debatte. Andere Fragen hatten zurückzutreten. Zweifellos gehörte die Demokratie zu den Fragen, die in der Linken nicht gründlich diskutiert wurden. 1919 behauptete Sidney Webb, daß „die Sozialisten bisher sehr wenig zur Theorie oder Praxis der Demokratie beigesteuert haben“.⁴ 76 Jahre später konnte Will Hutton noch immer schreiben: „Die Demokratie oder die Reform des Staatsaufbaus stand nie weit oben auf dem sozialistischen Wunschzettel.“⁵ Eine gründliche vergleichende Analyse der Beschäftigung kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien mit dem Begriff und der Theorie der Demokratie würde gewiß erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien aufdecken, aber ich behaupte hier, daß die Debatten über die Demokratie überall den von den Debatten über den Kapitalismus gesetzten Rahmen einzuhalten hatten. Selbst der abtrünnige Kommunist Arthur Rosenberg, der den rühmenswürdigen Versuch unternahm, 150 Jahre Sozialismusgeschichte im analytischen Rahmen von „Sozialismus und Demokratie“ zu beschreiben, konnte diesem Diskursmuster nicht entrin- nen. Rosenberg unterschied zwischen sozialistischer Demokratie und verschiedenen Formen bürgerlicher Demokratien. Sozialistische Demokratie wurde definiert durch das Endziel, den Kapitalismus abzuschaffen und die Selbstverwaltung der Massen einzuführen. Dagegen war die soziale Demokratie für Rosenberg eine von vier Typen der bürgerlichen Demokratie. Sie bezwecke zwar die politische Emanzipation der arbeitenden Klassen, stelle aber die Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht in Frage. Daher stehe sie den anderen drei Typen der bürgerlichen Demokratie näher: der imperialistischen (England), der liberalen (Schweiz, Norwegen) und der kolonialen (Kanada) Demokratie.⁶ Und natürlich, um nur ein weiteres einflußreiches Beispiel zu nennen, besagt Max Horkheimers berühmtes Diktum: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, ebenfalls: Wer über Demokratie (oder schließlich über irgendein poli- tisches System) reden will, muß auch vom Kapitalismus reden. Nicht nur marxistische Historiker und Politiker gingen von der Annahme aus, daß das Wirtschaftssystem die Politik bestimme; diese Behauptung teilten viele derjenigen bürgerlichen Sozial- historiker, die beim Abfassen ihrer Geschichtswerke auf Max Webers Sozialtheorie zurückgriffen. Auch sie glaubten, sozialökonomische Wandlungen seien bestimmend

3 Zu ausgezeichneten Übersichten über die europäische Linke im 20. Jahrhundert siehe Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism: The West European Left in the Twentieth Century*, London 1996; Stefano Bartolini: *The Political Mobilization of the European Left 1860-1980. The Class Cleavage*, Cambridge 2000, und Geoff Eley: *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850-2000*, Oxford 2002.

4 Sidney Webb: *A Stratified Democracy*, in: *New Commonwealth*, 28.11.1919, Beilage, S.2.

5 Will Hutton: *The State We're In*, London 1995, S.48.

6 Siehe Arthur Rosenberg: *Demokratie und Sozialismus*, Amsterdam 1938, Nachdruck Frankfurt a.M. 1962; s. a. die englische Ausgabe *Democracy and Socialism. A contribution to the political history of the past 150 years*, London 1939.

für politische Wandlungen. Mit dem Aufstieg des Poststrukturalismus und einer neuen politischen Geschichte in den 1980er und 1990er Jahren wurden solche Voraussetzungen struktureller ökonomischer Determiniertheit scharf kritisiert. Stattdessen strich man die Autonomie politischer Prozesse und die Konstruiertheit aller zum Verständnis der Welt verwendeten Konzepte und Ideen heraus. Doch während eines Großteils des 20. Jahrhunderts teilten kommunistische und sozialdemokratische Historiographen den festen Glauben an die Existenz solcher Zusammenhänge von der Wirtschaftsordnung als primär und dem politischen System als sekundär.

War der Kapitalismus der Angelpunkt der Debatte, so diskutierten Kommunisten und Sozialdemokraten und ihre jeweiligen Historiographen auch über die Vorzüge und die Wortbedeutung von „Demokratie“. Beide Ideologien versuchten, die Idee der Demokratie für sich zu beanspruchen. Kommunisten bezogen sich gewöhnlich auf die Marxsche Unterscheidung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie.⁷ Marx behauptete, in der französischen Revolution von 1848 hätten sich die beiden Demokratie-Konzepte erstmals getrennt. Die bürgerliche Demokratie beruhe weiter auf dem Pfeilerpaar der individuellen Rechte und Freiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit. Hier sei die Demokratie ein formaler Mechanismus der Interessenvertretung. Die proletarische Demokratie gehe davon aus, daß die formal-demokratischen Mechanismen mit sozialem Inhalt erfüllt werden müssen. Außerdem bedürfe die politische Demokratie der Ergänzung durch die Demokratisierung der Machtverhältnisse in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft. Die auf den politischen Bereich beschränkte Demokratie habe letztendlich der partizipativen Demokratie in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft zu weichen. In späterer Zeit sollte die Räte-demokratie der Pariser Kommune für Marx das Vorbild einer echten proletarischen Demokratie bieten.⁸ Nach Marx würde solch eine partizipative Demokratie den Staat in den Dienst echter menschlicher Bedürfnisse stellen. In dieser Hinsicht vertrat er das Gegenbild zu Hegels Staatsphilosophie.

Marx führte auch den Ausdruck „Diktatur des Proletariats“ ein, der danach viel Anlaß zu Mißverständnissen bot. Marx gebrauchte den Ausdruck nicht, um die Beseitigung des demokratischen Republikanismus anzuregen. Er verwendete ihn vielmehr, um die künftige proletarische Demokratie zu beschreiben. Marx zufolge beruhten alle Demokratien auf einer Klassenherrschaft. Die demokratische Republik sei die fortgeschrittenste politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Auf ihrem Boden habe der Klassenkampf des Proletariats die besten Erfolgsaussichten. Marx brach entschieden mit dem Verschwörergeist der von ihm so genannten utopischen Sozialisten. Die proletarische Demokratie, nach der Revolution errichtet, würde die demokratische Republik nicht abschaffen. Wandeln würden sich nur der Kontext und der Inhalt dieser Republik. Doch daß Marx für eine „Diktatur des Proletariats“ eintrat, gab Raum für Fehlkonstruktionen, zumal er sich nie darum

7 Siehe Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin 1960, S.111-207.

8 Siehe A. Demirovi: Marx und die Aporien der Demokratietheorie, in: Das Argument, Jg. 30, 1988, S.847-860.

kümmerte, die Frage nach der sozialen Organisation der Demokratie systematisch zu durchdenken.⁹ Die Bolschewiki rechtfertigten ihre Ablehnung der liberal-demokratischen Herrschaft und der repräsentativen Demokratie damit, daß eine gesonderte Periode einer „Diktatur des Proletariats“ notwendig sei, in der die alte Klassengesellschaft zu überwinden wäre. Die Bolschewiki konnten sich dazu auf den Avantgardismus berufen, d. h. auf die Idee, daß ihre Partei, eine Minderheit von Revolutionären, die theoretischen Mittel und Erkenntnisse zum Führen der arbeitenden Klassen besitze und in ihrem Namen und Interesse handle. Sobald die klassenlose Gesellschaft geschaffen sei und es Übereinstimmung der Interessen gebe, seien zudem nicht mehrere politische Parteien nötig, denn es brauchten nicht mehr antagonistische Interessen vertreten zu werden. Reale Demokratie bestehe nun in der energischen Verteidigung der Arbeiter- und Bauerninteressen durch die kommunistische Partei. Politische Diskussionen und Debatten fanden nur in den Führungsorganen dieser Partei statt. Die demokratischen Rechte des Volkes, die z. B. die Stalinsche Verfassung von 1936 verkündete, waren reiner Lug und Trug.¹⁰ Die Kluft zwischen dem offiziellen kommunistischen Demokratiediskurs und der Wirklichkeit scharfer Unterdrückung von Ideen, die den Führern der kommunistischen Partei mißfielen, war für alle, die sehen wollten, immer stärker sichtbar.

Die Sozialdemokraten hoben emsig das Fehlen demokratischer Grundrechte in kommunistischen Vorstellungen hervor und behaupteten oft, die diktatorische Natur der Kommunisten rücke sie in die Nähe des Faschismus. Beide Regime seien zwei Seiten einer Medaille namens Totalitarismus. Die Sozialdemokraten präsentierten sich angelegentlich als die Erben jener Demokraten des 19. Jahrhunderts, die hart darum gekämpft hatten, die Hinterlassenschaft des Liberalismus zu überwinden. Bürgerschaftlichkeit sollte nicht mehr durch Bildung und Eigentum definiert sein. Die Wahlrechtsreform wurde zur Parole der Sozialdemokraten in ganz Europa, weil sie der Mehrheit der Menschen Zugang zum politischen Bereich verschaffen wollten. Sie entnahmen ihr Stichwort ebenfalls den marxistischen Debatten um die Herausbildung von Klassen und glaubten fest, die arbeitenden Klassen würden letzten Endes die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung stellen. Die Aufgabe der Sozialdemokraten sei es, diese Arbeiter zu schulen und so zur Entwicklung ihres Klassenbewußtseins beizutragen. Diesen Schulungsprozeß – auch hier deutlich einer Avantgarde zugeordnet – könne am besten eine stark zentralisierte landesweite Partei vollziehen. Klassenbewußte Arbeiter würden für diese Partei stimmen, was dieser wiederum erlauben werde, die Staatsmacht zu ergreifen. Das Ergreifen der Staatsmacht galt als Vorbedingung dafür, den Kapitalismus zunehmend zu reformieren und ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einzuführen. Der unter west-

9 Siehe Uwe-Jens Heuer: Demokratie/Diktatur des Proletariats, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Berlin 1995, S.534-551.

10 Siehe Iring Fetscher: Von Marx zur Sowjetideologie. Darstellung, Kritik und Dokumentation des sowjetischen, jugoslawischen und chinesischen Marxismus, Frankfurt a.M. 1977, S.132-138.

europäischen Sozialdemokraten weit verbreitete Glaube, durch das Ergreifen der Staatsmacht vermittels der Wahlen werde es unweigerlich zum Sozialismus kommen, führte mit dazu, daß sich getreue Anhänger des Sozialismus in der II. Internationale einem unkritischen Etatismus verschrieben. Der Sozialismus würde beginnen, sobald die sozialdemokratischen Repräsentanten der Arbeiterklasse den Staatsapparat in der Hand hätten. Der Kautskyanismus, der Bernsteinsche Revisionismus, der Fabianismus und die meisten Varianten des marxistischen Denkens auf dem Kontinent waren in diesem Glauben an den Etatismus vereint.

Die Demokratie wurde somit in erster Linie ein Mittel zum Zweck. So erklärte das Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) von 1869: „Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“¹¹ Die politische Demokratie war also das Mittel, soziale Gleichstellung zu erreichen. Als Eduard Bernstein sich erlaubte, anderer Meinung zu sein, und behauptete, Sozialismus bedeute für ihn in letzter Instanz Demokratie und Selbstverwaltung,¹² wollten ihm viele in der eigenen Partei nicht folgen. Mit Karl Kautsky glaubten sie, daß die bestehende Klassengesellschaft jede echte Demokratie unmöglich mache. Demokratische Institutionen im Klassenstaat würden jedoch den Klassenkampf erleichtern und so das Klassenbewußtsein steigern. Sie würden den Weg zur proletarischen Revolution bahnen, die in demokratischen Staaten, wie Großbritannien und Deutschland nach 1918, letztlich mit friedlichen Mitteln, d. h. mittels der Wahlen, geschehen werde. Deshalb war es nicht überraschend, daß Kautsky mit seinem „demokratischen Marxismus“¹³ gegen eine Übernahme des bolschewistischen Experiments in Westeuropa auftrat. Da Kautsky den genauen Charakter der demokratischen Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus nirgends spezifisch analysierte, blieb seine Demokratievorstellung weitgehend auf die parlamentarische Repräsentation und den Einsatz für die Rechte des einzelnen ausgerichtet. Allgemein ist zu bemerken, daß die marxistisch-sozialdemokratischen Bewegungen im späten 19. Jahrhundert den Details der Demokratie und der Demokratisierung wenig Aufmerksamkeit widmeten. Schließlich hatten sie praktisch alle (in unterschiedlichem Maß) eher mit dem Fehlen von demokratischen Strukturen zu kämpfen. Deshalb wollten sie lieber um demokratische Institutionen ringen als über knifflige Probleme demokratischer Systeme grübeln.¹⁴

Indessen könnte man behaupten, daß Kautsky, Bernsteins Hauptgegner in der Revisionismusdebatte, ziemlich ironischerweise ebenso dem liberal-demokratischen Denken verpflichtet war wie sein ideologischer Widersacher. Beide hielten an dem

11 Abgedruckt in: Dieter Dowe (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1984, S.173-178, hier S.174.

12 Siehe Manfred B. Steger: The Quest for Evolutionary Socialism: Eduard Bernstein and Social Democracy, Cambridge 1997, S.140.

13 Dick Geary: Karl Kautsky, Manchester 1987, S.78.

14 Siehe Anton Pelinka: Social Democratic Parties in Europe, New York 1983, S.14.

Glauben fest, daß die politische Demokratie die normative Vorbedingung für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft sei. Sowohl Bernstein wie auch Kautsky verfochten das Konzept der repräsentativen Demokratie, die sie höher stellten als die direkte Demokratie.¹⁵ In dieser Hinsicht folgten sie eher Kant und Mill als Rousseau, und beide waren von der juristisch fundierten Sprache der britischen Verfassungstheorie beeinflusst. Bernstein achtete jedoch zweifellos mehr auf die diffizilen Probleme der Demokratisierung und verknüpfte die Demokratie fester mit dem Sozialismus als die meisten anderen Marxisten seiner Zeit, Kautsky eingeschlossen.

Die europaweite Revisionismusdebatte offenbarte, wie sehr sozialdemokratische Führer in marxistischen Parteien an repräsentativen Demokratieformen festhielten. Ramsay MacDonald betrachtete seinen engen persönlichen Freund Bernstein als intellektuellen Mentor.¹⁶ Der französische Sozialist Jean Jaurès war wie Bernstein davon überzeugt, daß Republikanismus und Demokratie unbegrenzt in allen Bereichen der Gesellschaft voranschreiten würden. Er rief seine sozialdemokratischen Genossen auf, sich konstruktiv in den politischen Prozeß einzubringen und Bündnisse mit anderen Parteien und Klassen zu schließen, um den Zielen der Sozialdemokratie auf spezifischen Gebieten der Politik näherzukommen.¹⁷ Die Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) hatte bekanntlich ihre eigene Bernstein-Version in Gestalt Hjalmar Brantings, der – anders als Bernstein – seine Partei von deren Gründung bis 1925 nahezu unangefochten anführte. Antonio Labriola, der „Vater des italienischen Marxismus“, verfocht die schrittweise Einführung einer Gesellschaftsreform, welche die demokratische Idee ausdehnen und an bestehende demokratische Institutionen knüpfen würde.¹⁸

In der Weimarer Republik hatte die junge deutsche Demokratie keinen entschiedeneren Protagonisten als die Sozialdemokratie. Das Görlitzer Programm von 1921 gelobte Treue zur „demokratischen Republik“. Rudolf Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“ verstand die Demokratie als die spezifische Staatsform der Arbeiterklasse. Wie sein Mentor Kautsky vertrat Hilferding die Vorstellung, daß die Demokratie die Grundbedingung für die sozialistische Transformation der Gesell-

15 Kautsky trug wirksam dazu bei, den deutschen sozialistischen Apostel der direkten Demokratie, Moritz Rittinghausen, aus dem Feld zu schlagen. Er attackierte ihn von 1893 an energisch. Zu dessen Ideen über die direkte Demokratie siehe Moritz Rittinghausen: *Die direkte Gesetzgebung durch das Volk*, Köln 1877. Zu Kautskys Vorwürfen gegen Rittinghausen siehe Karl Kautsky: *Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie*, Stuttgart 1893.

16 Siehe David Marquand: *Ramsay MacDonald*, London 1977, S.56-58, 164.

17 Zu Jaurès siehe Leszek Kołakowski: *Main Currents of Marxism. Its Rise, Growth and Dissolution*, Bd. 2, Oxford 1978, S.129-132. (dt. zuerst: *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall*, 3 Bde., München-Zürich 1977-1979).

18 Siehe Luigi Dal Pane: *Antonio Labriola nella Politica e nella Cultura Italiana*, Turin 1975.

schaft sei.¹⁹ Sozialdemokratische Verfassungstheoretiker wie Gustav Radbruch und Hermann Heller leisteten in den 1920er Jahren bedeutende Beiträge zur Demokratietheorie.²⁰ Sie betonten die zentrale Stellung der Rechtsstaatlichkeit beim Schutz aller Bürger vor Übergriffen des Staates auf die Sphäre ihrer individuellen Rechte. In der Zwischenkriegszeit dienten die Sowjetunion wie auch eine Reihe von faschistischen Regimen als starke Mahnung, wie wichtig der demokratisch verfaßte Staat im sozialdemokratischen Projekt war. Im autobiographischen Rückblick auf seine Erfahrungen als Justizminister in der Weimarer Republik äußerte Radbruch seine Enttäuschung darüber, daß er und seinesgleichen nicht vermocht hatten, die Sozialdemokraten noch fester an den demokratischen Staat zu binden: „Man hätte [...] der Masse mit allem Nachdruck sagen müssen, daß mit der Demokratie die Hälfte des sozialdemokratischen Programms verwirklicht sei, und daß es nun zuerst gälte, die gewonnene Stellung fest auszubauen.“²¹

Anderswo war es leichter gewesen, die Sozialdemokratie auf das Eintreten für den liberal-demokratischen Staat festzulegen. Während der Periode von Ministerpräsident Giovanni Giolitti vor dem Ersten Weltkrieg war die Parlamentsfraktion der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI) fest auf den parlamentarischen Weg zum Sozialismus eingeschworen.²² In Spanien setzte die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) nach dem Abschluß eines Bündnisses mit den Republikanern (1910) ihre gesamte Energie daran, einen liberal-demokratischen Staat zu erreichen. Danach bekannten sich bedeutende Parteiführer wie Indalecio Prieto zur Modernisierung und Regeneration Spaniens unter liberal-demokratischen (aber kapitalistischen) Bedingungen.²³ Die britische Labour Party folgte nach 1918 den Lehren MacDonalds sowie von Beatrice und Sidney Webb. Ihre Abgeordneten waren durch und durch für den parlamentarischen Weg zum Sozialismus.²⁴ Die schwedische SAP verstand sich schon in den 1920er Jahren nicht mehr als Partei der Arbeiterklasse, sondern als Volkspartei; sie verwendete dabei Per Albin Hansons Vorstellung vom Volksheim (*folkhemmet*) als entscheidendes ideologisches Instrument.²⁵ Die niederländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) löste 1937 ihre Bindung an den Marxismus. Statt für den Klassenkampf erklärte sie sich für die soziale Reform

19 Siehe F. Peter Wagner: Rudolf Hilferding: Theory and Politics of Democratic Socialism, Atlantic Highlands 1996.

20 Siehe Hermann Heller: Staat, Nation und Sozialdemokratie (1925), in: ders.: Gesammelte Schriften, Leiden 1971, S.527-542.

21 Gustav Radbruch: Der innere Weg. Aufriß meines Lebens, Göttingen 1961, S.131.

22 Siehe Toby Abse: Italy, in: Stefan Berger/David Broughton (Hrsg.): The Force of Labour, Oxford 1995, S.145-147.

23 Siehe Angel Smith: Spaniards, Catalans and Basques: Labour and the Challenge of Nationalism in Spain, in: Stefan Berger/ders. (Hrsg.): Nationalism, Labour and Ethnicity, c. 1870-1939, Manchester 1999, S.74f.

24 Siehe Ralph Miliband: Parliamentary Socialism, London 1961.

25 Siehe Sheri Berman: The Social Democratic Moment. Ideas and Politics in the Making of Inter-War Europe, Cambridge (Massachusetts) 1998, Kap. 7.

und die Erhaltung der Demokratie als wichtigste Ziele der Partei.²⁶ Aber auch in Ländern, die für ihre eher illiberalen Traditionen bekannt waren, verfochten Sozialdemokraten häufig die Werte der liberalen Demokratie. Im Juli 1933 mahnte Otto Bauer seine österreichischen sozialistischen Genossen, nicht die Tatsache zu übersehen, daß die Errichtung einer Diktatur des Proletariats inmitten entstehender faschistischer Diktaturen nicht in Frage komme. Statt dessen, so argumentierte er, falle die Entscheidung heute nicht zwischen Demokratie und Diktatur des Proletariats, sondern zwischen der Demokratie und der Diktatur des Faschismus.²⁷

Speziell in der Zwischenkriegszeit stärkte die Instabilität einer Reihe von Demokratien wieder die allgemeine Neigung der Sozialdemokraten, sich eher für die Klassen und den Klassenkampf zu interessieren, als für die Demokratie an sich. Schonungsloser Klassenkampf von oben schien in vielen der unlängst errichteten demokratischen Regime Mittel- und Osteuropas die bürgerliche Demokratie zu zerstören. Konnte die bürgerliche Demokratie also jemals zum Sozialismus führen? Viele Sozialdemokraten hielten weiter an diesem Glauben fest, obwohl bedeutende Minderheiten in den sozialdemokratischen Parteien anderer Ansicht waren. Letzten Endes fußten die Einheits- und Volksfronten der 1930er Jahre sämtlich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner: Verteidigung der parlamentarischen Demokratie gegen die vordringenden Kräfte des Faschismus.

Nach 1945, unter den Bedingungen der *Pax Americana* in Westeuropa, beschränkten sich die sozialdemokratischen Demokratie-Vorstellungen auf die parlamentarische Vertretung, die Rechtsstaatlichkeit und das Verfechten der Rechte des Individuums. Insbesondere wurde jetzt der „schwedische Weg zum Sozialismus“ zum Vorbild für viele Sozialdemokraten in Westeuropa. Die schwedische SAP hatte seit den frühen 1930er Jahren unbestreitbar als erste sozialdemokratische Partei und mit größtem Erfolg pluralistische demokratische Machtpolitiken akzeptiert und praktiziert. Sie hatte ein gewichtiges Bündnis mit der Agrarpartei (die überwiegend landwirtschaftliche Interessen vertrat) geschlossen und als Regierungspartei mit keynesianisch-antizyklischen Wirtschaftspolitiken zu experimentieren begonnen. Im Rahmen der liberalen konstitutionellen Ordnung und des demokratischen Staates gingen die schwedischen Sozialdemokraten daran, einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ zu produzieren. Die SAP war der Überzeugung, daß Demokratie und klassenübergreifende Bündnisse der Schlüssel zu einer künftigen sozialistischen Gesellschaft seien. Ihre führenden Theoretiker wie Hjalmar Branting, Ernst Wigforss und Per Edvin Sköld waren ihre führenden Politiker, und sie glaubten gemeinsam grundsätzlich an die Fähigkeit des liberal-demokratischen Staates, den Sozialismus hervorzubringen.

26 Siehe Dietrich Orlow: *Common Destiny. A Comparative History of the Dutch, French and German Social Democratic Parties, 1945-1969*, Oxford 2000, S.21.

27 Siehe Otto Bauer: Um die Demokratie, in: *Der Kampf*, Jg. 26, Juli 1933, S.270, wiedergegeben nach: Gerd-Rainer Horn: *European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s*, Oxford 1996, S.22.

War die kommunistische Demokratie-Vorstellung das fadenscheinigste Feigenblatt einer Diktatur, so wurde die sozialdemokratische Demokratie-Vorstellung zunehmend auf liberale Versionen der repräsentativen Demokratie eingeengt.

Was zunehmend zwischen den dominanten kommunistischen und sozialdemokratischen Historiographien außer Sicht geriet, waren früher vorhandene Demokratie-Vorstellungen bei Sozialistengruppen, die weder dem kommunistischen noch dem sozialdemokratischen Paradigma entsprachen. Da gibt es zunächst die Geschichte der frühen Arbeiterbewegung, die der Bildung „regelrechter“ sozialdemokratischer Parteien vorausging. Diese Geschichte wird in den kommunistischen und sozialdemokratischen Erzählungen allzuoft als bloße Vorgeschichte behandelt. Aber das war häufig eine andere Geschichte als jene der späteren sozialistischen Massenparteien. Zum Beispiel vertraten in Großbritannien die radikalen Arbeiterorganisationen der Chartisten in den 1830er und 1840er Jahren Forderungen nach einem demokratischeren Gemeinwesen, die einige Sozialistengruppen in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aufgriffen. Sie wurden aber nach 1906 im Mainstream, in der Labour Party, zu Randerscheinungen.²⁸ In Deutschland hat Thomas Welskopp erst unlängst die Frühgeschichte der Sozialdemokratie wieder zu einer voll berechtigten Eigengeschichte erhoben. Er hob durchgängig hervor, daß die frühe Sozialdemokratie integrierender Bestandteil einer demokratischen und nationalrevolutionären Volksbewegung war. In der organisationsinternen Demokratie mit vereinbarten Satzungen und gewählten Komitees standen ihre Mitglieder niemandem nach. In ihrer Verbandskultur pflegten sie eine aktive Bürgerschaftlichkeit und betrachteten diese als Schlüssel zur Selbstverwirklichung.²⁹ Desgleichen zeigte Maurice Agulhon für die frühe französische Arbeiterbewegung, wie die Arbeiter in Vereinen, Klubs und Gesellschaften ihren eigenen öffentlichen Raum gestalteten und ein breites Spektrum sozialer, politischer und kultureller Anliegen artikulierten.³⁰

Die frühe Arbeiterbewegung in Europa mitsamt den Abteilungen, die Marx und Engels als utopische Sozialisten abtaten, entwickelte in der Tat Gedanken zum Kommunitarismus, zur Kooperation und zur Selbstverwaltung, die in sozialdemokratischen Geschichtsdarstellungen weitgehend übergangen wurden. Sie verfochten und praktizierten häufig auch die Frauenbefreiung und eine radikale Genderpolitik, mit der die Linken oft erst im späten 20. Jahrhundert gleichzogen.³¹

Manche dieser Traditionen aus dem frühen 19. Jahrhundert überlebten und gediehen weiter in den anarchosyndikalistischen Gepflogenheiten der direkten industriellen Aktion und der Arbeiterselbstverwaltung. Zwar agierten einige Anarchistenkreise strikt konspirativ, mit autoritärer Führung und der Tendenz, demokratische Verfah-

28 Siehe Logie Barrow/Ian Bullock: *Democratic Ideas and the British Labour Movement, 1880-1914*, Cambridge 1996.

29 Siehe Thomas Welskopp: *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.

30 Siehe Maurice Agulhon: *The Republic of the Village: The People of the Var from the French Revolution to the Second Republic*, Cambridge 1982.

31 Siehe Pamela Pilbeam: *French Socialists Before Marx. Workers, Women and the Social Question in France*, Teddington 2000, insbes. Kap. 6 über „die ‚neue‘ Frau“.

ren in jeder Hinsicht zu mißachten. Andere waren dagegen für weitestgehende partizipative Demokratie in lokalen, auf engere Ziele orientierten Gemeinschaften souveräner Individuen, die möglichst in freiwilligen größeren Föderationen kooperieren und im Idealfall keine komplizierten Vertretungsformen entwickeln sollten. Überall stand die anarchosyndikalistische Haltung, die mißtrauisch alle zentralistischen Organisationen und Institutionen, einschließlich politischer Parteien, Parlamente, Kirchen und Staat, ablehnte, in ausgeprägtem Kontrast sowohl zur sozialdemokratischen als auch zur kommunistischen Tradition.³²

In der Revolutionsperiode zwischen 1917 und 1923 waren Räterepubliken das Ziel einer Reihe von sozialistischen Revolutionären in Mittel- und Osteuropa. Sie hegten Vorstellungen von einer radikalen und direkten Demokratie, die oft mit Forderungen nach stärkerer Kontrolle über Abgeordnete, dem Eintreten für Volksentscheide und Volksbefragungen sowie mit Vorschlägen für rotierende Führungswechsel einhergingen. Letztere sollten der Heldenverehrung vorbauen, die in sozialdemokratischen und kommunistischen Organisation dermaßen hervorstach.

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten die Linksozialisten eine gesonderte Gruppe zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten. Mehrere Parteien schlossen sich weder der Komintern noch der sozialdemokratischen II. Internationale an, sondern gründeten 1921 die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, auch als „Wiener Union“ bezeichnet. Während der 1920er und 1930er Jahre setzte sich eine Reihe unabhängiger Sozialisten über die scharfen Zweiteilungen zwischen kommunistischem Dogmatismus und sozialdemokratischem Reformismus hinweg. Häufig sind gerade in dieser Gruppe die interessantesten Gedanken zur Demokratie zu finden. Die Demokratie wurde nicht einfach als politischer Prozeß betrachtet, sondern als Mechanismus der Entscheidungsfindung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen, der auf allen Ebenen der Gesellschaft wirksam werden mußte. Als Kernfrage galt nicht die politische, sondern die soziale Macht. Demokratische Verfahren wurden in allen Machtverhältnissen als erforderlich angesehen – in der Familie, an der Arbeitsstelle, in Nachbarschaftsgruppen und sogar in der Armee. Unter denjenigen Linksozialisten, die sich weder dem Reformismus der Sozialdemokratie noch den undemokratischen Posen der Kommunisten verschreiben wollten, waren Ideen zur Wirtschaftsdemokratie, zur Arbeiterkontrolle, Sozialisierung und Arbeiterselbstverwaltung besonders stark ausgeprägt.

Besonderer Nachdruck wurde oft auf die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs gelegt. Forderungen nach „Wirtschaftsdemokratie“ waren in der Zwischenkriegszeit populär und wurden damals sogar von vielen sozialdemokratischen Parteien übernommen. In Deutschland arbeitete Fritz Naphtali, der von 1925 bis 1928 das Institut für Wirtschaftsforschung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) leitete, diese Idee aus. Die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs

32 Siehe Marcel van der Linden/Wayne Thorpe (Hrsg.): *Revolutionary Socialism: An International Perspective*, Amsterdam 1989; David Goodway (Hrsg.): *Anarchism: History, Theory and Practice*, London 1989.

sollte durch Erweiterung der Befugnisse der Betriebsräte und durch Schaffung von Institutionen für ökonomische Selbstverwaltung, in denen die Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Arbeitgebern vertreten sein sollten, erreicht werden. Erste Schritte zur „Wirtschaftsdemokratie“ seien bereits im Kapitalismus zu erzielen, hauptsächlich durch staatliche Eingriffe in zentrale ökonomische Entscheidungsprozesse. Vollständige „Wirtschaftsdemokratie“ wäre jedoch, wie Naphtali betonte, erst in einer sozialistischen Wirtschaft möglich. Deshalb blieben die Transformation des Kapitalismus und die Demokratisierung der Verfügung über das Privateigentum an den Produktionsmitteln das langfristige Ziel des ADGB.³³ Die niederländische SDAP forderte am Ende des Ersten Weltkrieges ebenfalls eine bedeutend verbesserte Beteiligung der Arbeiter am Management.³⁴ In Großbritannien bezeugten nach 1918 die Whitley-Räte sowie in den späten 1920er Jahren die Mond-Turner-Verhandlungen ein Interesse an Wirtschaftsdemokratie in Teilen der britischen Gewerkschaftsbewegung, das sich mehr theoretisch auch bei Sidney Webb, G.D.H. Cole und Harold Laski zeigte.³⁵ In Frankreich erklärte Jaurès, daß die politische Demokratie der Republik auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes ausgedehnt werden müsse.³⁶

Doch ungeachtet dessen, daß Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie unter Sozialdemokraten aus dem Mainstream populär waren, finden wir in der Zwischenkriegszeit das meiste Interesse an der Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft bei Gruppen von linken Sozialdemokraten, Gilden-Sozialisten, Anarchosyndikalisten und unorthodoxen Kommunisten. Der Etatismus kommunistischer oder sozialdemokratischer Spielart ließ ihrer Ansicht nach das Problem der sozialen Macht außer Betracht und war nicht aktiv bestrebt, die Werkträgigen im Alltagsleben zu bevollmächtigen. Die Menschen sollten im Tagesgeschehen Demokratie praktizieren, statt die Verantwortung für Entscheidungen an gewählte Vertreter oder eine Avantgarde-Partei zu delegieren. Sie sollten ermutigt werden, direkter über ihr eigenes Leben zu bestimmen. Ortsgebundene direkte Demokratien, wo die Menschen in allen Lebensbereichen Demokratie realisieren könnten, hätten den Vorzug zu bekommen gegenüber dem erdrückenden Gewicht stark bürokratisierter Parteien, Gewerkschaften und Staaten. Rosa Luxemburgs Opposition gegen Lenin beruhte vor allem auf anderen Ideen vom demokratischen Aufbau der Gesellschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg traten viele dieser Anliegen wieder hervor, als 1956 erstmals die Neue Linke auftrat, in den 1960er Jahren die Studentenbewegung vor-

33 Siehe John Moses: *The Concept of Economic Democracy within the German Socialist Trade Unions during the Weimar Republic*, in: *Labour History*, Jg. 34, 1978, S.45-57.

34 Siehe Lex Heerma van Voss: *The Netherlands*, in: Berger/Broughton (Hrsg.): *Force of Labour*, S.39-70, hier S.50.

35 Siehe Jutta Rabenschlag-Kräußlich: *Parität statt Klassenkampf? Zur Organisation des Arbeitsmarkts und Domestizierung des Arbeitskampfs in Deutschland und England 1900-1918*, Frankfurt a. M. 1983; Michael Dintenfuss: *The Politics of Producers' Co-operation: the FBI-TUC-NCE Talks 1929-1933*, in: John Turner (Hrsg.): *Businessmen and Politics: Studies of Business Activity in British Politics, 1900-1945*, London 1984.

36 Siehe Kołakowski, *Main currents*, Bd. 2, S.130.

drang und die zweite Welle des Feminismus anließ, in den 1970er Jahren die grün-ökologischen Bewegungen anwuchsen und in den 1980er und 1990er Jahren Vorstellungen von aktiver Bürgerschaftlichkeit im kommunitaristischen Denken wieder auflebten.

1956 kam es in Osteuropa zu verschiedenen Versuchen, die stalinisierten Volksdemokratien zu demokratisieren. Am weitesten gingen die Reformen in Polen und Ungarn, wo sie wirtschaftliche, kulturelle und politische Liberalisierung sowie Experimente mit Basisdemokratie einschlossen, die schließlich zur Proklamierung eines Mehrparteienstaates in Ungarn am 30. Oktober und zum Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 führten. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts am 4. November 1956 und die rasche Wiedererrichtung eines dogmatischen kommunistischen Regimes lösten in Westeuropa auf Dauer die Bindungen großer Teile der intellektuellen Linken an die Sowjetunion und das kommunistische Projekt in Osteuropa.

Die Kritik am Stalinismus ging im Westen mit fortdauerndem Festhalten am Antikapitalismus einher. Linke Intellektuelle erkundeten alternative Wege zur Überwindung der kapitalistischen Systeme des Westens. E. P. Thompsons Beschäftigung mit der Ethik (statt der Ökonomik) des Kapitalismus und sein Insistieren auf der Lebensführung der Arbeiter im Kapitalismus waren eine direkte Reaktion auf seine gedankliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten im Anschluß an 1956. Sein Interesse für die Tätigkeiten der Arbeitenden war auch ein Interesse für die Art, wie die Menschen ihr Alltagsleben organisierten.³⁷

In den 1960er Jahren waren die Studenten sehr angetan von Max Horkheimers Attacken auf den „integralen Etatismus“. Dieses Konzept hatte Horkheimer erstmals 1942 im kalifornischen Exil vorgelegt. Ihm zufolge hatte der „autoritäre Staat“ – ob kapitalistischer oder kommunistischer Machart – seine Machtmechanismen dermaßen vervollkommen, daß er ohne Rückgriff auf offenen Terror funktionieren könne. In kapitalistischen Staaten seien sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften integrierende Bestandteile des autoritären Staates geworden. Vormalige Organisationen für die Interessen der Arbeiter, hätten sie den Fortschrittsbegriff auf das Vorankommen des Staatskapitalismus heruntergeschraubt. Der reale Widerpart in Horkheimers energischem Essay waren die Bürokratie und der bürokratische Staat. Das Ziel war, den Individuen Spielräume für Entscheidungen über ihr Leben gegen übermächtige zentralisierte Bürokratien zu verschaffen.³⁸

Die Bedeutung von 1968 für die Linke in Europa lag im Verfechten des Antiautoritären und in der Formulierung einer neuen demokratischen Politik des Alltagslebens, die stolz deklarierte: Das Persönliche ist politisch. Sie forderte die Herrschaft der

37 Siehe z. B. E. P. Thompson: *The Communism of William Morris: A lecture by Edward Thompson given on 4th May 1949 in the Hall of the Art Workers' Guild, London*, London 1965, S.18.

38 Siehe Max Horkheimer: *Autoritärer Staat*, in: ders.: *Gesellschaft im Übergang*, Frankfurt a.M. 1981.

Menschen über ihr eigenes Leben und stellte Praktiken der Selbstverwirklichung jener Entfremdung gegenüber, die der passive Konsumismus produzierte.³⁹ An den Universitäten experimentierten die Studenten mit neuen demokratischen Lehr- und Studienformen.

1968, im Anschluß an die studentische Rebellion der 1960er Jahre, sehen wir auch eine starke feministische Bewegung entstehen. Zu ihren Hauptanliegen gehörte die Befreiung der Frauen, die nachweislich am meisten unter der autoritären Regelung der Gender-Beziehungen litten. Frauen-Befreiungsbewegungen kamen plötzlich in ganz Westeuropa auf. In kleinen ortsgebundenen und demokratisch verfaßten Gruppen koordinierten sie einfallreiche Kampagnen für die Legalisierung der Abtreibung und gegen eine große Menge von Praktiken, die Frauen diskriminieren und herabsetzen. Die wichtigsten Forderungen der Feministen waren insbesondere die nach dem Recht der Frauen auf Bestimmung über ihren eigenen Körper (reproduktive Rechte) sowie auf Beschäftigung, gleiche Entlohnung und generell auf Zugang zu sozialer und politischer Macht, und alle waren eng mit Fragen der Demokratie verbunden.⁴⁰

Die grüne Bewegung griff die Kritik an kommunistischen und sozialdemokratischen Fortschritts-Vorstellungen auf, die linke Dissidenten in den 1950er und 1960er Jahren geäußert hatten. Sie betonte, daß Lebensqualität nicht bloß an maximalen ökonomischen Wachstumsraten und steigendem Konsumniveau gemessen werden kann. Ein derartiger Fortschritt hatte zu entfremdenden Formen des Konsumismus und zu rücksichtsloser Ausbeutung der Natur geführt. Dringend erforderlich sei es, neue Wege zur Gestaltung sozialer Gemeinschaften und kollektiver Identitäten zu suchen. Die Grünen pflegten die antiautoritäre Gegenkultur von 1968 und wollten Unterstützung für Projekte, die wie in der studentischen Rebellion der 1960er Jahre den Geist der partizipativen Demokratie und der direkten Aktion atmeten. Als Parteien konnten sie sich schwer mit festen und bürokratisierten Organisationsstrukturen anfreunden und bildeten lieber informelle, lockere Organisationen, die oft eine tief verwurzelte Abneigung gegen Formen von Führerschaft und Offizialität zeigten. Ihr „Nein“ zum Konsumismus fand seinen Ausdruck in der Formulierung einer spezifischen post-materialistischen politischen Agenda, die in den 1980er und 1990er Jahren erhebliche Anteile verschiedener europäischer Wählerschaften für sich einnehmen konnte.⁴¹ Eine Reihe von grünen Denkern versuchte, – oft sehr unterschiedliche – Antworten auf die zentrale Frage nach der Neugestaltung des Verhältnisses der Menschheit zur natürlichen Umwelt und nach der Demokratisierung des Alltagslebens der Bürger in ganz Europa zu geben.⁴²

39 Siehe Ronald Fraser u. a.: 1968: A Student Generation in Revolt, New York 1988; David Caute: The Year of the Barricades: A Journey through 1968, New York 1988.

40 Siehe Monica Threlfall (Hrsg.): Mapping the Women's Movement: Feminist Politics and Social Transformation in the North, London 1996.

41 Siehe Gerassimos Moschonas: In the Name of Social Democracy. The Great Transformation: 1945 to the Present, London 2002, S.154-156.

42 Siehe Alan Scott: Ideology and the New Social Movement, London 1990.

Kommunitaristische Denker gingen, nicht anders als die grünen Theoretiker, davon aus, daß die Menschen von der Bevormundung seitens großer zentraler Organisationen befreit werden müssen. Die Kommunitaristen stellten sich die Gesellschaftsordnung oft so vor, daß sie aus kleinen dezentralisierten Gemeinden bestehen soll, in denen die einzelnen einander kennen und auf gemeinsamer Wert- und Normenbasis zusammenwirken.⁴³ Kommunitaristische Denker haben an Sozialdemokraten und Kommunisten kritisiert, daß sie sich einseitig damit befaßten, die Gleichverteilung von Ressourcen zu optimieren. Dabei hätten sie die zentrale Frage übergangen, wie die Menschen in Entscheidungsprozesse, die diese Ressourcenbewilligungen betreffen, einbezogen werden können. Deshalb sei die traditionelle Linke nicht fähig gewesen, eine überzeugende Theorie der politischen Demokratie, die das aktive Engagement der Bürger in den Mittelpunkt rückt, hervorzubringen. Statt dessen habe sie einen „Ammen-Staat“ geschaffen, der bei großen Teilen der Unterprivilegierten Abhängigkeit von Sozialleistungen und die passive Hinnahme zunehmend geschmälerter Leistungen seitens eines entkräfteten, mit einer Wirtschaftskrise nach der anderen ringenden Staates produziere. Nach Ansicht der Kommunitaristen muß die erforderliche Einschränkung des öffentlichen Sektors mit Anreizen zu aktiveren Formen von Bürgerschaftlichkeit einhergehen, wodurch die Menschen zur Eigenkontrolle über ihr Leben ertüchtigt würden. Das sei nur dort möglich, wo diverse Formen sozialer Ausgrenzung wirksam überwunden werden. Das neue sozialdemokratische Denken – insbesondere der britischen Labour Party – hat umfangreiche Anleihen bei den kommunitaristischen Auffassungen von Bürgerschaftlichkeit genommen.⁴⁴

Während des 20. Jahrhunderts zeigten Minderheitentraditionen in der Linken durchweg bemerkenswerten Sinn und Interesse für die Probleme der demokratischen Organisationen der Gesellschaft, einen Sinn, der dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen Mainstream weitgehend (wenn auch nie vollständig) abging. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist die Zweiteilung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die das Vorjahrhundert strukturierte, verschwunden. Der Klassenstandpunkt ist längst nicht mehr die dominante Scheidelinie in europäischen Politiken. Die globale Wirtschaftsordnung heißt Kapitalismus, und ihr Widersacher in Gestalt der Anti-Globalisierungs-Bewegung ist ein Gemisch von Anti-Bewegungen, denen es sowohl an Zusammenhalt als auch an überzeugenden Alternativen mangelt.

Außer Zweifel steht, daß der kommunistische Weg ein gewaltiger Fehlschlag war: Er konnte zu keinem lebensfähigen sozialökonomischen System führen, konnte oft nicht einmal die Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung erfüllen. Was insbesondere

43 Siehe Michael Taylor: *Community, Anarchy and Liberty*, Cambridge 1982; Amitai Etzioni: *The New Golden Rule: Community and Morality in a Democratic Society*, New York 1996 (dt.: *Die Verantwortungsgesellschaft*, Frankfurt a. M.-New York 1997).

44 Siehe Andrew Gamble/Anthony Wright (Hrsg.): *The New Social Democracy*, Oxford 1999; Lothar Funk (Hrsg.): *The Economics and Politics of the Third Way*, Hamburg 1999.

den Gegenstand dieses Aufsatzes angeht, versäumte es der kommunistische Weg, demokratische Verfahren, die ihm Legitimität unter größeren Teilen der Bevölkerung verschafft hätten, zu entwickeln. Statt dessen verließ er sich auf zentralisierte Bürokratien, die Neuerungen abwürgten und menschliche wie natürliche Ressourcen in großem Maß vergeudeten.

Im Vergleich dazu hat die Sozialdemokratie eine beachtliche Erfolgsgeschichte aufzuweisen. Westeuropa wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts weitgehend verändert. Die sozialdemokratischen Prinzipien der Gleichheit, der Wohlfahrt und des staatlichen Eingreifens in die Märkte halfen, es für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zu einem besseren Raum zu gestalten. Es gibt immer noch empörende Ungleichheiten im Konsum, aber selbst der ärmere Teil der Bevölkerung erhielt in zuvor beispiellosem Maß Zugang zu Ressourcen.

In den 1980er Jahren kam die Sozialdemokratisierung der europäischen Politik ins Stolpern. Der siegreiche Neoliberalismus stempelte drei der vier Säulen des alten sozialdemokratischen Selbstverständnisses als Hauptübel und Ursachen der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre ab: Der Etatismus, die keynesianische Wirtschaftspolitik und der Sozialstaat standen von nun an als verwerflich da. Nur eine Säule blieb weitgehend heil: das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Demokratie. Die Demokratie schien, nach den Worten von Paul Hirst, tatsächlich „die beste Antwort des Sozialismus an die Rechte“⁴⁵ zu sein. Aber solch eine Erklärung führt uns nur im Kreis herum und zurück auf die Frage: Was für eine Demokratie?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts muß das Demokratie-Projekt neu durchdacht werden. In den 1990er Jahren war viel die Rede von der wachsenden Ernüchterung der Wähler über die politischen Parteien, die ihren Ausdruck in immer geringerer Wahlbeteiligung fand. In zunehmender Anzahl zogen sich Bürger sogar aus dem begrenzten Raum zurück, in dem sie vorher aktiv waren: aus der Wahlkabine. Ihre Passivität schien die Legitimität repräsentativer Demokratien zu gefährden. Diese Entwicklung hing gewiß auch mit der einseitigen sozialdemokratischen Sorge darum zusammen, den Bürgern angemessene Ressourcen zu verschaffen und sie vor den Kapripen der Märkte zu schützen. Derart etatistische Politiken versahen passive Bürger mit Rechten wie auch mit Pflichten und produzierten einen staatlich dirigierten Kollektivismus. Politik und politische Prozesse entfernten sich immer weiter vom Alltagsleben der Bürger. In das Institutionensystem, das sie vor Willkürherrschaft schützen sollte, waren diese kaum einbezogen. Wenn Freiheit institutionalisiert sein muß, dann ist sie heute sicherlich zu sehr institutionalisiert. Macht wurde zu sehr *für* die Bürger statt *von* den Bürgern ausgeübt. Tatsächlich wurde oft ausdrücklich von Aktivierung und Politisierung der Bürger abgesehen, weil hochgradige Politisierung als gefährlich für die politische Stabilität galt. Joseph Schumpeter behauptete 1942 in seiner Untersuchung zum Verhältnis zwischen Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Menschen neigten zu unvernünftigem Handeln. Man könne sich nicht darauf verlassen,

45 Paul Hirst: *Democracy: Socialism's Best Reply to the Right*, in: Barry Hindess (Hrsg.): *Reactions to the Right*, London 1990, S.161.

daß sie vernünftige beziehungsweise moralische Entscheidungen treffen.⁴⁶ Schumpeter, der vor dem europäischen Faschismus geflüchtet war, fühlte sich von massenpsychologischen Theorien angezogen, und der Sieg des Faschismus in vielen europäischen Staaten der Zwischenkriegszeit warf lange Schatten auf die demokratischen Theorien der Nachkriegsära. Das Volk sollte nichts weiter tun, als alle paar Jahre zu wählen.

Es kann gesagt werden, daß die seitens der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert betriebene Erweiterung der Bürgerrechte nicht immer die Förderung aktiverer Formen von Bürgerschaftlichkeit einschloß. In den 1960er und 1970er Jahren hatten manche Linke bereits behauptet, die repräsentativen Demokratien im Westen gleichen „dünnen Demokratien“.⁴⁷ Heute haben diese Demokratien es nötig, sich der entscheidenden Frage zuzuwenden, wie in ihrer jeweiligen Bevölkerung ein aktiverer Bürgersinn geweckt werden soll. Bürgerschaft muß weniger vom Status und mehr von aktiver Praxis und Erfahrung leben. Doch solche Bürger müssen geschaffen werden: Sie brauchen Ressourcen, insbesondere Bildung, Wissen und Erfahrung; aber das fortdauernde Bestehen hierarchischer und autoritärer Strukturen in der Gesellschaft wird zum deutlichen Hindernis für die Möglichkeit demokratischen Lernens.⁴⁸

Eine Reihe von unterschiedlichen Denkern der Gegenwart hat wenigstens begonnen, dieses Problem, mehr Menschen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, zu bearbeiten.⁴⁹ Und eine transformierte Sozialdemokratie ringt mit der Aufgabe, einige der oben umrissenen Hauptfragen anzupacken.⁵⁰ So ist zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der Demokratisierung ein zentraler Bestandteil von Anthony Giddens' „Drittem Weg“. In seiner historischen Analyse kommt Giddens zu dem Schluß, daß „der Sozialismus eng mit Demokratie-Idealen verbunden ist [...] Der reformistische Sozialismus [...] hat die Bedeutung der Demokratie für sozialistische Ziele anerkannt [...] Die Demokratie bietet dem Wesen nach ein Gefüge, innerhalb dessen sozialistische Parteien friedlich zur Macht aufsteigen und ihr Programm des Wandels verwirklichen können.“⁵¹ Tatsächlich hat die Sozialdemokratie Beträchtliches für die Demokratisierung geleistet. Sie hat entscheidend zur Stärkung der par-

46 Siehe Joseph Schumpeter: *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York 1942 (dt. zuerst: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946).

47 Siehe Benjamin R. Barber: *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*, Berkeley (Kalifornien) 1984; siehe auch Philip Green: *Retrieving Democracy*, London 1985.

48 Siehe Adrian Oldfield: *Citizenship: An Unnatural Practice?*, in: *Political Quarterly* Jg. 61, 1990, S.177-187.

49 Siehe Edmund Neill: *British Political Thought in the 1990s*, in: Stefan Berger (Hrsg.): *Labour and Social History in Great Britain: Historiographical Reviews and Agendas 1990 to the Present*, Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen Jg. 28, 2002, S.167-184.

50 Siehe Herbert Kitschelt: *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge 1994.

51 Anthony Giddens: *Beyond Left and Right: The Future of Radical Politics*, Cambridge 1994, S.59, 62.

lamentarischen Demokratie beigetragen, nicht zuletzt durch Wahlrechtsreformen. Sie festigte einen öffentlichen Raum, der öffentliche Freiheiten bewahrt. Sie verfolgte eine Zivilgesellschaft mit erweiterten Arbeiterrechten. Sie kämpfte für die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften und baute eine Wohlfahrtsgesetzgebung auf, die soziale Rechte verankert. Keine schlechte Bilanz nach allen erdenklichen Regeln.

Und doch beschäftigt die Notwendigkeit einer weiteren „Demokratisierung der Demokratie“ gegenwärtige Analytiker wie Giddens. Er ruft die Linke auf, über die orthodoxe liberale Demokratie hinauszugehen und mit der Ausdehnung der Demokratie auf weitere soziale Bereiche zu experimentieren. Letzten Endes, so argumentiert Giddens, könnte die Demokratisierung sehr wohl das Hauptmittel sein, um den sozialen Zusammenhalt in den westlichen Gesellschaften zu steigern.⁵² Aufrufe zur „Demokratisierung der Demokratie“ und zur „zweiten Welle der Demokratisierung“ häufen sich in Giddens Schriften über den „Dritten Weg“. Demokratisierung der politischen Entscheidungsfindung, Verfassungsreform (Dezentralisierung), effiziente Verwaltung, weniger Bürokratie, lokale direkte Demokratie und stärkere aktive Einbeziehung der Bürger beschreiben „eine Regierungsform, deren Förderung das Ziel der Sozialdemokratie sein sollte: den neuen demokratischen Staat“.⁵³

Giddens hat allerdings nicht als erster politischer Philosoph der Linken die Demokratie in den Mittelpunkt gerückt. Margaret Thatcher feierte den dritten ihrer aufeinanderfolgenden Wahlsiege, als John Keane nahelegte, die kriselnde sozialistische Tradition mit Hilfe der Demokratie-Theorie neu zu beleben. Sein erklärtes Ziel war es zu zeigen, „wie die Bedeutung von ‚Sozialismus‘ radikal in ein Synonym für die Demokratisierung der Zivilgesellschaft und des Staates abgeändert werden kann und muß“.⁵⁴ Desgleichen, wenn auch mit anderen Akzenten, hat Jürgen Habermas ausführlich dargelegt, daß der Sozialismus unter liberal-demokratischen Aspekten umgedacht werden müsse. Seine Theorie des kommunikativen Handelns ist noch immer die Grundlage dafür, wie die Bürger Konsens anstreben und gemeinschaftliche Brüderlichkeit erreichen können.⁵⁵ Habermas betonte auch die Bedeutung der liberalen Freiheiten und der bürgerlichen Rechte. Letzten Endes ist, Habermas zufolge, die Frage, wie die Macht organisiert wird, durch Entscheidungen darüber, wer zur Macht gelangt, nicht gelöst. Deshalb wird das Recht zum zentralen Element, einen prekären Interessenausgleich in demokratisch verfaßten Gesellschaften zu bewahren.⁵⁶

52 Siehe ebenda, S.104-133.

53 Siehe Anthony Giddens: *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Cambridge 1998, S.70-77; ders.: *The Third Way and its Critics*, Cambridge 2000, S.58-63.

54 John Keane: *Democracy and Civil Society. On the Predicaments of European Socialism, the Prospects for Democracy and the Problem of Controlling Social and Political Power*, London 1987, S.XIII.

55 Siehe Jürgen Habermas: *The Theory of Communicative Action*, 2 Bde., New York 1989; siehe auch Axel Honneth/Hans Joas (Hrsg.): *Communicative Action: Essays on Jürgen Habermas's Theory of Communicative Action*, Harvard 1991.

56 Siehe Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a. M. 1992.

Im 21. Jahrhundert muß die Linke die Ordnung der Dinge umkehren. In einem Werk, das gewiß die temperamentsvollste Verteidigung der Ambitionen der europäischen Linken und zugleich die schärfste Kritik ihrer Fehlschläge bietet, vertrat Geoff Eley unlängst in marxistischer Sicht den Standpunkt: „Wenn ‚die Linke‘ nicht mit dem Sozialismus, sondern mit einem umfassenderen und anspruchsvolleren Demokratie-Gefüge in allen zugehörigen sozialen, ökonomischen, kulturellen und persönlichen Dimensionen gleichgesetzt wird, könnten die untauglich machenden Folgen der Krisen des Sozialismus während des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts unter Kontrolle gebracht werden.“⁵⁷ Meiner Ansicht nach ist das grundsätzlich richtig und bietet die ergiebigste Sichtweise für heutige Darstellungen zur Geschichte der Linken. Eley, der in vielerlei Hinsicht versucht, Rosenbergs Geschichte des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus für das 21. Jahrhundert neu zu schreiben, legt großen Nachdruck auf das Bestreben der Demokratie, den Kapitalismus zu transformieren. Das ist zweifellos ein legitimer Standpunkt, aber es ist zugleich ein sehr traditioneller Standpunkt. Denn letzten Endes behält Eley, wie so viele linke Autoren vor ihm, die Priorität des Sozialökonomischen gegenüber dem Politischen bei. Bezeichnend ist, daß er in dem Buch durchweg vor präzisen Definitionen dessen, was er unter Demokratie versteht, zurückscheut. Problematisch ist, daß Eley Fortschritte der Demokratie an eine revolutionäre Perspektive bindet: „Die bedeutendsten Gewinne für die Demokratie wurden immer nur per Revolution erzielt.“⁵⁸ Revolutionäre Romantik scheint auf, wenn er schreibt: „Es bleibt etwas einzigartig Inspirierendes an dem Schauspiel in politische Bewegung geratener Menschenmassen, die gemeinsam die Zukunft in Angriff nehmen.“⁵⁹ Doch in der Einleitung, in der Eley von der Demokratie spricht, ist fast ausschließlich von liberalen Demokratie-Auffassungen und von Rechtsstaatlichkeit die Rede. Von einer liberalen Demokratie-Auffassung ausgehend, hätte die Linke natürlich viele Verbündete unter den europäischen linken Liberalen und christlichen Demokraten, die ebenfalls anstreben, die Teilhabe an der Demokratie auf breitere Bevölkerungsschichten auszudehnen. Bezeichnend ist, daß Eley an zwei Stellen tatsächlich die christliche Demokratie in seine Auffassung von der Linken einbezieht – allerdings ohne die Grundlagen der christlich-demokratischen Politik im Nachkriegs-Europa auch nur im Ansatz zu diskutieren.⁶⁰ Wenn Eley zuweilen bereitwillig zugesteht, daß die Sozialdemokraten Bedeutendes zu den Fortschritten der Demokratie im Europa des 20. Jahrhunderts beigetragen haben, so neigt er an anderen Stellen des Buches dazu, ihren Reformismus und Parlamentarismus zurückzuweisen. So wird zum Beispiel die „Verfassungsgläubigkeit“ („*constitutionalisation*“) der sozialdemokratischen Parteien in der Zwischenkriegszeit einseitig als konservatives Komplott dargestellt, den Radikalismus

57 Eley, *Forging Democracy*, S.503.

58 Ebenda, S.X.

59 Ebenda.

60 Siehe ebenda, S.289, 242.

der Arbeiterklasse abzuschwächen.⁶¹ Reformistische Parteien wie die britische Labour Party seien in den 1980er Jahren „im parlamentaristischen Trott steckengeblieben“;⁶² als ob politische Parlamentsarbeit wenig zu bedeuten habe. Während Eley das zurückweist, was für das demokratische Selbstverständnis der Sozialdemokraten entscheidend war, zeigt er zugleich bemerkenswerte Sympathien für das kommunistische Projekt, obwohl er zugeben muß, daß das sowjetische Modell die Demokratie aus dem Sozialismus „hinausgesäubert“ hat.⁶³ Kreative Energien und intellektuelles Potential werden ein um das andere Mal zuerst im westlichen Kommunismus, im Eurokommunismus und danach in den neuen sozialen Bewegungen lokalisiert, wogegen die Sozialdemokratie bestenfalls den widerwilligen Respekt des Autors erhält. Doch wie sehr man auch mit dieser eigenartigen Einstellung zur Linken differieren mag, letzten Endes hat Eley Recht: Die Geschichte der Linken als Triebkraft demokratischen Fortschritts im 19. und 20. Jahrhundert „muß wiederentdeckt und nach Verdienst behandelt werden“.⁶⁴ Sie muß gerade deshalb wiederentdeckt werden, weil die Linke diesen Aspekt ihrer Geschichte als Teil des größeren Kampfes um Bändigung oder Überwindung des Kapitalismus stets untertrieben hat. Eine gründliche Diskussion der Demokratie muß indessen, meiner Ansicht nach, von Debatten über sozialökonomische Systeme befreit werden. Natürlich muß das ökonomische System der Gesellschaft ebenfalls demokratisiert werden, und der Kapitalismus war und bleibt ein großes Hindernis auf diesem Weg. Daher ist der Antikapitalismus als Durchbruch zur Demokratie eine für die Linke taugliche Kritik. Aber die Demokratie ist ein tiefgreifendes und bedeutenderes Projekt als die Überwindung des Wirtschaftssystems des Kapitalismus. Die Demokratie muß echten Vorrang vor müden Debatten über sozialökonomische Transformationen erhalten. Der deutsche Soziologe Oskar Negt, ehemaliger 68er und zeitweiliger Berater des Kanzlers Gerhard Schröder, hat unlängst erklärt: „Eine öffentliche Debatte über Demokratie und Sozialismus [...] wäre ein erster wichtiger Schritt zur Lösung des Selbstverständigungsdilemmas der Linken.“⁶⁵ Ich bin versucht zu fragen: Wieso ein erster Schritt? Betrachtet doch eine Diskussion über Demokratie und Sozialismus als den entscheidenden Schritt zu einer anderen Identität der Linken, die auf die Dauer ihre einseitige Fixierung auf die Wirtschaft zur Ruhe bettet. Die Linke kann nicht aus ihrer eigenen Geschichte „hinaustreten“⁶⁶, aber sie kann beginnen, andere Geschichten über ihre Vergangenheit zu erzählen, und damit Einfluß auf die Art und Weise nehmen, wie sie die Zukunft gestalten kann.

Aus dem Englischen übersetzt von Joachim Wilke.

61 Siehe ebenda, S.241.

62 Ebenda, S.464.

63 Siehe ebenda, S.306.

64 Ebenda, S.10.

65 Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Frankfurt a. M. 1998, S.166, siehe auch S.135-142 zu einer Diskussion über neue Formen demokratischer Teilhabe.

66 Gerassimos Moschonas zieht die Folgerung, daß „die Sozialdemokratie bereit ist, aus ihrer eigenen Geschichte ‚hinauszutreten‘“ (Name of Social Democracy, S.329).

Rosa Luxemburgs basisdemokratische Sozialismus-Konzeption*

Ottokar Luban

Im Rahmen eines wissenschaftlichen Disputs wurde vom Verfasser die Frage aufgeworfen, ob Rosa Luxemburg zur von Lenin und den Bolschewiki dominierten kommunistischen Bewegung zu rechnen sei, „oder ob sie [Rosa Luxemburg] nicht vielmehr als Vertreterin einer linksradikalen Variante der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten ist, da ihre Ideen durchaus im Spektrum der Vorkriegs-SPD [also vor 1914] lagen.“¹ Dieser Frage soll hier – mit dem Schwerpunkt auf Rosa Luxemburgs basisdemokratischer Konzeption – nachgegangen werden, wobei die Beantwortung nur unter Berücksichtigung des gesamthistorischen Kontextes des späten deutschen Kaiserreiches sowie der programmatischen und praktisch-politischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) zum Jahreswechsel 1918/19 möglich ist.

Zwischen Erfurter Programm 1891 und Novemberrevolution 1918

Als Rosa Luxemburg 1898 nach Deutschland übersiedelte, um in der SPD mitzuwirken, kam sie in ein Land mit einer halbabsolutistischen Staatsform. Es gab zwar ein Parlament, den Reichstag, doch dieser hatte wenig Rechte. Der Kaiser, nicht die Reichstagsabgeordneten, bestimmte und ernannte den Reichskanzler und die Staatssekretäre bzw. entließ sie. Der Kaiser entschied über Krieg und Frieden und über alle Angelegenheiten des Heeres und der Marine. Bei der allgemeinen Gesetzgebung konnte der Bundesrat, in dem das Königreich Preußen mit seinem undemokratischen Dreiklassenwahlrecht eine Vormachtstellung besaß, alle Vorlagen des Reichstags blockieren. Formal hatte das Parlament ein einziges wirksames Mittel

* Überarbeitete Fassung eines Referats, gehalten auf der Konferenz der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“ zusammen mit dem „Institut für Weltsozialismus“ des ZK der KP Chinas und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin am 21./22.11.2004 in Guangzhou, China.

1 Siehe Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – Demokratische Sozialistin oder Bolschewistin?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S.409-420, hier S.420. Siehe auch Jürgen Rojahn: Parlamentarismus-Kritik und demokratisches Ideal. Wies Rosa Luxemburg einen „dritten Weg“?, in: Theodor Bergmann/Jürgen Rojahn/Fritz Weber (Hrsg.): Die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburg und das Problem der Demokratie, Hamburg 1995, S.11-27; Manfred Scharrer: Rosa Luxemburg – „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, S.391-408; ders.: „Freiheit ist immer...“ Die Legende von Rosa & Karl, Berlin 2002; Bernd Faulenbach: Rosa Luxemburg als Mythos? Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum], 2003, Nr. 29, S.75-88.

gegenüber der kaiserlichen Regierung, nämlich die Bewilligung oder Ablehnung der von der Regierung benötigten Finanzmittel, das sogenannte Budgetrecht.²

Faktisch war dieses Mittel ein stumpfes Schwert. Denn im Falle einer Ablehnung der Haushaltsmittel durch den Reichstag drohten die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Das war Ende 1906 der Fall, als eine Mehrheit des Reichstags der Regierung die Finanzmittel für die militärische Aufrüstung verweigerte. Nach Auflösung des Parlaments entfachten die reaktionären und konservativen Parteien und Interessenverbände vor den Neuwahlen 1907 eine nationalistische Propagandaschlacht gegen die Sozialdemokraten. Die SPD verlor fast die Hälfte ihrer Reichstagsmandate. Die kaiserliche Regierung hatte sich somit eine Mehrheit für die Bewilligung der Militärausgaben im neuen Reichstag verschafft.

Insgesamt hatte sich das Bürgertum in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts mit dem halbabsolutistischen System arrangiert und entwickelte keine Initiativen für eine Demokratisierung.³ Wichtig sind in diesem Zusammenhang zwei Aussagen des Historikers Dieter Groh: Die bürgerlichen Interessenverbände und Propagandaorganisationen hatten in den 1890er Jahren ihre Instrumente zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung so weit perfektioniert, daß die Mehrheit der Bourgeoisie „nicht nur nationalistisch und imperialistisch, sondern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch antidemokratisch, vor allem aber antisozialistisch eingestellt [war], weite Teile auch sogar antiliberal und antisemitisch“.⁴ Die „Machtelite in Verwaltung und Armee“ rekrutierte sich bis zum November 1918 „vornehmlich aus spätfeudal-agrarischen Schichten“.⁵ „Neben Schule und Armee erwies sich vor allem die preußische Exekutive [d. h. die Administration, d. Verf.] als stärkstes Bollwerk gegen das Vordringen der Sozialdemokratie“⁶ und man kann hinzufügen: auch gegen alle Demokratisierungsbestrebungen.

Für die Zeit nach der Novemberrevolution 1918 muß man sich vor Augen halten, daß die beschriebenen Strukturen des späten Kaiserreichs durch die revolutionären Ereignisse nicht zerstört oder entscheidend verändert wurden.

Trotz der weitgehenden Machtlosigkeit des Reichsparlaments nutzten die deutschen Sozialdemokraten die Wahlkämpfe und die Debatten im Reichstag zur Propagierung ihrer Ideen, und zwar mit großem Erfolg. Bei den Reichstagswahlen stieg die Zahl der SPD-Stimmen und der SPD-Mandate vor dem Ersten Weltkrieg, mit Ausnahme der Wahlen von 1907, stetig an: von 1.427.298 Stimmen (19,7 Prozent) und 35

2 Siehe Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: Werner Conze (Hrsg.): Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert (Beiheft zur Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“), Stuttgart 1967, S.70-92, vor allem S.78-84; Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt a. M. 1997, S.31-38.

3 Siehe Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. u. a. 1973, S.23, 25f., 31.

4 Ebenda, S.31, siehe auch S.52f.

5 Ebenda, S.23.

6 Ebenda, S.56.

Reichstagssitzen (8,8 Prozent) in 1890 auf 4.250.399 Stimmen (34,7 Prozent) und 110 Sitze (27,7 Prozent) im Jahre 1912.⁷ Einen starken Zuwachs erlebte die SPD auch bei den Mitgliederzahlen, die sich von 384.327 in 1906 auf 1.085.905 in 1914 fast verdreifachten.⁸

Diese Erfolge der Sozialdemokraten waren unter erschwerten Bedingungen errungen worden. Zwar endete 1890 das zwölf Jahre währende Sozialistengesetz und damit das Verbot der sozialdemokratischen Parteiorganisation, doch drohten danach immer wieder repressive Gesetze gegen die SPD oder sogar reaktionäre Staatsstreich mit allgemeiner Rücknahme der bescheidenen demokratischen Rechte. Die Wahlkreiseinteilung benachteiligte die Sozialdemokraten in starkem Maße. SPD-Mitglieder und sich offen bekennende SPD-Sympathisanten wurden sozial diskriminiert und von Berufen in der staatlichen Verwaltung weitgehend ausgeschlossen. „Polizei und Justiz führten vielerorts einen erbarmungslosen Kleinkrieg gegen ihre Presse und Organisationen.“⁹ Kritik sozialdemokratischer Journalisten und Redner an den Vertretern der konservativen Verwaltung wurde häufig von den Gerichten als Beleidigung gewertet und mit Gefängnis- oder Geldstrafen geahndet. Die Politische Polizei überwachte die SPD-Organisation mit einem dichten Spitzelnetz. Das Ergebnis dieser Überwachung fand in vielen Akten der Politischen Polizei zu Parteiführern wie August Bebel, aber auch zu Funktionären der mittleren und unteren Parteebene sowie über einzelne Parteiorganisationen seinen Niederschlag. Ein kleiner Teil dieser Akten ist kurz vor der Novemberrevolution 1918 von der Leitung der Politischen Polizei in Berlin vernichtet worden. Ein großer Teil blieb erhalten und konnte später von der Geschichtsforschung genutzt werden.¹⁰

Grundlage der sozialdemokratischen Programmatik waren die Theorien von Karl Marx in der Interpretation von Friedrich Engels und Karl Kautsky mit dem Parteivorsitzenden August Bebel als wichtigstem Propagandisten: Auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den hochindustrialisierten Staaten würde es mit wissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit zum Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft mit einer Machtübernahme durch das Proletariat kommen; die Proletarier und ihre politischen Vertreter würden die errungene Regierungsgewalt zu einer grundlegenden Umstrukturierung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialisti-

7 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, in zwei Bänden, Berlin 1987, Bd. 2, S.720.

8 Siehe ebenda, Bd. 1, S.308.

9 Ullrich, Großmacht, S.176.

10 Siehe Groh, Integration, S.28f., 37f., 115, 523, 525, 534-536, hier insbesondere auch die Anmerkungen 281 und 283; Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, 3 Bde., Frankfurt a.M.-New York 1995, Bd. 1, S.53f., 89-92 mit Beispielen; Dokumente aus geheimen Archiven. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-1918, bearbeitet von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S.XII, XXIV-XXVII, 3ff.; Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lasalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt a. M. 1964, S.275-277.

sche Gesellschaft – hauptsächlich auf dem Wege der Vergesellschaftung der Produktionsmittel – nutzen. Endziel war nicht eine neue Klassenherrschaft (des Proletariats), sondern eine Gemeinschaft der Gleichen, in der alle Bürgerinnen und Bürger nicht nur politisch gleichgestellt, sondern auch wirtschaftlich und sozial gleichberechtigt sein würden. In der Zeit der kapitalistischen Gesellschaft war es somit Aufgabe der SPD, der Arbeiterschaft die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat bewußt zu machen, mit dem Ziel, den Zusammenbruch zu beschleunigen und die Proletarier auf die Aufgabe der Machtübernahme und der anschließenden Errichtung der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten. Gleichzeitig sollte durch die sozialdemokratische Agitation in Versammlungen, Zeitungen und in den Parlamenten öffentlicher Druck zugunsten einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft ausgeübt werden.¹¹

Die Vorstellungen über die Form der Machtübernahme durch das Proletariat und ihre politische Vertretung blieben in den Reden und Schriften der Sozialdemokraten in der Zeit des späten Kaiserreichs sehr allgemein. Friedrich Engels sah in einem Brief an die deutschen Parteiführer für die SPD die Möglichkeit, im Rahmen einer republikanischen Verfassung an die Macht zu kommen.¹² Er gab sich aber damit zufrieden, daß dies nicht als Forderung in das Parteiprogramm von 1891 aufgenommen wurde. Denn der Parteivorstand befürchtete bei offener Propagierung der Republik strafrechtliche Schritte gegen die SPD und eventuell sogar ein erneutes Parteiverbot. Karl Kautsky erwartete bei künftigen Wahlen eine eindeutige SPD-Mehrheit, da Dreiviertel der Wähler für die Ziele der Sozialdemokratie zu gewinnen wären.¹³ Allerdings schien die Möglichkeit einer proletarischen Regierung trotz des Glaubens an den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft in einiger Ferne zu liegen. Denn die Machtstrukturen des Wilhelminischen Kaiserreichs erwiesen sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges immer wieder als sehr stabil.¹⁴ Dennoch prog-

11 Siehe Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erfurter Programm) von 1891, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, hrsg. und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964, S.82-86. August Bebel führte auf dem SPD-Parteitag im Oktober 1899 in Hannover aus: „Den bürgerlichen Parteien stehen wir gegenüber als eine *revolutionäre* Partei, insofern als wir bestrebt sind, an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund auf anders gestaltete, eine sozialistische, zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist. Nach dieser Richtung hin müssen wir unter allen Umständen die schärfste Scheidegrenze aufrecht-erhalten. Vor allem müssen wir auch daran festhalten, daß die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft *nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann* [...]“ (August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 4: Reden und Schriften Januar 1896 bis Dezember 1899, Endredaktion: Anneliese Beske und Eckhard Müller, München u. a. 1995, S.482. Siehe auch Miller, Problem, S.210-215.

12 Siehe Friedrich Engels: Zur Kritik des Sozialdemokratischen Parteiprogrammentwurfs 1891, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S.92-94; siehe auch Miller, Problem, S.262.

13 Siehe Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand, hrsg. und eingeleitet von Georg Fülberth, Frankfurt a. M. 1972, S.69.

14 Siehe Groh, Integration, S.189.

nostizierte Bebel in aller Öffentlichkeit wiederholt den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, den „Kladderadatsch“, wie am 22. Januar 1903 und zuletzt am 9. November 1911 im Reichstag.¹⁵

Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden von den Sozialdemokraten nur für den Fall erwartet, daß die Bourgeoisie gewaltsamen Widerstand gegen die Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei oder die dann folgende grundlegende Umgestaltung in eine sozialistische Gesellschaft leisten würde.¹⁶

Dabei ist hervorzuheben, daß die sozialdemokratische Programmatik seit dem Erfurter Programm von 1891 nicht allein und in erster Linie die Herstellung der politischen Gleichstellung vorsah, sondern die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft durch die Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung aller Angehörigen der sozialistischen Gesellschaft, gleich welcher Herkunft. Die demokratische Staatsform, z. B. die Republik, war „für das ‚Endziel‘ [die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, d. Verf.] nichts als ein Mittel“, so Susanne Miller.¹⁷

Rosa Luxemburg zur Rolle der Demokratie während ihrer ersten Jahre in der SPD

Die Äußerungen Rosa Luxemburgs zur Rolle der Demokratie blieben, insbesondere in ihren ersten Jahren in der deutschen Sozialdemokratie, vollständig im Rahmen der oben grob skizzierten sozialdemokratischen Programmatik und Agitation. Schon in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“, entstanden aus der Auseinandersetzung mit dem Theoretiker des Revisionismus Eduard Bernstein, legte Rosa Luxemburg ihre Auffassungen zur Demokratie dar: „[...] die Demokratie ist unentbehrlich, nicht, weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat *überflüssig*, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso *notwendig* wie auch *einzig möglich* macht“.¹⁸ Sie betonte mehrfach, daß es dabei darauf ankäme, die Demokratie für die Machtübernahme durch das Proletariat und seine politische Vertretung mit der anschließenden grundlegenden Umgestaltung in eine sozialistische Gesellschaft zu nutzen.¹⁹ Die „Eroberung der Staatsgewalt“ durfte nach Luxemburg nicht in Form von „blanquistischen Staatsstreich einer ‚entschlossenen Minderheit‘“ erreicht werden, sondern nur „durch die große, und [zwar] klassenbewußte Volksmasse“.²⁰ Der „gewerkschaftliche und parlamentarische Kampf“ diene dazu, „das Proletariat allmählich zur Besitzergreifung der politischen Gewalt zu führen und zu erziehen“.²¹ Auch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft „setzt einen langen und

15 Siehe August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 7/1: *Reden und Schriften 1899 bis 1905*, bearbeitet von Anneliese Beske/Eckhard Müller, München u. a. 1997, S.296; ders.: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 8/2: *Reden und Schriften 1906 bis 1913*, bearbeitet von Anneliese Beske/Eckhard Müller, München u. a. 1997, S.576.

16 Siehe Karl Kautsky: *Das Erfurter Programm*, Berlin 1965 [Erstausgabe: 1892], S.112.

17 Miller, *Problem*, S.269.

18 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, 1. Halbbd., Berlin 1970, S.432.

19 Siehe ebenda, S.400, 428f., 431.

20 Ebenda, S.434.

21 Ebenda, S.400f.

hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat allem Anschein nach mehr als einmal zurückgeworfen“ werde.²² Die proletarische Revolution, die Regierungsübernahme durch eine Arbeiterpartei mit anschließender Errichtung der sozialistischen Gesellschaft müsse nicht gewaltsam erfolgen, wie sie auf dem SPD-Parteitag 1899 darlegte: „[...] denn wir sind die letzten, die zu Gewaltmitteln greifen, die eine brutale Revolution herbeiwünschen können. Aber solche Dinge hängen nicht von uns ab, sondern von unseren Gegnern [...], und die Frage der Form, in der wir zur Herrschaft gelangen, müssen wir vollständig ausscheiden; das sind Fragen der Umstände, über die wir heute nicht prophezeien können.“²³

Luxemburgs basisdemokratische Konzeption der Massenbewegung

„Die Massen in der sozialistischen Partei bzw. die Massen in der Arbeiterbewegung entscheiden über den Kurs zum Sozialismus, nicht die Führer, die den Proletariern lediglich den großen Rahmen und stimulierende kurz- und mittelfristige Zielsetzungen vorzugeben haben“ – so charakterisierte ich Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis in der oben erwähnten Studie im Jahre 2001.²⁴ Dieses basisdemokratische Leitmotiv Luxemburgs zieht sich durch alle ihre Reden und Schriften, besonders deutlich seit ihrer Kritik 1904 am ultrazentralistischen Parteikonzept Lenins, und prägt alle ihre Äußerungen bis zum Spartakusprogramm vom 14. Dezember 1918 und den letzten Aufsätzen in der „Roten Fahne“ im Januar 1919.

Unmittelbar nach der russischen Revolution von 1905/06, an der sie selbst einige Monate teilgenommen hatte, propagierte Rosa Luxemburg die Anwendung des Massenstreiks in den politischen Kämpfen in Deutschland, vor allem zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts im Königreich Preußen. 1910 verlangte sie von der Parteiführung sogar, die politische Forderung nach Errichtung der Republik in die Agitation der Partei aufzunehmen und zu vertreten.²⁵ Damit fand eine stark offensive Note in Luxemburgs politische Konzeption Eingang, die im deutlichen Gegensatz zu der immer vorsichtiger und passiver werdenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes stand, wie der polnische Historiker Feliks Tych bereits 1994 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Beijing hervorgehoben hat.²⁶ Luxemburgs basisdemokratisches Konzept für die Rolle der proletarischen Massen prägt nicht nur ihre Massenstreikbroschüre von 1906 und viele Zeitungsartikel der Vorkriegszeit,²⁷ sondern auch die weiteren Arbeiten in der Kriegs- und Revolutionszeit. In der im Frühjahr 1915 verfaßten Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“, wegen des Belagerungszustandes illegal unter dem Pseudonym „Junius“ erschienen und deshalb als „Junius-Broschüre“ bekanntgeworden, analysierte

22 Ebenda, S.435.

23 Ebenda, S.571f.

24 Siehe Anm. 1.

25 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., wissenschaftliche Betreuung: Annelies Laschitzka, 6., überarbeitete Auflage, Berlin 2004, S.301f., 379-387.

26 Siehe Feliks Tych: Die Revolution von 1905-1907. Zur Entwicklung der politischen Philosophie Rosa Luxemburgs, in: Bergmann/Rojahn/Weber (Hrsg.), Freiheit, S.81f.

27 Siehe Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 2, S.146, 299.

sie die sozialdemokratische Politik der ersten Kriegsmonate: Mögliche Aufrufe zum Massenstreik und zur Dienstverweigerung der Soldaten bei Kriegsausbruch hielt sie in der gegebenen Situation für verfehlt. Denn „große Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteiinstanzen inszeniert“. Aufgabe der sozialdemokratischen Führer sei es, „*die politische Lösung, die Klarheit über die politischen Aufgaben und Interessen des Proletariats im Kriege*“ zu geben.²⁸ Deshalb hätte sich die SPD nach Kriegsausbruch gegen die Beschneidung der freiheitlichen Rechte durch den Belagerungszustand wenden und die Republik fordern müssen.²⁹ Noch unmittelbar vor der deutschen Novemberrevolution 1918 propagierte Luxemburg im illegal herausgegebenen Spartakusbrief Nr. 12 vom Oktober 1918 erneut die Republik, und zwar als „erste Etappe“ der proletarischen Revolution.³⁰

In der sozialdemokratischen Partei hatte es in der Zeit des späten Kaiserreichs keine Festlegung auf die Staatsform gegeben, in der der Sozialismus verwirklicht werden sollte.³¹ Auch genöß der Parlamentarismus wegen der im Kaiserreich eingeschränkten Rechte der Volksvertretung und der Machtlosigkeit der SPD-Reichstagsfraktion trotz seit 1912 hoher Mandatszahl kein uneingeschränktes Ansehen. Dennoch erwarteten die führenden Sozialdemokraten die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in erster Linie auf der Grundlage einer von der sozialdemokratischen Partei errungenen Mehrheit in einer Republik. Dies war auch die Auffassung Rosa Luxemburgs bis Oktober 1918.

Arbeiter- und Soldatenräte als Träger der revolutionären Bewegung

Die rasche Etablierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland in den revolutionären Novembertagen 1918 stellte für Rosa Luxemburg eine Art Volksentscheid, ein eindeutiges Votum der Massen für die Ablösung der halbabsolutistischen Staatsform (die erst in den letzten Oktobertagen 1918 etwas demokratisiert worden war) durch das Rätssystem dar.³² Auch in den Städten und Regionen ohne USPD- und Spartakuseinfluß wurden Arbeiter- und Soldatenräte, und zwar unter Führung der Mehrheitssozialdemokraten, gegründet.³³ In einem raschen revolutionären Prozeß, an dem also die zögerlichen Mehrheitssozialdemokraten ebenfalls voll beteiligt waren, hatte das Proletariat im Rahmen einer neuen Staatsform, dem Rätssystem, nach Luxemburgs Meinung, die politische Macht ergriffen und sollte sie nicht sofort wieder bei Wahlen zur Nationalversammlung zur Disposition stellen, sondern nunmehr für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft gebrauchen. Luxemburg knüpfte

28 Dies: Gesammelte Werke, Bd. 4, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., wissenschaftliche Betreuung: Annelies Laschitza, 6., überarbeitete Auflage, Berlin 2000, S.148f.

29 Siehe ebenda, S.135, 147.

30 Siehe ebenda, S.396.

31 Siehe Miller, Problem, S.262f., 269.

32 Siehe in diesem Sinne: Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, S.466.

33 Siehe Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt a. M. u. a. 1978, S.80, 85, 88-113; ders.: Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: ders. (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S.165-184.

damit an ihre alten Forderungen aus der Vorkriegszeit an, daß die Sozialdemokratie konsequent die Macht anstreben, übernehmen und für die Realisierung des Sozialismus nutzen sollte.³⁴ Diese Linie war schon auf dem Parteitag vom Oktober 1891, also schon vor Eintritt Luxemburgs in die deutsche Sozialdemokratie, als Richtschnur in einer Resolution festgelegt worden, in der es hieß, „daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß“.³⁵ Damit hielt sich Luxemburg auch in der Frage der Machtübernahme durchaus im Rahmen geltender Beschlüsse der SPD.

In dem von Rosa Luxemburg verfaßten und am 14. Dezember 1918 veröffentlichten Programm des Spartakusbundes, das auf dem Gründungsparteitag zum Jahreswechsel 1918/19 als Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands angenommen wurde, finden wir die alten Programm- und Argumentationspunkte der Sozialdemokratie wieder, darunter – ähnlich wie im Erfurter Programm von 1891 – die „Enteignung von Grund und Boden aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe [...] Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik [...] Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens“ als eine wichtige Grundlage für die sozialistische Gesellschaft.³⁶

Luxemburg betonte sehr prägnant für die Phase der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Mitgestaltung durch die Arbeiterschaft: Die „wirtschaftliche Umwälzung“ könne nicht durch die „nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung“ eingeführt werden, sondern „sich nur als ein von der großen proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen“; die revolutionären Delegierten auf allen Ebenen sollten jederzeit durch die Gremien oder Wählerinnen und Wähler zurückberufen und ersetzt werden können.³⁷ In den Betrieben sollten die Arbeiter „die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen“.³⁸ Arbeiter- und Soldatenräte sollten von der obersten Regierungs- bis zur untersten Gemeindeebene „alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen“.³⁹ Die letztere Forderung war als Grundsatz auch im sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1891 enthalten. Dort hieß es: „[...] Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben“.⁴⁰

Mit ihrer Forderung nach der Aufrechterhaltung des Räteystems befanden sich Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde keinesfalls in der politischen Isolierung. „Die Institution der Räte [...] war [nach dem 9. November 1918] innerhalb weniger Monate tatsächlich zur politischen Zielvorstellung einer beachtlichen Mas-

34 Siehe Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. S.434.

35 August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 3: *Reden und Schriften Oktober 1890 bis Dezember 1895*, Endredaktion: Anneliese Beske/Eckhard Müller, München u. a. 1995, S.93.

36 Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S.449.

37 Siehe ebenda, S.446.

38 Ebenda, S.443.

39 Ebenda, S.442.

40 *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, S.85.

senbewegung geworden“, wie Eberhard Kolb 1972 feststellte.⁴¹ Sogar der auf dem rechten Flügel der Mehrheitssozialdemokratie stehende Rudolf Wissell, nach Ausscheiden der USPD Ende 1918 bis Februar 1919 im Rat der Volksbeauftragten sowie anschließend in der ersten Reichsregierung bis Juli 1919 für Wirtschaftspolitik zuständig, anerkannte 1919 die breite Zustimmung mit den Worten: „[...] die Schaffung einer den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens sich anpassenden Räteverfassung [...] ist geboren und hat die Herzen der millionenköpfigen Arbeiterschaft erfüllt“.⁴² Es waren also nicht nur der Spartakusbund (die spätere KPD) und die USPD, sondern auch weite Teile der Mehrheitssozialdemokratie und sogar einige linke bürgerliche Politiker, die die Räte für ein geeignetes Instrument zur Kontrolle und Ablösung der alten antidemokratischen Machteliten aus der Kaiserzeit – vor allem in der staatlichen Verwaltung und im Heer – und damit zur grundlegenden Demokratisierung der Gesellschaft hielten.⁴³ Es war das schwerwiegende, sich in der weiteren deutschen Geschichte verhängnisvoll auswirkende Versäumnis der mehrheitssozialdemokratischen Führung, daß sie trotz des Drängens aus der Arbeiterschaft und vieler Vorschläge aus den eigenen Reihen die im Rätssystem liegenden Demokratisierungsmöglichkeiten – in Form einer zeitlich begrenzten Räteherrschaft oder wenigstens als Mischsystem von Parlament und Räten – vollständig ungenutzt ließ.⁴⁴

Luxemburg gibt zwar in der „Roten Fahne“ und vor allem im Spartakusprogramm viele Beispiele für die Aufgaben der Arbeiterräte, aber kein detailliert ausgearbeitetes Konzept für eine Räteverfassung. Das war entsprechend Luxemburgs Grundüberzeugung die Aufgabe der proletarischen Massen im Verlaufe der revolutionären Entwicklung.⁴⁵ Auf jeden Fall sollten die alten antidemokratischen Machteliten für die Zeit der sozialen Revolution von der politischen Willensbildung ausgeschlossen werden. Doch mußten entsprechend der marxistischen Programmatik nach Vollendung der sozialistischen Gesellschaft alle Bürgerinnen und Bürger – also auch alle Nichtproletarier – in einer Gemeinschaft der Gleichen die gleichen politischen und sozialen Rechte innehaben.

Rosa Luxemburgs basisdemokratisches Konzept bedingte ihr eindeutiges Bekenntnis zum Mehrheitsprinzip im Rätssystem, wie sie es prägnant im Spartakusbund-Programm von Mitte Dezember 1918 formulierte: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer

41 Kolb, Rätewirklichkeit, S.165.

42 Zit. nach Walter Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, Teil I, in: Helga Grebing (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S.15-350, hier S.273, Anm. 42.

43 Siehe ebenda, S.273-278.

44 Siehe Kolb, Rätewirklichkeit, S.179-182.

45 Zur Entwicklung der Rätebewegung und der Rätekonzeptionen siehe Horst Dähn: Räte-demokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918-1919, Meisenheim a. Gl. 1975; Volker Arnold: Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution. Räte als Organisationsformen des Kampfes und der Selbstbestimmung, 2. überarb. Neuaufl., Hamburg 1985.

bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.⁴⁶ Die revolutionäre Gewalt sollte nur defensiv zur Abwehr des konterrevolutionären Terrors erfolgen.⁴⁷ Damit lehnte Luxemburg im Unterschied zu den Bolschewiki eine Minderheitenherrschaft innerhalb des Rätessystems und eine Unterdrückung der Andersdenkenden ab und vertrat eine ausgeprägte Basisdemokratie mit Meinungsfreiheit für alle Proletarier.

Rosa Luxemburg als linksradikale Sozialdemokratin

Zwar distanzierte sich Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD von der SPD-Politik seit dem Erfurter Programm von 1891 und kennzeichnete die deutsche Sozialdemokratie der Kaiserzeit in einer überspitzten und widersprüchlichen Polemik als rein reformistisch, ohne den Willen zur revolutionären Machtübernahme.⁴⁸ Doch betrachtet man ihre bis Januar 1919 vertretene politische Konzeption sowohl insgesamt wie im einzelnen, so bleibt sie dabei durchaus im Rahmen der sozialdemokratischen Programmatik aus der Zeit vor 1914, wenn auch auf dem äußersten linken Flügel. Dies kam auch bei den Beratungen zur Namensgebung für die neue Partei zum Ausdruck. Denn auf einer Vorkonferenz zum Gründungsparteitag am 29. Dezember 1918 „wandten sich Rosa Luxemburg und Jogiches heftig dagegen“, die Bezeichnung „Kommunistische Partei“ wie in Rußland zu verwenden, und traten stattdessen für den Namen „Sozialistische Partei“ ein.⁴⁹

Die besondere Charakteristik von Luxemburgs Demokratiekonzept besteht – im Unterschied sowohl zu dem bürokratischen der SPD wie zu dem ultrazentralistischen der Bolschewiki – in einer stark basisdemokratischen Orientierung. Mit dieser Demokratiekonzeption und ihrer opferbereiten, konsequenten Haltung wurde Rosa Luxemburg das weithin bekannte Symbol eines menschlichen, freiheitlichen Sozialismus. Sie war ein Dorn im Fleische des Kommunismus der leninschen und besonders der stalinschen Version. Denn sie erinnerte immer wieder daran, daß Sozialismus nur in einem freiheitlichen Prozeß ohne Unterdrückung der politisch Andersdenkenden zu realisieren ist. Sie war und ist aber auch immer ein Dorn im Fleische der sozialdemokratischen Parteien, weil sie daran erinnert, daß das Ziel der Sozialdemokratie nicht nur in der Herstellung der politischen Gleichstellung besteht, sondern gleichzeitig auch in der Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung aller Bürger. Und sie ist auch ein Dorn im Fleische der Globalisierungsverfechter, weil ihr Leben und Werk immer wieder dazu auffordern, sich nicht mit den schreienden politischen und sozialen Ungerechtigkeiten insbesondere in der ‚Dritten Welt‘ abzufinden, sondern sich mit voller Kraft und mit nicht nachlassender Hartnäckigkeit gegen alle kriegerischen Tendenzen und Handlungen, gegen Armut und Ausbeutung einzusetzen.

46 Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, S.448.

47 Siehe ebenda, S.443-445.

48 Siehe ebenda, S.486-494.

49 Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale, in: Internationale Pressekorrespondenz, Wien, 4. Jg., 1924, Nr. 28/29 (Februar), S.306.

Lebenswege von Aktivisten der Genossenschaftsbewegung in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert*

Patricia Toucas-Truyen

Dieser Vortrag beruht auf der Arbeit am Buch „Les coopérateurs, deux siècles de pratiques coopératives“¹ (Die Genossenschaftler – Zwei Jahrhunderte Genossenschaftspraxis), die unter der Schirmherrschaft des „Groupement national de la coopération“ (Nationalverband des Genossenschaftswesens; GNC)² realisiert wurde. Angeregt von Michel Dreyfus, Forschungsdirektor am Centre National de la Recherche Scientifique (Nationales Forschungszentrum), und dem inzwischen verstorbenen GNC-Präsidenten Jacques Moreau, sollte es ursprünglich ein biographisches Wörterbuch werden, eine Art „Maitron“ des Genossenschaftswesens. Als bestimmte kooperative Organisationen gegenüber dem Projekt Zurückhaltung übten, nahmen wir uns eine anspruchsvollere Arbeit vor, die sowohl die Entwicklung als auch die Vielfalt der kooperativen Praxis seit dem Ursprung der Bewegung, also seit etwa zwei Jahrhunderten, zeigen und den Akzent mehr auf die Akteure als auf die Institutionen setzen sollte. Insgesamt umfaßt das Werk auf 430 Seiten eine historische Synthese von etwa hundert Seiten, vierzig thematische Blätter zu den Arten von Kooperativen und den symbolträchtigen Leistungen der Bewegung sowie 230 Biographien.

Im ersten Teil des nachfolgenden Beitrages schildere ich die Bedingungen, unter denen die Einträge ausgewählt und verfaßt wurden. Im zweiten Teil skizziere ich eine Typologie der in diesem Werk behandelten Lebenswege von Genossenschaftlern, und zwar unter den Gesichtspunkten der geographischen und sozio-professionellen Herkunft, der Generationszugehörigkeit bzw. der Haltung zum genossenschaftlichen Ideal (mit oder ohne Beziehung zu einem politischen oder gewerkschaftlichen Engagement).

Der Schirmherr des Vorhabens, der GNC, übernahm es, zwei bis drei Mal pro Jahr einen Beirat aus Vertretern der Mitgliedsverbände, von Leitern oder Beschäftigten der Bereiche Dokumentation bzw. Öffentlichkeitsarbeit einzuberufen. Der Austausch in dieser Instanz betraf hauptsächlich die Biographien. Die verschiedenen Verbände wurden hier – vielleicht erstmals – angeregt, einander anhand der historischen Leistung oder der geistigen Autorität ihrer führenden Köpfe zu betrachten.

* Bearbeitetes Referat, gehalten auf der 41. Linzer Konferenz der ITH (15.-18.9.2005) zum Thema „Arbeiterbiographien und Prosopographie“.

1 Patricia Toucas-Truyen: *Les coopérateurs, deux siècles de pratiques coopératives*, hrsg. von Michel Dreyfus, Editions de l'Atelier, Paris 2005.

2 Der 1969 gegründete Verband umfaßt 19 Organisationen aus allen genossenschaftlichen Tätigkeitsbereichen.

Quellen für die Biographien aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg

Die Auswahl der Biographien für die Zeit vor 1945 war leicht, vom Nachruhm der Personen bestimmt. Die knappe Frist, die für das Abfassen der Schrift gesetzt war (drei Jahre), erlaubte es nämlich nicht, Genossenschaftler, die den Historikern nicht bekannt waren, der Vergessenheit zu entreißen, und die extreme geographische und organisatorische Zersplitterung des Genossenschaftswesens untersagte eine systematische Suche nach Angaben aus erster Hand. Verwendung fanden daher in der Hauptsache:

- für die Produktionsgenossenschaften eine erstrangige Quelle für das Verständnis des kooperativen Engagements ausgangs des 19. Jahrhunderts: die Aussagen von Genossenschaftlern, die in einer vom Innenminister Pierre Waldeck-Rousseau 1883 veranlaßten Erhebung enthalten sind;
- der 1912 von Adéodat Compère-Morel herausgegebene Band 8 der „Encyclopédie socialiste, syndicale et coopérative de l'Internationale ouvrière“ über das Genossenschaftswesen;
- die in dem Referenzwerk von Jean Gaumont „L'Histoire générale de la coopération“ (2 Bde., 1924) verstreuten biographischen Angaben. (Diese Studie des Genossenschaftsfunktionärs und Historikers Gaumont gilt als maßgeblich für die Kenntnis der Geschichte der Konsumgenossenschaften.);
- die Nachrufe, die seit den 1930er Jahren in den Periodika der Verbände der Konsum- und der Produktionsgenossenschaften erschienen sind, sowie
- Informationen aus vorliegenden Arbeiten (Denkschriften, Dissertationen, im Auftrag der Verbände verfaßte Monographien), aus verschiedenen biographischen Wörterbüchern und vor allem aus Jean Maitrons „Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier“.

Eine erste Durchsicht des „Maitron“ auf CD-Rom ergab etwa 550 Erwähnungen von Genossenschaftlern. Diese sind dort stärker präsent als die Mutualisten, die Vertreter der gegenseitigen Hilfe. Das liegt zumindest bezüglich der Konsum- und der Produktionsgenossenschaften daran, daß sich die Genossenschaftler gleichzeitig nahezu systematisch in den Gewerkschaften und in der Politik betätigten.

Wegen der Ausrichtung des „Maitron“ auf die Arbeiterbewegung sind darin leider große Bereiche des Genossenschaftswesens (namentlich Kredit- und Agrargenossenschaften) ausgeklammert. Außerdem zeigt der „Maitron“ ein Ungleichgewicht zugunsten der aktiven Konsumgenossenschaftler, deren Organisationen in den Archiven der Vorkriegszeit stärker präsent waren als die anderen Genossenschaftssparten. Vor allem aber kam den Konsumgenossenschaften zugute, daß Jean Gaumont, der Landesvorsitzende ihres Verbands, am „Maitron“ beteiligt war. Der Umstand, daß dieser die Einträge über den Konsum allein verfaßte, wirkte sich auch auf deren Inhalt aus, zum Beispiel auf die Art, wie Gaumont die Zeit der Befreiung 1944/45 behandelt. Damals mußten sich bestimmte Vorstände für ihr Verhalten als Kollaborateure verantworten. Jean Gaumont neigt im „Maitron“ dazu, sie zu rehabilitieren; das stößt auf Kritik von Genossenschaftlern, die das Geschehen anders interpretie-

ren. Obendrein bevorzugte Jean Gaumont die Aktiven aus seiner Heimat, der Nord-Region, und ließ damit ein drittes Ungleichgewicht, ein geographisches, entstehen. Unter all den im „Maitron“ genannten Genossenschaffern wurden diejenigen ausgewählt, deren historischer Ruf unbestritten ist (für das 19. Jahrhundert), die nach dem Zusammenschluß der Verbände landesweite Funktionen ausgeübt haben (für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts) und ausnahmsweise auch solche, die nicht auf zentraler Verbandsebene tätig waren, aber regional ausgestrahlt haben. Weil die Edition Schranken setzte, mußte das internationale Genossenschaftswesen weggelassen werden. Jedoch sind jene ausländischen Genossenschaffter, deren Einfluß für den Aufbau des französischen Genossenschaftswesens bestimmend war (Owen, Raiffeisen, Schulze, Luzzatti), in der historischen Synthese und auf den thematischen Blättern erwähnt.

Zeitgenössische Biographien

Schwierig war die Auswahl bei den Einträgen über Zeitgenossen. Die 19 Mitgliedsverbände des GNC wurden gebeten, Informationen zu übersenden. Daß es das GNC nicht vermochte, die Organisationen gleichermaßen für dieses Projekt zu mobilisieren, besagt viel über die Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung und in gewissem Maß auch darüber, daß trotz des üblichen Bekenntnisses zu den Werten des gemeinschaftlichen Wirtschaftens eine einvernehmliche Definition der genossenschaftlichen Identität schwer zu erreichen ist.

So wurde es nötig, mit mehr oder weniger vollständigen Auskünften zurechtzukommen, und doch zu versuchen, eine dem Gewicht der Gruppen in der Gesamtentwicklung des Genossenschaftswesens möglichst entsprechende Darstellung zu erhalten. Eine vollständige biographische Arbeit hätte es erfordert, im ganzen Land umherzureisen.

Wenn die zeitgenössischen Genossenschaffter aus den an Belgien grenzenden Gebieten besonders präsent sind, dann liegt das daran, daß ihre Archivalien im „Centre des archives du monde du Travail“ (Zentralarchiv der Welt der Arbeit; CMT) in Roubaix aufbewahrt werden. Ähnlich verhält es sich bei den Genossenschaffern im Jura, wo sich das Volkshaus „La Fraternelle“ in Saint-Claude um Bewahrung und Studium bemüht. Am wenigsten vertreten sind die Repräsentanten der jüngsten Genossenschaftsformen (Handwerk, Transport usw.).

Die Einbeziehung der betreffenden Gruppen hing davon ab, wie sehr sich die zentralen Leiter dafür interessierten und wie emsig sich das Verwaltungspersonal (Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit) engagierte, ja auch davon, wie gut die Beziehungen waren, die mit diesem geknüpft werden konnten. So gaben im Bereich des genossenschaftlichen Bankwesens die „Banques populaires“ (Volksbanken) überhaupt keine Auskunft über ihre Leiter der letzten vierzig Jahre, während die Dokumentation aus den Regionalstrukturen des „Crédit mutuel“ (Gegenseitige Kredithilfe) überreich und nicht immer verwertbar war. Häufig beschränkten sich die gelieferten Angaben auf die chronologische Aufzählung der Funktionen.

Im Bereich der landwirtschaftlichen Genossenschaften war die Auswahl besonders heikel und einigermaßen frustrierend. Tatsächlich hatte die „Confédération nationale

de la mutualité, de la coopération et du Crédit agricole“ (Nationalverband der gegenseitigen Hilfe, der Genossenschaften und der Kreditkassen in der Landwirtschaft; CNMCCA) mehrheitlich Mitstreiter benannt, die eher in der gegenseitigen Hilfe als in den Genossenschaften gewirkt hatten und daher, so namhaft sie in der agrarischen Welt auch sein mögen, in diesem Werk fehl am Platze waren. Die Leitung der CNMCCA meinte dann, die Landwirte seien unterrepräsentiert im Vergleich zu Genossenschaftern anderen Typs (Konsum, Produktion), die sich eher in klassischer Weise genossenschaftlich engagiert hatten.

Erwähnt sei noch der paradoxe Fall der kommerziellen Kooperation. Hier äußerte sich die Leitung abfällig über das Projekt, und zugleich bemühte sie sich sehr um einen bedeutsamen Platz in demselben. Druck ausgeübt haben letztlich in der Hauptsache diejenigen Gruppen, die am wenigsten genossenschaftlich eingestellt und den Werten der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung gegenüber besonders zurückhaltend waren.

Zwar war von Anfang an entschieden, keine Einträge über noch im Dienst (als Beschäftigte) oder im Amt (als Gewählte) befindliche Funktionäre zu bringen. Damit ließen sich jedoch interne Reibereien um die Frage, welche Zeitgenossen es verdienen oder nicht verdienen, im Pantheon der Genossenschafter genannt zu werden, nicht ganz verhindern.

Soziobiographie der Genossenschafter

Die Biographien sind alphabetisch und nicht nach dem Tätigkeitsbereich angeordnet, denn in dieser Bewegung mit mehreren Kernbereichen waren viele Personen in mehreren Sektoren gleichzeitig tätig. Die alphabetische Anlage schien auch sinnvoll, um Vergleichen seitens der Gruppen, die ohnehin dazu neigten, eine bevorzugte Darstellung ihrer Vertreter zu verlangen, aus dem Wege zu gehen. In dieser Präsentation der bekanntesten und rühmlichsten Aktivisten des Genossenschaftswesen wird eben dessen Vielfalt sichtbar. Die Gesamtheit des Gegenstandes, dessen Entwicklung sich über einen relativ langen Zeitraum (zwei Jahrhunderte) ausdehnte, machte es notwendig, Diachronie und Synchronie in der Darstellung zu verbinden. Erkennbar werden auf diese Weise:

- die Generationseffekte, die für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hervorstechen;
- die Motive für kooperatives Handeln, die eher idealistisch (Sozialisten, Christen u. a.) oder eher pragmatisch (kommerzielle, Agrar- und maritime Kooperation u. a.) sein können;
- die typischen Profile von Genossenschaftern der ältesten Organisationen in den „historischen“ Zweigen der Bewegung (Konsum, Produktion);
- schließlich einige wenige soziologische Merkmale, die sich durch alle kooperativen Formen und den gesamten untersuchten Zeitraum ziehen.

Theoretiker und experimentierende Praktiker im 19. Jahrhundert

In den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts formulierte Henri de Saint-Simon den Gedanken der Kooperative, der dann eine Generation später von denjenigen umgesetzt wurde, die Karl Marx als utopische Sozialisten bezeichnete.³ Diese Utopisten, die sämtlich aus denselben Quellen schöpften, nämlich den Lehren Saint-Simons und Charles Fouriers, erprobten – weil sie mit der existierenden nicht zufrieden waren – auf unterschiedliche Weise den genossenschaftlichen Weg zu einer gerechteren und sittlicheren Gesellschaft. In diesem Sinn waren sie durchaus, wie André Gueslin sagt, die Erfinder des Konzepts der sozialen Wirtschaft, das sie in ihrem engeren Umkreis umsetzten, ohne die Gesellschaft radikal umgestalten zu wollen. So gründete Michel Derrion (1803-1850) 1834, zehn Jahre vor dem bekannteren britischen Beispiel der Gerechten Pioniere von Rochdale, in Lyon den „Commerce véridique et social“, den „Aufrichtigen und sozialen Handel“, damit bescheiden gestellte Werk tätige an Zwischenhändlern vorbei zu Konsumgütern kommen konnten.

Andere erprobten ein Projekt totaler Kooperation, einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft in einer Gruppe, die sich außerhalb der Gesellschaft zusammenschließt. Nach heutigem Sprachgebrauch würden das alternative Bewegungen sein. Zu dieser Kategorie gehörten die Gründer der Ikarier-Kolonien in den USA (Victor Considérant, Etienne Cabet), aber auch Jean-Baptiste Godin (1817-1898). Dieser talentierte und gewitzte Arbeiter kam durch technische Neuerungen zu Vermögen; danach organisierte er die „Famillière“ als durchgängige Kooperationsform (Produktion, Konsum, Wohnen, Erziehung) und übertrug seinen Arbeitern deren Leitung. Ein Jahrhundert später, in den 1940er und 1950er Jahren, traten die Anführer der Bewegung der „Communautés de travail“ (Arbeitsgemeinden) in die Fußstapfen dieser Vordenker einer durchweg nach kooperativen Regeln funktionierenden Mikrogesellschaft.

Mit ihrem hartnäckigen Bestreben, ein Ideal kommunitären Lebens in einer oft feindseligen politischen Umgebung zu verwirklichen, erwarben diese Persönlichkeiten einen romantischen Ruhm. Die wohlhabend Geborenen scheuten sich nicht, ihr Erbteil und ihr Vermögen dem Projekt dienstbar zu machen. Die wenigen Arbeiter, die dieser Kategorie angehörten, wie der Möbeltischler Jean-Paul Beluze, der Erfinder des „Crédit au travail“ (Kreditkasse für die Arbeit), und der oben genannte Jean-Baptiste Godin, setzten alles Geld ein, das sie dank ihres professionellen Talents verdient hatten. Die einen wie die anderen bewahrte ein ausgeprägter Gemeinsinn vor jeder Versuchung zu persönlicher Bereicherung; sie scheuten sich nicht, ihre Familien zugunsten des kooperativen Ideals zu benachteiligen. Angemerkt sei, daß Freundschafts- und auch Familienbande entstanden: So wurde Jean-Pierre Beluze der Schwiegersohn Etienne Cabets.

³ Siehe André Gueslin: *L'invention de l'économie sociale*, Paris 1987.

Arbeiter-Genossenschaftler im 19. Jahrhundert

Durch die Revolution von 1848 fanden assoziationalistische (utopisch-sozialistische) Thesen weite Verbreitung im Volk. Viele der im *Maitron* genannten Aktivisten führten, sofern sie zur Zeit der Zweiten Republik in Paris waren, die Lebensbahn zum Genossenschaftswesen, sei es durch den Beitritt zu einer Konsumgenossenschaft oder sei es als Mitbegründer einer Produktionsvereinigung. Eine weitere wichtige Etappe auf dem Lebensweg eines Genossenschaftlers wurde im 19. Jahrhundert die „Tour de France“.⁴ Sie war eine Initiationsphase, während derer der Arbeiter Schriften von Saint-Simon oder Fourier las bzw. Zeugen von oder Beteiligte an kooperativen Experimenten kennenlernte.

In den Anhörungen anlässlich der Erhebung von 1883 äußerten sich Vertreter der am meisten auf dem assoziationalistischen Weg engagierten Berufe: Bauarbeiter, Zimmerleute, Holzsäger, Steinmetze, Marmorschneider, Wasser- und Gasrohrleger, Fliesenleger, Setzer und Drucker. Die Erhebung bestätigte, daß die Mitglieder der Produktionsvereinigungen von Arbeitern qualifizierte Berufe ausübten. Das war bei den Konsumgenossenschaften, die weniger wählerisch um ihre Mitglieder warben, nicht der Fall.

Bei denjenigen, die Pflichten in den Konsumgenossenschaften übernahmen, förderte das kooperative Engagement offenkundig den sozialen Aufstieg. Es verschaffte dem Arbeiterfunktionär sowohl Kompetenz als auch Bekanntheit, die z. B. den Zugang zu kommunalen Wahlfunktionen erleichterten. Dieses Phänomen war allerdings vor allem ab 1885 zu beobachten, als die Bewegung sich auf Landesebene föderierte, einschlägige Strukturen entwickelte, und der Bedarf an Administratoren wuchs.

Namhafte Intellektuelle, Politiker und hohe Beamte als Förderer der Kooperation

Die Wende zum 20. Jahrhundert war dadurch gekennzeichnet, daß Intellektuelle wie Charles Gide, Marcel Mauss, Jean Jaurès und Célestin Bouglé dem Genossenschaftswesen zur Seite standen. Für diese Hochschullehrer war womöglich der Einfluß eines genossenschaftlich gesinnten Professors während ihrer Studienzeit bestimmend. Daß Gides Lehrtätigkeit kooperativen Geist übertrug, ist offenkundig. Jedoch konnten auch andere Einflüsse wirken wie das Familienmilieu (bei Mauss) oder die Heimatregion. Jaurès unterstützte erst die Arbeiter-Glashütte von Carmaux im Département Tarn, seinem Wahlkreis, bevor er sich für die belgische Kooperation interessierte und Mauss sowie Gide näherkam.⁵

Während dieser ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war – abgesehen von Gide, der sowohl Theoretiker als auch Gründer des ersten Nationalverbands der Konsumgenossenschaften war – für die genossenschaftlich gesinnten Intellektuellen charakte-

4 So hieß die traditionelle, obligatorische Wanderung der jungen Handwerksgehlen und Facharbeiter durch Frankreich. Der Name ging später auf das große Radrennen über. (Anm. d. Übersetzters).

5 Der Eintrag zu Jaurès in dem Werk „Les coopérateurs“ beschreibt nur dessen Betätigung in den Genossenschaften als ein durch die Umstände bedingtes Zwischenspiel seines politisch aktiven Lebens.

ristisch, daß sie nicht Funktionen in den Organisationen ausüben wollten. Gemeinsam waren sie darauf aus, die Genossenschaftsbewegung näher an die Arbeiterbewegung heranzuführen und zugleich das kooperative Ideal an der Grundschule (durch Schulkoperativen) wie an der Universität zu propagieren. Selbst Unterzeichner des Manifests der Hochschullehrer für die Kooperation (1921) waren im gleichen Zeitraum Mitbegründer der Verlagsgenossenschaft „Presses universitaires de France“, einer kooperativen Schule (1925) und des „Office central de coopération à l'École“ (Zentralbüro für Kooperation im Schulwesen, 1929).

Das Interesse am Genossenschaftswesen als Untersuchungsgegenstand im Verein mit dem pädagogischen Anliegen seiner Verbreitung findet sich wieder bei Intellektuellen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie Henri Desroche und Claude Vienney (1929-2001). Dabei scheint es der Intellektuelle, der sich mit dem Genossenschaftswesen befaßt, nicht beim Studieren des kooperativen Sachverhalts zu belassen. Er dringt vielmehr derart in das Phänomen ein, daß er selbst Mitstreiter für die kooperative Sache und mithin für die Werte des gemeinschaftlichen Wirtschaftens wird.

Außer den Intellektuellen erscheinen in unserem Buch weitere Persönlichkeiten, die für die offizielle Anerkennung des Vereinigungs- oder Genossenschaftswesens eingetreten sind. Das betrifft u. a. politische Amtsträger wie Louis Blanc in der Zweiten Republik und die Minister Justin Godart oder Paul Ramadier in der 3. und 4. Republik. Diese Persönlichkeiten engagierten sich, wohlgemerkt, schon als sehr junge Menschen im Genossenschaftswesen, längst bevor sie auf die politische Bühne traten. So stand Paul Ramadier schon lange in Verbindung mit den Genossenschaftskreisen, als er 1947, nun als Ministerpräsident, das Gesetz über die Satzung der Genossenschaften durchbrachte.

Erwähnt sei noch, daß das Buch einige hohe Beamte anführt, die eine wesentliche Mittlerrolle zwischen den Genossenschaften und dem Staat spielten, wie Jean Barberet (1837-1920). Es waren oft Juristen aus dem Umkreis des *Musée social*, einer 1895 gegründeten privaten Stiftung für die Erforschung der sozialen Bewegung, die sich deswegen auch an allen Operationen zur Förderung der gegenseitigen Hilfe beteiligten. Jean Barberet steht beispielhaft für diesen Typ von Genossenschaffern: Als Abteilungsleiter im Innenministerium veröffentlichte er die Resultate der außerparlamentarischen Erhebung über die Arbeitervereinigungen von 1883, er war an der Ausarbeitung der großen Sozialgesetze beteiligt und der vortragende Referent für das Gesetz von 1898 über die gegenseitige Hilfe.

Genossenschaftliche Betätigung und andere Engagements

In den 1850er bis 1870er Jahren stießen viele Mitstreiter über andere Engagements politischen, gewerkschaftlichen oder religiösen Charakters zu den Genossenschaften. Wir wollen sie idealistische Genossenschaffter nennen. Diese Bindungen sind je nach Zeitraum, Region und Genossenschaftsbranche mehr oder weniger sichtbar.

1895 kam es zum Bruch zwischen den neutralen Konsumgenossenschaften, die zur Schule von Nîmes mit der Leitgestalt eines Charles Gide hielten, und den sozialistischen Genossenschaften. Die Vertreter der Schule von Nîmes waren weder Konser-

vative noch Kollektivistinnen. Compère-Morel schildert sie als „Menschen, die mit der Organisation der Gesellschaft nicht zufrieden sind, die sich gegen das Parasitentum, gegen den Profit und gegen die Lohnarbeit wenden und sich vorstellen, daß die Kooperation ausreiche, um auf lange Sicht das soziale Problem zu lösen“.⁶ Die treibenden Kräfte der sozialistischen Genossenschaften hegten, der vom Marseiller Parteitag der französischen Arbeiterpartei Jules Guesdes (1879) vorgegebenen Linie entsprechend, dagegen die Ansicht, daß die Kooperation der Partei zu nutzen habe. Allerdings war diese radikale Position wohl eher eine Jugenderscheinung, und sie entwickelte sich zu einem Reformismus, der genossenschaftliche Lösungen wohlwollender sah. Bei den Genossenschaftlern der Nord-Region war, was angesichts ihrer Nähe zum belgischen Vorbild nicht überrascht, eine umfassende Konzeption des aktiven Handelns zu bemerken; sie schloß gewerkschaftliche, politische, genossenschaftliche und Gegenseitigkeits-Organisation ein. Das gleiche gilt für die großen Genossenschaften in der Pariser Region und, eher unerwartet, im Jura, in Saint-Claude. Dort führte die Synergie zum Entstehen eines kommunipalen Sozialismus, für den sich insbesondere Henri Ponard (1861-1928) einsetzte. Ansonsten vertrat Henri Sellier (1883-1943) in Suresnes bei Paris den kommunipalen Sozialismus als wahrhaften Träger einer polyfunktionalen kooperativen Aktion.

Allgemein waren von den 1890er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg viele Aktivisten der Konsumgenossenschaften zugleich Abgeordnete der Sozialistischen oder der Radikalen Partei in den kommunipalen Volksvertretungen. Es war Tradition, sich in der Konsumgenossenschaft zu engagieren; Analogien in den anderen Genossenschaftsformen gab es nicht.

Während der zwanziger Jahre bemühten sich Kommunisten unter den Leitern von Mitgliedsorganisationen des Fédération nationale des coopératives de consommation (Nationalverband der Konsumgenossenschaften; FNCC), ihre Partei für das reformistische Unternehmen der Kooperation zu interessieren. Sie blieben allerdings sowohl in ihrer Partei als auch im Genossenschaftswesen isoliert. Zugleich fanden diejenigen Kommunisten im Gewerkschaftsbund CGT, die sich für die gegenseitige Hilfe interessierten, weder in der mutualistischen Bewegung, noch in der kommunistischen Partei, noch in der CGT ihren Platz.

Charakteristisch für die Leiter der 1937 gegründeten „Confédération générale des sociétés coopératives de production“ (Allgemeiner Bund der Vereinigungen von Produktionsgenossenschaften; CGSCOP) und repräsentativ für die Aktivisten dieser Genossenschaftsbranche war dagegen eine antiklerikal-freimaurerische Haltung.

Dessen ungeachtet hielten einige Leiter von FNCC und CGSCOP während des Krieges zu Vichy. Zur Zeit der Befreiung versuchten sie zwar, diese Entscheidung pragmatisch damit zu rechtfertigen, daß die Organisationen in Gang gehalten werden mußten; es scheint jedoch, daß ihre persönliche Freundschaft mit René Belin, dem Arbeitsminister von Vichy und ehemaligen CGT-Mann, den Ausschlag dafür gab. Diese Funktionäre mußten dann zugunsten von Widerstandskämpfern abtreten.

6 Adéodat Compère-Morel: *L'Encyclopédie socialiste, syndicale et coopérative de l'Internationale ouvrière*, Paris 1912, Einleitung.

Christliche Werte des Teilens und der Brüderlichkeit waren ein anderer Zugang zu verschiedenen kooperativen Praktiken. So verkehrten Charles Gide und die Begründer der Schule von Nîmes, der Speerspitze der Konsumgenossenschaften in den 1880er Jahren, in protestantischen Kreisen. Der *Crédit mutuel* entstand im Elsaß nach dem katholischen Beispiel der Raiffeisen-Kassen und wurde mit Hilfe der Pfarrer gleichzeitig in Westfrankreich von dem Kapuzinerpater Ludovic de Besse in die Wege geleitet. Dieser christliche Hintergrund blieb zwischen den beiden Weltkriegen bei den Leitern des *Crédit mutuel* bestehen; sie standen Marc Sangniers nahe. Jüngste Beispiele sind Graf Christian d'Andlau und Théo Braun, die den höchsten Instanzen des *Crédit mutuel* in den 1960er bis 1980er Jahren vorstanden. Braun war ein alter Mitstreiter der „Confédération française des travailleurs chrétiens“ (Französischer Bund der christlichen Werktätigen) und der „Jeunesse ouvrière chrétienne“ (Christliche Arbeiterjugend). Insgesamt interessierten sich also die fortschrittlichsten christlichen Strömungen für die Genossenschaften.

Katholisch-christlich beeinflusst waren offenkundig auch viele Agrargenossenschafter, ob unter den Notabeln, Grundbesitzern und Agronomen, die ausgangs des 19. Jahrhunderts Urheber der ersten Kooperativen waren, oder den Aktivisten der Zwischenkriegszeit, die meist aus der „Jeunesse agricole chrétienne“ (Christliche Landjugend) kamen. In den letzten Jahrzehnten waren die leitenden Agrargenossenschafter offenbar jedoch häufiger mit der „Fédération nationale des syndicats des exploitants agricoles“ (Nationaler Bund der Landwirtsvereinigungen) liiert als vom christlichen Verbandswesen geschult.

Die auch anderwärts engagierten aktiven Genossenschafter – ob Sozialisten, Gewerkschafter, Kommunisten oder Christen – vertraten sämtlich die Idee, daß ihre Genossenschaften nicht nur die materielle Besserstellung bewerkstelligen, sondern auch eine Schule der sittlichen Erziehung sein sollten.

Auffallend prägte diese didaktische Auffassung den Lebensweg der wenigen Frauen, die in unserem Buch angeführt werden können. Im 19. Jahrhundert setzten sich sozialistisch und feministisch gesinnte Frauen wie Jeanne Deroin, Pauline Roland oder Flora Tristan für die assoziatonistischen Thesen ein, hatten aber nie irgendeine Organisationsfunktion. Im 20. Jahrhundert ragen die Lehrerinnen Alice Jouenne, Madeleine Vernet und Madeleine Alary durch ihre Rolle im genossenschaftlichen Schulwesen hervor. Alice Jouenne zog 1910 als erste Frau in den Vorstand der „Börse“ (des Bundes) der sozialistischen Genossenschaften ein.

Die pragmatischen Genossenschafter

In bestimmten Tätigkeitsbereichen (Handel, Fischerei, Transport und in gewissem Maße Landwirtschaft) lassen die Lebenswege keine philosophische Bindung an das kooperative Ideal erkennen.

Im Fall der kommerziellen Kooperation kann dieser Befund nicht überraschen: Die Händler, die sich ausgangs des 19. Jahrhunderts in Kooperativen organisierten, wollten die mit ihnen konkurrierenden Konsumgenossenschaften ausstechen. Ihr Verhalten hatte etwas von einer korporatistischen Abwehrreaktion, und die kooperative rechtliche Gestalt war eher Strategie als Bekenntnis. Da die Pioniere der kommer-

ziellen Kooperation kaum hervorgetreten sind, war es unmöglich, auf Quellen zurückzugreifen, um Biographien zu erstellen.

Die treibenden Kräfte der maritimen Kooperation sind aus einem ähnlichen Grund ebenfalls nicht zu ermitteln: Die Welt der Fischerei eignet sich nicht für theoretische Debatten, in denen diese oder jene Persönlichkeit hervortreten und vom Historiker nutzbare Quellen produzieren kann. Sofern sich leitende Vertreter von maritimen oder Agrargenossenschaften im politischen Kampf engagieren, tun sie dies heute möglichst, ohne Farbe zu bekennen. Sie möchten ihre politischen Sympathien nicht offen zeigen; die Devise heißt: Zusammenschluß der Berufsgruppe.

Vom freiwilligen Einsatz zur Professionalisierung der Genossenschaftsarbeit

Bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg stützte sich die Genossenschaftsbewegung auf den freiwilligen Einsatz von Amateuren. Die Konsumgenossenschaften wie auch die Produktionsvereinigungen wurden gewöhnlich von Autodidakten geleitet, von Arbeitern, die dank dieser Erfahrung sozial aufstiegen. In dieser Hinsicht ist der Lebensweg von Nestor Harasse (1887-1973) beispielhaft: Er war Baumaler und übernahm zunächst Gewerkschaftsfunktionen in der CGT. Wegen Beteiligung an einem Streik entlassen, gründete er eine Produktionsgenossenschaft, ein Fall, der ziemlich oft vorkam. Nach und nach bekam Harasse regionale, dann landesweite Funktionen. Von 1950 bis 1962 war er Vorsitzender der CGSCOP und repräsentierte als solcher das Genossenschaftswesen im staatlichen Wirtschafts- und Sozialrat.

Die Vereinigung der Bewegung der Konsumgenossenschaften und die Gründung eines landesweiten Bundes markieren 1912 eine Zäsur in der Tätigkeit. Qualifiziertes Personal wurde eingestellt. Zwischen den beiden Kriegen erfaßte die Tendenz, Angestellte zu beschäftigen, bestimmte Genossenschaftszweige wie den *Crédit mutuel*, wo es zahlreiche Juristen gab. In der Nachkriegszeit hatten die Hauptverantwortlichen der FNCC, der CGSCOP, der Kredit-, Fischerei- und Agrargenossenschaften Sitz und Stimme im Wirtschafts- und Sozialrat. Beim 1938 entstandenen *Crédit coopératif* waren die Leiter seit den 1950er Jahren Absolventen der Elitehochschulen (Politikwissenschaftliche, Handels-, Polytechnische Hochschule usw.). Die Genossenschafter in landesweiten Leitungsfunktionen zeigten schließlich dasselbe Profil wie die Leiter von Unternehmen. Allerdings bekennt sich ein leitender Funktionär der CGSCOP stärker zur genossenschaftlichen Identität als ein leitender Angestellter oder Unternehmer der kommerziellen Kooperation wie Edouard Leclerc, der Begründer der gleichnamigen Supermarktkette.

Die meisten angeführten Genossenschafter aus den drei letzten Jahrzehnten erhielten schließlich Auszeichnungen (Ehrenlegion, landwirtschaftliche Verdienstmedaille, akademische Palmen u. a.). Der frühere Vorsitzende der FNCC, Jean Lacroix, deutet das gewitzt als „Zeugnis der Anpassung“ des Genossenschaftswesens.

Abschließend sei gesagt: Diese Galerie bekannter Genossenschaftsaktivisten veranschaulicht vor allem die extreme Vielfalt der Genossenschaftsbewegung und zugleich ihre Verflechtungen mit anderen sozialen Bewegungen – politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen usw. Man kann das mit der Bewegung der Gegenseitigen Hilfe, dem anderen, bis zum Zweiten Weltkrieg relativ homogenen Zweig ge-

meinschaftlichen Wirtschaftens vergleichen, wo die maßgeblichen Persönlichkeiten leichter zu erkennen sind. Ungeachtet dieser Unterschiedlichkeit ist bei den Genossenschaf tern eine Konstante zu bemerken: Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erlaubte ihr Arbeitsentgelt es ihnen – ob sie Arbeiter, Handwerker, Bauern, Fischer oder Kleinhändler, ja Angestellte waren –, einen Beitrag oder einen Genossenschaftsanteil zu bezahlen; einige Jahrzehnte später bildeten sie dann „die Mittelklassen“. Diese Werktätigen waren gebildet genug, um die Vorzüge der Assoziation wahrzunehmen; es handelte sich nicht um Elende. Wir wollen deshalb mäßiger urteilen als Henri Desroche, der behauptet: „Die Kooperation ist aus der Not geboren.“ Sagen wir lieber, daß die Genossenschaften, wie übrigens auch die Gegenseitige Hilfe, viele vor dem Abstieg ins Elend bewahrten.

Aus dem Französischen übersetzt von Joachim Wilke.

Zum biographischen Lexikon der KI-Mitarbeiter in Belgien, Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und in Moskau*

José Gotovitch

Das Ziel des Werkes ist die biographische Forschung nach der Methode des „Maitron“¹ auf der Basis des nach 1991 in Moskau geöffneten Archivs der Kommunistischen Internationale. Zur Methode des „Maitron“ gehört es, die Biographie des jeweiligen Aktivisten der (oder eines Teils der) Arbeiterbewegung in das familiäre, soziale und kulturelle Umfeld einzuordnen, seinen Bildungsstand und die politische Orientierung zu berücksichtigen und das alles im Schnittpunkt der individuellen und kollektiven Gesichtspunkte zu betrachten und darzustellen. Im Fall der Kommunisten kommen – wegen der Existenz des Moskauer „Mutterhauses“ – wesentliche Parameter hinzu, die sowohl in die Betrachtung einzelner Aktivisten als auch der Organisationen, in denen sie wirkten, einzubeziehen sind.

Die Öffnung der Moskauer Archive und der Zusammenbruch des kommunistischen Weltsystems haben zunächst nicht etwa zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts geführt, sondern diese Geschichte auf ein Feld der, zuweilen überraschend heftigen, Polemik geschoben. Und so verlief die Entstehung unseres Lexikons, an dem zu arbeiten wir 1994 begonnen hatten, parallel zu dem Unternehmen des 1997 erschienenen, von Stéphane Courtois herausgegebenen „Schwarzbuchs des Kommunismus“ – ein Umstand, der unsere Arbeit nicht unbeeinflusst ließ. Die informelle Mannschaft, die sich nach und nach zusammenfand, um das Lexikon zu erarbeiten, mußte, einer ergiebigen Zusammenarbeit wegen, zumindest zu einer theoretischen Konvergenz finden.

Diese fand sich im Festhalten an einer in der Geschichte und in der Soziologie verankerten Herangehensweise – der Herangehensweise des „Maitron“ – anstelle der nur politologischen Sicht, der die (von mir so genannte) Schule von Nanterre anhängt. Bezeichnend für diese Schule sind meiner Ansicht nach das Primat der Ideologie, die Überbetonung der Stärke und Rolle der Apparate und dazu eine Prise

* Siehe José Gotovitch/Michaël Narinski (Hrsg.): *La Komintern, l'histoire et les hommes. Dictionnaire biographique de l'Internationale Communiste en France, en Belgique, en Luxembourg, en Suisse et à Moscou*, Paris 2001, 604 S., Reihe Jean Maitron. Redaktionskollegium: Michel Dreyfus, Peter Huber, Claude Pennetier, Brigitte Studer, Henri Wehenkel, Serge Wolikow. Der hier abgedruckte Beitrag gründet sich auf den Vortrag des Autors auf der Linzer Konferenz im September 2005.

1 Gemeint ist das von Jean Maitron begründete vielbändige Biographische Lexikon der französischen Arbeiterbewegung.

von Verschwörergeschichte. Im Gegensatz zu dieser im „Schwarzbuch“ dominanten Optik ging es uns um eine dynamische, interaktive Sicht auf die Beziehungen von Zentrum und Peripherie der kommunistischen Bewegung. Anderenfalls bedurfte es keiner gesonderten Geschichte der Aktivisten der Komintern: Diese wären dann auf automatische Vollstrecker reduziert. Dem Moskauer Kolloquium vom Oktober 1994, das am Beginn der Arbeit am Lexikon stand, hatten seine Initiatoren den Stempel des „Maitron“ deutlich aufgeprägt. Die Materialien des Kolloquiums erschienen 1996.² Noch deutlicher kam die erreichte theoretische Konvergenz, die sich weder in einer einheitlichen Doktrin noch in einer identischen Sicht auf die Vergangenheit artikuliert, in dem 2000 erschienenen Werk über „Das Jahrhundert der Kommunismen“³ zum Ausdruck. Mehrere Autoren des Lexikons waren daran wesentlich beteiligt.

Bei der Arbeit am Lexikon galt es, unterschiedliche Faktoren in geographischer Hinsicht zu beachten: Frankreich, Belgien, Schweiz, Luxemburg. Es handelt sich dabei um eine große und drei kleinere Parteien. Von 1926 bis 1935 gab es bei der Komintern zwei verschiedene Sekretariate, eins für die romanischen Länder und eins für Mitteleuropa. Beim ersten gab es faktisch keine Dominanz des Französischen, weil außer Frankreich alle diese Länder mehrsprachig sind. Das Französische wird in jedem der Länder gebraucht.

Jules Humbert-Droz, Sekretär der Komintern aus der Schweiz, übte seine Funktion in mindestens drei der betreffenden Länder aus: in der Schweiz, in Frankreich und in Belgien. Das romanische Sekretariat war von 1926 bis 1935 für die beiden Letzteren zuständig und bezog auch Luxemburg mit ein. Der luxemburgische Beauftragte der Komintern in Brüssel, Andor Berei, war dort seit 1934 tätig. Als kleiner Bruder der FKP und lange in deren Obhut, diente die Belgische KP häufig als rückwärtige Basis ihres großen Nachbarn, so wie sie auch luxemburgischen Führern während der Okkupation Quartier bot.⁴

Die beiden anderen großen Parteien des romanischen Sekretariats – die spanische und die italienische – gehören zu einer anderen kommunistischen Kultur, geprägt von Spezifika, mit denen beide Parteien durch ihre Geschichte konfrontiert waren: Faschismus, Illegalität, Bürgerkrieg. In den vier hier behandelten Ländern bestand dagegen während des ganzen betrachteten Zeitraums ein parlamentarisches System,

2 Siehe Michail Narinski/Jürgen Rojahn (Hrsg.): *Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents*, Amsterdam 1996. Siehe dann insbesondere die Beiträge von M. Narinski, B. Studer, S. Wolikow, C. Pennetier, J. Gotovitch und M. Dreyfus.

3 Siehe Michel Dreyfus u. a. (Hrsg.): *Le siècle des communismes*, Paris 2000.

4 Siehe José Gotovitch: *Le Grand Frère*, in: *Rigueur et passion. Hommage à Annie Kriegel*, Paris 1994, S.233-247.

abgesehen vom Zweiten Weltkrieg, während dessen auch diese Parteien illegal waren.

Am Anfang der Arbeit unserer informellen Gruppe standen Forscher, die sich regelmäßig in Paris, Dijon und Brüssel zu Kolloquien zusammenfanden. Träger waren das Zentrum für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Paris, das Institut für Gegenwartsgeschichte der Universität Dijon und das Zentrum für Soziologie und Geschichte des Kommunismus in Brüssel.⁵ An den in französischer Sprache gehaltenen Seminaren und Kolloquien nahmen die Schweizer Historiker Brigitte Studer und Peter Huber sowie der Luxemburger Henri Wehenkel aktiv teil. Alle hatten Zugang zu den Moskauer Archiven und feste Verbindungen zu einigen russischen Forschern, die das Französische beherrschen, ganz besonders zu Michail Narinski und Michail Pantelejew, sowie zur Archivarin Marina Smolina vom Russischen Staatlichen Archiv für soziale und politische Geschichte. Die enge Verbindung zu den russischen Wissenschaftlern materialisierte sich darin, daß Professor Narinski als Mitherausgeber wirksam wurde und an allen Arbeitstagen unseres Projekts teilnahm. Von Anfang an war es uns darum gegangen, den mit den behandelten Ländern verbundenen zentralen Apparat der Komintern in unsere Forschung einzubeziehen. Diese Aufgabe übernahm und erfüllte die russische Seite. Politische Merkmale zugrunde gelegt, hätten sich noch weitere Forscher unserem Projekt anschließen können, so aus den Niederlanden und den skandinavischen Ländern. Aber dazu kam es nicht.⁶

Das Lexikon war von Anfang an als unbürokratisches Gemeinschaftswerk gedacht und wurde so realisiert. Konzipiert wurde es in einem fortwährenden Seminar, dessen Schwerpunkte acht gemeinsame Arbeitstagen bildeten; auf diesen wurden das methodologische Herangehen abgestimmt, die Hauptrichtungen definiert sowie die gewonnenen Daten und die Einführungstexte diskutiert. Unter anderem wurde der wichtige Einführungstext von Serge Wolikow über die Geschichte der Komintern mehrmals nach redaktioneller Durchsicht überarbeitet.

Was ist ein „Komintern“?

An dieser Stelle ist eine methodologische Bemerkung nötig. Die Öffnung der Moskauer Archive gab uns eine Vielzahl individueller Akten in die Hände. Deren Durchsicht führte uns zur Erkenntnis, daß nicht jeder, von dem es in den Archiven der Komintern eine individuelle Akte gibt, ein „Komintern“ war. Diese Zahlen besagen es. So gibt es 2.800 Akten für Österreich, 1.898 für Großbritannien, 3.621

5 Heute Zentrum für Geschichte und Soziologie der Linken am Soziologie-Institut der Freien Universität Brüssel.

6 Verwiesen sei aber auf die beeindruckende Dissertation von Gerrit Voerman: *De meridiaan van Moskou. De CPN en de Communistische Internationale (1919-1930)*, Amsterdam-Antwerpen 2001.

für Italien, 3.998 für Spanien, während es für die Schweiz nur 299 sind. Diese Zahlen reflektieren nicht die Bedeutung der einzelnen Parteien. Der Aufbau des heute zugänglichen Aktenmaterials folgt keinerlei Regeln, sondern vermengt internationale Aktivist:innen, unbedeutende lokale Aktivist:innen, Politiker:innen, die nichts mit der kommunistischen Bewegung gemein hatten, und Aktivist:innen der Nachkriegszeit. Die Auswahl für das Lexikon verlangte daher eine gründliche Kenntnis der jeweiligen nationalen Geschichte, um das Verhältnis zwischen Nationalem und Internationalem richtig zu erfassen. Um die digitalisierte Datenbank zu erstellen, genügte es nicht, die Rohdaten einzugeben, ohne eine durch Daten aus dem nationalen Bereich gespeiste kritische Arbeit geleistet zu haben. Die Auswahl wird wohl auch nie definitiv abgeschlossen sein können.

Einige Kriterien für die Zuordnung einer Biographie als „Kominternler:in“ ergaben sich wie selbstverständlich. Als solche wurden betrachtet:

- diejenigen, die die Politik und die Organisationsansprüche der KI in den behandelten Parteien durchsetzten;
- die „Nationalen“, die eine Funktion in Apparaten der KI ausgeübt haben, darunter in der Roten Gewerkschafts-Internationale, in der Internationalen Roten Hilfe, in der Internationalen Arbeiterhilfe, in der Bauerninternationale;
- die Beauftragten dieser Apparate, die einen Auftrag bei den betreffenden Parteien ausgeführt haben;
- die Angehörigen der zentralen Apparate der KI, die für die betreffenden Länder zuständig waren.

Diese anscheinend sehr umfassende Sichtweise ist dennoch eingeschränkt. Wie Serge Wolikow in der historisch-problematischen Einführung in das Werk erläutert, ergaben die Reise nach Moskau oder der unmittelbare Kontakt mit den Abgesandten der KI in vielen Fällen, auch wenn keine spezifische Funktion übernommen wurde, eine oft mehr emotionale als ideologische Hinwendung, eine besondere Treue zur UdSSR und zur KI als zu etwas innig Zusammengehörendem. Deshalb haben wir auch diejenigen aufgenommen, die sich in ihrer späteren politischen Tätigkeit von dem „Lichtstrahl aus Moskau“ berührt zeigten. In diesem Rahmen wurden die Absolventen der KI-Schulen zur KI-Kadern, selbst wenn sie keine Funktionen übernommen hatten.⁷

Dagegen bekamen wir keinen Zugang zur archivalischen Hinterlassenschaft des OMS.⁸ Daher entgingen uns seine Mitarbeiter:innen, die nicht öffentlich als politische Aktivist:innen auftraten; um kein Ungleichgewicht in der Darstellung entstehen zu

⁷ Die nicht ins Lexikon aufgenommenen Schüler werden darin mit einer kurzen Notiz bedacht. Siehe weiter unten.

⁸ Otdel međunarodnyh snošenij – Abteilung für internationale Verbindungen.

lassen, haben wir die wenigen bekannten Fälle nicht aufgenommen. Das ist eine erhebliche Lücke, weil es oft einen Rollentausch zwischen einem („nur“) Mitarbeiter und einem Politiker gegeben haben kann. Ebenso wurden die Aktivisten aus den Kolonien der behandelten Länder weggelassen. Das wurde als spezifischer Bereich betrachtet, der einer gesonderten Unterstützung bedürfte und für unsere geographische Auswahl wenig bedeuten würde.

Bei den ausgewählten Biographien konnte es sich nicht um eine bloße Faktensammlung, eine chronologische Aufzählung der ausgeübten Funktionen handeln. Bei den vielen Personen, die bereits eine umfangreiche nationale Biographie aufwiesen, mußte die Beschreibung deren Lebensweges auf das Hauptsächliche reduziert werden, damit die Komintern-Bindung faßlich wurde. Familiäre Herkunft, Sozialisation und Bildung sind allerdings sehr wohl aufgenommen worden, wobei die Verbindung zur KI den Kern des Eintrags zur jeweiligen Person bildet.

Der Stil ist weder schönfärbend noch verunglimpfend, das Binom Antipathie/Sympathie wurde ausgeschlossen, der Gebrauch von Adjektiven eingeschränkt. Das war offensichtlich eine gewichtige Entscheidung; sie unterscheidet das Werk von vielen Vorgängern. Hingegen wurden die von der jeweiligen Persönlichkeit bezogene Positionen, gegebenenfalls ihre politischen Schwankungen, auch ihre Mitverantwortung während der Stalinschen Repression dargestellt.

Serge Wolikows Problem-Synthese ist weit mehr als eine Einleitung des Bandes. Sie führt in unsere methodologischen Voraussetzungen für eine historische Herangehensweise an die KI ein, die den Entstehungsprozeß einer spezifischen politischen Kultur verdeutlicht und zugleich die Unterschiede in den Anschauungen und den tatsächlichen Praktiken bewertet. Sie fragt nach der Herausbildung der Führungsgruppen, nach Zeitpunkt und Mechanismus, an dem bzw. durch den die damalige sowjetische Kultur die kulturelle Vielfalt der Parteien zu überdecken begann.

Zu einigen in den Biographien gegebenen Auskünften

Nach den oben definierten Kriterien und ohne formelle Einschränkungen für die Autoren wurden 409 Biographien erarbeitet. Davon für Frankreich 210, für die Schweiz 72, für Belgien 51, für Luxemburg sechs, für Moskau 70. „Moskau“ bezeichnet hier die Angehörigen des KI-Apparats, gleich welcher Nationalität, außer jener der vier behandelten Länder, die sich mit diesen befaßten; es handelt sich in der Mehrzahl um Sowjetbürger bzw. um dort nationalisierte Kader.

Diese Biographien, die den Personenkreis der „Komintern“ entsprechend den angegebenen Kriterien bilden, ergänzten wir durch eine vollständige Liste der Absolventen der Schulen. Insgesamt wurden 225 Absolventen erfaßt: für Frankreich 157, für die Schweiz 24, für Belgien 41, für Luxemburg drei. Da wir bestrebt waren, den erfaßten Personenkreis nicht zu zersplittern, haben wir hier diejenigen Absolventen aufgenommen, die den Kriterien für „Komintern“ entsprachen; für

die anderen haben wir kürzere Notizen verfaßt – das sind 107 Kurznotizen. Die Anzahl der im Lexikon aufgeführten Biographien beläuft sich damit auf insgesamt 516.

Das erlaubt uns eine nicht unerhebliche Feststellung in bezug auf den weiteren Werdegang der ehemaligen Absolventen. Zu den Absolventen, die einen vollständigen biographischen Eintrag erhielten, weil sie eine Komintern-Funktion ausübten, gehörten in Frankreich 88 (56 Prozent), in der Schweiz sechs (25 Prozent), in Belgien 24 (58,5 Prozent), in Luxemburg 0; insgesamt: 118 (52 Prozent).

Von den Absolventen (hauptsächlich Absolventen der Internationalen Lenin-Schule) galten also mehr als die Hälfte als so zuverlässige politische Aktivisten, daß sie von der KI Funktionen übertragen bekamen. Die Übrigen übernahmen lokale Funktionen in den Parteien oder in deren Parallelorganisationen. Die durchgängige Untersuchung, die für die Schweiz ausgeführt und für Frankreich und Belgien in Angriff genommen ist, wird die reale „Produktivität“ dieser Schulen in bezug auf politische Aktivisten präzisieren. Schon jetzt ist es unumgänglich, jenen Abziehbildern nicht zu trauen, wonach diese Schulen „Bürgen“ gewesen sein sollen, die zu 100 Prozent „Soldaten der Internationale“ ausgebildet hätten.

Was die allgemeinen Zahlen angeht, bestätigen sie im Vergleich der Parteien die Schlußfolgerungen von Brigitte Studer über die spezifische Rolle der Schweizer Partei bzw. ihrer Aktivisten innerhalb der KI – und im Gegensatz dazu, wie mir scheint, die relativ schmale „Komintern“-Schicht in der starken FKP. Dagegen belegt die hohe Anzahl der Angehörigen des KI-Apparats, die sich mit diesen Parteien und dabei hauptsächlich mit der französischen Partei befaßten, welche Bedeutung dieser beigemessen wurde.

Wohl kaum erstaunlich ist der im Männer-Frauen-Verhältnis zum Ausdruck kommende Supermachismus, den die politischen Apparate der Komintern offenbaren: 53 Frauen (12,9 Prozent) unter den 409 vorgestellten Biographien. Von ihnen gehörten etliche den zentralen Apparaten an: in Frankreich 19, in der Schweiz neun, in Belgien acht, im zentralen Apparat 17. Hinzugefügt sei, daß sich für die Zukunft das gleiche Verhältnis abzeichnete: Unter den 225 erfaßten Absolventen der Schulen waren lediglich 18 weiblich.

Präsidium eines Kongresses der Kommunistischen Internationale?

Während der Arbeit am Lexikon haben wir nach dem demokratischen Umfeld der behandelten Parteien gefragt, das den Austritt oder den freiwilligen Übertritt zu anderen politischen Formationen erlaubte. Wo es sich um Funktionäre handelt, sind solche Übertritte weder belanglos noch Ausdruck von Willensschwäche. Überdies macht die möglicherweise anziehende oder abstoßende Wirkung der Sozialdemokra-

tie, aus der die kommunistischen Parteien hervorgegangen waren, diese Frage zu einem legitimen Forschungsgegenstand.

Es sei an dieser Stelle die Bedeutung des „nationalen Schmelztiegels“ auf dem Weg der Führungsgruppen der hier behandelten kommunistischen Parteien hervorgehoben. Dieser relativierte die Fähigkeit der KI, nationale Führungskräfte nach ihrer, der KI, Art zu prägen.

In dem von uns im Lexikon vorgestellten Personenkreis sind die Gründungsmitglieder, die aus der französischen Sozialistischen Partei hervorgegangen sind, relativ schwach in einer Partei vertreten, die mehrheitlich den Beitritt zur KI beschlossen hatte (es sind etwa 30). Dagegen sind es verhältnismäßig viele in der belgischen Partei, obwohl seinerzeit die Austritte aus der belgischen SP weitgehend in der Minderheit geblieben waren. Überdies verschwand diese Gruppe fast völlig aus dem späteren Leben der FKP, während jene Belgier während der gesamten Existenz ihrer Partei präsent und aktiv blieben. Derartige Bewegungen sind bei den Schweizern nicht sehr erheblich. Luxemburg bildet einen spezifischen Fall, auf den ich noch ganz kurz zurückkommen werde.

Umgekehrt kann man einige Übertritte von der FKP zur SFIO festhalten, freilich nicht viele, aber sie betreffen Personen, die wichtige Posten innehatten (Berthon, Sellier, Chasseigne, Body, Ferrat, Fay, Laurat Souvarine, Treint, Jerram). Manche landeten sogar beim Vichy-Regime, wo sich übrigens acht weitere ehemalige „Kominternler“ einfanden (Laporte, Marion, Doriot, Gitton, Jacob, Vassart, Arrighi, Mériaux). Dagegen verlockte der Trotzismus nur sehr wenige französische Kommunisten zum Übertritt. Bei den Belgiern aber, die doch der FKP so nahestanden, war es genau umgekehrt: ganze zwei Übertritte zu den Sozialisten, aber ein bedeutendes Kontingent, das sich der Opposition anschloß.

Die KI hatte wohl wenig Einfluß auf diese Evolutionen. Weit mehr kam die Natur der betreffenden Sozialdemokratien zum Tragen: einerseits die viel „flüchtigere“ und alle aufnehmende französische Sozialdemokratie; zum anderen die schwerfällige, eingewurzelte Struktur der belgischen Sozialisten, die nach einer Trennung kein Zurück gestattete. Dieses Schwergewicht, dieses Sich-Einprägen der belgischen Arbeiterbewegung, das die Aktivisten kennzeichnete, kann auch erklären, warum es zwar viele Austritte gab, aber äußerst wenige Verirrungen zur extremen Rechten (zwei flämische Aktivisten wurden deswegen zur Okkupationszeit umgebracht). Hier kommt abermals die Kraft des nationalen Nährbodens zum Ausdruck.

Die Biographien bestätigen, was die nationalen Ländergeschichten bereits hervorreten ließen: die Abfolge der Generationen. Serge Wolikow unterteilt sie in drei Perioden: Die Jahre 1919-1927 standen im Zeichen der SP und des Krieges sowie des revolutionären Syndikalismus; die Jahre 1927-1935 bestimmten „junge Leute“ ohne Vergangenheit, die dann auch mit der dritten Periode übereinstimmen: 1936-1943, der Generation der antifaschistischen Kämpfer.

Es ist klar, daß sich die Generation der Jahre 1927-1935 am meisten mit der KI

identifizierte, weil sie, ohne Verwurzelung und Erfahrung in der Arbeiterbewegung, die Demokratie, den Parlamentarismus, die Nation ablehnte. Gerade Angehörige dieser Generation füllten die KI-Schulen, teils auch, nachdem sie bereits verantwortliche Funktionen ausgeübt hatten.

Abgesehen von der Luxemburger Führung, die sich außerhalb der KI formierte und während der ganzen Geschichte von zwei Personen (einer Familie) verkörpert wurde, vermitteln die Biographien in aller Deutlichkeit, daß die KI – dank ihres sehr gut informierten Apparats (Beauftragte, Berichte der Generalsekretäre und der Funktionäre, Lebensläufe) – nach Maßgabe ihrer Orientierungen sich diejenigen Kader heranzog, die ihren, der KI, augenblicklichen Erfordernissen entsprachen, ohne sie unbedingt an Ort und Stelle ausgebildet zu haben. So fiel z. B. die Führung der Belgischen KP in der Periode 1935-1943 vollkommen aus dem Rahmen der Schulen und Lehrgänge der KI, soweit das nicht die technischen Funktionen betraf und ohne daß dies auch nur die mindeste Distanzierung gegenüber Moskau bedeutet hätte.

Schlußbetrachtung

Was sagen uns diese Biographien über Geschichte und Natur der Komintern? War sie eine ziellose Maschinerie? Wir sind nicht dieser Meinung.

Die Fragen nach der Beziehung zur Religion (katholisch oder protestantisch) blieben unbeantwortet – eine eventuelle religiöse Bindung war entweder nicht vorhanden oder war unbedeutend. Das ändert nichts daran, daß die KI per Anschauungen, Wortschatz, Weisungen die gesamte kommunistische Welt in markanter Weise und unauslöschlich geprägt hatte.

Eine materielle – soziale – Gegebenheit können wir dabei nicht außer acht lassen: Die Komintern hatte Hunderten von Aktivisten, die oft wegen ihres politischen Engagements gemäßigelt worden waren, einen sozialen Status, ganz einfach eine (häufig hochriskante) Beschäftigung geboten. Die Zahlen sind vielsagend. Sofern nicht Angaben fehlerhaft transkribiert wurden, waren 186 unserer 409 Aktivisten hauptamtliche Angehörige der nationalen Apparate und 77 des zentralen Apparats in Moskau, wobei die Schweiz das proportional bedeutendste Kontingent der ausschließlich international wirkenden Funktionäre stellte. Diese soziale Funktion ist ein Gesichtspunkt, der bisher nicht in seiner ganzen Bedeutung erfaßt wurde.

Unser Lexikon eröffnet also noch weitere Forschungsrichtungen. Bereits jetzt erweist es sich als originell, handhabbar und nützlich für die Historiographie der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts.

Aus dem Französischen übersetzt von Joachim Wilke.

ROT UN BE IRR BAR

Zeugen und Zeugnisse
einer Familie



Minna
Hirschfeld



Rosa
Feinstein



Lilly Hirschfeld



Wladyslaw Leder (Feinstein)



als Schüler



Michalina
Feinstein



Artur
Hirschfeld



Jan
Teinbaum



Anna
Hirschfeld



Edda
Hirschfeld

Einhalb Jahrhunderte Familiensaga

Erzählt und ausgewählt
von Stefan und Witold Leder

+ *die geschichte einer großen familie* +
+ *zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie* +
+ *herausgegeben von gerd kaiser* +

+ 26 euro + 374 seiten + ISBN 3-929390-62-0 +
+ direkt beim verlag und im buchhandel erhältlich +

Das Kinderhilfswerk deutscher Hitlergegner in der Tschechoslowakei und in Großbritannien (1937-1945)

Arno Gräf

Eigenes Erleben war dem Autor Anlaß, an ein bislang wenig erforschtes Kapitel der Emigrationsgeschichte deutscher Antifaschisten zu erinnern. Sicherlich wäre es ein dankbares Anliegen, die Geschichte der verschiedenen Kindergruppen im antifaschistischen Exil 1933-1945 systematisch zu erforschen. Möge der vorliegende Beitrag dazu als Anregung dienen. Für bestätigende, ergänzende oder widersprechende Hinweise (möglichst mit Quellenangabe) wäre der Verfasser dankbar.¹

Die deutsche Kindergruppe in der ČSR 1937-1939

Zu den circa 960 Mitgliedern und Sympathisanten der KPD, die zwischen 1933 und 1938 politisches Asyl in der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) fanden, gehörten auch etwa 90 Kinder. Um politisch besonders stark in Anspruch genommenen oder gefährdeten Eltern, alleinerziehenden Elternteilen sowie Spanienkämpfern² die Sorge um ihre Kinder abzunehmen, beschloß die zentrale Parteileitung der KPD-Exilanten in der ČSR³ Ende 1936, eine Möglichkeit zu schaffen, diese Kinder internatsmäßig und möglichst außerhalb Prags unterzubringen. Dort sollten sie umfassend versorgt und betreut werden. Die Wahl fiel auf das vom sogenannten Šalda-Komitee⁴ betriebene Emigrantenheim in der etwa 40 Kilometer nordwestlich von Prag gelegenen Ortschaft Mšec u Slaneho.⁵ Wesentlichen Anteil am Zustandekommen dieses Pro-

1 Zuschriften erbeten an: Dr. Arno Gräf, Mollstraße 20, 10249 Berlin.

2 Von der ČSR aus schlugen sich 1936 und 1937 etwa 280 deutsche Kommunisten nach Spanien durch, um dort an der Seite der Republikanischen Armee die demokratisch gewählte Volksfrontregierung gegen die Franco-Putschisten und ihre ausländischen Helfer verteidigen zu helfen.

3 Aus konspirativen Gründen – politische Aktivitäten waren den Asylanten offiziell untersagt – firmierte die KPD-Leitung als „Freundesleitung“ bzw. „Emileitung“.

4 Komitét pro pomoc emigrantum z Německa [Hilfskomitee für Emigranten aus Deutschland], gegründet am 3. Oktober 1933 durch den renommierten Literaturhistoriker und Kritiker Professor Dr. František X[aver] Šalda.

5 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), SgY 30/1308/2, Bl. 32; Ernst Krüger/Gertrud Glondajewski: Schon damals kämpften wir gemeinsam. Erinnerungen deutscher und tschechoslowakischer Antifaschisten an ihre illegale Grenzarbeit 1933 bis 1938, Berlin 1961; Emmy Koenen: Zum antifaschistischen Kampf der KPD in der ČSR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1976, H. 6, S.1045-1069, hier S.1057f., 1069; Klaus Mammach: Widerstand 1933-1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Berlin 1984, S.225; Gertruda Albrechtová: Die Tschechoslowakei als Asyl der deutschen antifaschistischen Literatur, Manuskript, S.77-83 [liegt vor in der Bibliothek des Bundesarchivs, Sign.: F60/692]; Květa Hyršlová: Šalda-Hilfskomitee für Emigranten aus

jektes hatte Wilhelm Koenen, der damals als Bernhard Schulze agierende politische Leiter der deutsch-kommunistischen Emigranten in der ČSR.

Abhängig von den aktuellen Lebensumständen der Eltern wechselte die Zusammensetzung der etwa 30 bis 40 Kinder umfassenden Gruppe, die bald als Kinderkolonie, Kinderrepublik, Pionierrepublik oder auch Rabaukenrepublik bezeichnet wurde. Auch Kinder nichtkommunistischer Eltern, die sich in einer besonderen Notlage befanden, wurden aufgenommen. Finanzielle Unterstützung erhielt die Kindergruppe vor allem von besagtem Šalda-Komitee, aber auch von tschechoslowakischen Wohltätern, dem Kinderausschuß der Dachorganisation der Hilfskomitees in der ČSR⁶ sowie der Internationalen Roten Hilfe in Moskau. Als Erzieher wirkten hier u. a. Lex Ullmann („Kinder-Lex“), Karl Veken („Lehrer-Heinz“), Erich⁷ Weber („Kinder-Piepel“) und die Tanzpädagogin Jenny Gertz („Genia“). Aus Prag erhielten die Zöglinge häufig Besuch, so auch von Egon Erwin Kisch, der sich gerne bei ihnen aufhielt.

Bei dem Heim in Mšec (deutsch: Kornhaus) handelte es sich um zwei seit langem leerstehende Flügel eines Schlosses, die im März 1934 vom tschechoslowakischen Innenministerium zur Verfügung gestellt worden waren und von den Emigranten in Eigenleistung wieder bewohnbar gemacht wurden. Für die zwei, später drei Schlaf- und Aufenthaltsräume der Kinder wurden die schönsten der dem Šalda-Komitee zugesprochenen 20 Räume im Schloß bereitgestellt. Außer den Kindern beherbergte das Heim bis zu 90 Erwachsene, darunter Teilnehmer an internatsmäßigen Lehrgängen, die dort abgehalten wurden.

Trotz der bescheidenen Lebensverhältnisse im Schloß – das Wasser mußte zunächst vom 200 Meter entfernten Dorfbrunnen bergan herbeigeschafft werden (erst später legten die Heimbewohner im Schloßgarten einen eigenen Brunnen an), Gas oder Strom gab es nicht, abends dienten Petroleumlampen als Beleuchtung⁸ – genossen die Jüngsten dort die denkbar größte Fürsorge: Nach dem Frühsport und dem Frühstück nahmen die schulpflichtigen Kinder am Unterricht in der tschechischen Dorfschule teil. Nachmittags erhielten sie ergänzende Unterweisungen in deutscher Sprache, arbeiteten im Garten, halfen im Schweine- bzw. Hühnerstall, gestalteten ihre Pioniernachmittage oder tobten einfach im verwilderten Schloßpark umher. Gemeinsam mit handwerklich begabten Erwachsenen wurden unter anderem Ba-

Deutschland, in: *Phylogica pragensia – Časopis pro moderní filologii* (Prag), 1975, H. 18, S.24-34.

⁶ Ústřední výbor Československých organizací pro pomoc emigrantů z Německa [Zentralausschuß der tschechoslowakischen Hilfsorganisationen für Flüchtlinge aus Deutschland], in dem zeitweilig bis zu acht Hilfskomitees unterschiedlicher politischer Ausrichtung zusammenarbeiteten.

⁷ Nach anderen Quellen Wilhelm bzw. Josef Weber.

⁸ Als einzige höchst unerfreuliche Erinnerung hat sich dem damals fünf Jahre alten Verfasser dieser Zeilen der abendliche bzw. nächtliche Toilettengang vom Kinderschlafrum im Obergeschoß durch das schlecht beleuchtete Gebäude zu den völlig unbeleuchteten Trockenaborten auf dem Schloßhof im Gedächtnis festgesetzt.

stelarbeiten und Zeichnungen angefertigt, die dann auf Solidaritätsveranstaltungen in Prag Käufer fanden.

Besondere Höhepunkte begingen die deutschen Kinder gemeinsam mit ihren tschechischen Spielkameraden und Mitschülern. Dazu zählten beispielsweise der mit selbstgebastelten Tierattrappen und „soeben eingereisten Negerkünstlern aus Afrika“ aufgeführte „Rabaukenzirkus“ im Sommer 1937 oder das von den Zöglingen mit Musik, Gesang und Volkstanz gestaltete Festprogramm zum 20. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution im November 1937. Umgekehrt berichtet die Schulchronik von Mšec, daß die deutschen Schüler mit eigenen Beiträgen – vor allem Rezitationen – zum Gelingen des Kinderweihnachtsfestes am 18. und 19. Dezember 1937 im Dorf beitrugen.

Angesichts der zunehmenden Feindseligkeiten Hitlerdeutschlands gegenüber der ČSR⁹ erhob die tschechoslowakische Armee Anspruch auf das Schloß in Mšec: Als Kaserne sollte es Teil des Verteidigungsringes um Prag werden. Folglich mußte das Heim zum Jahresende 1937 geräumt werden. Die von František Valenta, dem damaligen Schuldirektor¹⁰, geführte Mšecer Schulchronik vermerkt, daß siebzehn deutsche Emigrantenkinder seiner Schule am 21. Dezember 1937 zum letzten Mal am Unterricht teilnahmen und anschließend von Mitschülern und Lehrern unter Tränen verabschiedet wurden.¹¹ Mit Hilfe kirchlicher Kreise kamen die Kinder zunächst im Schloß zu Přerov nad Labem unter, von wo sie sechs Monate später in das in einem ehemaligen Fabrikgebäude eingerichtete Emigrantenheim in Svěpravice u Prahy verlegt wurden. Hier wirkten Else Schönherr, Hermann Boehme und Else Krone als Erzieher. Nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei durch die Nazi-Wehrmacht im März 1939 gelang es, den verbliebenen Kindern – verschiedene Eltern hatten ihre Kinder bereits zu sich genommen – einen vorübergehenden Unterschlupf im „Masaryk“-Heim des Roten Kreuzes in Bukovany zu verschaffen, von wo aus sie mit Hilfe beehrter Prager Taxifahrer in kleinen Gruppen an die Grenze zu Polen gebracht wurden. Auf diese Weise konnten sie illegal über die Grenze

9 So hatte Adolf Hitler, auf die europäische Landkarte anspielend, die Tschechoslowakei wiederholt mit einem entzündeten Blinddarm im Körper Europas verglichen, den es zu entfern gelte, damit der erkrankte Körper wieder genesen.

10 Er wurde von den Nazis im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet.

11 Siehe Nachrichtenblätter des Šalda-Komitees (Prag), Nr. 6 (Dezember 1937); Lex Ullmann: Pionierrepublik Mšec, in: DDR-Journal (Dresden), 1977, H. 4, S.28f.; Helmut Hübner: Zeugen aus Mšec, in: ebenda, H. 9, S.28-30; Das Kinderheim Mšec und der Jahrestag des Roten Oktober, in: Der antifaschistische Widerstandskämpfer, 1977, H. 5, S.18; Ernst Krüger u. a.: Die Emigrationsgruppe der KPD und die deutsche politische Emigration in der ČSR (1933-1939), Manuskript, S.23-27 [Dieses und die übrigen in den Anmerkungen genannten Manuskripte befinden sich in Privatbesitz.]; Hermann Dietz: Erinnerungsbericht, Manuskript, S.2-32; Josef Pašek: Laßt unsere Kinder willkommene Gäste am Tisch des Lebens sein, in: Prager Volkszeitung, Nr. 38, 23.09.1977, S.7 und 9; Albrechtová, Tschechoslowakei, S.80-82; Hyršlová, Šalda-Hilfskomitee, S.26-34.

geführt werden, wo Einreisepapiere nach Großbritannien für sie in den britischen Konsulaten zu Katowice und Kraków bereitlagen.¹²

Die multinationale Kindergruppe in Großbritannien 1939-1944

Zusammen mit anderen Emigrantenkindern wurden die bis Kriegsbeginn aus der Tschechoslowakei eintreffenden deutschen Kinder zunächst in einem Emigrantenheim in Broadstairs (Grafschaft Kent) untergebracht. Das Heim war vom „British Committee for Refugees from Czecho-Slovakia“ (Britisches Komitee für Flüchtlinge aus der Tschecho-Slowakei) eingerichtet worden und wurde dann vom „Czech Refugee Trust Fund“ (Treuhandfonds für Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, CRTF) übernommen. Bei dem Treuhandfonds handelte es sich um eine öffentlich-rechtliche Einrichtung,¹³ der Mittel für die Betreuung von Asylanten aus der ČSR aus dem am 27. Januar 1939 geschlossenen Staatsvertrag zwischen Großbritannien und der Tschechoslowakischen Republik zur Verfügung standen.¹⁴

Handelte es sich in der Tschechoslowakei ausschließlich um deutsche Heimkinder, so waren es jetzt tschechische (vorwiegend sudetendeutsche), („reichs“)deutsche, österreichische und auch einige ungarische¹⁵ Kinder, die im Heim zusammenlebten. Die gemeinsame Sprache war Deutsch. Unter den deutschen Zöglingen befanden sich jetzt auch „Waisen“, d. h. Kinder, deren Eltern es nicht mehr gelungen war, aus dem sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren zu entkommen.¹⁶ Dazu zählten beispielsweise die beiden Söhne Walter Bartels, der von der Gestapo in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt worden war und dort den Widerstand mit

12 Siehe Hlas Revoluce, Prag, 1987, H. 3, S.8; Arno Schönherr: Meine lückenlose Tätigkeit in der Emigration, Manuskript, S.1; Emmy Koenen: Exil in England, in: BzG, 1978, H. 4, S.540-563, hier S.545f.; Richard, in: Karl Veken: Der Kellerschlüssel – Geschichten aus stürmischen Tagen, 7. Aufl., Berlin o.J., S.129-141, 178; Children Calling, London, Aug. 1942; Dietz, Erinnerungsbericht, S. 32-46.

13 Oberster Dienstherr war der britische Innenminister, der auch die drei Treuhänder zu berufen hatte.

14 Vier Millionen £ nach Heinz H. Schmidt, der die Kontakte der deutsch-kommunistischen Asylantengruppe zu den britischen Behörden unterhielt und unter dessen Mitwirkung Bestimmungen in diesen Vertrag aufgenommen wurden, wonach nicht nur gefährdete tschechoslowakische Staatsbürger (vor allem Sudetendeutsche) einen Rechtsanspruch auf Asyl in Großbritannien erwerben konnten, sondern auch Exilanten, die in der ČSR Zuflucht gefunden hatten (z. B. Reichsdeutsche und Österreicher) oder – sofern sie das Land vorzeitig verlassen hatten – dorthin nicht zurückkehren konnten (z. B. Spanienkämpfer). Siehe SAPMO-BArch, SgY 30/1909/1, Bl. 82-84; ebenda, NY 4140/9, Bl. 204-208; Heinz H. Schmidt: Geschichten aus dem Leben eines Kommunisten, Manuskript, S.1447-1512; Koenen, Exil, S.542f.

15 Bei den Ungarn handelte es sich um Kinder, deren Eltern vor dem Horthy-Regime nach Österreich geflüchtet waren, bevor sie nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich in die ČSR weiteremigrieren mußten.

16 Die Zahl der deutsch-kommunistische Exilanten, die nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei der Gestapo in die Hände fielen, wird mit circa 90 angegeben.

organisierte. Ansonsten unterlag auch in Großbritannien die Zusammensetzung der Kindergruppe einem ständigen Wechsel.

In dem Heim in Broadstairs – einem ehemaligen Schulgebäude – wohnten bereits zahlreiche Emigranten, so daß die eintreffenden Kinder in das daneben befindliche frühere Lehrerhaus zogen. Hier wurden sie zunächst von Konrad und Dr. Edith Linz („Konny“ und „Ditta“), Hedwig Hünigen („Mutter Hünigen“) und Erich Weber („Piepel“) betreut. Den Kindern im schulpflichtigen Alter erteilte, so gut es ging, das Ehepaar Linz Unterricht, während Erich Weber sich vornehmlich um die Vorschulkinder kümmerte. In der Freizeit wurden unter anderem Volkstänze eingeübt. Nachdem die britischen Behörden ab Mai 1940 selbst die zuvor als „refugees from Nazi oppression“ (Flüchtlinge vor Naziverfolgung) eingestuftes „enemy aliens“ (feindliche Ausländer) im großen Stil internierten, fielen Konrad Linz und Erich Weber als Erzieher aus.¹⁷

Nachdem am 13. August 1940 der Luftkrieg über der Südküste Britanniens entbrannte, mußte das oberhalb der Steilküste zum Ärmelkanal gelegene Heim kurzfristig verlegt werden. Die Kinder kamen zunächst nach Lancing bei Brighton – ebenfalls am Ärmelkanal gelegen – und von dort nach Hayton bei Carlisle im Nordwesten Englands (Grafschaft Cumberland), nahe der schottischen Grenze. Das unter der anfänglichen Leitung einer Miss Waller, dann eines Mr. Brown stehende Heim beherbergte etwa 30 Kinder, darunter einen kleinen Kern von ehemaligen Pionieren aus Mšec.¹⁸ Zu den Erziehern gehörten Hedwig Hünigen, Eugen Loebel und Lilli Bernstein, die sich hier der Vorschulkinder annahm. Bei dem Gebäude handelte es sich wiederum um ein leerstehendes, teilweise verfallenes Herrenhaus namens „Edmond Castle“, wieder ohne Strom- oder Gasanschluß, das von den neuen Bewohnern notdürftig hergerichtet wurde.¹⁹

Gemeinsam mit den Erziehern halfen die älteren den jüngeren Kinder bei der Körperhygiene, dem Ankleiden usw. Kinder im schulpflichtigen Alter besuchten entweder die Dorfschule in Hayton (Schulanfänger) oder die Mittelschule in Brampton (Ältere). Nach der Schule und am Wochenende beteiligten sich alle Zöglinge an der Erledigung der anstehenden hauswirtschaftlichen Aufgaben, wobei den Buben das Sammeln von Heizholz im weitläufigen Schloßpark besonderen Spaß bereitete. Wie zuvor in Broadstairs erfreute sich in der Freizeit der Volkstanz besonderer Beliebtheit.²⁰

17 Die Entlassung dieser Personengruppe zog sich bis Ende 1942 hin.

18 Von der Volkstanzgruppe des Heimes liegt ein kurzer, von Viktor Schless aufgenommener Amateurfilm vor. Gerne besuchte Schless, der als sudetendeutscher Holzfäller im nahegelegenen Caldbeck arbeitete, die Kinder in seiner Freizeit.

19 Eine schwimmende Insel auf dem Schloßteich beeindruckte den damals neunjährigen Autor ganz besonders: Mit Hilfe eines trockenen Astes konnte man sich auf ihr von der einen Seite des kleinen Sees zur anderen staken.

20 Im Falle eines der Mädchen, Hedy Hünigen, entwickelte sich daraus eine lebenslange Leidenschaft: Bis ins hohe Alter leitete sie die Londoner Volkstanzgruppe „Beskydy Dancers“.

Wegen der unzureichenden sanitären und hygienischen Bedingungen – vermehrt waren Krankheitsfälle aufgetreten – wurde das Gebäude im Frühjahr 1942 gesundheitspolizeilich gesperrt. Erzieher und Kinder zogen um in das vom CRTF-Treuhandfonds neu eingerichtete Heim in der nordwalisischen Kleinstadt Denbigh. Das in einem leerstehenden, am Stadtrand gelegenen Herrenhaus mit dem Namen „Plas-yn-Green“ untergebrachte Heim wurde von einem Ehepaar Harris geleitet. Wie gehabt, halfen auch hier die älteren Zöglinge die jüngeren zu betreuen, von denen wiederum erwartet wurde, daß sie sich beim Tisch- oder Küchendienst einbrachten.²¹ Mit Zeichnungen und kurzen Artikeln beteiligten sich die Kinder an der im vierzehntägigen Rhythmus jeweils zu einem vorgegebenen Thema erscheinenden Wandzeitung. Als Erzieherinnen wirkten hier Hedwig Hünigen, Willi Bernstein, Anna Epstein, Hanne Grossmann und Rudolfine Schaffer.

Im Jahr 1943, als die Internierung der antifaschistischen „enemy aliens“ beendet und die Arbeitsbeschränkungen für Ausländer in Großbritannien weitgehend aufgehoben waren, löste der CRTF-Treuhandfonds das Heim schließlich auf.²²

Das institutionalisierte Kinderhilfswerk 1940-1945

Als Lehre aus der überaus risikoreichen Flucht der restlichen Zöglinge der ehemaligen Kinderkolonie und weiterer Emigrantenkinder aus der okkupierten Tschechoslowakei 1939 hatten sechs Emigrantenorganisationen am 12. August 1940 in London ein Komitee gegründet, das sich zum Ziel setzte, die etwa 650 in Großbritannien befindlichen deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Flüchtlingskinder und -waisen nach Nordamerika zu evakuieren, da mit einer Invasion der britischen Inseln durch die deutschen Truppen unmittelbar zu rechnen war. Wie berechtigt diese Befürchtungen waren, zeigte sich schon tags darauf, als die deutsche Luftwaffe ihre vorbereitenden Großangriffe auf die britischen Inseln begann.

Deutscherseits gehörten der Freie Deutsche Kulturbund in Großbritannien (FDKB)²³ sowie die Freie Deutsche Jugend in Großbritannien²⁴ zu den Gründungsmitgliedern des Komitees. Bei den anderen Mitgründern handelte es sich um die entsprechenden Organisationen österreichischer und tschechoslowakischer (sudetendeutscher) Emigranten. Anfangs konnten elf namhafte britische und sechs US-amerikanische Schirmherren bzw. -frauen gewonnen werden. Das war für karitative

21 So galt der damals zehnjährige Autor als „Spezialist“ fürs Geschirrabtrocknen. Ansonsten ist ihm aus diesem Heim besonders ein Ausflug in Erinnerung geblieben, der die Kinder zu deutschen Emigranten führte, die (als Alternative zur Internierung) als Holzfäller im Raum Llangollen arbeiteten – namentlich wegen der dort reichlich wachsenden Heidelbeeren, an denen sich die Kinder gütlich tun durften.

22 Siehe Hedvika Hünigenová (Hedwig Hünigen) Briefe an den Verfasser vom 27. Januar 1990, 29. März 1990 und 7. Mai 1990; Hedy Dacres: A Brief History of one of the Children's Refugee Hostels of the Czechoslovak Refugee Trust Fund in England during WW2, Manuskript; Siehe auch deren Briefe an den Verfasser vom April und Mai 2005.

23 Gegründet in London am 1. März 1939.

24 Wiedergründung in London am 2. Juni 1939 der bereits in Prag am 7. Mai 1938 formierten Freien Deutschen Jugend.

Unternehmungen in Großbritannien geradezu lebensnotwendig und förderlich, um den Status des Komitees als juristische Person zu sichern. Im Verlaufe der Tätigkeit des Komitees stieg die Zahl der Schirmherren ständig an. 1943 waren es bereits 37 in Großbritannien und 14 in den USA. Als Vorsitzender des Komitees stellte sich der Schuldirektor William B[urnlee] Curry aus Dartington Hall zur Verfügung. Als sein Stellvertreter fungierte Johann Fladung, Vorsitzender des FDKB und Initiator dieses Selbsthilfeprojekts.²⁵ Kassenwart war Dr. Edith Linz.²⁶

Als Arbeitsgrundlage verabschiedete die Gründungsversammlung ein Memorandum, in dem die Situation der betreffenden Kinder ausführlich geschildert wurde, insbesondere jener Kinder, deren Eltern auf dem europäischen Festland zurückgeblieben oder in Großbritannien interniert worden waren. Auf dieser Grundlage sollten die behördliche Anerkennung des Komitees als kriegsbedingte Wohltätigkeitsorganisation erreicht,²⁷ Geldmittel eingeworben, Pflegeeltern in den USA gewonnen und die Überfahrt der Kinder organisiert werden.

Das Gremium gab sich zunächst den etwas umständlichen Namen „Coordinating Committee for the Evacuation Overseas of Central European Refugee Children in Great Britain“ (Koordinierungskomitee für die Evakuierung mitteleuropäischer Flüchtlingskinder in Großbritannien nach Übersee), der aber bald zu „Refugee Children’s Evacuation Committee“ (Evakuierungskomitee für Flüchtlingskinder) verkürzt wurde. 1941 schließlich wurde das Komitee in ein „Refugee Children’s Evacuation Fund“ (Evakuierungsfonds für Flüchtlingskinder) umgewandelt. Sein Büro befand sich im Klubhaus des Freien Deutschen Kulturbundes, 36 Upper Park Road, London N.W.3.

Zur Finanzierung der Tätigkeit des Evakuierungskomitees bzw. -fonds wurden nicht nur Spenden mit behördlicher Genehmigung in Großbritannien und den USA gesammelt, sondern auch vielfältige kulturelle Benefizveranstaltungen durchgeführt. Auch die betroffenen Kinder wurden angehalten, sich durch Musizieren (Kinderorchester und Kinderchor), Volkstanzaufführungen oder durch den Verkauf bzw. die Versteigerung von Basteleien, Malereien, Zeichnungen usw. zu beteiligen. Als Beispiele seien Kinderkonzerte am 21. September 1941 und am 23. November 1941 in London erwähnt.²⁸ Mit einem kulturellen Programm, das von einer aus Kindern bestehenden Laienspielgruppe am 30. Januar 1943 anlässlich des 10. Jahrestages der

25 Das frühere Mitglied des Preußischen Landtages Johann Fladung sollte die Leitung der illegal in Deutschland wirkenden KPD übernehmen, wurde jedoch bei der Übergabe der Geschäfte am 2. September 1933 verhaftet und im Berliner Columbiahaus bestialisch mißhandelt. 1938 gelangte er über die Schweiz nach Großbritannien, wo Luise Dornemann wesentlich dazu beitrug, ihn wieder gesundzupflegen.

26 Siehe SAPMO-BArch, SgY 30/1972, Bl. 1-4; ebenda, DY 27/1500; Archiv der Akademie der Künste (AdK-Archiv), Sign. 2000 A 139, Sammelband F.D.K.B.; Freier Deutscher Kulturbund in Großbritannien, in: Kultur und Gesellschaft (Frankfurt/M.), 1962, H. 4, S.3-5.

27 Die Anerkennung erfolgte am 19. August 1941.

28 Über dieses Benefizkonzert hatten der Gründer der Bewegung France Libre, General Charles de Gaulle, sowie die Gattin des sowjetischen Botschafters in Großbritannien, Agnia Maiski, die Schirmherrschaft übernommen.

faschistischen Machtübernahme in Deutschland gestaltet wurde, bekannten sich die Kinder zu den von den Naziherrschern mit Füßen getretenen humanistischen Werten der deutschen Kultur.²⁹

Eine Sonderrolle bei der Geldbeschaffung für das Kinderhilfswerk spielte die Ausstellung „Children’s Art from all Countries“ (Kinderkunst aus aller Welt), die das Evakuierungskomitee vom 16. August bis 10. September 1941 in sechs Räumen des Londoner Klubhauses des Freien Deutschen Kulturbundes veranstaltete. Für diese Schau hatten nicht nur die Kinder des CRTF-Heimes in Hayton, sondern auch Kinder von Botschaftsangehörigen von in London akkreditierten Exilregierungen sowie Schüler aus britischen Schulen – insgesamt Kinder aus 15 Nationen – an die 8.000 Zeichnungen, Aquarelle und Basteleien angefertigt. Die Arbeiten aus Hayton wurden in einer gesonderten Abteilung präsentiert.

Zuvor hatte eine Auswahlkommission, bestehend aus Professor Oskar Kokoschka,³⁰ René Graetz, Fred Uhlmann und Heinz Worner, aus der Vielzahl eingesandter Arbeiten eine Hauptausstellung für London, eine zweite Hauptausstellung zum Versand in die USA und drei Wanderausstellungen zusammengestellt. Letztere waren für Tournées durch britische Städte vorgesehen, die mit Oxford, Leeds und Manchester begannen.

Der Auftakt der ersten Hauptausstellung, die der Londoner Öffentlichkeit rund 500 der eingereichten Arbeiten vorstellte, gestaltete sich zu einem für den Kulturbund bedeutsamen Medienereignis: Die Eröffnung nahmen der tschechoslowakische Exil-Außenminister Jan Masaryk, der Vorsitzende der Auswahlkommission, Oskar Kokoschka, sowie der Vorsitzende des Freien Deutschen Kulturbundes, Johann Fladung, vor. Die staatliche Rundfunkanstalt BBC berichtete sowohl in ihrem Inlandsdienst als auch in ihren Auslandssendungen über die Vernissage und die dabei gehaltenen Ansprachen.

Zu den Ehrengästen der Eröffnung gehörten Vertreter der Bewegung France Libre, der frühere spanische Volksfront-Premier Juan Negrin, ein früherer belgischer Erziehungsminister sowie Vertreter des britischen Innenministeriums. Außerdem gingen den Veranstaltern über 100 Begrüßungsschreiben zu, darunter vom Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlinge, von General Władysław Sikorski, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, von Dr. Edvard Beneš, dem Präsidenten der tschechoslowakischen Exilregierung, vom ehemaligen britischen Premierminister Lloyd George, von den Bischöfen von York und Chichester sowie von der Fürstin von Atholl.

Wegen des Gedränges im FDKB-Klubhaus, welches der unerwartet große Zuspruch der Ausstellung auslöste, sah sich die Klubhausleitung veranlaßt, umgehend nach

29 Siehe SAPMO-BArch, DY 27/1504; Freie Tribüne (London), Nr. 4, 17.2.1943, S.7; Refugee Children’s Evacuation Fund, Letter of Information No. 3, London 1942; AdK-Archiv, Bestand Erich A. Bischof, Mappe England 1939-1948.

30 Werke Professor Kokoschkas, dessen Selbstbildnisse bereits 1930 von Alfred Rosenberg als „Idiotenkunst“ diffamiert worden waren, wurden 1937 auf der Münchener Schandausstellung Entartete Kunst („Eintritt frei. Für Jugendliche verboten.“) als „jüdisch-bolschewistische Machwerke“ stigmatisiert.

einem Ausweichquartier zu suchen, das dann in einer ehemaligen Apotheke am berühmten Piccadilly Circus im Zentrum Londons gefunden und wohin die Ausstellung unverzüglich verlegt wurde.

Die vier Ausstellungen, die in Großbritannien schließlich in 62 Städten präsentiert wurden, sahen insgesamt etwa vier Millionen Besucher. An den Ein- bzw. Ausgängen der Ausstellungsräume waren jeweils Spendenboxen aufgestellt.³¹ Informationen über die nach den USA versandten Arbeiten liegen dem Verfasser leider nicht vor.

Zur Tätigkeit des Kinderhilfswerks in Großbritannien

Die ersten Monate nach der Gründung des multinationalen Evakuierungskomitees waren durch außerordentlich intensive Arbeit gekennzeichnet, galt es doch unter anderem, einen behördlich anerkannten Status in Großbritannien und den USA zu erlangen, ein Netz an amerikanischen Pflegeeltern aufzubauen, Verhandlungen mit den US-amerikanischen Einwanderungsbehörden über die Aufnahme der Kinder in die staatlichen Einreisequoten zu führen und nach Transportkapazitäten zur Verschickung der Kinder zu suchen.

Ab August 1941 – das Kriegsgeschehen hatte sich nach Osten verlagert – schien die unmittelbare Evakuierung der Kinder nicht mehr erforderlich zu sein. Die zwischenzeitlich gewonnenen amerikanischen Pflegeeltern übernahmen daraufhin Patenschaften über „ihre“ Flüchtlingskinder in Großbritannien, die sie persönlich noch gar nicht kennengelernt hatten: Es wurde ein „Foster Parents Scheme“ (Pateneltern-Netzwerk) eingerichtet. Individuell ließen die nunmehrigen Pateneltern ihren Schützlingen Zuwendungen für Lebensmittel, Medikamente, Schulmaterial und dergleichen zukommen. Im Gegenzug berichteten ihnen die Kinder über ihr Leben in monatlichen Briefen, die – auf vorgedruckten Bögen – der Militärzensur unterlagen. Dieses Patenschaftssystem wurde bis zum Ende des Krieges aufrechterhalten.³²

Verkaufserlöse und Spendenmittel wurden jetzt für die materielle und geistige Betreuung der Emigrantenkinder eingesetzt. So wurde in London eine Kinderbibliothek für die dort bei ihren Eltern lebenden Kinder eingerichtet, und für die in Heimen untergebrachten Kinder wurden Ausstattungsgegenstände angeschafft. Zu besonderen Feiertagen wie Ostern oder Weihnachten und zu ihren Geburtstagen erhielten die vom Kinderhilfswerk betreuten Asylantenkinder Glückwunschkarten, die im Falle der deutschen Kinder Erich A[rnold] Bischof und andere Künstler liebevoll gestalteten und Johann Fladung unterzeichnete.³³

31 Siehe SAPMO-BArch, DY 27/1504; ebenda, DY 27/1505; Freie Deutsche Kultur, London Aug. 1941, S.8; ebenda, Sept. 1941, S.7; ebenda, Okt. 1941, S.7; ebenda, März 1942, S.2; Die Zeitung – Londoner deutsches Wochenblatt, 15.8.1941, S.3; ebenda, 18.8.1941, S.3; ebenda, 22.8.1941; Children Calling, London, Aug. 1942, S.7; AdK-Archiv, Bestand Erich A. Bischof; Birgid Leske/Marion Reinisch: Exil in Großbritannien, in: Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945, Bd. 5, Leipzig 1980, S.223-235.

32 Auch der Verfasser erhielt auf diese Weise eine Patenmutter in den USA (in Edmond/Oklahoma) zugewiesen.

33 Siehe Refugee Children's Evacuation Fund, Letter of Information No. 3; AdK-Archiv, Bestand Erich A. Bischof; Erich A. Bischofs Brief an den Verfasser vom 24. Mai 1987.

Regelmäßig legte das Komitee Rechenschaft über seine Tätigkeit ab; das erste Mal in einem hektographierten³⁴ „Letter of Information No. 1“ (Informationsbrief Nr. 1), der den Zeitraum von August bis November 1940 umfaßte. Brief Nr. 2 umschloß den Zeitraum November 1940 bis Juni 1941, und Brief Nr. 3 enthielt den Jahresbericht 1941-1942. Unter anderem lagen diese Informationsbriefe der Zeitschrift „Freie Deutsche Kultur“ als Beilage bei; der Informationsbrief Nr. 3 zum Beispiel der englischsprachigen März-Ausgabe von 1942.

Im genannten Jahresbericht (Informationsbrief Nr. 3) wurde detailliert das zuvor aufgebaute System von Patenelternschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika erläutert und auf die übrigen Aktivitäten des Komitees im Berichtszeitraum eingegangen. Zu letzteren zählten beispielsweise die bereits erwähnte Kinderkunst-Ausstellung sowie eine am 21. Dezember 1941 für etwa 150 Flüchtlingskinder aus zehn Ländern veranstaltete Weihnachtsfeier in der Londoner Conway Hall. Desweiteren waren über 50 Weihnachtspakete an Kinder außerhalb Londons verschickt worden, vor allem an jene, die mit ihren Müttern noch immer in britischen Internierungslagern festsaßen.³⁵

Im Mai 1942 erschien die erste Nummer der vom Kinderhilfswerk herausgegebenen, ebenfalls hektographierten Kinderzeitung „The Migrant. Children’s Paper“ (Der Migrant. Kinderzeitung). Unter anderem wurde darin mitgeteilt, daß die Kinderbibliothek im Büro des Evakuierungsfonds für Flüchtlingskinder am 30. Mai 1942 eröffnet wird; die Kinder des Heimes in Denbigh wurden aufgefordert, Handarbeiten für Ausstellungen in den USA und in der Sowjetunion zur Verfügung zu stellen. Im August-Heft 1942 des inzwischen in „Children Calling. Children’s Paper“ (Kinder rufen. Kinderzeitung) umbenannten Blattes wurde mitgeteilt, daß die Ausstellung „Kinderkunst aus aller Welt“ bereits in London, Oxford, Leeds, Manchester, Birmingham und Glasgow gezeigt wurde und weitere Exponate für Ausstellungen in den USA benötigt würden.

In der gleichen Ausgabe erschien unter der Überschrift „Wie ich aus der Tschechoslowakei entkam“ der Bericht eines dreizehnjährigen Mädchens über seine recht abenteuerliche Flucht, die sie zusammen mit weiteren Kindern und einem Erzieher aus dem deutsch-okkupierten Tschechien über die Grenze nach Polen geführt hatte. Desweiteren wurde eine Puppentheateraufführung in London angekündigt, und die Heimkinder im walisischen Denbigh wurden aufgefordert, sich stärker an der Zeitung zu beteiligen. Daraufhin erschien in der Weihnachtsausgabe 1942 von „Children Calling“ ein Bericht der fünfzehnjährigen Hedy Hünigen aus Denbigh über die Beteiligung einer sechsköpfigen Mannschaft aus dem Heim an einem Alt-

34 Später gelang es, trotz der Kriegsbeschränkungen, die Informationsbriefe gedruckt zu veröffentlichen.

35 Außerdem wurden die im Frauenlager (Port Erin) bzw. Familienlager (Port St. Mary) auf der Insel Man (Irische See) lebenden Flüchtlingskinder regelmäßig mit Bastelmaterialien und Büchern versorgt. Siehe Coordinating Committee for the Evacuation Overseas of Central European Refugee Children in Great Britain/Refugee Children’s Evacuation Fund, Letters of Information No. 1ff., London 1940ff.; Freie Deutsche Kultur (London), März 1942, S.13-16; AdK-Archiv, Bestand Erich A. Bischof.

stoff-Sammelwettbewerb in der Stadt. Der zweite Preis, den ihre Mannschaft erhielt, wurde je zur Hälfte für elternlose Flüchtlingskinder sowie zur Ausstattung der Bastelwerkstatt im Heim verwendet.³⁶

Die Vorbereitung deutscher Kinder auf ihre Rückkehr in die Heimat

Unterstanden die Kinderheime in Broadstairs, Lancing, Hayton und Denbigh dem britischen CRTF-Treuhandfonds, das auch die Heimleiter stellte, so hatte die Leitung der KPD-Organisation in Großbritannien gemeinsam mit Johann Fladung schon frühzeitig den Plan entworfen, ein eigenes Heim für jene Kinder einzurichten, deren Eltern im Rahmen des „Allied War Effort“ (Alliiertes Kriegsaufgebot) bzw. im Freien Deutschen Kulturbund oder in anderen Emigrantenorganisationen besonders aktiv waren. Im Einvernehmen mit dem Treuhandfonds wurde dieser Plan in Angriff genommen, als sich die Niederlage Nazi-Deutschlands immer deutlicher abzeichnete und somit die Frage der Repatriierung praktische Gestalt annahm. Inzwischen wußten die Kinder über ihr Gastland wesentlich besser Bescheid als über ihr Heimatland, und ihr Englisch war ebenfalls viel besser als ihre Kenntnisse der Muttersprache.³⁷

Zunächst einmal mußten Geldmittel für die Anmietung und Möblierung einer geeigneten Immobilie aufgebracht werden. Als Neuaufgabe der 1941/42 überaus erfolgreichen Kinderkunst-Ausstellung bereitete Heinz Worner daraufhin eine zweite derartige Ausstellung vor: „The War as seen by Children“ (Der Krieg aus Kindersicht). Wiederum umfaßte die Schau Bilder, Zeichnungen und Bastelarbeiten von Kindern aus mehreren Ländern, wobei ein Großteil aus Denbigh stammte. Dieses Mal wurde die Exposition von vornherein als Verkaufsausstellung im Zentrum Londons geplant. In den Räumen der Cooling Galleries in der vornehmen New Bond Road wurde sie am 4. Januar 1943 von Lady Clark eröffnet. Nach ihr war es wiederum Professor Oskar Kokoschka, der die gezeigten Kunstwerke in einer Laudatio würdigte. Im Begleitprogramm zur Ausstellung traten wieder Kinderchöre auf, und zeitweise war der Besucherandrang so groß, daß zwei „Bobbies“ (Polizisten) ihn regeln mußten.

Diese Ausstellung war Johann Fladung Anlaß, eine neue Schriftenreihe unter dem Titel „Our Children To-Day and To-Morrow. Modern Educational Booklets“ (Unsere Kinder heute und morgen. Zeitgemäße Erziehungshefte) aus der Taufe zu heben. Heft 1 dieser Reihe war der zweiten Kinderkunst-Ausstellung gewidmet und trug – in modernistischer Kleinschreibung – deren Titel „the war as seen by children“. Das Geleitwort stammte aus der Feder des Ehrensekretärs des Kinderhilfswerkes, Johannes Georg Siebert, und der Wortlaut der Rede Kokoschkas wurde durch Fotos von 20 der Exponate sowie der Ausstellungseröffnung untersetzt. Dar-

36 Siehe *The Migrant – Children's Newspaper*, London 1942; *Children Calling – Children's Newspaper*, London 1942 ff.; Ursula Adam: *Zur Geschichte des Freien Deutschen Kulturbundes in Großbritannien (Ende 1938-Mai 1945)*, Dissertation A, Zentralinstitut für Geschichte, Berlin 1983, S.108, 118.

37 Siehe *Freie Deutsche Kultur* (London), März 1942.

über hinaus wurde im Heft 1 ausführlich über die geplante Heimschule bei London informiert.³⁸

Als das vom FDKB eingerichtete Kinderheim im Frühjahr 1943 in der Ortschaft Theydon Bois nördlich von London bezugsfertig war, zogen etwa 15 deutsche Kinder aus dem Heim in Denbigh, das zeitgleich schloß, dorthin. Sie fanden ein Landhaus namens „Red Oaks“ (Rote Eichen) vor, das unter anderem mit jenem Geld angemietet worden war, das sie selbst mit ihren kleinen (und auch größeren) Kunstwerken erwirtschaftet hatten.³⁹ Zu dem Gebäude gehörte ein Garten, in dem jedes Kind ein eigenes Beet zugewiesen bekam. Die Leitung des Heimes lag in den Händen des Pädagogen Johannes Schellenberger und später Herta Gräfs. Als Hausmeister (zugleich Einkäufer und Gärtner) bzw. Köchin waren Max und Anni Vollerth tätig. Deren Sohn Edgar, der im Emigrantenheim Mšec zur Welt gekommen war, zählte zu den jüngsten der dortigen Zöglinge.

Im Gegensatz zu den CRTF-Heimen sollten die Zöglinge der „Theydon Bois School“, wie das Heim offiziell hieß, neben dem Besuch der englischen Schule zusätzlich mit der deutschen Sprache und Literatur sowie der Geographie und Geschichte Deutschlands vertraut gemacht werden. Ansonsten besuchten die jüngeren Kinder die Dorfschule im Ort, während die älteren mit dem Bus in die benachbarte Kreisstadt Epping fuhren, wo sie am Unterricht in der Mittelschule teilnahmen.⁴⁰

Eine dritte internationale Kinderkunst-Ausstellung, jetzt mit Arbeiten von Kindern aus 17 Nationen, bereitete der Freie Deutsche Kulturbund für die Zeit vom 30. Januar bis 26. Februar 1944 vor. Dieses Mal wurden die Exponate in den Räumen der Drogeriekette „Boot's“ im Londoner Geschäftsviertel Piccadilly präsentiert. Der Spenden- und Verkaufserlös kam unmittelbar der Heimschule in Theydon Bois zugute.⁴¹

Nachdem am 13. Juni 1944 der V1-Beschuß Londons aufgenommen wurde, mußte das Kinderheim in Theydon Bois aufgelöst werden: Die Treffsicherheit dieser auf

38 Siehe SAPMO-BArch, SgY 30/1308/1, Bl. 36; Johann Fladung (Hrsg.): *Our Children To-Day and To-Morrow – Modern Educational Booklets*, H. 1: *the war as seen by children*, London 1943.

39 Ein Zimmer des Hauses wurde als Ferienquartier für deutsche Soldaten, die in der britischen Armee dienten, bzw. für deutsche Arbeiter, die in der britischen Kriegsindustrie tätig waren, bereitgehalten.

40 Der Verfasser, dem eine Freistelle an einer höheren Schule zugesprochen worden war, fuhr täglich mit dem Dampfzug (heute Teil des elektrifizierten Londoner Vorort-Schnellbahnnetzes) nach dem etwas entfernten Buckhurst Hill. Siehe SAPMO-BArch, NY 4074/129, Bl. 59; FDKB-Nachrichten (London), Jan. 1944, S.8; ebenda, Juli 1944.

41 1946 wurden alle noch vorhandenen Malarbeiten der Kinderkunst-Ausstellungen nach Deutschland verschickt und dort dem „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ zur Verfügung gestellt. Dem ist zu verdanken, daß noch heute Blätter dieser Ausstellungen im Bundesarchiv Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, zu besichtigen sind. Siehe SAPMO-BArch, NY 4074/129, Bl. 12; FDKB-Nachrichten (London), Jan. 1944, S.11; Freie Tribüne (London), 1944, Nr. 2, S.10.

London zielenden, unbemannten Flügelbomben⁴² war sehr gering, so daß Theydon Bois im Streubereich der Einschläge lag. Noch bevor alle Kinder wieder bei ihren Eltern waren, wurde die Nachbarvilla durch einen V1-Volltreffer bis auf die Grundmauern zerstört und das eigene Gebäude erheblich beschädigt. Damit fand dieses wenig bekannte Kapitel deutscher Emigrationsgeschichte ein jähes Ende.

Danksagung

Bezeichnenderweise nannte Dr. Johann Fladung das Kinderhilfswerk an erster Stelle, als er am 14. April 1975 von Professor Dr. Karl-Heinz Schulmeister, Generalsekretär des Kulturbundes der DDR, in einem längeren Gespräch über die Höhepunkte seiner politischen Tätigkeit im britischen Exil befragt wurde. Und das, obwohl der Freie Deutsche Kulturbund in Großbritannien, der unter Johann Fladungs Leitung gestanden hatte, mit Stolz auf eine außerordentlich bemerkenswerte und breit gefächerte Erfolgsbilanz auf sozio-kulturellem Gebiet verweisen konnte.⁴³

Dieser Bewertung kann der Verfasser nur zustimmen, wurde doch den betreffenden Kindern unter denkbar widrigen Umständen ein beachtenswertes Maß an Fürsorge zuteil. Jenen Umständen war es beispielsweise geschuldet, daß die betroffenen Kinder gezwungen waren, ein Beinahe-Nomadendasein zu führen. So durchliefen einige von ihnen, zum Beispiel Erika Krone und Peter Schimmitat, von 1937 bis 1939 vier Heime in vier tschechischen Ortschaften und 1939 bis 1944 fünf Heime in fünf britischen Ortschaften – insgesamt also neun Heime im Verlaufe von nur acht Jahren. Höhepunkte des beschriebenen Kinderhilfswerkes bildeten sicherlich die in eigener Regie geführte Kinderkolonie in Mšec und die Heimsschule in Theydon Bois – auch wenn ihnen nur ein sehr kurzes Dasein beschieden war.

Für sein Wirken zum Wohle der Kinder in der tschechoslowakischen Emigration kommt Wilhelm Koenen größte Hochachtung zu, und ebensolche Wertschätzung verdient Johann Fladung für seine Sorge um die betreffenden Kinder in Großbritannien. Tiefe Dankbarkeit gebührt postum den zahlreichen Spendern und Wohltätern in beiden Ländern⁴⁴ ebenso wie in den USA, den vielen Helfern bei den unterschiedlichsten Projekten zugunsten der Kinder und ganz besonders den Erziehern in den jeweiligen Heimen. Sie alle waren es, die es in einem oftmals übermenschlichen

42 Die Londoner verpaßten den in Deutschland als „Vergeltungswaffe“ bezeichneten Bomben sehr bald den Spottnamen „doodle bugs“ (Brummwanzen).

43 Siehe SAPMO-BArch, DY 27/1505, Bl. 1f., 14-23; Johann Fladung: Erfahrungen. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1986; Adam, Geschichte; dies.: Das Echo auf die Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Großbritannien und dessen geschichtliche Voraussetzungen, in: Weimarer Beiträge, 1985, H. 5, S.743-754.

44 Von einer tschechoslowakischen Ärztevereinigung erhielt das Heim in Mšec beispielsweise die komplette Einrichtung für eine allgemeinmedizinische Praxis als Solidaritätsgeschenk (Dr. Bär, ein deutscher Arzt, befand sich unter den Heiminsassen). Darüber hinaus behandelten viele tschechoslowakische Ärzte Emigranten kostenlos, wissend, daß ihre Patienten mittellos waren, da ihnen jegliche Erwerbsarbeit im Gastland untersagt war.

Einsatz schafften, den Kindern ein sorgenfreies und fröhliches Leben zu ermöglichen – allen Widrigkeiten eines Migrantenlebens zum Trotz.

Förderverein für Forschungen
zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Einladung zur Diskussion

Wir laden Historiker, Historikerinnen, Zeitzeugen und historisch Interessierte zu einer wissenschaftlichen Tagung ein.

Thema:

„Geschichte der Arbeiterbewegung von unten –
neue Quellen und neue Sichten zu Alltag, Kultur, Identität“

Schwerpunkte:

- Arbeitswelt
- Familie, Geschlechter, Generationen
- Freizeit, Feste, Feiertage
- Bildung, individuell und kollektiv
- Widerständiges Verhalten und seine Formen in Gesellschaft,
- Betrieb, Parteien, Organisationen

Als Quellen sollen in erster Linie veröffentlichte und unveröffentlichte Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Autobiographien dienen – mit Christa Wolf:
„Wer also die ‚Wahrheit‘ lesen will, das heißt, wie es wirklich gewesen ist, der greift zu Tatsachenberichten, Biographien, Dokumentensammlungen, Tagebüchern, Memoiren.“

Die Tagung findet in Berlin am 1. oder am 2. Dezember-Wochenende 2006 (Freitag/Samstag) statt.

Interessenten, die sich mit Referaten oder Diskussionsbeiträgen beteiligen wollen, teilen das bitte mit an: barck@zzf-pdm.de oder a.plener@web.de
Weitere Informationen auf der Website des Jahrbuchs für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Der Aufsatz

Elke Scherstjanoi

Landarbeiterschutz versus Wirtschaftsaufschwung : die SED in einem agrarpolitischen
Interessenkonflikt (1945-1949)

Seite 67-82

steht nur in der Druckausgabe zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Ihre Bibliothek.

Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost – die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU*

Siegfried Prokop

Die Reihenfolge „Tauwetter, Frühling und Frost“ in der Überschrift wurde nicht zufällig so gewählt. In der Literatur finden wir bisher auch andere Reihungen. Jürgen Kuczynski titelte seinen Historikerstreit im Jahre 1956 mit „Frost nach dem Tauwetter“¹, und Horst Schützler gab zu Beginn dieses Jahres einer Veranstaltung den Titel „Tauwetter ohne Frühling“.² Also Frost gleich nach dem Tauwetter und ohne einen Frühling, oder erst Frost nach dem Frühling? Mit anderen Worten: Gab es nach dem XX. Parteitag einen Reformkurs und Reformansätze nicht nur in theoretischen Erörterungen, sondern auch in der gesellschaftlichen Praxis, oder gab es diese nicht? Es kann wohl davon ausgegangen werden, daß es diese Ansätze sehr wohl gab, so bescheiden sie im einzelnen auch immer gewesen sein mögen. Diese Ansätze sind in der nachfolgenden Zeit im Geschichtsbild der DDR zu einem weißen Fleck gemacht worden. Sie finden auch in den Deutungen der Gegenwart keine hinreichende Würdigung, wenn sie unter dem Schlagwort „Entstalinisierungskrise“ subsumiert werden.³ Daß es ein alternatives Denken im Jahre 1956 gab, paßt nicht so recht in vorhandene Klischees. Was 1956 wirklich geschah, muß durch Forschungen erst noch freigelegt werden.⁴

Parteireform und Reform des politischen Systems

Die Zeit zwischen der 28. und 29. Tagung des ZK der SED, also die Zeit zwischen Juli und November 1956, sah Karl Schirdewan als eine Zeit an, in der die „Reformidee im Zentralkomitee Fuß gefaßt“⁵ hatte. Auf der 28. Tagung des ZK lag allen Teilnehmern eine Analyse der in der SED mit der 3. Parteikonferenz (24.-30. März 1956) begonnenen Diskussionen vor. In diesem Papier finden sich Belege dafür, daß in der Parteimitgliedschaft auch die Reform der SED gefordert wurde und daß Ge-

* Bearbeiteter Vortrag auf der VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz „Linke Utopien – die Zukunft denken. Das Krisenjahr 1956“ in Leipzig am 24.3.2006.

1 Siehe Jürgen Kuczynski: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.

2 Siehe Troika. Informationsblatt der Berliner Freunde der Völker Rußlands e.V., Dezember 2005, S.8. – Siehe auch: Inge Kircheisen (Hrsg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995.

3 Siehe Jan Foitzik (Hrsg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand, Paderborn u. a. 2001.

4 Ausführlich dazu Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006.

5 Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994, S.112.

danken, die Rudolf Herrnstadt schon 1953 vorgetragen hatte,⁶ wieder massiv geäußert wurden.

Dem Papier zufolge wurde an der Universität Halle die Ansicht vertreten, daß „die Partei von unten nach oben reorganisiert werden müsse, wobei für die Wahl des Politbüros eine Art Urabstimmung in der Partei“⁷ erforderlich sei. Weiter hieß es in dieser Analyse, daß an der Fachschule in Görlitz gefordert wurde, vom demokratischen Zentralismus abzukommen. Alle Beschlüsse seien immer erst auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Auf der 29. Tagung des ZK verteidigte Kurt Hager im November 1956 das 8. (Reform-)Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Das Bild Polens dürfe nicht nur negativ gezeichnet werden. In Polen sei es gelungen, „durch die Beschlüsse des 8. Plenums die Gefahr der Isolierung vom Volk zu überwinden.“⁸ Zugleich kritisierte er den Bürokratismus des ZK-Apparates der SED. Ein Hindernis für die Arbeit seien seine Größe und Verbürokratisierung: „Was den Apparat der Partei anbetrifft, so scheint es mir an der Zeit zu sein, daß wir wirklich ernsthaft überprüfen, zumindest, was das ZK anbetrifft, ob es richtig ist, daß es eine Kopie des Regierungsapparates darstellt. Schließlich besteht die Aufgabe des Parteiapparates nicht darin, zu regieren, sondern anzuleiten und zu kontrollieren.“⁹

Kurt Hagers Reformintentionen wurden von Alfred Neumann scharf attackiert. Hager möge etwas zu seiner persönlichen Verantwortung sagen, „wie du es verstehst, an deinem Frontabschnitt die Ordnung herzustellen.“¹⁰ Die Studenten seien „an allen Kanten angeknabbert von der bürgerlichen Ideologie“.¹¹

Karl Schirdewan hatte in seinem Bericht an die 29. ZK-Tagung zur Auswertung der Ereignisse in Ungarn aufgefordert. Zugleich hatte er für demokratische Verhältnisse in Partei und Gesellschaft plädiert. Zur Begründung erklärte er: „Ich will nicht, daß Walter Ulbricht den Weg von Rákosi geht.“¹² Schirdewan forderte die Massenorganisationen auf, die Parteiarbeit nicht länger schablonenhaft nachzuahmen. Den kleinbürgerlichen Parteien wollte er mehr Spielraum für ihre Mitwirkung im antifaschistisch-demokratischen Block einräumen.

6 Siehe Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg., eingeleitet und bearbeitet von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg 1990.

7 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-Barch), DY 30, IV 2/1/160, Bl. 25.

8 Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums des ZK der SED vom 12. bis 14. November 1956, als parteiinternes Material gedruckt, Nr. 00843, o. O., o. D., S.67.

9 Ebenda, S.70.

10 Ebenda, S.112.

11 Ebenda, S.113.

12 Schirdewan, *Aufstand*, S.109. – Mátyás Rákosi (1909-1971), ungarischer Politiker, ab 1945 an der Spitze von kommunistischer Partei und Staat; 1953 auf Druck Chruschtschew als Ministerpräsident und Generalsekretär abgesetzt; Flucht in die UdSSR; 1971 Überführung des Leichnams nach Ungarn.

Zu den Reformbefürwortern im Politbüro zählte auch Otto Grotewohl. Karl Schirdewan berichtet, Grotewohl „hoffte auf Reformbewegungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Er setzte große Hoffnung auf Veränderung und eine neue Parteilührung.“¹³ Otto Grotewohl ging, wie einer handschriftlichen Notiz in seinem Nachlaß zu entnehmen ist, davon aus, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU die DDR einen „westlichen Sozialismus“¹⁴ anstreben sollte.

Das Politbüro beschloß am 12. Juni 1956, am 18. und 19. November 1956 Wahlen zu den Kreistagen und Gemeindevertretungen durchzuführen.¹⁵ Otto Grotewohl hatte einen Entwurf für ein Wahlgesetz vorgelegt, der darauf zielte, die Rolle und die Autorität der Volksvertretungen, insbesondere der örtlichen Volksvertretungen in den Städten und Gemeinden, zu heben und ihre Aktivität zu stärken. Grotewohl wies darauf hin, daß seit den Wahlen im Jahr 1950 in einigen Kreisen Veränderungen in der Richtung eingetreten waren, daß Kreistage die Bevölkerung nicht mehr vertreten. Das bringe deutlich die Zusammensetzung des Kreistages Hagenow im Bezirk Schwerin zum Ausdruck. Der Kreistag Hagenow umfasse 55 Mandate, davon seien z. Z. 45 besetzt. Seit den letzten Wahlen der Gemeindevertretungen und Kreistage im Jahre 1950 seien 49 Abgeordnete, d. h. nahezu alle ursprünglich gewählten Abgeordneten, ausgeschieden.¹⁶ Im Ergebnis von Kooptierungen setze sich der Kreistag gegenwärtig zusammen aus 30 Angestellten, neun Arbeitern, drei Angehörigen der Intelligenz, einem Mittelbauern, einem Vertreter der Maschinen-Traktoren-Ausleihstationen und zwei „Sonstigen“. Obwohl der Kreis Hagenow einer der größten landwirtschaftlichen Kreise der DDR war und in 125 Gemeinden insgesamt 113 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) aufwies, sei kein einziger Genossenschaftsbauer im Kreistag vertreten. 55 Prozent der Kreistagsabgeordneten, das seien 25 Abgeordnete, wohnten in der Kreisstadt.¹⁷ In vielen Gemeindevertretungen im Lande seien Mandate unbesetzt, im Bezirk Erfurt allein 444 Mandate, in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen 100 Mandate.

Grotewohls Entwurf eines neuen Wahlgesetzes hielt zur Wahlkabine und zum Stimmzettel in § 29 und § 39 fest:

„(1) Der Wahlvorstand ist dafür verantwortlich, daß in dem Wahlraum ein oder mehrere Tische mit Schutzvorrichtungen (Wahlkabinen) vorhanden sind, die so beschaffen sein müssen, daß jeder Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet behandeln kann.

(2) In der Wahlkabine darf sich, von den Fällen des § 43, Abs. 3¹⁸ abgesehen, stets nur ein Wähler befinden. Dieser soll nur solange darin verweilen, als dies unbedingt notwendig ist. [...] (4) Auf dem Stimmzettel muß hinter jedem Wahlvorschlag eine

13 Ebenda, S.100.

14 SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 44.

15 Siehe ebenda, DY 30, J IV 2/2A/501, Bl. 5.

16 Siehe ebenda, Bl. 17.

17 Siehe ebenda, Bl. 18.

18 Dort heißt es: „Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.“ Ebenda, Bl.53.

besondere Spalte für die Anbringung des Abstimmungszeichens durch den Wähler vorgesehen sein.

(5) Für den Fall, daß in einem Wahlkreis nur ein Wahlvorschlag zur Abstimmung gestellt wird, ist auf dem Stimmzettel eine besondere Spalte vorzusehen, in die die Wähler ihr Abstimmungszeichen setzen, die gegen den aufgestellten Wahlvorschlag stimmen wollen.¹⁹

Wären diese Bestimmungen bei Wahlen in der DDR ab 1956 angewandt worden, dann wären das nach heutigen Kriterien noch keine freien und geheimen Wahlen gewesen, aber doch ein Schritt hin zu geheimen Wahlen mit der Möglichkeit der Abwahl von Kandidaten. Grotewohls Vorschlag war also noch inkonsequent, wies aber doch in die richtige Richtung.

Vorschläge für eine Parteireform der SED unterbreitete auch Wolfgang Harich in seinem später „Plattform“ genannten Papier von Ende November 1956, das auf Anregung von Gustav Just und Walter Janka in der theoretischen Zeitschrift der SED „Einheit“ zur Diskussion gestellt werden sollte.²⁰ Harich forderte eine Überprüfung des Statuts der SED, das in der Stalinschen Periode angenommen worden war. Es sei auf die Frage hin zu überprüfen, ob es Bestimmungen enthalte, die die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie begünstigen: „Sollte sich herausstellen, daß das der Fall ist – und das zu beweisen fällt nicht schwer –, so wäre auf dem in absehbarer Zeit einzuberufenden V. Parteitag der SED eine Neufassung des Parteistatus zu beschließen.“²¹ Harich forderte den Ausschluß aus der SED und die strafrechtliche Bestrafung jener Funktionäre der SED, des MfS und der Justiz, die sich in der Stalinschen Periode an Verbrechen beteiligt hatten. Die Genossen aber, die in dieser Zeit Verfolgungen unterworfen und öffentlich verleumdet worden waren, sollten vollständig rehabilitiert werden: „Ihre Rehabilitation muß zusammen mit einer individuellen Begründung für jeden einzelnen Fall im Zentralorgan der Partei öffentlich bekannt gegeben werden.“²²

Der Parteiapparat sei zu reduzieren. Verantwortliche Mitarbeiter des Parteiapparates müßten künftig auf den Plenarsitzungen der gewählten Parteiorgane gewählt werden. Die Parteiorganisationen an der Basis sollten über alle Fragen ihrer täglichen Arbeit selbst entscheiden. Der Parteiapparat dürfe die Aktivität an der Basis künftig nicht mehr durch Interventionen hemmen. Bei Zugrundelegung der von Harich entwickelten Kriterien für eine Parteireform in der SED hätte Ulbricht keine Chance gehabt, 1. Sekretär der Partei zu bleiben.

19 Ebenda, Bl. 46-51.

20 Ausführliche Analyse der „Plattform“ bei Thomas Fetzer: Bewertung der Plattform, in: Siegfried Prokop (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland. Das Wolfgang-Harich-Gedenkkolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin, Berlin 1996, S.181-204.

21 Wolfgang Harich: Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (Entwurf), in: Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993, S.113f.

22 Ebenda, S.115.

Die Wirtschaftsreform

Politbüromitglied Fred Oelßner empörte sich auf der 29. Tagung des ZK der SED über die Dogmen in der Wirtschaftspolitik: „Wir können noch ein Jahr so weiter machen, vielleicht zwei Jahre, die Frage wird uns wieder auf den Leib rücken, denn die Ökonomie ist stärker.“²³

In der DDR sei es häufig vorgekommen, daß Fragen, die unangenehm sind, eigentlich gar nicht gestellt werden konnten. Selbstverständlich könne einmal ein Fehler gemacht werden, aber sobald eine solche Frage gestellt werde, werde einem sofort der Mund so gestopft, daß einem die Lust vergehe, solche Fragen zu stellen, statt daß eine sachliche und gründliche Prüfung vorgenommen werde. Oelßner benannte den Dogmatismus in der ökonomischen Politik als die eigentliche Ursache für dieses Herangehen: „Es wurde hier sehr viel von Dogmatismus gesprochen, besonders in bezug auf die ideologische Arbeit. Viele Genossen meinen auch, die Überwindung des Dogmatismus sei vorwiegend eine ideologische Aufgabe. Das ist nicht richtig. Die Überwindung des Dogmatismus und bestimmter Dogmen ist genauso wichtig in unserer ökonomischen Politik.“²⁴

Als Beleg für seine These wies Oelßner auf zwei Beispiele hin:

Am 1. Oktober 1956 sei das Teilzahlungsgeschäft im Handel eingeführt worden. Dieser Maßnahme sei ein halbjährlicher erbitterter Kampf vorausgegangen, weil einige Mitglieder der SED-Führung meinten, daß der Teilzahlungsverkauf den sozialistischen Prinzipien der Wirtschaftsführung widerspreche. Ein Theoretiker der Notenbank habe nachzuweisen versucht, daß es prinzipiell falsch sei, so etwas zu machen. Die Anhänger des Teilzahlungsverkaufs mußten nun nachweisen, daß dieser im Vergleich zur Praxis im Westen anders geplant sei. Es würden nur langlebige Konsumgüter verkauft, Wucherzinsen würden nicht genommen, und die Höhe des Kredits werde beschränkt. Das half aber nichts. Es wurde weiter behauptet, Teilzahlungsgeschäfte seien prinzipiell falsch. Dann entschied die Realität der Überplanbestände und der überfüllten Möbellager. Unter diesem Druck sei das Dogma gefallen. Das Teilzahlungsgeschäft wurde eingeführt, einige Fehler dabei waren unvermeidlich, aber insgesamt sei es eine Erfolgsgeschichte geworden.

Auch bei der Einführung des Prämiensystems im Handel ab 1. Oktober 1956 habe es enorme Widerstände gegeben. Das Ministerium für Handel und Versorgung sei dagegen gewesen, die Gewerkschaft für Handel ebenfalls. Das Prämiensystem dürfe nicht von der Erfüllung des Planes gelöst werden. Die Fluktuation der Verkaufskräfte und die schlechte Verkaufskultur trugen dazu bei, daß auch dieses Dogma fiel.²⁵

Gegen Ende des Jahres 1956 sollte ein weiteres Dogma fallen. Die DDR eröffnete den ersten Selbstbedienungsladen in Berlin-Weißensee, Klement-Gottwald-Allee 100. Eine Zeitung bestätigte dem Laden weltstädtisches Format: „Die Berlinerinnen griffen zu den leichten Metallkörben, um von dem reichhaltigen Angebot auszuwäh-

23 Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums, S.100.

24 Ebenda, S.101.

25 Siehe ebenda, S.102.

len. In den blinkenden Verkaufsgondeln, den Kühlregalen und offenen Tiefkühltruhen präsentierten sich den Kunden in Zellophan oder Perfol verpackte Lebens- und Genußmittel. Auf jeder dieser Packung sind der Preis und das Gewicht vermerkt, und der Kunde hat auch die Möglichkeit, an aufgestellten Waagen noch einmal die Richtigkeit der Angaben nachzuprüfen.“²⁶

Gerhart Ziller²⁷ legte eine Analyse über die Ökonomik des Fahrzeugbaus vor. Nach den darin angestellten Untersuchungen begannen sich die automatischen Anlagen bei einer Jahresproduktion von 67.000 Wagen zu „rechnen“. Es wurde darin auch ausdrücklich festgestellt, daß eine Automatisierung ohne hohe Stückzahl in der Produktion kostenerhöhend wirkt. Die PKW-Produktion der DDR widersprach in mehrfacher Hinsicht den Kriterien ökonomischer Rationalität. Die DDR produzierte 1956 30.510 Autos in vier Typen. Ziller verdeutlichte die Verluste am Beispiel des neuen Renommierwagens „Sachsenring“, von dem im Jahre 1956 nur 500 Stück hergestellt wurden: Die Produktion eines Wagens kostete 39.050 DM, verkauft wurde der „Sachsenring“ im Inland für 28.000 DM. Der Staat subventionierte also jedes Auto dieses Typs mit 11.000 DM. Das zuständige Ministerium plante von vornherein 5,5 Millionen DM Verluste ein.²⁸

Fritz Behrens legte 1957 zusammen mit Arne Benary die Broschüre „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode“ vor, die wegen ihrer Kritik an gängigen Dogmen der Politischen Ökonomie des Sozialismus vom SED-Politbüro für die Auslieferung in den Buchhandel gestoppt wurde. In der Broschüre wurden bestimmte Themen der Stalin-Periode enttabuisiert. Dazu zählten die Fragen der Warenproduktion und der Funktion des Wertgesetzes. Behrens stritt gegen die staatliche Überzentralisierung und Bürokratisierung in der Wirtschaftslenkung. Er trat für eine Dezentralisierung ökonomischer Abläufe und Entscheidungen ein, er schrieb: „Aber ebenso, wie die Zentralisierung keine obligatorische Form der Leitung des sozialistischen Staates ist, so ist auch die zentrale Weisung keine obligatorische Form der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. In dem Maße, wie die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktion zu wirken beginnen, d. h. in dem Maße, wie sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen, muß die Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung zurücktreten, da sie sonst zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird. Die wachsenden Produktivkräfte und das ökonomische System geraten dann in Widerspruch zu der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung.“²⁹

26 Neues Deutschland, 14.12.1956, S.8.

27 Gerhart Ziller (1912-1957). 1950-1953 Minister für Maschinenbau, 1953/54 Minister für Schwermaschinenbau. Seit Juli 1953 Mitglied und Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED. 1957 Selbstmord nach Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik.

28 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/162, Bl. 61.

29 Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957, S.117f.

Für Behrens war die Vorstellung, der Staat müsse alles leiten, nicht sozialistisch. Er hielt sie für „preußisch“, also „junkerlich-monopolistisch“. Behrens trat für den Übergang von der administrativ-bürokratischen zur ökonomischen Wirtschaftslenkung ein. In der überkommenen Wirtschaftslenkung sah er die Ursache für die permanente Verletzung der Interessen der Wirtschaftssubjekte, die zu einem in Qualität und Menge unbefriedigenden Warenangebot führt. Agitatoreneinsätze, Betriebskonferenzen und Parteaufträge könnten nicht wettmachen, was durch das Unterlassen ökonomischer Lenkung, Nichtberücksichtigung des Marktes und monetärer Kategorien (Geld, Preis, Kosten Lohn, Kredit, Zins) versäumt wird. Schließlich wünschte sich Behrens die eigentlichen Produzenten in einer qualitativ veränderten Rolle, was er mit dem Begriff „Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen“ zu erfassen bemüht war. Die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe zählte er zu den Voraussetzungen jeglicher Veränderung.

Der Reform-Vorstoß von Behrens in den Jahren 1956/57 bedeutete noch keine Alternative zum Wirtschaftstypus Planökonomie.³⁰ Jedoch schärfte Behrens mit seinen Analysen den Blick auf die Notwendigkeit systemtranszendenter Reformen.³¹

Die Agrarreform

Auf der 29. Tagung des ZK der SED sprach Fred Oelßner die Frage der schwachen und unrentablen LPG an. Die Versorgungslage war wieder sehr angespannt; Oelßner ging auf die Ursachen ein: „Zum Teil deshalb, weil bestimmte Importe ausgeblieben sind, und zum Teil deshalb, weil wir nicht genügend Reserven haben. Vor allem deshalb, weil die Landwirtschaft nicht genug Warenproduktion liefert.“³²

Die Landwirtschaft habe seit Jahren ihren Plan nicht verwirklicht. Sie hätte z. B. 300.000 Tonnen Milch weniger gebracht als geplant, das seien 12.000 Tonnen Butter, das sei Quark und Käse. Die Rationierung solle aufgehoben werden. Dies gehe aber nur, wenn genug Fonds zur Verfügung stünden. Das Problem der LPG bestehe darin, daß zwar Milliarden investiert würden, aber ein ständiger Rückgang der Warenproduktion zu verzeichnen sei: „Es ist ein Gegensatz zwischen den Genossenschaften und der übrigen Bauernschaft entstanden. Die Bauern sagen uns: gebt uns wenigstens einen Teil der Vergünstigungen, die ihr den Genossenschaften gebt, dann wollen wir sehen, wer besser arbeitet. – Wir haben noch andere negative Erscheinungen in den Genossenschaften. So haben wir einen garantierten Mindest-

30 Günter Krause zufolge handelte es sich um eine „Reformökonomie, die sich nicht als Beitrag zur Beseitigung, sondern zur Verbesserung des Sozialismus, und zwar im Hinblick auf mehr ökonomische Stabilität und Rationalität, Demokratie und Humanismus, verstand. Der Wirtschaftstypus Planökonomie selbst als casus diagnostizierter Konflikte und Dysfunktionen stand nicht zur Debatte, wohl aber Formen und Mechanismen seiner Ausgestaltung.“ (Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, S.130).

31 Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*, Berlin 1992.

32 Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums, S.100.

lohn, von Staats wegen garantiert, das haben wir bei der Arbeiterklasse nicht. Ich weiß nicht, ob es das in irgend einem anderen Lande gibt.“³³

Heinrich Rau fragte Oelßner, was er vorschläge. Oelßner antwortete, daß starke LPG unterstützt werden müßten. Die einzeln wirtschaftenden Bauern seien allmählich auf den sozialistischen Weg zu führen, ohne einen Rückgang der Warenproduktion zu riskieren. Auf die Widerstände durch orthodoxe Kräfte in der SED-Führung seit der 28. Tagung eingehend, erklärte Oelßner: „Wir haben erreicht, daß jetzt niemand mehr dieses heiße Eisen anfassen kann und anfassen wird. Das heißt, eine Frage, die uns das Leben aufdrängt, ist mit Autorität und Dogma erschlagen worden.“³⁴

Zu ähnlichen Bewertungen des Agrarproblems, wie Oelßner es sah, kamen auch andere. Kurt Vieweg³⁵, Direktor des Instituts für Agrarökonomie an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften und ehemaliger ZK-Sekretär der SED für Landwirtschaft, leitete aus einer kritischen Analyse Vorschläge für eine Veränderung der Agrarpolitik der SED ab. Im November 1956 legte er den gemeinsam mit seiner Mitsreiterin Gudrun Langendorf erarbeiteten Entwurf des „Neuen Agrarprogramms für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR“³⁶ vor. Vieweg richtete das Augenmerk auf theoretische Fragen der Standortverteilung landwirtschaftlicher Produktion, auf LPG und auf die von Johann Heinrich von Thünen begründete klassische landwirtschaftliche Betriebslehre.³⁷ Vieweg plädierte für die Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe und die konsequente Führung der LPG nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen. Künftig sollte es in der Landwirtschaft der DDR sowohl den hochmechanisierten Familienbetrieb als auch den Lohnarbeiterbetrieb geben. Wie im Nachbarland Polen wären wirtschaftsschwache LPG aufzulösen und die MTS umzubilden. Für weitere zwei bis drei Generationen sollte der bäuerliche Familienbetrieb das Rückgrat der Agrarproduktion sein. In diesem Sinne empfahl Vieweg: „Die Einzelbauernwirtschaften erhalten die Möglichkeit, alle für die Entwicklung ihrer Produktion notwendigen Produktionsmittel zu kaufen, um ihre Betriebe mit moderner Technik auszustatten. [...]“

33 Ebenda, S.101.

34 Ebenda.

35 Kurt Vieweg (1911-1976), SED-Agrarpolitiker, Professor. Wie in anderen Vergleichsfällen ließ der sowjetische Berater Vieweg, als dieser sich mit harten Revisionismus-Vorwürfen konfrontiert sah, fallen. Vieweg floh am 27.3.1957 in die Bundesrepublik. Im Oktober 1957 kehrte er in die DDR zurück und wurde zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.

36 Zuerst publiziert von Michael F. Scholz. Siehe Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1994, H. 3, 78-87, Dok. S.80-87.

37 Der zuständige ZK-Sekretär Erich Mückenberger verteilte Viewegs Agrarkonzept sofort als „revisionistisch“ und schlug dem Politbüro die Entlassung Viewegs aus seiner Funktion als Institutsdirektor vor. Bemerkenswert ist, wie sich Mückenberger die weitere Tätigkeit Viewegs vorstellte: „Es wird vorgeschlagen, V. mit der Verwaltung des Thünen-Arbeitskreises zu betrauen, mit dem Auftrag, die unmarxistische Lehre Thünens zu widerlegen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/A543, unpag.

Unverzüglich wird mit der Großproduktion eines Bauerntraktors mit den dazugehörigen Anbaugeräten begonnen. Den Bauern wird Gelegenheit gegeben, sich durch Vorbestellung und Einzahlung der ersten Raten an dem schnellen Aufbau dieser Werke zu beteiligen.³⁸ Vieweg wollte den Bauern in der DDR eine Perspektive geben und sie von allen die Agrarproduktion beeinträchtigenden Hemmnissen befreien. Er wandte sich nicht gegen eine sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft, sondern ging von einem wesentlich länger gefaßten Zeitplan für die Schaffung einer sozialistischen Landwirtschaft aus als die geltende Agrarpolitik der SED.

Viewegs Agrarplan war mit Fritz Behrens abgestimmt worden. Er bewegte sich in diesem Reform-Rahmen. Mit den „Gleichgesinnten“ im Aufbau-Verlag hatte Vieweg keine Abstimmung angestrebt. Erst bei Gesprächen während der Freigänge im Zuchthaus von Bautzen erkannten er und Harich, daß Viewegs Agrarplan sich in die „Plattform“ Harichs hätte integrieren lassen.

So kurz die Zeit bis zum Abbruch der Reformdebatte auch war, die Konzepte Oelßners und Viewegs wirkten sich auf das praktische Geschehen aus. Im Kreis Zittau erklärten leitende Landwirtschaftsfunktionäre die Kollektivierung wegen der Spezifik der geographischen Verhältnisse für undurchführbar. Das Mähdescherwerk Weimar nahm eine Planänderung vor, die darauf hinauslief, die Produktion von Mähdeschern und Kartoffelvollerntemaschinen einzustellen. Statt Großkombines sollten Geräte für den Gespannzug wie Grasmäher und Pferderechen produziert werden. Die Statistik weist einen steilen Anstieg bei den landwirtschaftlichen Maschinen von 27.880 im August 1956 auf 42.874 im Dezember aus, während die Produktion der Mähdescher von 247 im Juni auf 92 im Dezember zurückging.³⁹ Im Bezirk Neubrandenburg wurde das ländliche Bauprogramm zurückgefahren. Diese Zahlen deuten darauf hin, daß Viewegs Agrarreform für eine kurze Zeit schon in das Stadium der praktischen Verwirklichung getreten war.

Die Justizreform

Der Umbau des Rechtswesens, später als „Ausbau des sozialistischen Rechts“ beschrieben, spielte im Jahre 1956 eine herausragende Rolle.

Ministerpräsident Otto Grotewohl führte dazu auf der 3. Parteikonferenz der SED aus: „Unser Recht wird immer mehr zu einem mächtigen Mittel zur Erziehung der werktätigen Massen, die in unserer Gesellschaft die Herren ihres Landes und die unmittelbaren Erbauer des Sozialismus sind. [...] In unserer täglichen Praxis gibt es manche Beispiele der Verletzung der Gesetzlichkeit. So wurde vor einiger Zeit der technische Direktor eines Berliner Betriebes ungerechtfertigt festgenommen, drei Wochen in Haft gehalten und während dieser Zeit nur einmal verhört. Erst nach einer gründlichen Untersuchung der Angelegenheit wurde der technische Direktor in deren Ergebnis rehabilitiert, und die für seine ungerechtfertigte Inhaftnahme Ver-

38 Zit. nach: Scholz, Kurt Viewegs, S.82.

39 Siehe Graphische Übersichten über die Produktion und Planerfüllung wichtiger Industrieerzeugnisse 1955-1957, BArch, DE – 1, St/249, Bl. 11.

antwortlichen wurden streng zur Verantwortung gezogen.⁴⁰ Grotewohl holte aus zu einer Kritik an Generalstaatsanwalt und Justizministerium: „Auch der Generalstaatsanwalt muß sich in höherem Maße als bisher bewußt sein, daß er die Verantwortung für die strikte Durchführung der Gesetze trägt und daß nicht, wie in Neubrandenburg, die Rechte der Bürger verletzt und ungerechtfertigte Festnahmen vorgenommen werden, die nach eingehender Prüfung sofort rückgängig gemacht werden müssen. Das Justizministerium muß der Kontrolle der Rechtsprechung größere Aufmerksamkeit zuwenden, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung der Rechte der Staatsbürger.“⁴¹

Auf der Ersten Sitzung der Kommission des Zentralkomitees der SED zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern am 19. April 1956 wurden Festlegungen zu einer umfassenden Überprüfung von Gerichtsurteilen getroffen. Alle im Zusammenhang mit den Kriegseignissen Verurteilten sollten freigelassen werden. Die Liste der Personen, bei denen wegen der Schwere der Verbrechen Bedenken bestünden, sollte dem Politbüro vorgelegt werden. Zur Freilassung von inhaftierten SED-, Staats-, und Wirtschaftsfunktionären wurden Untergruppen der Kommission gebildet. Für den ehemaligen Justizminister der DDR Max Fechner, der nach dem 17. Juni 1953 verhaftet worden war, wurde die Freilassung verfügt.

Auf ihrer Beratung am 14. Juni 1956 zog die Kommission ein erstes Resümee. Zahlreiche Gerichtsurteile, die in der DDR gefällt worden waren, erschienen aus aktueller Sicht in ihrem Strafmaß zu hoch. Ein kleiner Betrug oder ein kleiner Diebstahl dürfe kein Anlaß für eine Verhaftung sein, hieß es. Dem Recht auf Verteidigung durch Anwälte müsse künftig erheblich mehr Gewicht zugemessen werden. In der Vergangenheit hätten Staatsanwälte die marxistische Erkenntnis, daß Verbrechen ein Ausdruck des Klassenkampfes sind, schematisch und starr in der Praxis angewandt. Von lebensfremden Theoretikern hätten sie sich einreden lassen, „selbst ein fahrlässiger Verstoß eines Rad- oder Autofahrers oder Fußgängers im Großstadtverkehr gegen die Straßenverkehrsordnung sei ein Ausdruck des verschärften Klassenkampfes“.⁴² Die Staatsanwälte sollten künftig stärker als Wahrer und Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit wirksam werden. Zu diesem Zweck sei eine staatsanwaltliche Ordnung zu schaffen, die die Rechte und Pflichten der Staatsanwälte bei der Ausführung ihrer Aufsichtstätigkeit eindeutig festlegt. Größeres Gewicht sollte künftig auch auf die Schöffen, die ein „gewähltes Organ der Werktätigen“ bei den Gerichten in erstinstanzlichen Straf- und Zivilverfahren seien, als gleichberechtigte Richter gelegt werden.

40 Otto Grotewohl: Die Rolle der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR, in: Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin 1956, S.674.

41 Ebenda.

42 Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit, in: Zur Entlassung werden vorgeschlagen... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente. Mit einem Vorwort von Josef Gabert, Berlin 1991, S.92-100, hier S.95.

Eine deutliche Kritik übte die Kommission am Ministerium für Staatssicherheit,⁴³ das zu schnell mit dem Attribut „Sabotage- und Schädlingstätigkeit“ aufwarte: „Bei der Behandlung der Intelligenz und der leitenden und verantwortlichen Mitarbeiter der Wirtschaft bedürfen die Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit [...] einer gründlichen Veränderung. In der Vergangenheit wurden Fehler, die diesem Personenkreis in der Arbeit unterliefen, oft als Sabotage und Schädlingstätigkeit eingeschätzt, obwohl sie bei der gründlichen Prüfung aller Umstände und der Personen in dieser Weise nicht zu qualifizieren gewesen wären. Durch diese Überspitzungen und der objektiven Wahrheit entgegenstehenden Unterstellungen ist manch einem Techniker und Wissenschaftler die Lust am Experimentieren vergangen.“⁴⁴

Auf der 28. Tagung des ZK der SED im Juli 1956 berichtete Walter Ulbricht, daß 691 ehemalige SPD-Mitglieder, die wegen „Agententätigkeit“ verurteilt worden waren, freigelassen wurden. Der Entlassung folgte im Regelfall jedoch nicht die notwendige politische und moralische Rehabilitierung.⁴⁵ Im Bericht des Politbüros erklärte Ulbricht: „Da die Beschlüsse des ZK, die im Ergebnis der Entschließung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawiens gefaßt wurden, aufgehoben worden sind, ergibt sich daraus die Rehabilitierung aller persönlichen Fälle, die damit im Zusammenhang standen. Auf Vorschlag der ZPKK wurde vom Sekretariat beschlossen, die kadermäßigen Beschränkungen für Genossen, die in westlicher Emigration waren, aufzuheben.“⁴⁶

Zu Paul Merker erklärte Walter Ulbricht auf der 29. ZK-Tagung am 14. November 1956: „Das Politbüro hat sich mit einem Beschluß und einem Vorschlag der Zentralen Parteikontrollkommission über die Wiederaufnahme von Paul Merker in die Partei beschäftigt. Aber durch ein Versehen ist das Dokument, das hier vorgelegt werden sollte, nicht exakt formuliert worden. Deshalb bitten wir die Genossen des Zentralkomitees darum, daß das Politbüro bevollmächtigt wird, die Wiederaufnahme von Paul Merker in die Partei zu formulieren und dann zu veröffentlichen.“⁴⁷

Auf Beschluß des Ministerrates wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1956 21.187 Häftlinge vorzeitig aus den Strafvollzugsanstalten entlassen. Um 18,2 Prozent verringerte sich 1956 die Zahl der rechtskräftig verurteilten Personen im

43 In seinem Referat auf der Parteiaktivtagung des MfS am 11.5.1956 übte Walter Ulbricht eine harsche Kritik an den Praktiken der Untersuchungsabteilungen. Siehe SAPMO-BArch, NY 4182/502, Bl. 47f.

44 Alles für die Festigung, S.97.

45 Erst am 30.4.1990 beschloß die Zentrale Schiedskommission der PDS die politische Rehabilitierung all jener, die Ende der 40er bzw. Anfang der 50er Jahre wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur SPD als sogenannte Schumacher-Agenten aus der SED ausgeschlossen und zum Teil von der Justiz verfolgt worden waren. Dazu zählten u.a. Hermann Kreuzer, Dorothea Kreuzer, geborene Fischer, sowie Bruno Böttge, Paul Verdieck und Stanislaus Trabalski.

46 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/161, Bl. 30f.

47 Ebenda, DY 30, IV 2/1/167, Bl. 116f.

Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeit der im Jahre 1955 gewählten Schöffen erfuhr durch die neue Zeitschrift „Der Schöffe“ im Jahre 1956 eine Aufwertung.⁴⁸

Der aus der SPD kommende Otto Buchwitz, der ansonsten sehr kritische Worte zu finden wußte, äußerte auf der 29. Tagung im November 1956 Anerkennung über „die Reformen auf dem Gebiet der Justiz“.⁴⁹ Er ergänzte: „Das wird draußen Eindruck machen, davon bin ich überzeugt, auch das, was die Volkskammer am kommenden Freitag annimmt, die beiden Gesetze zur weiteren Demokratisierung unseres Lebens.“ Zugleich kritisierte Buchwitz die anhaltende „Allmacht des Apparats“: „Aber ich für meinen Teil möchte, daß wir da einmal zusammengerufen werden (Ungarn, Ägypten) [...] Aber wir wurden nicht unterrichtet. Ich habe das in den letzten Wochen so als die Allmacht des Apparats empfunden.“⁵⁰

Rechtswissenschaftler der DDR, die sich Gedanken um Theorie und Praxis einer sozialismusergerechten Rechtsordnung machten, kamen indes nicht zum Zuge. Hermann Klenner bot 1956 der Zeitschrift „Staat und Recht“ einen Artikel zum Thema „Gesetzgebung und Gesetzlichkeit“ an, der von Redaktion abgewiesen wurde.⁵¹ Klenner bestand auf der relativen Selbständigkeit des Rechts im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsmechanismen und wandte sich gegen die herrschende Meinung, es bestünde eine Pflicht des Bürgers, sich allen Anweisungen des Staates unterzuordnen. Er forderte, staatlichen Zugriff auf die Individualsphäre der Bürger zuvor auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und Streitfälle von weisungsungebundenen Gerichten entscheiden zu lassen. Auf diese Vorstellungen reagierte der Parteiapparat heftig.⁵²

Reformansätze im kulturellen und sozialen Bereich

Die Polemik vieler Intellektueller gegen den Stalinismus in der Kulturpolitik der SED blieb gerade im Verlaufe des Jahres 1956 nicht ohne Folgen. Am 1. Juli 1956 erfolgte die Auflösung des Amtes für Literatur. Alexander Abusch erklärte in der Präsidialratssitzung des Kulturbundes am 23. November 1956, daß sich eine neue Verordnung über die Aufhebung der Zensur von Juli bis Oktober 1956 verzögert habe, weil angesichts der Vorgänge in Polen und Ungarn „einige“ hätten abwarten wollen, was weiter geschehen würde. Das in Vorbereitung befindliche neue Gesetz werde das bisherige Verfahren über die Druckgenehmigung für jedes Buch und jedes Manuskript aufheben. Die Verantwortung für die Publikation von Büchern werde

48 Siehe Jahrbuch der DDR 1957, Berlin 1957, S.56f.

49 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/167, Bl. 69.

50 Ebenda, Bl. 70.

51 Der Artikel erschien 33 Jahre später in „Staat und Recht“ (Berlin), 39. Jg., 1990, S.372-381.

52 Siehe Protokoll einer Sektorenberatung der Abt. Staatliche Organe des ZK der SED am 17.12.1956, in: Ralf Dreier (Hrsg.): Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971, Baden-Baden 1996, S.115-118.

den Verlagen selbst übertragen: „Das bedeutet, daß ein ganzer Wust von bürokratischen Dingen, die bisher vorhanden waren, beseitigt werden.“⁵³

Auch in der Filmproduktion würde die Verantwortung auf die Leitung der Studios übergehen. Für die Ausbildung der Studenten an den Kunsthochschulen habe das Ministerium für Kultur Grundsätze für eine Reform beschlossen, die eine Überbeanspruchung durch Nebendisziplinen künftig ausschließen. Weltanschauliche Fragen sollten vor allem unter dem Aspekt behandelt werden, wie das Wesen des Künstlerischen besser zu erfassen ist. Mehr Zeit sei der künstlerisch-praktischen Arbeit zu widmen, während die Stundenzahl im theoretischen Unterricht zu verringern sei. Der sich ansonsten so orthodox gebende Alexander Abusch trat im November 1956 als Reformler auf. Seine Rede schien mehr zu sein als nur ein taktisches Manöver.

Gerhard Fischer, Mitglied der zentralen Parteileitung des Hauptvorstandes der CDU, wies auf dieser Präsidialratstagung auf die Veränderungen im Gesundheitswesen hin. Unter Berufung auf Artikel im „Sonntag“ hätten Ärzte in Strausberg bei Berlin die Gründung einer eigenen beruflichen Standesvertretung gefordert. Der FDGB habe Probleme, die Interessen der Ärzte zu vertreten, denn die Ärzte seien in drei verschiedenen Gewerkschaften organisiert.⁵⁴ Fischer appellierte an den Präsidialrat, auf die Wünsche der Mediziner feinfühlig zu reagieren, jedoch unkontrollierbaren Aktionen keinen Vorschub zu leisten. Eine Ärztekammer stand in Rede.

Parallel zu dieser Erörterung beriet der Parteiapparat der SED das Konzept für eine Gesundheitsreform. Im Sekretariat des ZK der SED entstand eine Vorlage der Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen, die eine Aussprache mit der medizinischen Intelligenz vorsah. Das Sekretariat des ZK machte das SED-Politbüro darauf aufmerksam, daß von den zu diskutierenden Problemen die Frage der Einrichtung von Staatlichen Arztpraxen umstritten sei. Bezüglich der Gründung einer Ärztevereinigung hätte die Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen auf fehlende Garantien dafür hingewiesen, daß in den Kreisleitungen dieser Vereinigung SED-treue Funktionäre agieren werden.

Die Lage im Gesundheitswesen sei unbefriedigend. Obwohl zahlreiche neue Einrichtungen des Gesundheitswesens geschaffen wurden, entspreche die ärztliche und pflegerische Behandlung der Bevölkerung bei weitem nicht den Möglichkeiten, hieß es in der Sekretariats-Vorlage. Unter den Ärzten habe sich eine Resignation breitgemacht. Das Ministerium für Gesundheitswesen arbeite praxisfremd, eine Reihe von Problemen harre einer Lösung. Die Unterbringung psychisch und chronisch Kranker sei nicht gelöst, die Versorgung mit Instrumenten und Geräten liege im argen. Die medizinische Intelligenz habe persönliche Sorgen hinsichtlich des Studiums ihrer Kinder, der unzureichenden Urlaubsplätze, der ungelösten Wohnungsfrage und

53 SAPMO-BArch, DY 27/921, Bl. 310.

54 Offenbar wurde hier darauf angespielt, daß die Mehrheit der angestellten Ärzte in der Gewerkschaft Gesundheitswesen, die im Hochschulwesen tätigen Ärzte in der Gewerkschaft Wissenschaft und die in privaten Einzelpraxen tätigen Ärzte in der Gewerkschaft örtliche Wirtschaft organisiert waren.

des Besuchs deutscher und internationaler Kongresse. In der Begründung der Vorlage schrieben Jenny Matern (Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheitswesen), Robert Ganse (Zentralvorstand der Gewerkschaft Gesundheitswesen), Fritz Schellhorn/Rudolf Weber (Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen), Hannes Hörnig (Abteilung Wissenschaft und Propaganda): „In den zur Zeit gegebenen Möglichkeiten zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit in der Republik sehen sie [die Ärzte – S. P.] nur eine ungenügende Perspektive für ihre persönliche und berufliche Entwicklung. Unser jetziges Organisationssystem gibt dem erfahrenen Arzt zu wenig Möglichkeiten, den Wunsch nach selbstverantwortlicher Tätigkeit zu verwirklichen, wie es früher in Deutschland und heute in Westdeutschland die Ärzte in eigener Praxis können. Die Ärzte haben den Wunsch, sich zu organisieren.“⁵⁵

In einer Anlage wurden die Prinzipien einer „Vereinigung der medizinischen Intelligenz“ in Anlehnung an das Statut der Kammer der Technik fixiert.⁵⁶ Auch das Entlohnungssystem sollte reformiert werden. Laut Arbeitsprotokoll des Sekretariats des ZK vom 31. Oktober 1956 wurde dem Politbüro vorgeschlagen, diesen Vorschlägen zuzustimmen, wozu es aber nicht mehr kam. In den folgenden Jahren kam es zur Republikflucht einer Vielzahl von Ärzten.

Auf Präsidialratstagen des Kulturbunds 1955/56 waren Victor Klemperer, Heinrich Deiters und Otto Schwarz wiederholt auf Fragen der Jugend und Erziehung, des Fremdsprachenunterrichts, vor allem auch wegen der Vernachlässigung der alten Sprachen, eingegangen. Sie hatten damit Wirkung bei Politikern erzielen können. Am 1. November 1956 äußerte sich der Minister für Volksbildung Fritz Lange (SED) in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ zur Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts in den Schulen der DDR. Er erklärte: „Zur Zeit ist die erste Fremdsprache allgemein noch Russisch. Bei der Neueinrichtung von Mittelschulen wird jedoch das Ministerium für Volksbildung bestrebt sein, gemeinsam mit den Räten der Bezirke und Kreise darauf zu achten, daß in einer Anzahl dieser neu zu errichtenden Mittelschulen Englisch und Französisch als erste Fremdsprache eingeführt wird.“ Es handelte sich hier um den weitestgehenden Vorstoß, mit Russisch als erster Fremdsprache an den Schulen zu brechen.

Schon am 24. Januar 1956 hatte das Politbüro der SED den Beschluß „Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe“ gefaßt. Die SED wollte die Jugend an die bewußte Teilnahme am Aufbau des Sozialismus heranzuführen. Da die FDJ nicht die gesamte Jugend in ihren Reihen vereinte, schlug die SED die Bildung von Jugendausschüssen analog zu jenen der Nachkriegszeit vor. Die Aufgabe laute, hieß es in dem Politbürobeschuß, „überall, wo es keine arbeitenden FDJ-Gruppen in Wohngebieten und

55 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3A, Bl. 23.

56 Siehe ebenda.

Dörfern gibt“, in Jugendausschüssen „ein interessantes und vielseitiges Leben der Jugend im Sinne unserer Politik zu gestalten“.⁵⁷

FDJ-Sekretär Karl Namokel berichtete auf der 28. Tagung des ZK der SED von einer Belebung der Aktivitäten des Zentralrats der FDJ. Der XX. Parteitag der KPdSU habe die Richtigkeit der eingeschlagenen Veränderungen noch unterstrichen: „Falsch ist die Meinung einiger FDJ-Funktionäre und Genossen, daß diese Beschlüsse nicht mehr aktuell sind, weil sie vor dem XX. Parteitag bzw. der 3. Parteikonferenz gefaßt wurden. Sie sind sogar sehr aktuell, weil sie Inhalt, Form und Methode der Arbeit mit der Jugend festigen.“⁵⁸ Man habe Jugendforen und Streitgespräche organisiert. Über 500 Jugendausschüsse seien in der DDR gebildet worden. Noch nie sei die Bewegung des Wanderns und der Touristik, die Beteiligung am Sportgeschehen so groß wie jetzt gewesen. Daß in 35 bis 40 Prozent der Grundeinheiten monatlich Mitgliederversammlungen durchgeführt würden, wertete Namokel als Erfolg.⁵⁹

Studenten an der Humboldt-Universität schlossen sich in einem Kreis zusammen, der ein Reformpapier „Vorschläge für eine Neubelebung der FDJ 1956“ erarbeitete.⁶⁰ Ein Jakobiner-Club unterbreitete Vorschläge für die Reformierung von Staat und Gesellschaft der DDR.⁶¹ SED und Zentralrat der FDJ sahen sich genötigt, auf die studentischen Vorschläge zu reagieren.⁶² Sie sahen Veränderungen im Rahmen ihrer Studentenpolitik vor. Im Herbst 1956 wurden die Forderungen von Studenten nach Bildung eines eigenen Studentenverbandes ernsthaft erörtert. Am 30. Oktober 1956 faßte das Politbüro den Beschluß, einen Studentenrat zuzulassen, doch unter dem unmittelbaren Eindruck der ungarischen Tragödie⁶³ wurde der Beschluß schon am 2. November wieder aufgehoben.⁶⁴

57 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der DDR, in: Dokumente der SED, Band VI, Berlin 1958, S.33.

58 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/161, Bl. 1.

59 Siehe ebenda, Bl. 7.

60 Siehe Manfred Behrend/Helmut Meier: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S.22-25.

61 Siehe Ulrike Schuster: Ein Ostberliner Jakobiner-Club. Reformversuche von Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1956, in: Ulrich Herrmann (Hrsg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Weinheim-München 2002, S.151-176.

62 Peter Skyba erwähnt auch Vorschläge, die gesamte FDJ aufzulösen und an ihrer Stelle einen christlich-demokratischen Jugendverband, eine sozialistische Jugendorganisation, einen Pionier- und einen Studentenverband zu schaffen. Siehe Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961, Köln-Weimar-Wien 2000, S.365.

63 Ausführlich dazu Géza Alföldy: Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf. 2. Aufl., Heidelberg 1998.

64 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/514, Bl. 3.

Reformabbruch in mehreren Schritten

Die Aufhebung des Beschlusses über einen Studentenrat am 2. November 1956 markierte eine wichtige Zäsur. Von nun an fiel unter Ulbrichts Druck und mit dem Segen Moskaus das SED-Politbüro in die traditionelle Machtpolitik zurück. Was zuvor noch Reform zur Stärkung der DDR genannt wurde, sollte bald mit dem Attribut „revisionistisch“ bzw. „konterrevolutionär“ abgestempelt werden.

Die Arbeiterunruhen in Poznań Ende Juni/Anfang Juli 1956 hatten im Nachbarland den Weg zu einer Reformphase hin geöffnet, in deren Ergebnis im Oktober 1956 wieder Władysław Gomułka⁶⁵ die Parteiführung übernahm. Die Reformer im Nachbarland brachen mit dem Stalinismus in der Kulturpolitik und nahmen von der Kollektivierung der Landwirtschaft Abstand. In der DDR begann vor allem in einem „Kreis der Gleichgesinnten“ die Suche nach einem „deutschen Gomułka“, Walter Janka, Gustav Just und Wolfgang Harich glaubten ihn in Paul Merker bzw. Franz Dahlem gefunden zu haben.⁶⁶ Der „Kreis der Gleichgesinnten“ hoffte darauf, durch Diskussion der Alternativvorstellungen in der SED den Weg zu einer polnischen Lösung in der DDR öffnen zu können. Sie hielten an dieser Vorstellung auch noch fest, nachdem infolge der Zuspitzung der Ereignisse in Budapest der Reformkurs in Ost-Berlin abgebrochen worden war. Für sie war die blutige Zuspitzung der Lage in Ungarn vor allem daraus zu erklären, daß dort nicht wie in Polen reformerische Veränderungen stattfanden.

Aus Ulbrichts Sicht war jetzt ein Notstand entstanden, in dem entschlossen gehandelt werden mußte. Die Zuspitzung der Lage im Nahen Osten dürfte ihn in seinem Entschluß noch bestärkt haben. Mit Moskauer Rückendeckung konnte nun Ulbricht ohnehin wieder rechnen.

Am 8. November 1956 beschloß das SED-Politbüro „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“⁶⁷ für den Fall von Unruhen wie in Ungarn. In einer ersten Phase der Störung der öffentlichen Ordnung waren einfache polizeiliche Mittel (Absperungen und der Einsatz von Wasserwerfern) vorgesehen, im Falle einer Eskalation der Einsatz bewaffneter Kräfte der Polizei, der Staatssicherheit und der Kampfgruppen. Es hieß, die Entscheidung über den Einsatz von Schußwaffen bleibt dem besonderen Beschluß einer Kommission vorbehalten, der Walter Ulbricht (Vorsitzender), Otto Grotewohl, Hermann Matern, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Erich Honecker, Ernst Wollweber und Karl Maron angehören.

65 Władysław Gomułka (1905-1982). Ab 1943 Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei; ab 1945 zugleich stellvertretender Ministerpräsident der Republik Polen und Minister für die Westgebiete; G. lehnte die dominierende Rolle der Sowjetunion unter Stalin für sein Land ab. Er wurde 1948/49 zur Aufgabe aller Ämter gezwungen und 1951-54/55 als „Nationalist“ und „Titoist“ inhaftiert; nach seiner Rehabilitierung (1956) erneut Parteiführer (1. Sekretär des ZK, Mitglied des Politbüros); 1970 von Edward Gierek abgelöst.

66 Siehe Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg 1989, S.98-104; Gustav Just: Zeuge in eigener Sache. Die fünfziger Jahre. Mit einem Geleitwort von Christoph Hein, Berlin 1990, S.106-109; Harich, Keine Schwierigkeiten, S.55-63.

67 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/511.

Die Parteigruppe des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin wandte sich nach ausführlicher Diskussion der Ereignisse in Polen und Ungarn am 8. November an das ZK der SED. In einem Schreiben stellte sie fest,⁶⁸ daß auch in der DDR sich ernsthafte Widersprüche zwischen dem Willen der Massen und der Politik der Partei herausgebildet hätten. Dabei würden wichtige Unterschiede in den Entwicklungsbedingungen Polens und Ungarns einerseits und der DDR andererseits keineswegs übersehen. So sei der Lebensstandard in der DDR wesentlich höher als in diesen Ländern, in denen es teilweise um die Sicherung des Existenzminimums ginge. Auch hinsichtlich der Mittelschichten bestünden in der DDR günstigere Bedingungen. Schließlich habe die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit in der DDR nicht ein solches Ausmaß und solche Formen angenommen wie in Polen und Ungarn. Und trotzdem gäbe es zwei Fragenkomplexe, denen die ganze Sorge gelten müsse: „den Fragen der Demokratisierung [...] und den Methoden der Wirtschaftsführung.“⁶⁹ Ein echter Meinungsstreit und eine echte Aussprache seien überhaupt erst noch zu entfalten. Nach dem XX. Parteitag sei die Aussprache oft unterbunden worden. Beispielhaft dafür seien die Artikel im „Neuen Deutschland“ vom 24. und 26. Mai von Robert Naumann und Alfred Lemnitz gewesen. Information und Diskussion über die tief bewegenden Probleme der internationalen Arbeiterbewegung seien völlig unzureichend. Dies gelte für die Reden und Interviews von Palmiro Togliatti ebenso wie für die Entwicklung der Partei in Polen. Aus der Rede von Gomulka auf dem 8. Plenum des ZK der PVAP seien nur Auszüge veröffentlicht worden, so daß die Wendung in der Politik in Polen nicht zum Ausdruck kommen konnte.

Dieser Brief an das Zentralkomitee der SED zeigte an, daß nicht alle bereit waren, die Reformen abzubrechen. Ulbricht sah sich genötigt zu taktieren. Nicht von ungefähr rückte die 29. ZK-Tagung vom 12.-14. November 1956 die Erweiterung der Arbeiterrechte, die Vorbereitung der 45-Stundenwoche und die Erhöhung der Altersrenten in den Mittelpunkt. Beschlossen wurde ferner die Bildung einer Kommission zu Fragen der Jugend. So entstand fürs erste der Eindruck, daß es in der DDR weiter um Reformen ging. Die Debatte um die Erweiterung der Arbeiterrechte gestaltete sich kontrovers. Hans Kiefert und Willy Kuhn sprachen sich für die Schaffung von Betriebsräten aus. Fritz Selbmann erinnerte gar daran, daß die Betriebsräte 1948 gegen den Willen der Arbeiter abgeschafft worden waren. Otto Lehmann wandte ein, Betriebsräte könnten die Rolle des FDGB in den Betrieben schmälern. Walter Ulbricht trat für die Schaffung von Arbeiterkomitees ein, die eng mit der Betriebsparteioorganisation der SED verbunden sein sollten: „Es wird hier also vorgeschlagen, in jedem sozialistischen Betrieb ein Organ zu schaffen – wie man es nennt, lassen wir vorläufig offen – ein Organ, das fest auf dem Boden der Arbeiter-

68 In einer Anmerkung zum Brief heißt es, daß ihm am 7.11.1956 in der Versammlung der Grundorganisation einstimmig zugestimmt worden sei.

69 Brief der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu den Ereignissen in Polen und Ungarn, SAPMO-BArch DY 30, J IV 2/2/285, unpag.

und Bauernmacht steht, daß man also Arbeiterkomitee oder so ähnlich nennen kann und das die hier im Vorschlag enthaltenen Aufgaben übernehmen soll. Es wird vorgeschlagen, dieses Komitee oder wie es heißt, in demokratischer Urabstimmung zu wählen, wobei der gewerkschaftliche Vertrauensmännerkörper die Kandidatenliste so aufstellen soll, daß mehr Kandidaten aufgestellt werden, als Mitglieder des Komitees gewählt werden sollen.⁷⁰

Das klang noch immer nach Reformwillen. Wo wurde sonst in der DDR ein Gremium einer Urabstimmung unterworfen? Wo wurden mehr Kandidaten aufgestellt, als gewählt werden konnten? Ging es hier auch zweifellos nur um marginale „Reformen“, der Gesamtvorgang wurde immerhin einer weiteren öffentlichen Diskussion anheimgegeben. Im Jahre 1957 kam es zur Bildung von Arbeiterkomitees; ihnen sollte dann tatsächlich allerdings nur eine kurze Existenz beschert sein.⁷¹

Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten wurde die Einführung der 45-Stundenwoche zunächst auf einige Bereiche der Industrie und des Verkehrswesens beschränkt. Aus der auf der 28. ZK-Tagung von FDGB-Chef Herbert Warnke lauthals verkündeten „sozialistischen Rentenreform“ wurde eine bescheidene Rentenerhöhung.⁷² Auch in der Bundesrepublik war eine Rentenreform angekündigt worden. Diese führte 1957 immerhin zur Dynamisierung der Renten, d. h. die Rentenhöhe wurde an die damals rasch steigenden Löhne gekoppelt.

Ende November/Anfang Dezember 1956 ließ Walter Ulbricht gegen den „Kreis der Gleichgesinnten“ zuschlagen. Erstes Opfer wurde Wolfgang Harich, der am 29. November verhaftet wurde. Eine Woche später folgte die Verhaftung von Walter Janka. Gustav Just wurde aus dem Zeugenstand heraus während des Prozesses gegen Wolfgang Harich verhaftet.⁷³

In der DDR begann eine Periode der geistigen Knechtung, der Repression und neuer dogmatischer Enge. Aus eigener Erfahrung beschrieb Werner Mittenzwei die entstehende Situation Ende 1956/Anfang 1957 treffend: „Den sozialistischen Intellektuellen wurde bei ihren ersten Reformversuchen eine Niederlage zugefügt, von der sie sich auch in den Jahren nicht erholten, in denen sich Reformen als machbar erwiesen. Geprägt von diesen Erlebnissen, blieb für mich Walter Ulbricht, der auch ein kluger Politiker sein konnte, der Stalinist, der Unbeliebte unter den Funktionären

70 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/167, Bl. 6.

71 Über die Arbeiterkomitees siehe Jochen Czerny: Die 29. ZK-Tagung, die Arbeiterkomitees und das Dilemma der Mitbestimmung; Siegfried Prokop: Die internationale Beratung über Veränderungen in der Gewerkschaftsarbeit sozialistischer Länder in Sofia, beides in: Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919-1994. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, H. 23, Bonn 1994.

72 Die Durchschnittrente von 95,60 DM monatlich im Jahr 1955 erhöhte sich im Dezember 1956 auf 126,20 DM. Siehe Jahrbuch der DDR 1957, S.168.

73 Dazu ausführlicher siehe Der Prozeß gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation. Auswahl und Einleitung von Birgit Hoeft, Berlin 1990.

der deutschen Arbeiterbewegung. Durch seine Politik wurden viele junge Menschen gefördert, aber auch in ihrer Entwicklung gebrochen.“⁷⁴

Je enger Ulbricht die Daumenschrauben für die Geisteswissenschaftler anzog, umso großzügiger gab er sich den Naturwissenschaftlern gegenüber. Sie durften schon 1957 den Forschungsrat etablieren, immerhin ein Jahr, bevor in der Bundesrepublik ein Wissenschaftsrat konstituiert wurde. Es kam auch nicht einfach zu einem Rückgriff auf ausschließlich sowjetisch-stalinistische Muster der Gesellschaftsgestaltung. Für etwa ein Jahrfüntf orientierte sich die SED-Führung am Doppelvorbild China/Sowjetunion, was einige Spielräume eröffnete. Im Jahr 1956 schuf die DDR nach chinesischem Vorbild Betriebe mit staatlicher Beteiligung, womit sie privaten Unternehmen einerseits den Übergang zu sozialistischen Produktionsformen erleichtern und andererseits private Unternehmerinitiative für die Stärkung der Wirtschaft nutzen wollte.

74 Werner Mittenzwei: *Zwielicht. Auf der Suche nach dem Sinn einer vergangenen Zeit. Eine kulturkritische Autobiographie*, Leipzig 2004, S.149.

Kindler, Rita: Landschaftsfraß. Flächenwende in Sicht?

Die Autorin ist in ihrer Arbeit
als landwirtschaftliche Sachverständige fast täglich
mit den Problemen des überdimensionalen Verbrauchs
offener Landschaften konfrontiert.

Sie fragt nach den Ursachen dieses sozialen,
ökonomischen und ökologischen Dilemmas.

Die Antwort findet sie in den Interessen und Zwängen
des marktwirtschaftlichen Systems.

3-929390-79-5 / EUR 16,50 / edition bodoni

Zu Heinrich Heine

Heinrich Heine und die deutsche Vorkriegssozialdemokratie*

Thomas Höhle

Immer wenn von dem Thema Heine und die Arbeiterbewegung oder Heine und die Sozialdemokratie die Rede ist, spricht man zuerst von den Beziehungen zwischen Heine und Karl Marx, die wirklich interessant waren, allerdings oft falsch interpretiert wurden.

Die Begegnung zwischen den beiden fand 1843/44 in Paris statt. Heine war damals 46 Jahre alt, also nicht mehr ganz jung, eine europäische Berühmtheit ersten Ranges. Marx dagegen war 25 Jahre alt, ein ganz junger Mann also und noch keineswegs berühmt. Er war auch noch kein Sozialist, aber in diese Richtung unterwegs und in interessierten Kreisen bekannt geworden durch seine hervorragenden Arbeiten für die von ihm geleitete „Rheinische Zeitung“ in Köln. Auch Heine hatte die „Rheinische Zeitung“ gelesen und war von ihr stark beeindruckt worden.

Zwischen Heine und Marx entwickelte sich ein reger, auch persönlicher Verkehr, und es gibt mehrere aufschlußreiche Briefe, die zwischen beiden gewechselt worden sind. Man kann sicher nicht davon sprechen, daß Marx Heine direkt beeinflußt hat. Aber sie bewegten sich in einem geistigen Klima, in dem sie sich sehr nahe gekommen sind. In dem ersten und einzigen Heft der von Karl Marx und Arnold Ruge herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ veröffentlichte Heine die aggressiven „Lobgesänge auf König Ludwig“. Vor allem aber schrieb Heine in dieser Zeit der freundschaftlichen Verbundenheit mit Marx zwei seiner bedeutendsten Dichtungen, in denen stark soziale, ja nahezu sozialistische Tendenzen sichtbar werden: „Deutschland. Ein Wintermärchen“ und das revolutionäre Gedicht „Die schlesischen Weber“.

Auf zwei wichtige Dinge aus dieser Zeit der Gemeinsamkeit ist noch hinzuweisen. Marx' Tochter Eleanor hat nach den Erzählungen ihrer Eltern Erinnerungen an die Beziehungen zwischen Marx und Heine mitgeteilt. In diesen Erinnerungen finden sich folgende bemerkenswerte Sätze: „Marx war ein großer Verehrer Heines. Er liebte den Dichter ebenso sehr wie seine Werke und urteilte auf das nachsichtigste über seine politischen Schwächen. Dichter, erklärte er, seien sonderbare Käuze, die man ihre Wege wandeln lassen müsse. Man dürfe sie nicht mit dem Maßstabe gewöhnlicher oder selbst ungewöhnlicher Menschen messen“. Diese Sätze wurden

* Bearbeiteter Vortrag auf der Konferenz „Heinrich Heine: Erbe und Erben“ zum 150. Todestag des Dichters, veranstaltet am 4.3.2006 von „Helle Panke e. V.“ in Berlin. Dazu soll eine Broschüre erscheinen. Wir danken für die Genehmigung zum Vorabdruck. Die Red.

zuerst 1893 von Franz Mehring in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ veröffentlicht¹ und dann immer wieder, wenn er auf Heine zu sprechen kam, erneut zitiert. Obwohl diese Überlieferung nicht ganz authentisch ist, weil weder eine direkte Äußerung von Marx oder Eleanor Marx-Aveling beigebracht werden kann, entspricht sie aber doch durchaus dem Tenor direkter Bemerkungen von Marx über Heine. Bekanntlich hat man sich später, in der Zeit der DDR, nicht mehr an diese Ansichten von Marx erinnert, hat die Dichter keineswegs für „sonderbare Käuze, die man ihre Wege wandeln lassen müsse“ gehalten, sondern geglaubt, man müsse sich dauernd in ihre Arbeiten einmischen, ihnen Vorschriften machen und mitunter drakonische Maßnahmen gegen sie ergreifen. Noch wichtiger ist eine Äußerung von Heine, die zehn Jahre später gemacht wurde. 1854, also zwei Jahre vor seinem Tod, verfaßte Heine einen Text unter dem Titel „Geständnisse“, in dem er seine politischen Überzeugungen zusammenfaßte und sich mit dem, was er Kommunismus nannte, womit er die damaligen proletarischen revolutionären Bewegungen meinte, auseinandersetzte. In einem für die französische Veröffentlichung in französischer Sprache geschriebenen Textteil heißt es, ins Deutsche übersetzt: „Die mehr oder minder geheimen Führer der deutschen Kommunisten sind große Logiker, von denen die stärksten aus der Hegelschen Schule hervorgegangen, und sie sind ohne Zweifel die fähigsten Köpfe und die energievollsten Charaktere Deutschlands. Diese Doktoren der Revolution und ihre mitleidslos entschlossenen Jünger sind die einzigen Männer in Deutschland, denen Leben innewohnt, und ihnen gehört die Zukunft.“² Mit diesen „Doktoren der Revolution“ – eine geniale Formulierung! – sind ganz zweifellos Karl Marx und Friedrich Engels gemeint. Heine bringt ihnen höchste Bewunderung und Wertschätzung entgegen und stellt sich ungeachtet aller Vorbehalte und Bedenken, die er gegenüber der sozialistischen Bewegung wiederholt geäußert hatte und hat, prinzipiell an ihre Seite. Mehr noch: er erkennt die von ihnen vollzogene Vereinigung von Philosophie und revolutionärer politischer Bewegung.

Wenn nun im engeren Sinne von Heine in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie die Rede sein soll, dann rückt der in kultur- und literaturgeschichtlichen Fragen führende Historiker und Publizist der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, Franz Mehring, in das Zentrum der Betrachtungen. Bereits kurz nach seinem Eintritt in die Sozialdemokratie hat Mehring sich mehrfach über Heine geäußert. Mit einem glänzenden, von geradezu Heineschem Witz sprühenden Artikel schaltete er sich 1894 in der „Neuen Zeit“ in den öffentlichen Streit um die Errichtung eines Heinedenkmal ein.³ Mehring goß in vollen Schalen seinen Spott aus über die Gegner, aber auch über fragwürdige und unberufene Befürworter eines Heinedenkmal und vertrat nachdrücklich die Meinung, daß es die Arbeiterklasse, daß es die Sozialisten seien,

1 (Franz Mehring) Heine an Marx, in: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, hrsg. von Thomas Höhle/Hans Koch/Josef Schleifstein, Bd. 10, Berlin 1961, S.469.

2 Heines Werke in zehn Bänden. Mit einer biographischen Einleitung von Franz Mehring, 8. Band, Berlin 1911, S.164.

3 Siehe Franz Mehring: Heine und sein Denkmal, in: Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 10, S.478-483.

die ein Recht, aber auch eine Pflicht hätten, Heine zu ehren. Dabei wehrte er die Ansicht ab, man könne Heine zum Politiker „verkrüppeln“⁴ oder auf ein Parteiprogramm verpflichten. Er zitierte in diesem Zusammenhang Robert Schweichel, der schon vor Jahren in der „Neuen Zeit“ Heine zutreffend gewürdigt habe, als er schrieb: „So steht Heine mit der Leier und dem Bogen auf der Grenze einer zum Leben ringenden Welt, ein revolutionärer Dichter.“⁵ Robert Schweichel (1821-1907) war der erste prominente sozialdemokratische Publizist gewesen, der in der „Neuen Zeit“ über Heine geschrieben hatte. Schweichels Äußerung über Heine zeigt schon deutlich den leitenden Gedanken der sozialdemokratischen Heinerezeption: die Beurteilung Heines als Dichter und zugleich politischer Freiheitskämpfer an der Schwelle der sozialistischen Bewegung.

Gleich in diesem ersten Heineaufsatz äußerte Mehring den Gedanken und den Vorschlag für ein besonders sinnvolles Heinedenkmal, eine „Ausgabe seiner Werke, die nach Ausscheidung alles Abgestorbenen und Totgeborenen der Arbeiterklasse das ganze Verständnis des Genius, des Kämpfers, des Märtyrers erschlösse“.⁶ Auf diesen höchst bemerkenswerten Vorschlag ist Mehring später noch mehrmals zurückgekommen, und schließlich konnte er ihn sogar realisieren, worüber wir noch sprechen werden.

1895 folgte eine nächste wichtige Publikation in der „Neuen Zeit“ zu Heine, und zwar zu den Beziehungen zwischen Heine und Marx. Es handelte sich dabei erstens um einen Brief von Heine an Marx vom 21. September 1844 und zweitens um die oben schon erwähnten Mitteilungen über die Erinnerungen von Marx' Tochter Eleanor an die Erzählungen ihrer Eltern über Heine und die Familie Marx.⁷

Heines Brief ist sehr interessant und aufschlußreich, vor allem aber beweist er die außerordentliche Freundlichkeit und Herzlichkeit, die zwischen Marx und Heine bestand. Heine bittet in dem Brief Marx, für „Deutschland. Ein Wintermärchen“ zu wirken und zu werben, und er schließt den Brief mit den berühmten, oft zitierten Worten: „Leben Sie wohl, teurer Freund, und entschuldigen Sie mein verworrenes Gekritzel. Ich kann nicht überlesen, was ich geschrieben – aber wir brauchen ja wenige Zeilen, um uns zu verstehen! Herzinnigst H. Heine“.⁸ Die Mitteilungen aus den Erinnerungen von Eleanor Marx-Aveling zeigen sehr anschaulich Bilder des persönlichen familiären Verkehr Heines in der Familie Marx.⁹

Von hohem Interesse ist, daß Mehring eine Darstellung der Beziehungen zwischen Marx und Heine auch in seine umfangreiche „Geschichte der deutschen Sozialde-

4 Ebenda, S.482.

5 Ebenda. Robert Schweichel: Heinrich Heine, in: Die Neue Zeit, Bd. 4, Jg. 1886, S.347-363. Das oben angeführte Zitat auf S.363. Schweichels umfangreicher und interessanter Aufsatz setzt sich ausführlich mit verschiedenen zeitgenössischen bürgerlichen Heinebiographien auseinander und analysiert auch die Widersprüche im Werk Heines.

6 Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 10, S.487.

7 Siehe ebenda, S.465-471.

8 Ebenda, S.466f.

9 Siehe ebenda, S.469.

mokratie“ aufgenommen hat, die 1897/98 zum ersten Mal erschienen ist.¹⁰ Mehring faßte hier zusammen, was er in den vorausgegangenen Aufsätzen über Marx und Heine gesagt hatte, wobei er vor allem „Deutschland. Ein Wintermärchen“ hervorhob, aber auch die Äußerung über die „sonderbaren Käuzen“ wieder erwähnte. Die besondere Bedeutung dieser Abschnitte in der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ bestand darin, daß dieses Werk Mehrings damals eine der wichtigsten Publikationen der Vorkriegssozialdemokratie überhaupt war, einen mächtigen Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung ausübte und in dieses Standardwerk die Beziehung zwischen Heine und Marx eingearbeitet wurde. Dadurch wurde die Verbindung zwischen Heine und der Arbeiterbewegung in den Rang eines wichtigen Bestandteils von deren Geschichte erhoben.

In den Jahren 1899 und 1906 veröffentlichte Mehring weitere Aufsätze zu Heines Gedächtnis, einen davon auch in der mehrere Jahre von ihm geleiteten „Leipziger Volkszeitung“¹¹, in denen er die bisher vertretenen Ansichten über die hohe Bedeutung Heines für die Sozialdemokratie wiederholte und bekräftigte und dabei scharf und witzig gegen die damals zahlreichen heinefeindlichen Äußerungen der bürgerlichen Presse und Wissenschaft polemisierte. Vor allem bekämpfte er auch die zu allen Zeiten herausgestellte These, daß Dichtung und Politik voneinander zu trennen seien und lobte an Heine, er habe „durch sein eigenes Beispiel gezeigt, daß echter Kunst nichts Menschliches fremd ist, daß sie überall aus dem vollen wirtschaften kann, auf politischem und sozialem nicht minder wie auf jedem anderen, daß der echte und große Künstler immer mitten in den Bewegungen steht, die seine Zeit erschüttern, daß die Kunst die Tochter der Freiheit ist und in der Sklavengesinnung verschmachten muß, die sich feige von dem Nerv alles menschlichen Lebens abwendet.“¹²

Mehring betonte, daß Heine insofern „eine ganz einzige und unvergleichliche Stellung in der Weltliteratur“¹³ einnehme, als es keinen zweiten Dichter gebe, „in dessen Werken die Farben und Formen der drei großen Weltanschauungen, die sich im Laufe eines Jahrhunderts abgelöst haben“¹⁴ sich so harmonisch miteinander vereinigen. Heine meinte damit die Romantik, die Ideen der bürgerlichen Freiheit und den Kommunismus. „Es ist auch nicht eines nach dem anderen gewesen, sondern alles zu gleicher Zeit, und wer ihn nur von einem dieser Standpunkte aus betrachtet, vom romantischen oder vom bürgerlichen oder vom proletarischen, der wird ihn immer voller Unzulänglichkeiten und Widersprüche finden.“¹⁵

Auch 1906 wiederholte Mehring wieder den Gedanken, es möge eine gute Heineausgabe für die deutsche Arbeiterklasse geschaffen werden.¹⁶ 1911 konnte diese Idee

10 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, in: Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1960, S.265-267.

11 Siehe Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 10, S.649-655.

12 Ebenda, S.488.

13 Ebenda, S.490.

14 Ebenda.

15 Ebenda.

16 Siehe ebenda, S.492f.

unter entscheidender Teilnahme Franz Mehrings realisiert werden, und damit erreichte die Heinerezeption in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie ihren Höhepunkt, der bisher nur unzureichend gewürdigt worden ist.¹⁷ Die Ausgabe besteht aus zehn Bänden, gebunden in drei Bücher. Sie ist sehr geschmackvoll aufgemacht und kostete vier Reichsmark, was ein bescheidener und für interessierte Arbeiter erschwinglicher Preis war. Der Inhalt, dessen Auswahl auch von Mehring vorgenommen und begründet worden ist¹⁸, war sehr reichhaltig. Die Gedichte Heines wurden so gut wie vollständig abgedruckt, von den Prosaschriften wurden nur die schwächeren ersten Versuche auf dem Gebiet der Reisebilder, also die Texte „Über Polen“, die „Briefe aus Berlin“, leider aber auch die „Englischen Fragmente“, „Lutezia“ und mehrere kleine Aufsätze und Rezensionen weggelassen. Im ganzen ist es eine umfassende und für den Zweck, das Werk Heines den interessierten Arbeitern nahezu bringen, geradezu vorbildliche Ausgabe.

Vor allem auch wegen der umfangreichen Einleitung Mehrings, die in der Ausgabe 60 Seiten ausmacht und die umfassendste Äußerung eines Repräsentanten der Vorkriegssozialdemokratie zu Heine darstellt. Es ist eine richtige Biographie, die Mehring im ersten Abschnitt auch Gelegenheit gab, auf Heines Judentum einzugehen. Was Mehring dazu gesagt hat, steht auf einem hohen Niveau und lautet folgendermaßen: „Die jüdische Abstammung ist für Heine – er ist darin das gerade Gegenteil von Marx, für den sie nie etwas bedeutet hat – das Glück wie das Unglück seines Lebens geworden. Sie hat sein Dasein fried- und ruhelos gemacht, ihn aber auch unter die Vorkämpfer freier Menschheit geführt, unter denen sein Name unsterblich glänzt. Seine Familie gehörte nicht zu dem höher gebildeten Judentum, das sonst am Rhein nicht fehlte; die Briefe seiner Mutter zeigen, daß sie, gewöhnt ans Hebräische, der deutschen Sprache nur unvollkommen mächtig war; ja der Dichter selbst hat bis in seine ersten Veröffentlichungen hinein mit der deutschen Grammatik zu kämpfen gehabt. Nun waren von der französischen Herrschaft, unter der die Rheinlande während Heines erster Lebensjahre standen, die schmachlichen Fesseln des deutschen Judentums gelöst worden, und von hier aus erklärt sich Heines Begeisterung für Napoleon, die eine ganz natürliche Empfindung war und ihm keineswegs zur Unehre gereichte: man müßte denn dem neureichsdeutschen Patriotismus glauben, daß es immer noch ein größeres Glück sei, von einem Hohenzollern wie ein Hund getreten, als von einem Napoleon wie ein Mensch behandelt zu werden. In reiferen Jahren hat übrigens Heine seiner Bewunderung Napoleons gemessene Schranken zu setzen gewußt.“¹⁹ Heines Eintreten für die politische und soziale Befreiung der Juden hat Mehring eindrucksvoll gewürdigt und antisemitische Angriffe auf Heine verdammt, aber der Hauptakzent der Darlegungen Mehrings lag in dieser Einleitung auf der literaturgeschichtlichen und politischen Bedeutung Heines. Die Auseinandersetzung

17 Siehe Heines Werke in zehn Bänden. Mit einer biographischen Einleitung von Franz Mehring, Berlin (Verlag Buchhandlung Vorwärts) 1911.

18 Siehe ebenda, 1. Band, S.68.

19 Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 10, S.422f.

Heines mit Romantik und Klassik und die Eröffnung einer neuen Literaturkonzeption hat Mehring meisterlich geschildert.

Dabei stand er Heine keineswegs unkritisch gegenüber. Bei dem Streit zwischen Heine und Platen wies er Platens bornierten Antisemitismus ebenso entschieden zurück wie Heines nicht weniger bornierte Witzeleien über Platens Homosexualität²⁰, und bei dem Streit zwischen Heine und Börne mißbilligte er bei aller Anerkennung der überlegenen politischen und weltanschaulichen Konzeption Heines doch sehr Heines boshaftes Geschwätz über das Privatleben Börnes.

Mit großer Bewunderung und tiefem Verständnis hat Mehring über die „Reisebilder“ von Heine und über den Einfluß der Pariser Julirevolution und des Saint-Simonismus auf den Dichter gesprochen. Nicht ganz auf der gleichen Höhe steht das, was Mehring über die Lyrik Heines gesagt hat. Er betonte die Bedeutung der Lyrik Heines nachdrücklich, aber ein tieferes interpretatorisches Eindringen in diese Dichtungen lag ihm nicht. Mehring war in erster Linie ein Mann der Prosa, wie er ja auch selbst eine vorzügliche Prosa schrieb.

Dem entsprach die Tatsache, daß er besonders viel Verständnis hatte für Heines Aufsätze zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland und die Schrift über die „Romantische Schule“, die er mit Recht zum bedeutendsten rechnete, was Heine je geschrieben habe.²¹ Ähnlich hoch hat Mehring die beiden großen satirischen Gedichte der 1840er Jahre gestellt, den „Atta Troll“ und „Deutschland. Ein Wintermärchen“, und er hat den Anteil von Marx an dem Höhenflug der satirischen Dichtung Heines richtig betont, ohne dabei zu übertreiben. Mehring hat auch bei dieser Gelegenheit wieder die schon mehrfach genannte Ansicht von den „sonderbaren Käuzen“²² vorgebracht und natürlich auch den eigenartigen Zwiespalt Heines gegenüber dem, was er „Kommunismus“ nannte: die Angst vor der kultur- und bildungslosen Haltung der noch primitiven Arbeiterbewegung der Anfänge und die Überzeugung, daß diese Bewegung letztendlich siegen werde.²³ Mit großer Genugtuung konstatierte Mehring, daß es gerade die kommunistische Arbeiterbewegung, die sich inzwischen bedeutend weiterentwickelt hatte, war, die Heines Erbe bewahrte und würdigte.²⁴

Es ist bemerkenswert, daß Mehring wegen einer heftigen Erkrankung das vorgesehene Schlußkapitel der Einleitung „Heine und das Proletariat“ nicht mehr rechtzeitig schreiben konnte. Daraufhin übernahm Heinrich Ströbel diese Aufgabe.²⁵ Ströbel (1869-1944) war ein interessanter Mann, der in der Vorkriegssozialdemokratie auf dem linken Flügel stand. Er hatte schon in den 1890er Jahren in die Debatten über

20 Siehe ebenda, S.440.

21 Siehe ebenda, S.442f.

22 Siehe ebenda, S.456.

23 Siehe ebenda, S.462f.

24 Siehe ebenda, S.464.

25 Heines Werke in zehn Bänden, 1. Band, S.59.

den Naturalismus eingegriffen²⁶ und dabei kluge Gedanken geäußert. Später hatte er sich als Redakteur des „Vorwärts“ hervorgetan. Im Weltkrieg schloß er sich der USPD an, war in der Novemberrevolution kurze Zeit preußischer Ministerpräsident, war Mitarbeiter der „Weltbühne“, ging nach der Spaltung der USPD zur SPD zurück, kurz vor 1933 zur SAP, emigrierte in die Schweiz, wo er kurz vor Kriegsende gestorben ist.

In seinem Kapitel „Heine und das Proletariat“ knüpfte Ströbel an die Ausführungen Mehrings an. Konkrete Ausführungen über so etwas wie „Heinepflege“ in der Sozialdemokratie hat Ströbel nicht gemacht.²⁷ Stattdessen hat er sich noch einmal mit dem Gegensatz zwischen der Furcht Heines vor der Kulturlosigkeit der proletarischen Massen und seinen Erkenntnissen über die großen Perspektiven des revolutionären Kampfes auseinandergesetzt. Stärker als Mehring ging Ströbel auf die spezifischen Schönheiten der Lyrik und auf die freisinnigen Moralauffassungen Heines ein und bereicherte dadurch die wertvolle Einleitung in die Ausgabe.

Kurz vor seinem Tod konnte Mehring noch seine lange geplante Karl-Marx-Biographie veröffentlichen²⁸, die meiner Meinung nach bis heute die beste aller Karl-Marx-Biographien geblieben ist.²⁹ Auch in diesem Werk ist Mehring wieder relativ ausführlich auf die Beziehungen zwischen Heine und Marx eingegangen, damit sichtbar machend, wie wichtig Heine für Marx und umgekehrt Marx für Heine gewesen war. „In nahem Verkehr stand Marx mit Heinrich Heine, und er hatte seinen Anteil daran, wenn das Jahr 1844 einen Höhepunkt in diesem Dichterleben bezeichnete. Das ‚Wintermärchen‘ und das ‚Weberlied‘, so auch die unsterblichen Satiren auf die deutschen Despoten hat Marx aus der Taufe heben helfen“³⁰, und auch hier durften die „wunderlichen Käuze“³¹ nicht fehlen, diesmal verbunden mit dem Hinweis auf eine spätere, auf Freiligrath bezogene, briefliche Äußerung von Marx, die Dichter „wollten geschmeichelt sein, wenn sie singen sollten, mit einer scharfen Kri-

26 Siehe Thomas Höhle: Sozialdemokratie und Naturalismus, in: Berliner Moderne im Widerstreit. Politik, Kultur und Kunst zwischen Konservatismus und Avantgarde, Pankower Vorträge, Heft 41, Berlin 2002, S.20.

27 In der Diskussion zu diesem Vortrag wies Ursula Herrmann darauf hin, daß in den Reden und Schriften von August Bebel häufig Zitate aus Dichtungen Heinrich Heines, besonders aus „Deutschland, ein Wintermärchen“, gebraucht wurden, z. B. in dem weit verbreiteten Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Auf diese Weise wurden die zahlreichen Leser Bebels mit Teilen der Dichtungen Heines bekannt gemacht.

28 Siehe Franz Mehring: Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Hrsg. von Thomas Höhle, Berlin 1979.

29 Siehe Thomas Höhle: Zur Geschichte und Problematik der Marx-Biographik, in: Äußerungen über Marx und Engels. Ergebnisse zweier Kolloquien. Hrsg. von Thomas Höhle, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wissenschaftliche Beiträge 1988/22 (F 80), Halle (Saale) 1988, S.4-10.

30 Mehring, Karl Marx, 5.89.

31 Siehe ebenda.

tik dürfe man ihnen nicht kommen“³². Ganz offensichtlich waren Mehring diese Äußerungen von Marx besonders wichtig, so daß er sie unverdrossen immer wieder wiederholte.

Es steht ganz außer Zweifel, daß die umfangreichen Bemühungen von Mehring um Heine von den Aufsätzen der 1890er Jahre bis zur Marx-Biographie mit der schönen Heineausgabe als Höhepunkt eindrucksvolle Beweise für die große Rolle sind, die Heine in der geistigen Kultur der deutschen Vorkriegssozialdemokratie gespielt hat. Das hat dann zweifellos auch ausgestrahlt in die vielfältigen Bemühungen um Heine in der DDR.

32 Ebenda. Die zusätzliche Bemerkung entstammt einem Brief von Marx an Weydemeyer vom 16.1.1852, in dem es unter Bezugnahme auf Freiligrath heißt: „die Poeten sind alle plus ou moins, selbst die besten, des courtisanes und il faut les cajoler, pour les faire chanter“. (Marx/Engels: Werke, Band 28, 5.475).

Heinrich Heine

**O schöne Welt,
Du bist abscheulich...**

**Auf der Reede
glänzte das Schiff...**

**Illustrationen
von Elisabeth Larssen**

**je 32 Seiten
je 7,00 Euro
edition bodoni**

Linienstraße 71 / 10117 Berlin / Tel. 030-2825137



„Ja, das Erbe der Gesamtheit /
Wird dem einzelnen zur Beute ...“ (Atta Troll, Caput X),
oder: Der zweigeteilte Heine (1949-1989)*

Wolfgang Beutin

Einige Autoren sind nicht so glücklich. Andere werden bei Lebzeiten beachtet, man liest sie, kritisiert sie, die Wissenschaft nimmt sich ihrer an. Das geht eine Weile so, dann fallen sie der Vergessenheit anheim. Nur wenigen ist es vergönnt, selbst nach ihrem Tode noch „weiterzuleben“, indem man sie liest, schätzt, wissenschaftlich bearbeitet. Wird ein Autor vom Publikum, von der Kritik, von der Wissenschaft aufgenommen, so daß man sich mit ihm beschäftigt, heißt das, er wird „rezipiert“. Rezeptionsgeschichte ist die Summe der Bestrebungen der Leserschaft und Forschung, sich der Lebensleistung eines Autors anzunehmen, indem man sie untersucht und bewertet, goutiert oder ablehnt. Die Ablehnung kann dabei bis zu dem Extrem voranschreiten, daß man die Fortsetzung der Rezeption unterbindet. So verlangte im Jahre 1936 ein NS-Mitläufer: „Heine gehört in keine deutsche Literaturkunde, kein Lese- und Lernbuch. Keine Forschung über Heine. Kein Verleger für neue Heine-Ausgaben.“¹ Glücklicherweise scheiterte er, auf Dauer gesehen, mit seinem Unfug.

Die Summe der Rezeptionsgeschichten aller Künstler – darüber hinaus eine nationale Kunstgeschichte – einer Epoche ist stets ein Moment von deren Geistesgeschichte. Diese wiederum eine Komponente der Sozialgeschichte desselben Zeitabschnitts. Die Wissenschaft, die sich kritisch um die Lebensgeschichte und -leistung eines Autors bemüht, ermittelt die bestimmenden Züge seiner Persönlichkeit und des Werks, um am Ende sein ‚Gesamtbild‘ zu entwerfen. Da sich hieran jedoch oft eine Mehrzahl von einzelnen oder Gruppen beteiligt, werden unterschiedliche Züge des Künstlers und seines Werks hervorgehoben. Dann gibt es nicht selten so viele Bilder des Autors, wie Forschungsrichtungen am Werke waren. Exakt zu beobachten beispielsweise an den Heinebildern, wie sie seit der eigenen Lebenszeit des Dichters entstanden. Die Galerie der Heinebilder – wie jede Galerie von Autorenbildern, etwa auch der Lutherbilder – spiegelt zugleich die Verfassung der Urheber wider, ihre Forschungsintentionen und – vermittelt durch diese – die Signatur der Epoche mit ihren jeweiligen politischen und ideologischen Strömungen. So sorgt jedes Zeitalter denn dafür, seine eigene Gravur in die Rezeptionsgeschichte einzutragen. Wer sie zu

* Bearbeiteter Vortrag auf der Konferenz „Heinrich Heine: Erbe und Erben“ zum 150. Todestag des Dichters, veranstaltet am 4.3.2006 von „Helle Panke e. V.“ in Berlin. Dazu soll eine Broschüre erscheinen. Wir danken für die Genehmigung zum Vorabdruck. Die Red.

1 Zitiert bei Peter Stein: *Enfant perdu: Heinrich Heine* (= Kapitel in seinem Beitrag: *Vormärz*), in: Wolfgang Beutin u. a.: *Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 6. Aufl., Stuttgart-Weimar 2001, S.260.

entziffern versteht, entziffert zugleich das Zeitalter. Trübt der Eindruck, oder ist er zutreffend? Am meisten von Gegensätzen geprägt ist wohl die Rezeptionsgeschichte solcher Autoren, die zu den am heftigsten umkämpften in der Geistesgeschichte gehören. Aus dem Vormärz sind das primär Heinrich Heine und Karl Marx; vor ihnen z. B. Martin Luther und Thomas Müntzer, in der Moderne etwa Sigmund Freud.

Vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik

Heines Rezeptionsgeschichte ist extrem verschieden, je nachdem auf welches Land man schaut. Verschieden auch in den verschiedenen Zeitabschnitten. Der Dichter erlangte, schrieb Peter Stein, „bereits zu Lebzeiten als einziger deutscher Schriftsteller seiner Epoche europäische Geltung, wie vor ihm nur Goethe und E.T.A. Hoffmann. Ihn deswegen den ‚größten deutschen Dichter nach Goethe‘ zu nennen, wie es Marx und Engels im Einklang mit der allgemeinen europäischen Wertschätzung taten, fiel damals in Deutschland keinem Literarhistoriker ein, und in der Folgezeit hat diese Zunft lange in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen, den allzu vielen unbequemen und untypischen deutsch-französischen Schriftsteller auf niederträchtigste Weise ein zweites Mal auszubürgern. Nach stetiger Vorarbeit durch eine chauvinistische und antisozialistische Germanistik seit dem späten 19. Jahrhundert wurde Heine von den Nationalsozialisten schließlich zur Unperson erklärt.“²

Die Niedertracht in Person hieß z. B. Adolf Bartels (1862-1945, Prof. seit 1905). Dieser edle Gelehrte gab in Heines fünfzigstem Todesjahr nicht nur die Parolen aus: „Los von Heine!“, „zu Boden mit Heine!“ und schmähte: „dieser Lump Heine“, sondern produzierte den perfekten Widersinn, – wenn schon er ihn nicht merkte, warum nicht wenigstens sein Lektor, Verleger, Publikum? Original-Ton Bartels: „Heine [...] lebte ganz vergnügt in Paris seinen Lüsten und war selbst durch seine Krankheit nicht umzubringen, ein Beweis, um wie viel zäher und materialistischer die jüdische Rasse ist.“³ ... Worauf nicht einmal die Holocaust-Leugner bisher kamen, weil sie sonst den Schluß hätten ziehen können, Juden wären selbst durch die Nazischergen „nicht umzubringen“ gewesen, ein Beweis, „um wie viel zäher“ ...

Allerdings soll nicht vergessen werden, daß während eines gesamten Jahrhunderts der Heine-Rezeption vor 1933 manche dem Heine-Bild der Zunft tapfer widersprechende Darstellung erschien, die rühmlichen Ausnahmen von der Regel. Dazu zählen u. a. die zweibändige Heine-Monographie (1867/69) des Flensburgers und Parteigängers der Revolution von 1848, Adolf Strodtmann (1829-1879), dessen Lyrik übrigens, obwohl keine sozialdemokratische Tendenzpoesie, dreißig Jahre später unter dem Sozialistengesetz nochmals polizeilich verfolgt wurde, und die Heine-

² Ebenda, S.259f.

³ Adolf Bartels: Heinrich Heine. Auch ein Denkmal, Dresden-Leipzig 1906, S.XV, 23, 83.

Biographie des sozialistischen Historikers Franz Mehring (1911)⁴. Auch ausländische Autoren widersetzten sich energisch der in Deutschland vorherrschenden Heine-Abwertung, so der dänische Literaturkritiker Georg Brandes mit seiner Darstellung (1897, deutsch erst nach dem Ersten Weltkrieg: 1922!).⁵

Die Rezeptionsgeschichte Heines zerteilt sich in mehrere Phasen: Die erste fällt zusammen mit der Zeit seiner eigenen Wirksamkeit; eine zweite reicht vom späteren 19. Jahrhundert bis 1933; während der NS-Diktatur befaßte man sich mit Heine im Reich lediglich im Untergrund; eine heinefreundliche Rezeption setzt sich nach 1933 fort im Exil; dann, seit 1945, im viergeteilten Deutschland der unmittelbaren Nachkriegsjahre; daran schließt sich die Phase der Rezeption in den beiden deutschen Staaten an, die 1949 entstanden, bis 1989. Beständig wirkten an der Heine-Rezeption Forscher anderer Länder mit, auch der nicht deutschsprachigen.

Sehr hervorzuheben ist im 20. Jahrhundert der Anteil deutschsprachiger Wissenschaftler, die als Deutsche oder Österreicher im Exil lebten (wie Walter Grab) oder nach dem Kriege in nichtdeutschsprachige Länder auswanderten und sich darin ansiedelten (wie Jost Hermand). Von den beiden letztgenannten gibt es Abrisse der Rezeptionsgeschichte Heines, in denen es an Hinweisen auf die Fortexistenz „der nationalistischen und antisemitischen Vorurteile gegen Heine“ in der anfängenden Bundesrepublik nicht mangelt.⁶

Als Verbreiter unverzeihlicher Vorurteile ist zunächst ein Mann zu nennen, der in der Bundesrepublik als erster deren höchstes Staatsamt verwaltete: Theodor Heuss (1949-1959). Vor 1933 popularisierte er in einer Monographie Adolf Hitler als deutschen „Faust“.⁷ Während der NS-Ära schrieb er unter einem Decknamen („Brackenheim“, nach seinem Geburtsort) für die NS-Zeitung „Das Reich“. 1960 verlieh ihm die Stadt Düsseldorf ihre Heine-Medaille, die sie erstmals vergab. 1964, so Jost Hermand, besaß der Dekorierte dann „prompt die Unverfrorenheit“, einen Sammelband erscheinen zu lassen „An und über Juden“, worin er Auslassungen contra Heine aus dem Jahre 1906 nachdruckte, ausgerechnet solche aus der Feder jenes Edelmanns Adolf Bartels. Dessen Peinlichkeiten waren nun unter der Ägide des gewesenen Bundespräsidenten abermals der Lektüre zugänglich, darunter die Be-

4 Ursprünglich als Einleitung zur Heine-Ausgabe gedruckt: Werke. Mit einer biographischen Einleitung von Franz Mehring, 10 Bde., Berlin 1911, Bd. 1, S.5-68. Darin der Schlußabschnitt „Heine und das Proletariat“, von Heinrich Ströbel verfaßt (S.59-68).

5 Zu Brandes und Mehring siehe Walter Grab: Heinrich Heine als politischer Dichter, Frankfurt/M. 1992 (zuerst 1982), S.20f.

6 Siehe ebenda, S.24; zur Germanistik der Bundesrepublik (sowie z.T. darüber hinaus) insgesamt siehe ebenda, S.24-27. Siehe auch Jost Hermand: Das falsche Ärgernis. Zur kritischen Heine-Ausgabe um einen Heine von heute bittend, in: Die Zeit, Nr. 29, 13.7.1973, S.13f.; ders.: Gereinigt und verdrängt. Heine-Versäumnisse in der Bundesrepublik, in: Frankfurter Rundschau, 6.12.1975, S. III.

7 Siehe Karlheinz Deschner: Abermals krähte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte von den Anfängen bis zu Pius XII., Stuttgart 1962, S.534.

hauptung: daß „wir“ Heines „Einfluß auf das deutsche Schrifttum für schädlich erachten“.⁸

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik dominierten in germanistischen, dazu geschichtswissenschaftlichen und journalistischen Beiträgen über Heine an Tendenzen: 1. die Anzweifelung seiner Persönlichkeit; 2. die Attacke auf sein Werk.⁹ Herrschte in der veröffentlichten Meinung überwiegend eine negative Einstellung zu Heine, wollte die Zunft dies natürlich nicht ihrem eigenen oder der Leute Übelwollen zuschreiben, sondern buchte es unverzagt aufs Konto des Verschrienen. So versicherte noch 1975 Werner Kohlschmidt, es ließe „sich kaum wirklich begründen“, weshalb „sich gerade an diesem Dichter und Schriftsteller die Geister scheiden“. Er wäunte „die Ursachen der weitgehenden Unpopularität Heines in Deutschland unter der politischen Oberfläche“. (Ehrlich wäre schon einmal, hier nicht von Deutschland zu sprechen, sondern vom *westlichen* Deutschland.) Inwiefern darunter? Weil Kohlschmidt will, daß sie bei Heine zu suchen wären, in seinem Schrifttum, „nämlich in der Zwei- oder Mehrdeutigkeit des Werkes, in der Mischung bedeutender mit kleinlichen Elementen, der oft schwierigen Trennbarkeit von Schöpferischem und Polemisch-Persönlichem“.¹⁰ Dies zwei Jahre nach dem Hinweis von Jost Hermand, daß für Heines Ächtung in Deutschland nichts Vorwerfbares in seiner Persönlichkeit ursächlich sei, sondern im Gegenteil gerade ein *Vorzug*, der ihn vor fast allen Zeitgenossen auszeichnete: „Grob gesprochen, ist es die bewußte oder unbewußte Aversion gegen die gründliche ‚Emanzipiertheit‘ dieses Mannes.“¹¹

Auf Heines *Persönlichkeit* zielte der Schweizer Walter Muschg (in seiner „Tragischen Literaturgeschichte“, 1948; 5. Aufl. 1983). Heine wäre ein „Exponent verfaulten Literatentums“, der die Dichtung „prostituierte“ und „nacheinander das äußere und das innere Heimatrecht in der Gesellschaft verlor“.¹²

Daß er ein amtlicherseits legitim Ausgestoßener sei, diese Behauptung wiederholte man damals gern gebetsmühlenartig. Ernst Alker („Die deutsche Literatur im 19. Jahrhundert“, 2. Aufl. 1961) tadelte: „Weder richtiger Jude noch richtiger Deutscher“, weshalb Heine der doppelten Loyalität ermangelt hätte, „dem Judentum wie dem Wirtsvolk gegenüber“.¹³

Wiederum auf Heines Person zielte die Denunziation, die der Historiker Golo Mann beisteuerte: „Die Stillen im Lande, die unabhängigen ruhigen Schöpfer, Franz Grillparzer, der Dramatiker, Adalbert Stifter, der Erzähler, mögen uns heute mehr bedeu-

8 Hinweis und Zitat bei Hermand, Gereinigt und verdrängt.

9 Jost Hermand konstatierte für den Zeitpunkt 1960 an Einstellungen zu Heine: „das völlige Tabuisieren, eine im Poetologischen oder Existentiellen begründete Verurteilung und eine zaghafte Aufwertung“ (ebenda).

10 Geschichte der deutschen Literatur vom Jungen Deutschland bis zum Naturalismus (= Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 4), Stuttgart 1975, S.133f.

11 Hermand, Falsches Ärgernis, S.14.

12 Zitiert bei Grab, Heinrich Heine, S.24f.

13 Zitiert ebenda, S.26.

ten als die politisch-philosophischen Schriftsteller, die Literaten, die um 1840 in Deutschland eine so bezeichnende Rolle spielten. [...] Die letzteren, obgleich oft geringer an menschlicher Substanz [...], unter ihnen Männer von Genius, Heinrich Heine zum Beispiel oder Karl Marx (wie später Nietzsche).“¹⁴

Eine für die damalige Epoche in der Bundesrepublik nicht untypische Attacke auf Heines literarisches *Werk* unternahm Walther Killy. Er stellte es auf eine Stufe mit demjenigen von Geibel, denn: Heine verfüge nicht über „dichterische Fülle“, sei „ein Dichter nicht des allerersten Ranges“, und das Ergebnis seines Schaffens sei immer „ein artifizielles Produkt von hoher Vollendung, das um so eher den Schein erwecken wird, es sei ein Gedicht, je naiver ein Leser ist.“¹⁵ Das ist zugleich ein Ausfall auf die Nichtfachleute, die Laien: Nur ein Laie betrachtet Heines Lyrik als Dichtung, der Fachmann weiß es besser.

Bevorzugt hatten einige Kritiker es auf Heines Lyrik abgesehen. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ versicherte 1960 einer: „Es dürfte zu belegen sein, daß Heine in seiner Lyrik mehr jüdelte als in seiner Prosa.“¹⁶ Doch auch diese geriet natürlich ins Fadenkreuz. Wie bei Lebzeiten Heines, schoß man sich selbst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch auf seine Sicht der Religion, Theologie und Kirche ein. 1960 verlegte Rowohlt in der Reihe seiner „monographien“ eine alte Arbeit von Ludwig Marcuse abermals. Darin nahm der Verfasser mit ebenso mißlungenem Spott wie verunglückter Allegorik Heines „Heidentum“ aufs Korn: Dies sei „immer nur das Auf-den-Zehenspitzen-tanzen eines Menschen gewesen, der nie richtig stehen konnte.“¹⁷ Gerhard Storz stellte den Dichter 1971 wegen seiner Lehre von der Emanzipation des Fleisches sogar an die Seite der Nazis und der SS: „Wir heutigen Hörer von Heines Aufrufen zur Diesseitigkeit, zur Sinnenfreude, zu Wohlgestalt und Gesundheit, von seinen Attacken gegen Kirche und Jenseitslehre werden [...] an die blonden SS-Männer und ihren ‚Lebensborn der Nation‘ erinnert.“¹⁸

Mustert man die Bücher und Äußerungen über Heine, die in der Bundesrepublik in angesehenen Verlagen und Publikationen gedruckt wurden, behält Hans Kaufmann recht mit seinem Diktum: „Noch nach dem Ende des Hitlerreichs ließen zartsinnige Ästhetiker, die mit der braunen Barbarei gewiß nicht gern in Verbindung gebracht werden möchten, Formulierungen über Heine drucken, die ihn mindestens moralisch und ästhetisch zum Scheiterhaufen verurteilen.“¹⁹ Den Grund für die in der Bundesrepublik nach 1949 zunächst ablehnende Einstellung sah Jost Hermand in einem politischen Defizit, nicht Heines nun aber, sondern der Bevölkerung: „Was

14 Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1966, S.158f.

15 Wandlungen des lyrischen Bildes, 2. Aufl. Göttingen o. J., S.94, 103, 105.

16 Ernst Stein in einer Rezension mit dem ambigüösen Titel: „Der deutsche Jude Heinrich Heine“, in: Die Zeit, Nr. 39, 23.9.1960, S.16.

17 Heinrich Heine in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1960 (rowohlts monographien, 41), S.150 (die älteren Auflagen: 1931 und 1951).

18 Zitiert bei Grab, Heinrich Heine, S.26f.

19 Walter Kaufmann: Heinrich Heine. Poesie, Vaterland und Menschheit, als Nachwort zu Heinrich Heine. Werke und Briefe, 10 Bde., Berlin 1961/64, Bd. 10, S.5-166, hier S.12f.

fehlte, war eben hier – wie auf allen Gebieten – eine wirklich emanzipatorische Gesinnung.“²⁰

Als Anzeichen einer leichten Besserung in Sachen Heine konnte 1962 die Gründung des Heine-Jahrbuchs gelten. Doch erwachte kein größeres Interesse neu. Die erste bundesdeutsche Heine-Ausgabe, die 1964 bei Kindler erschien – es war ein Nachdruck der Ausgabe von Hans Kaufmann im Aufbau-Verlag – wurde schon ein Jahr später teils verramscht, teils eingestampft.

Die Bundesrepublik der Studentenbewegung entdeckt Heine

Eine grundlegende Zäsur – darin sind sich die Beobachter einig – bedeutete erst die Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre: Seither „sind die revolutionär-demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte und Literatur teilweise ins germanistische Blickfeld gerückt, was der Forschung über den einst verfemten Dichter zugutekam.“²¹ Für den Zeitpunkt 1975 ortete Hermand „mindestens vier verschiedene Heine-Images“: Die „Linken“ begriffen Heine als „Leitbild des Emanzipatorischen“; linksliberale Intellektuelle – zum Beispiel Hans Mayer – traten „aktiv für Heine ein“; „Liberale rechts der bürgerlichen Mitte wie Reich-Ranicki“ verstanden Heine als „einen amüsanten Provokateur“; ähnlich die Konservativen: „Ihre Taktik läuft meist auf eine totale Entpolitisierung und Verharmlosung Heines hinaus.“²²

Dieselbe, die im Heine-Jahr 2006 in Deutschland wiederum zu registrieren ist. Sie scheint heuer sogar das übergeordnete Signum der Ehrungen zu sein. Damit fallen die Veranstalter im Jahre 2006 weit hinter die Worte des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann zurück. Dieser hielt am 13. Dezember 1972 in Düsseldorf eine Rede, worin er sich „in aller Offenheit zu einem im Sinne Heines geführten Kampf gegen ‚Untertanengesinnung und unmenschliches Profitstreben‘“ bekannte.²³ Wenigstens in der Heine-Forschung und Literaturhistoriographie „normalisierten“ sich in der Bundesrepublik seit der Zäsur von 1968 die Verhältnisse dauerhaft. Symbolisch hierfür ist das Erscheinen wissenschaftlicher Editionen. So entstanden die Ausgabe von Klaus Briegleb²⁴ und die Historisch-kritische (Düsseldorfer) Gesamtausgabe der Werke Heines seit 1973²⁵.

Für den nun erreichten Standard in der Literaturgeschichtsschreibung zwei Beispiele:

20 Hermand, Gereinigt und verdrängt.

21 Grab, Heinrich Heine, S.27.

22 Hermand, Gereinigt und verdrängt.

23 Hermand (mit Heinemann-Zitat in seinem Text), ebenda.

24 Erschienen zuerst 1968/76 in 7 Bänden, gestaltet mit Heranziehung der älteren Ausgabe von Oskar Walzel (10 Bde. und ein Reg.bd., 1910/20), die auch für die Kaufmann-Ausgabe mit herangezogen wurde (für diese neben der Ausgabe von Ernst Elster, 7 Bde., zuerst 1887/90).

25 Herausgegeben von Manfred Windfuhr, Hamburg 1973ff.; ursprünglich angelegt auf 16 Bde.; „Düsseldorfer“ Heine-Ausgabe zubenannt, da sie seit 1962 in Düsseldorf geplant wurde (DHA).

Peter Steins schon zitiertes, vorzügliches Kapitel in der bei Metzler erschienenen Literaturgeschichte, die inzwischen in der sechsten Auflage vorliegt (2001);²⁶ Gerhard Höhns Heine-Handbuch, mit dem Untertitel: Zeit, Person, Werk (zuerst 1987, 2. Aufl. 1997).²⁷

Mit Arbeiten wie den hier genannten erreichten die Forschung und Literaturhistoriographie in der Bundesrepublik nach langen Irrwegen endlich die Qualität, die einer der Dichterpersönlichkeit Heines angemessenen wissenschaftlichen Leistung abverlangt werden muß.

Zwei persönliche Zwischenbemerkungen seien mir gestattet.

Erstens. Wie wohl deutlich wurde, stützen sich meine Ausführungen stark auf die Forschungen von Jost Hermand und Walter Grab. Beiden Kollegen bin ich in Freundschaft verbunden – Walter Grab über seinen Tod (im Jahre 2000) hinaus –. Ihnen bin ich für ihre Freundschaft persönlich dankbar, hoffe aber, daß die Dankbarkeit, die ich empfinde, von allen an Heine und seinem Werk Interessierten geteilt wird – denn von beiden gingen in der Bundesrepublik starke Impulse aus, die geholfen haben, die besprochene „Normalisierung“ herbeizuführen.²⁸ Aus Hermands Beiträgen habe ich bereits Wichtiges zitiert; über Grabs Heine-Buch möchte ich gleich noch kurz einige Sätze sagen.

Zuvor zweitens. Die besprochene „Normalisierung“ des Heinebilds in der Bundesrepublik hat eine unleugbare Ursache ebenfalls in der aufs westliche Nachbarland einwirkenden Heine-Forschung der DDR. In bezug auf diese darf ich mich nicht Experte nennen, der deren Details und Wandlungen zu analysieren berechtigt wäre. Wohl darf ich mir aber erlauben, ganz subjektiv die Impulse zu benennen, welche ich während meiner wissenschaftlichen Laufbahn, die sich an den norddeutschen Universitäten Hamburg, Göttingen, Oldenburg, Lüneburg und Bremen vollzog und die mit Untersuchungen über den Vor- und Nachmärz begann, von der Heine-Forschung in der DDR empfang. Ich erwähne lediglich Autoren und Editionen, die für mich von Wichtigkeit waren und sind, z. T. unanschätzbar wichtig. Fast alle erhielt oder erstand ich recht frühzeitig, manchmal rasch nach ihrem Erscheinen, wie den 8. Band der Geschichte der deutschen Literatur, der 1975 in zwei Halbbänden erschien. Ihn konnte ich in einem Buchladen in Bad Langensalza erwerben; eine eigene Eintragung auf dem Vorsatzblatt verrät, das war am 10. März 1976, also vor

26 Siehe Stein, *Enfant perdu*. Es ist die erfolgreichste deutsche Literaturgeschichte überhaupt. – Steins Ausführungen bieten auf schmalen Raum eine treffende Charakteristik des Dichters wie ebenso seines Schaffens. Die inhaltlichen Aspekte (darunter die politische Radikalität) finden darin ebenso Berücksichtigung wie die ästhetischen (darunter die Veränderung künstlerischer Techniken), wodurch Heine in seiner Modernität erscheint. Eine Skizze seiner Rezeptionsgeschichte ist integriert (mit Diskussion der Besonderheiten der deutschen Rezeption).

27 Hiermit schuf der Verfasser ein allein Ansprüchen genügendes Kompendium, das umfassend über die Epoche, die Persönlichkeit Heines, sämtliche Aspekte seines schriftstellerischen Werks und über die Rezeptions-, näherhin auch Forschungsgeschichte unterrichtet.

28 Walter Grabs Anregungen waren es nicht zuletzt, die seinerzeit Gustav Heinemann aufnahm. Sie klangen und klingen in mehreren von dessen Reden nach.

30 Jahren. Damals verbrachten meine Frau Heidi und ich auf Einladung des Friedensrats der DDR, dem wir beide als langjährige Mitglieder der Deutschen Friedens-Union und Gleichstrebende verbunden waren, zwei Wochen in Friedrichroda und durchstreiften von dort aus Tag für Tag bei anhaltender Kälte die Landschaften und Städte Thüringens, wobei die Buchhandlungen und Cafés uns von Mal zu Mal ein erwünschtes Aufwärmen ermöglichten.

Walter Grab emigrierte 1938 als Neunzehnjähriger aus Österreich nach Israel. Nach schwierigen Zeiten, die er dort verbrachte, und einer verhältnismäßig spät angefangenen und vollendeten wissenschaftlichen Ausbildung arbeitete er als Professor an der Universität Tel Aviv. In seinem Buch „Heinrich Heine als politischer Dichter“ hob er die Einzigartigkeit dieses deutschen Poeten und seiner öffentlichen Wirksamkeit hervor. Er weist darin die Tradition nach, in die Heine sich selber stellte: „Der Dichter konstruierte [...] eine Linie politischer und geistiger Kontinuität von Märtyrern im Befreiungskampf der Menschheit und bezeichnete die weltbürgerlichen Jakobiner, die zur Zeit der großen Französischen Revolution nach Frankreich geflohen waren, um den Nachstellungen ihrer Feinde zu entgehen, ausdrücklich als seine Vorgänger.“²⁹ Als die „drei Säulen“, auf denen Heines Gedankenwelt sich stützte, bezeichnete er den Bonapartismus und die Lehren Hegels sowie Saint-Simons in des Dichters Deutung. Als „das vierte Fundament von Heines politischer Erkenntnis“ benannte er den Jakobinismus. Diesen nicht in einem vagen Sinne, sondern in einem präzisen, spezifischen: „Jakobinismus an der Macht bedeutete also keineswegs Herrschaft des niederen Volkes, sondern war vielmehr ein Kampfbündnis, das die radikalen bürgerlichen Demokraten mit den sozialen Unterschichten schlossen, wobei sie diesen die Aufgabe zuwies, die Schlachten der Revolution zu schlagen und sich gleichzeitig den intellektuellen Wortführern des Bürgertums unterzuordnen.“³⁰ Nach dem Fiasko der Revolution von 1848 sei der Dichter nicht der Verzweiflung erlegen: „Seine Botschaft war keine fatalistische Ergebung in die Katastrophe der Niederlage, sondern die Gewißheit, daß andere Kämpfer nachrücken, daß Vernunft und Humanität im Stafettenlauf der Generationen schließlich die Oberhand gewinnen müssen. Die Selbstemanzipation des Menschen aus den Fesseln autoritärer Herrschaft ist ein Auftrag an ein künftiges Geschlecht, das die Freiheitsfackel aufnimmt.“³¹

Heine in der DDR – Anregungen aus einer engagierten Forschung

Aus der Heine-Forschung in der DDR waren es zwei Aufsätze, zwei Ausgaben und drei literaturgeschichtliche Werke (eine Anthologie mit Interpretationen, eine Monographie, eine Literaturgeschichte), die mir für meine eigene Befassung mit dem Vormärz, speziell mit Heinrich Heine, nützlich, ja unentbehrlich wurden.

29 Grab, Heinrich Heine, S.72.

30 Ebenda, S.69, 76.

31 Ebenda, S.253.

Der erste Aufsatz stammt von Paul Rilla: „Heinrich Heine – heute“.³² Über die Situation nach 1945 heißt es darin: „Es war kein Zufall, daß der Name Heine immer wieder zuerst genannt wurde, als nach dem Krieg von den verhängnisvollen Versäumnissen der deutschen Geschichte und des deutschen Geistes die Rede war. Denn sieht man von den Klassikern des dialektischen Materialismus ab, so ist es in der Literatur des 19. Jahrhunderts beinahe allein das Werk dieses selbstbewußten Künstlers, woran man die Versäumnisse, aus denen unsere Geschichte besteht, klar ablesen kann. Was uns heute als das Wesentliche des Heineschen Werkes erscheint, ist die protestierende Hellsicht und Fernsicht, die alle Nebelschwaden und Mythenbildungen eines verirrten deutschen Nationalgefühls durchdrang, um die klägliche politische Wirklichkeit mit dem echten deutschen Gedanken zu konfrontieren. Auf der ‚Höhe des deutschen Gedankens‘ wollte Heine die ‚Standarte des freien Menschentums‘ aufgepflanzt sehen, dann sei er bereit, sein bestes Herzblut dafür zu geben. [...] Heine ist in Wahrheit der Beweis, daß Zeiterkenntnis und politische Erkenntnis ihre eigene intensive Strahlungskraft haben, wenn sie die Sprache des Künstlers sprechen.“³³

Den zweiten Aufsatz verfaßte Wolfgang Harich, und er ist von Bedeutung für die Einschätzung der literaturhistoriographischen Schriften Heines. Harich bestand darauf, „daß Darstellungen der deutschen Philosophie, die an Heines ‚Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland‘ vorbeigehen, ihrem Thema in keiner wesentlichen Frage gerecht werden können.“³⁴

Die erste Ausgabe: Heine, Werke und Briefe, herausgegeben von Hans Kaufmann. Ich erhielt sie zu Beginn meiner Zeit als Assistent an der Universität Hamburg (1963/68) aus Leipzig als Geschenk. Die großzügigen Spender waren meine Verwandten. Damit wurde ich, dessen Bücherregale damals durchaus nicht prall gefüllt waren, erstmals Eigentümer einer wissenschaftlichen Werkausgabe alsbald nach ihrer Veröffentlichung. Inzwischen zählt sie zu denjenigen mit den meisten Gebrauchsspuren, weil sie mich, wenn Heine auf dem Programm steht, in meine Lehrveranstaltungen begleitet. So war es im zurückliegenden Winter an zwei Universitäten, und so wird es auch im kommenden Sommersemester wieder sein.³⁵

Lieb ist mir auch in der Reihe der „Lesebücher für unsere Zeit“, begründet von Walther Victor, das Lesebuch „Heine“ (von demselben).³⁶ In seiner Einleitung:

32 In: Literatur – Kritik und Polemik, Berlin 1952, S.126-133.

33 Ebenda, S.126.

34 Die Lehre von Marx und die philosophische Bildung der deutschen Intelligenz, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1. Jg., 1953, H. 2, S.276.

35 Auf dem internationalen Kolloquium in Weimar anlässlich des 100. Todestags von Heine, also vor einem Halbjahrhundert, wurde eine neue wissenschaftliche Edition des heineschen Gesamtwerks beschlossen. Hieraus entstand die Heine-Säkularausgabe (Werke, Briefwechsel, Lebenszeugnisse), hrsg. von den nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar und dem Centre National de la Recherche Scientifique in Paris; ursprünglich geplant: 27 Bde., Berlin und Paris 1970 ff. (HSA).

36 24. Aufl., Berlin und Weimar 1972.

„Heine, ein deutscher Dichter“³⁷ skizziert der Herausgeber nicht bloß die interessante Rezeptionsgeschichte Heines in der DDR, zeichnet er nicht nur Heines Lebensgeschichte historisch genau und bewegt nach,³⁸ sondern akzentuiert besonders auch die „sozialen Ideen“ Heines, z. B. dessen Aussage: „Und die Leute werden uns schon verstehen, wenn wir ihnen sagen, daß sie in der Folge alle Tage Rindfleisch statt Kartoffel essen sollen und weniger arbeiten und mehr tanzen werden.“³⁹ Auch die spätere Aussage Heines, die auf etwas verweist, dem noch vor dem Rindfleisch und dem Tanzen der Vorrang gebührt: „Wir müssen sorgen, daß das souveräne Volk immer zu essen habe.“⁴⁰ Victor nimmt nicht nur eine geschickte Auswahl von Texten Heines in sein Lesebuch auf (Lyrik, Versepos, Prosa), sondern bringt auch Heine-Briefe sowie wertvolle Auszüge aus den Memoiren von einigen Zeitgenossen Heines.

Die drei literaturgeschichtlichen Werke sind: Erstens aus der Reihe der „Erläuterungen zur deutschen Literatur“ der Band: Vormärz. 1830-1848⁴¹, in der genannten Reihe ein hinreißender. Die Herausgeber erklärten: „Für den Weg des deutschen Volkes zum Sturmjahr 1848 war die literarische Vorbereitung durch die Dichter und Schriftsteller des Vormärz von großem Gewicht.“ Den Erläuterungen zur Literaturgeschichte des Vormärz wurde die Aufgabe gestellt, „dem Lehrer die Interpretation dieser revolutionären Schriftsteller zu erleichtern.“⁴² Für das Heine-Kapitel dienten als Basis die Ausführungen des sowjetischen Forschers N. Bernikow, vor allem aber diejenigen Hans Kaufmanns.

Zweitens: Hans Kaufmanns Heinrich Heine.⁴³ In diesem Buch bringt so gut wie jedes der zehn Kapitel neue Erkenntnisse, ob über die politischen Anschauungen des Dichters, ob über die frühe Liebeslyrik, Heines Einstellung zu den Frauen und zur Liebe usw. In Heines Schriften, so legt Kaufmann dar, prüfe der Dichter die ganze neuzeitliche Geschichtsentwicklung, weshalb gelte: „In der Auseinandersetzung mit Heine stehen Aufklärung, Klassik und Romantik stets gleichfalls zur Diskussion. Mit wachsender Dringlichkeit [...] zwingt Heines Werk zum Nachdenken

37 Siehe ebenda, S.XXVII-LXXIII.

38 Zum Beispiel S. LXIII mit der Integration des Berichts des Bruders Gustav Heine über einen Besuch bei Heinrich, der schon sehr krank war, im Jahre 1851.

39 Ebenda, S. XXXIX; siehe Heine, Werke und Briefe, Bd. 8, S.419.

40 Ebenda, S. XL; siehe Heine, Werke und Briefe, Bd. 7, S.122.

41 Hrsg. vom Kollektiv für Literaturgeschichte im Verlag Volk und Wissen, Leitung: Kurt Böttcher, Bearbeitung und Redaktion der 1. Aufl. Fritz Böttger, Berlin 1953. Die 9. Auflage, Bearbeiter: Fritz Böttger, Berlin 1972; enthält eine Zusammenstellung von Interpretationen zu Heines Werk S.73-111.

42 Ebenda, S.5.

43 Hans Kaufmann: Heinrich Heine. Geistige Entwicklung und künstlerisches Werk, 2. Aufl., Berlin und Weimar 1970. – Bei dieser Gelegenheit sei auch auf ein wichtiges Buch über Börne, den zeitgenössischen liberalen Autor und späteren Gegner Heines verwiesen, das ein Kapitel zu „Börne und Heine“ (S.338-350) enthält: Helmut Bock: Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller, Berlin 1962.

über das Verhältnis der geistigen und künstlerischen Werte, die die Menschheit bisher geschaffen hatte, zur Realität der bürgerlichen Gesellschaft.“ Trotz alledem gab Heine das „aufklärerische Erbe“ zu keinem Zeitpunkt auf, vielmehr entwickelte es sich „bei ihm in der Konfrontation mit der modernen Welt zu einer Geschichtsdiagnostik weiter, die nicht davor zurückschreckt, Resultate auszusprechen, vor denen er sich selbst fürchtet.“⁴⁴ – Die vorurteilsfreie Aufnahme von Kaufmanns Resultaten kann weiterhin davor schützen, daß die Heine-Forschung, nach dem Verlassen alter Irrwege, die sie ein Jahrhundert lang beging, nunmehr neue beschreitet. So begründet Kaufmann, weshalb „Heine in keiner Hinsicht ein ‚jüdischer Dichter‘ zu nennen ist“.⁴⁵

Drittens: Geschichte der deutschen Literatur, Bd. 8: Von 1830 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts.⁴⁶ Hierin komprimierten die Autoren die Ergebnisse, wie sie in der Forschung der DDR sowie auch in der älteren marxistischen erzielt worden waren, auf hohem Niveau. Sie wandten sich gegen das seit alters gern praktizierte Auseinanderreißen zusammengehöriger Phänomene, etwa gegen die Trennung von Literatur und allgemeiner politischer Praxis des Poeten Heine und des politischen Publizisten. Sie schrieben: „Ohne je [...] praktisch-politisch aktiv geworden zu sein, verstand er sich als Beförderer der sozialen Revolution in dem Sinne, daß er es als Aufgabe des professionellen Schriftstellers ansah, für die Emanzipation des Menschen zu wirken. Von hier aus fügen sich ihm ‚Zeitbedürfnis‘ und sein Status als Poet und Publizist zu einer ganz selbstverständlichen Einheit.“⁴⁷ Nachgezeichnet wird von den Verfassern die temporäre „Konvergenz von Kommunismus und Heinescher ‚Doktrin‘“, ein „Ansatz zu einer Synthese“, der indessen „weder aus- noch weitergeführt worden“ sei, obschon der Dichter „seinen Anteil an der Vorgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus und dem Zukunftsschicksal der kommunistischen Bewegung nicht nur nie verleugnet“, sondern ihn in den fünfziger Jahren „entschiedener als je“ betont habe.⁴⁸ Unter den Poesien Heines erfahren besonders seine spätesten rühmende Anerkennung, wobei die Autoren auf die schöne Würdigung Heinrich Manns zurückgriffen: „Kein Abschied vom Dasein wurde jemals weder ergreifender noch stolzer genommen, als in seinen unvergänglichen Letzten Gedichten“, schrieb Heinrich Mann 1931 in seinem Aufruf für ein Heine-Denkmal. Heine „bietet seitdem eins der höchsten Beispiele den Sterbenden, wie er es den Lebenden bietet.“⁴⁹

44 Ebenda, S.8f.

45 Ebenda, S.107.

46 In 2 Halbbänden, Berlin 1975. Die Darstellung der Lebens- und Werkgeschichte Heines ist in mehreren Kapiteln über den 1. Halbbd. verteilt, weil die Phasen in der Entwicklung Heines in den jeweiligen historischen Abschnitt eingefügt sind. Hinzuzunehmen ist noch: Geschichte der deutschen Literatur, Bd. 7: 1789-1830, Berlin 1978, S.851-868. Hier werden die Anfänge des Dichters geschildert („Der junge Heine“). – Alle Heine-Kapitel der Bde. 7/8 zusammengekommen, erhält man eine veritable Heine-Monographie.

47 Geschichte der deutschen Literatur, Bd. 8, 1. Halbbd., S.216.

48 Ebenda, S.218.

49 Zitat nach ebenda, S.478.

Regionales

Lodz: Die Industriestadt als Schmelztiegel der Ethnien? Probleme des Zusammenlebens von Polen, Juden und Deutschen im „polnischen Manchester“ (1865-1945)

Jörg Roesler

1. Einleitung

Als „Schmelztiegel der Kulturen, Religionen und nationalen Traditionen“ beschreibt die schwedische Autorin Iwona Sobis, die sich nach 1990 mehrere Jahre in der Stadt aufhielt, rückblickend „das alte Lodz“.¹ Als „Schmelztiegel polnischer, deutscher, russischer und jüdischer Kultur“ ist „das polnische Manchester“ auch von anderen Kennern der Stadt wiederholt bezeichnet worden.² Lodz ist heute bemüht, dieses Image zu pflegen. Die Stadtverwaltung verspricht in ihrer Internetinformation, „das Flair der einst multikulturellen Stadt wieder aufleben zu lassen“, und veranstaltet jährlich ein „Festival der vier Kulturen“, „um an das einst friedliche Zusammenleben von Juden, Russen, Polen und Deutschen zu erinnern“.³

Multiethnizität und Multikulturalität wurden Lodz nicht in die Wiege gelegt. 1423 erstmals als Stadt erwähnt, blieb Lodz vier Jahrhunderte lang eine unauffällige Kleinstadt in Zentralpolen. Von den 800 Einwohnern waren 1820 540 Polen und 260 Juden – die einen vor allem Ackerbürger, die anderen Handwerker. Der Anstoß zur Veränderung kam von außen. Ein Regierungserlaß bestimmte 1821 Lodz neben anderen polnischen Kleinstädten zur Gewerbesiedlung. Die Regierung von Polen, das seit 1815 als „Kongreßpolen“ Bestandteil des Zarenreiches war, sparte nicht mit Steuervergünstigungen und Subventionen, um Facharbeiter und Unternehmer aus Preußen, Sachsen und dem Rheinland zu bewegen, in Lodz eine moderne Textilindustrie aufzubauen.⁴ Die Deutschen kamen zwischen 1826 und 1857 in drei Einwanderungswellen nach Lodz, die Juden seit den 1830er Jahren, zunächst aus der näheren Umgebung, später aus anderen Gegenden Kongreßpolens und schließlich, ab den 1890er Jahren, auch aus den westlichen Gouvernements Rußlands die sogenannten Litwaken. Die Polen befanden sich im neuen Lodz zeitweise in Minderheit. Ihr Zustrom aus benachbarten Kleinstädten und Marktflerken blieb zunächst gering. Erst die Aufhebung der Leibeigenschaft 1864 schuf die Voraussetzungen dafür, daß

1 Iwona Sobis: *Employment Service in Transition. Adaption of a socialist employment agency to a market economy. A case study of Lodz, Poland, 1989-1998*, Göteborg 2002, S.16.

2 Siehe Hans-Georg Draheim: *Schwieriger Wandel an Oder und Weichsel*, in: *Neues Deutschland*, 2.1.2004.

3 Siehe Lodz. *Geschichte* (www.uniprotokolle.de/lexikon/lodz.html).

4 Siehe Rosa Luxemburg: *Die industrielle Entwicklung Polens, Leipzig 1898*, S.2-4.

auch Polen vom Lande in Größenordnungen nach Lodz wanderten, um in der Industriestadt Arbeit zu suchen.⁵

2. Schmelztiegel Industriestadt? Nähe und Distanz der Ethnien in der Zeit der wirtschaftlichen Expansion (bis 1914)

1865 hatte Lodz über 32.000 Einwohner, von denen knapp die Hälfte Deutsche, ein Drittel Polen und mehr als ein Fünftel Juden waren.⁶ Bis Mitte der 60er Jahre war auch in Lodz die industrielle Revolution durchgesetzt. Neben den Hauswebereien und Manufakturen der Gründerzeit waren mit Maschinen ausgestattete Großbetriebe entstanden. Die Stadt hatte die daraus resultierenden sozialen Spannungen, die Proteste der Weberinnung gegen die Mechanisierung der Produktion (1848) und auch Fälle von Maschinenstürmerei (1861) durchlebt.⁷ Nach 1865 nahm die Zahl der großen Textilunternehmen weiter zu, wobei sich kleinere und kleinste Unternehmen mit niedrigerem Mechanisierungsgrad weiterhin in der Stadt halten konnten.⁸ Zwischen 1893 und 1913 sank infolge von Fusionen die Zahl der Lodzer Unternehmen von 451 auf 371, während sich die durchschnittliche Arbeiterzahl pro Betrieb von 94 auf 274 erhöhte.⁹ Die Stadtbevölkerung wuchs unter den Bedingungen der Nutzung neuer Produktionstechniken, der nunmehr ungehemmten Arbeitskräftezufuhr und, nachdem der Fall der Zollgrenze zwischen Polen und Rußland den Lodzer Fabrikanten den undiskriminierten Zugang zum großen russischen Markt verschafft hatte, rasch an.¹⁰ 1878 war bei der Einwohnerzahl die Grenze von 100.000 überschritten. 1911 zählte die Stadt mehr als eine halbe Million Einwohner.¹¹ Das Wachstum der Stadtbevölkerung beruhte vor allem auf Zuwanderung. Da diese aus Deutschland seit den 1860er Jahren ausblieb, veränderte sich die Nationalitätenstruktur von Lodz deutlich zugunsten der Polen und Juden. Im Jahre 1914 stellten die Polen etwa die Hälfte der Einwohnerschaft, die Juden ein Drittel und die Deutschen ein Sechstel; der Anteil der Russen war mit 1,4 Prozent marginal, noch geringer der Anteil ande-

5 Siehe Wieslaw Pus: Die Berufs- und Sozialstruktur der wichtigsten ethnischen Gruppen in Lodz und ihre Entwicklung in den Jahren 1820-1914, in: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820-1939, Osnabrück 1999, S.33-45, hier S.33.

6 Siehe ebenda, S.35.

7 Siehe Bianka Petrow-Ennker: Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Modernisierungsprozesse in Lodz (1820-1914), in: Hensel, Polen, S.103-130, hier S.113.

8 Die kärgliche Existenz der kleinen selbständigen Weber in Lodz um 1900 schildert anschaulich Schalom Asch in seinem Roman „Warschau“, Berlin-Wien-Leipzig 1930, S.333.

9 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1986, S.65.

10 Siehe Luxemburg, Industrielle Entwicklung, S.9-12.

11 Siehe 1423-1973. 550 lat miasta Łodzi. 150 lat Łodzi przemysłowej. Album statystyczno-gospodarczy [1423-1973, 550 Jahre Stadt Łódź. 150 Jahre industrielles Łódź. Statistisch-wirtschaftliches Album], Łódź 1996, S.13.

rer Nationalitäten (0,2 Prozent). Alle besaßen in der Regel die russische Staatsbürgerschaft.¹²

Die drei wichtigsten ethnischen Gruppen von Lodz verteilten sich recht unterschiedlich auf die sozialen Gruppen. Die größte dieser Gruppen mit einem Anteil von 65 bis 70 Prozent waren die Arbeiter. Unter ihnen machten die Polen die Mehrheit aus. Ein Viertel der Arbeiter waren Deutsche und ein Achtel Juden. Beim Kleinbürgertum, dem in Lodz etwa 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung zuzuordnen waren, überwogen die Juden, während in der Intelligenz, in den Schätzungen mit fünf bis zehn Prozent angesetzt, Polen, Juden und Deutsche in einem etwa gleichen Verhältnis vertreten waren. Zur Bourgeoisie waren etwa vier bis sieben Prozent der Gesamtbevölkerung von Lodz zu rechnen. Über die ethnische Zusammensetzung dieser Schicht schreibt Budziarek: „Unter den Vorkämpfern des ‚gelobten Landes‘ dominierten die Deutschen und die Juden. Unter ihnen waren nur wenige Polen und Russen vertreten.“¹³ In der Regel war also der polnische Arbeiter bei einem deutschen oder jüdischen Fabrikanten beschäftigt, das polnische Dienstmädchen in jüdischen oder deutschen Familien.

Festzuhalten ist: Vertreter unterschiedlicher Ethnien arbeiteten unter gemeinsamem Dach, d. h. in der gleichen Firma bzw. im gleichen Haushalt. Jüdische, polnische und deutsche Arbeiter produzierten neben- bzw. miteinander in der gleichen Fabrik. Die durch die Arbeit erzwungene Nähe war sicher eine gute Voraussetzung, um Distanz und Vorurteile gegenüber der anderen ethnischen Gruppe abzubauen – ebensolche Wirkung hatte das gleiche Interesse an der Verbesserung der Lebenslage. Gemeinsam nahm man am ersten Generalstreik 1892 teil, an dem sich 80.000 beteiligten, ebenso am mehrtägigen „Lodzer Aufstand“ während der Revolution 1905.¹⁴ Auf der anderen Seite standen die Arbeitgeber unterschiedlicher Nationalität gemeinsam gegen die Streikforderungen der Arbeiter. Darüber hinaus saßen die Lodzer Unternehmer im gleichen Boot, wenn ihre schärfsten Konkurrenten, die Fabrikanten des Moskauer Textilreviers, wiederholt beim Zaren vorstellig wurden und für Polen höhere Steuersätze und die Wiedererrichtung einer Zollmauer an der polnische Ostgrenze verlangten, um sich besser der Lodzer Konkurrenz, die sie als unfair bezeichneten, erwehren zu können.¹⁵ Diese vielfältigen ökonomisch und sozial verwobenen Beziehungen hatte Karl-Heinz Goepfert, der aus einer Bankiers- und Industriellenfamilie in Lodz stammt, wohl im Sinn, wenn er die Auffassung vertritt: „Über Jahrzehnte hinweg arbeiteten, litten und halfen sich Lodzer untereinander. So die Handwerker, Arbeiter und einfachen Menschen, gleichgültig, welcher Nationalität sie angehörten. [...] Die multinationale Gesellschaft konnte nur überleben, weil die

12 Siehe Pus, Berufs- und Sozialstruktur, S.36.

13 Marek Budziarek: Unsere Stadt Łódź, Łódź 2000, S.6.

14 Siehe Stanisław Arnold/Marian Żychowski: Abriss der Geschichte Polens, Warschau 1967, S.181.

15 Siehe Luxemburg, Industrielle Entwicklung, S.37-39.

abstrakte Denkungsart, hier Pole, hier Deutscher oder Jude oder Russe fehlte. Alle waren aufeinander angewiesen.“¹⁶

Der polnische Schriftsteller Władysław Stanisław Reymont hat in seinem 1897 erschienenen, wirklichkeitsgetreuen Roman „Das gelobte Land“ über das „polnische Manchester“ die Figur des Lodzermenschen geschaffen, der fleißig war und zupacken konnte, für den Nationalität und Religionszugehörigkeit sekundär waren, gemessen an seinem Streben nach größtmöglichem Gewinn bzw. nach besserem Verdienst.¹⁷

Es wird zu überprüfen sein, inwieweit diese Sicht Reymonts bzw. Goeperts auf das „alte Lodz“ der Realität entsprach. Zunächst einmal ist festzustellen, daß es neben den eine Verschmelzung begünstigenden Faktoren auch solche gab, die entgegengesetzt wirkten. Vielleicht der wichtigste war, daß in der Zeit der Expansionsphase der Industrie bis zum Ersten Weltkrieg die Stadtbevölkerung vor allem aus Zuzüglern bestand, die aus ihren Dörfern und Kleinstädten ihre charakteristischen Verhaltensweisen (einschließlich der Vorurteile gegenüber den anderen Nationalitäten) mitbrachten und sie keineswegs mit ihrer Verwandlung in Fabrikarbeiter bzw. (Klein-)Unternehmer ablegten. Mit jeder neuen Zuwandererwelle, die in die Stadt strömte, wurde die Distanz zwischen den einzelnen Nationalitäten immer wieder ausgeweitet. Zum anderen stand einer Verschmelzung entgegen, daß die auf Ausbeutung fremder Arbeit beruhenden Beziehungen zwischen den Bewohnern von Lodz in der Mehrzahl auch solche zwischen verschiedenen Nationalitäten waren. „Unter den Vorkämpfern des ‚Gelobten Landes‘,“ schreibt Marek Budziarek, „dominierten die Deutschen und die Juden. Unter ihnen waren nur wenige Polen und Russen vertreten. Im Lodz des 19. Jahrhunderts lieferten die Polen meistens die Arbeitskraft, und die Russen waren vor allem Verwaltungsbeamte“.¹⁸ Alle aus der unterschiedlichen Klassenposition herrührenden Spannungen und Konflikte konnten unter diesen Umständen leicht als solche zwischen Ethnien empfunden bzw. interpretiert werden. In Zusammenhang mit den unvermeidlichen Arbeitskonflikten reproduzierten sich so die ethnischen Spannungen stets aufs neue.

Darüber hinaus deckten sich die ethnischen Unterschiede weitgehend mit religiösen Differenzen. Die Polen waren meist katholisch, die Deutschen Protestanten, die Juden hingen dem mosaischen Glauben an. Diese Konstellation erschwerte insbesondere Mischehen, eines in der soziologischen Forschung hoch bewerteten Merkmals für das Gelingen ethnischer Verschmelzungsprozesse.

Auch der wegen seines Fleißes im übrigen Polen geschätzte und zugleich beneidete Lodzler hatte einmal Feierabend. Im Wohnbereich setzte der Bewohner des „polni-

16 Krystyna Radziszewska (Hrsg.): Sag mir, wo die Deutschen sind. Erinnerungen der Łódźer Deutschen, Łódź 1999, S.14.

17 Siehe Ulrike Herbst: Nachwort, in: Władysław St. Reymont: Das Gelobte Land. Zweites Buch, Leipzig 1984, S.365.

18 Budziarek, Unsere Stadt Łódź, S.6.

schen Manchester“ keineswegs auf Multikulturalität.¹⁹ Die Nationalitäten bevorzugten bestimmte Wohngebiete, so lebten die Juden z. B. vor allem in der Altstadt und im 4. wie im 7. Stadtbezirk, die Deutschen in der Neustadt und im 13. bzw. 16. Bezirk. „Die Geschlossenheit des Wohngebietes“, schätzt Mroccka ein, „war bei den Juden erheblich größer als bei den Deutschen, was wohl konfessionelle und kulturelle Ursachen, gewiss aber auch Sicherheitsgründe hatte.“²⁰

Der Vorrang des Ethnischen galt auch für die Arbeiterorganisationen, von denen die ersten 1882 in Lodz gegründet wurden. Die Arbeiter organisierten sich in deutschen, jüdischen bzw. polnischen Gewerkschaften bzw. Vereinen. Das schloß gemeinsame Aktionen keineswegs aus. Diese reichten aber auch nicht aus, um auf Dauer die ethnisch bestimmten Organisationsgrenzen zu überwinden.²¹

Zum Schmelztiegel der Ethnien, wie im Rückblick heute gern behauptet, wurde das „polnische Manchester“ in seiner Expansionsphase nicht.

3. Von der Toleranz zur Intoleranz: Die komplizierten Beziehungen zwischen den Ethnien in Lodz in Zeiten von wirtschaftlicher Stagnation und Krise (1914-1939)

Bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges, im Dezember 1914, wurde Lodz nach einer Kesselschlacht, bei der sich die 3. Garde-Infanterie-Division eines Generals Litzmann gegenüber den russischen Armeen hervorgetan hatte, von deutschen Truppen besetzt.²² Die Textilindustrie verlor ihre wichtigsten Absatzmärkte im weiterhin russisch besetzten Teil Polens sowie in Rußland selbst und geriet so erstmals in eine schwere wirtschaftliche Krise. Unabhängig von ihrer Nationalität klagten die meisten Lodzer Unternehmen über die Politik der deutschen Besatzungsmacht. Allerdings gab es unter den Lodzer Deutschen auch eine stark nationalistische Gruppe, die gewissermaßen als Krönung ihrer Tätigkeit eine Denkschrift an die Reichsregierung verfaßte und darin forderte, den Lodzer Industriebezirk Deutschland einzuverleiben.²³

Mit der Errichtung des polnischen Staates und seiner Behauptung gegenüber der Roten Armee verschwand die bisherige Existenzgrundlage der kleinsten der vier Lodzer Ethnien, der Russen, die nicht in der Wirtschaft, sondern in der Administration, vor allem bei der Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ im Sinne des Zaren tätig gewesen waren. Mehrheitlich waren es Polen, die nun deren Ämter und

19 Siehe Krzysztof Wozniak: Die Industriestadt Lodz. Der Streit um ihre Entstehung zwischen polnischen, deutschen und jüdischen Autoren, in: Hensel, Polen, S.67-86.

20 Ebenda.

21 Siehe Ludwig Mroccka: Die Berufs- und Sozialstruktur der wichtigsten ethnischen Gruppen in Lodz und ihre Entwicklung in den Jahren 1918-1939, in: Hensel, Polen, S.45-66, hier S.65f.

22 Siehe Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Erster Band (Jahrgang 1914), Wien 1915, S.474.

23 Siehe Pawel Samus: Lodz. Heimatstadt von Polen, Deutschen und Juden, in: Hensel, Polen, S.14-33, hier S.32.

Funktionen übernahmen und Juden wie Deutschen den Zugang erschwerten.²⁴ Die Deutschen hatten die Wahl, polnische Staatsbürger zu werden, „für Polen zu optieren“ oder nach Deutschland auszuwandern. Sie blieben überwiegend in der Stadt. Auch die Juden wurden polnische Staatsbürger.²⁵

Da die Eigentumsverhältnisse, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Lodz herausgebildet hatten, in der Zweiten Republik unangetastet blieben, änderte sich an der sozialen und ethnischen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung letztlich wenig. Doch die Zahl der Zuwanderer ging deutlich zurück, wodurch sich einerseits ein Moment, das der kulturellen Annäherung der Lodzer Nationalitäten entgegengestanden hatte, deutlich abschwächte. Allerdings konnten andererseits die weiterhin vorhandenen sozialen Spannungen nach dem Ende der wirtschaftlichen Expansion – den Lodzer Fabrikanten war der wichtige russische Markt weggebrochen²⁶ – nicht mehr wirtschaftlich so abgefedert werden wie zuvor. Zum Schmelztiegel der Nationalitäten konnte Lodz deshalb auch in den 1920er und 1930er Jahren kaum werden. Die Zahl konfessioneller Mischehen zwischen Katholiken und Protestanten, d. h. zwischen Deutschen und Polen, blieb mit drei Prozent im Zeitraum 1918 bis 1929 vergleichsweise unbedeutend, auch wenn sich deren Anteil bis Mitte der 1930er Jahre auf fünf Prozent erhöhte. Katholisch-mosaische Ehen wurden erst in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre sporadisch geschlossen.²⁷ Für die Tatsache, daß ungeachtet der tendenziell zunehmenden Mischehen die Distanz, auch das Gegeneinander zwischen Polen, Deutschen und Juden in den 1930er Jahren wieder wuchsen, waren äußere Faktoren entscheidend. Hitlers antijüdische Ausfälle führten Ende März 1933 zu einem Boykottaufruf des Verbandes der jüdischen Kaufleute in Polen, dem sich auch die Lodzer Juden anschlossen. Zum Zeichen des Protestes blieben am Abend des 27. März 95 Prozent aller jüdischen Geschäfte geschlossen. Am 9. April fand in Lodz eine Demonstration gegen das nationalsozialistische Deutschland statt, zu der polnische und jüdische Organisationen aufgerufen hatten.²⁸ „Im Zusammenhang damit“, schreibt Beate Kosmala, „kam es gezielt zu Ausschreitungen gegen deutsche Einrichtungen, die erheblichen Sachschaden zur Folge hatten.“²⁹ Hintergrund war, daß sich die deutsche Presse sowie deutsche Organisationen und Persönlichkeiten in Lodz ziemlich unumwunden für das Naziregime erklärt hatten. Der Schaden des „Schwarzen Palmsonntag“ für das Zusammenleben der deutschen mit den beiden anderen Nationalitäten in Lodz war

24 Siehe Mroccka, Berufs- und Sozialstruktur, S.59.

25 Siehe Arnold/Żychowski: Abriss, S.197.

26 Vor 1914 betrug der Export nach Rußland 75-95 Prozent der Produktion. Siehe Krzysztof Wozniak: Lodz wird Zentrum der Textilindustrie, in: Lodz – Stuttgart. Städtepartner in Europa (Deutschland und Europa 46-47), Stuttgart 2003, S.13.

27 Siehe Mroccka, Berufs- und Sozialstruktur, S.65.

28 Siehe Beate Kosmala: Lodzer Juden und Deutsche im Jahre 1933. Die Rezeption der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland und ihre Wirkung auf das Verhältnis von jüdischer und deutscher Minderheit, in: Hensel, Polen, S.216-245, hier S.239.

29 Ebenda, S.241.

hoch und nachhaltig, wenn es auch in den 1930er Jahren bei häufiger werdenden Protestaktionen und Boykotten der Juden und Polen gegen die Politik des „Dritten Reiches“ nicht mehr zu Ausschreitungen kam. Die Lodzler Deutschen boykottierten ihrerseits jüdische Geschäfte. Von den zunehmenden Spannungen zwischen den Nationalitäten blieben auch die Linken nicht verschont. Die deutschen Sozialisten³⁰ in Lodz konnten sich mit dem jüdischen „Bund“ nicht mehr auf gemeinsame Aktionen gegen Nazideutschland einigen.³¹ Nicht erst 1939, wie Goeppert rückblickend meinte, sondern schon Jahre vor der Besetzung Lodzs durch deutsche Truppen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs verschwand der „Lodzermensch“ endgültig aus der Stadt.³²

4. Das Ende des multiethnischen Lodz (1939-1945)

Lodz wurde Anfang September 1939 von deutschen Truppen besetzt, bald darauf in das Reich eingegliedert und kreisfreie Stadt im neu geschaffenen Reichsgau Wartheland. Im April 1940 verfügte die deutsche Regierung die Umbenennung von Lodz in Litzmannstadt.³³ Die Naziokkupation hatte sehr unterschiedliche Auswirkungen auf Deutsche, Polen und Juden in Lodz. Die Nationalsozialisten hatten die Deutschen in Polen in vier Gruppen eingeteilt, von denen der ersten und zweiten, deren Mitglieder in den 1930er Jahren in dieser oder jener Form ihr „Deutschtum“ verteidigt hatten, sofort und den übrigen, stärker polnisch assimilierten Gruppen nur bedingt die deutsche Staatsangehörigkeit zugesprochen wurde. Von den deutsch-polnischen Mischehen in Lodz widerstanden einige der Versuchung, ihre in der Zweiten polnischen Republik gewonnene Identität aufzugeben.³⁴ Die Lodzler Polen wurden im „Reich“ Bürger zweiter Klasse und waren der Überwachung und auch dem Terror des NS-Regimes ausgesetzt. Die Juden verloren bald ihr Eigentum und mehrheitlich auch ihre bisherigen Wohnungen. Die Altstadt, das Elendsviertel Baluty sowie die Vorstadt Marysin wurden im Februar 1940 zum Ghetto erklärt und die Juden der Stadt dorthin getrieben. Ende April 1940 sperrten die Bewacher das Ghetto gegenüber der Stadt hermetisch ab. Auf engstem Raum zusammengepfercht, standen den etwa 164.000 Bewohnern des Ghettos 48.000 Wohnungen zur Verfügung. Das Lodzler Ghetto wurde als Arbeitsghetto betrieben, in dem jüdische Zwangsarbeiter in 86 Fabriken für die Wehrmacht und private deutsche Unternehmen produzierten. Die unmenschlichen Arbeits- und Wohnbedingungen führten dazu, daß bis Mai 1944 ein Viertel der Ghettobewohner an Hunger, Krankheiten und den Folgen der Zwangsarbeit starb. Während des Sommers 1944 wurde das Ghetto „geräumt“. Die Ver-

30 Mitglieder der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens (DSAP).

31 Siehe Kosmala, *Lodzler Juden*, S.245.

32 Siehe Radziszewska, *Sag mir*, S.159.

33 Richard Schwarz (Hrsg.): *Karte der politischen Gliederung des Großdeutschen Reiches*, Berlin 1942.

34 Siehe Joachim Rogall: *Die Deutschen in Polen*, in: *Aussiedler (Informationen zur politischen Bildung 267)*, Bonn 2000, S.5.

schleppten wurden in die Vernichtungslager Chelĭmno und Auschwitz deportiert.³⁵ Von den etwa 205.000 zwischen 1940 und 1944 aus Lodz und anderen Städten in das Ghetto verschleppten Juden überlebten 5.000 bis 6.000.³⁶

Von den Deutschen flohen ab Ende 1944 beim Herannahen der Roten Armee viele aus der Stadt. Nachdem sie am 19. Januar 1945 befreit und im Frühsummer an die polnische Zivilverwaltung übergeben worden war,³⁷ richtete sich der in den Jahren der deutschen Besatzung aufgestaute Haß vielfach gegen die zurückgebliebenen Deutschen. Mancher wurde noch von der Roten Armee als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion verfrachtet, andere in den Jahren 1945/1946 in polnische Arbeitslager verbracht, die bis 1949/1950 bestanden.³⁸ Den Weg in die Nachkriegszeit beschritt Lodz, das noch bis Anfang der 90er Jahre wichtigstes Zentrum der Textilindustrie in Osteuropa blieb,³⁹ im Ergebnis der Nazihererschaft und ihrer Folgen als monoethnische, rein polnische Stadt.

5. Fazit

Als Fazit gilt es festzuhalten, daß das „alte“, multiethnische Lodz, ungeachtet gewisser Assimilierungstendenzen von Deutschen und Polen, nicht zum Schmelztiegel der in der stürmischen Industrialisierungsphase in die Stadt gewanderten Nationalitäten wurde. Wohl aber unterschied der „Sinn für das Geschäft“ bzw. das Streben nach besserem Einkommen die Bewohner von Lodz von der Bevölkerung auf dem Lande bzw. in den Kleinstädten Polens so deutlich, daß mit einiger Berechtigung vom „Lodzermenschen“ gesprochen und geschrieben werden konnte. Ausdruck der „Lodzer Toleranz“ zwischen den Nationalitäten war z. B., daß die jüdische Gemeinde Glasmalereien für eine neuerrichtete katholische Kirche spendete.⁴⁰ Ein wirklich vorzeigbares positives Resultat dieses in der wirtschaftlichen Aufschwungphase der Stadt entstandenen Zusammengehörigkeitsgefühls der Ethnien war wohl, daß in Lodz alle Versuche vereitelt werden konnten, in der Stadt Judenpogrome anzuzetteln, wie sie nach der Jahrhundertwende in anderen Städten des Zarenreichs ausbrachen.⁴¹ Vielleicht wird der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ am ehesten den Beziehungen zwischen den drei wichtigsten Nationalitäten von Lodz gerecht. Dieser Begriff schließt ein, daß auch der „Lodzermensch“ seine ethnische Zugehörigkeit nicht vergaß, auch wenn er sie nicht immer zum Maßstab seines Handelns machte.

35 Siehe Ursula Homann: Vom Leben und Sterben im Ghetto, in: Das Parlament, 2004, Nr. 41-42, S.28.

36 Siehe Das Ghetto Lodz/Litzmannstadt 1939-1945 (www.dhm.de/lemo/html/wk2/holocaust/ldz/).

37 Siehe Iwan Stepanowitz Konew: Das Jahr fünfundvierzig, Berlin 1989, S.232f.

38 Siehe Rogall, Die Deutschen, S.5f.; Radziszewska, Sag mir.

39 Siehe Marek Budziarek: Stadt einer außergewöhnlichen Hoffnung, in: Lodz-Stuttgart, S.20-22, hier S.20.

40 Siehe Wolfgang Bohusch: Izrael Poznanski – ein erfolgreicher Industrieller, in: Stuttgart – Lodz, S.16.

41 Siehe Samus, Lodz, S.32.

Nach dem Ende der wirtschaftlichen Expansion von Lodz und unter der nationalsozialistischen Propaganda zerbrach in den 1930er Jahren jenes Maß an interethnischem Konsens, das die Stadt bis dahin ausgezeichnet hatte. Zunehmend wurde in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten Toleranz von Intoleranz überdeckt.⁴² Als die Nationalsozialisten über die Stadt zu herrschen begannen, regte sich unter den deutschen Bürgern kein Widerstand gegen die Ghettoisierung der Juden und die Unterdrückung der Polen. Genausowenig sah sich die polnische Bevölkerung veranlaßt, nach dem Kriege zugunsten der verbliebenen Deutschen zu intervenieren.

1 Zum Verhältnis von Toleranz und Intoleranz siehe: Siegfried Wolgast: Zum Toleranzproblem in Vergangenheit und Gegenwart, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 2002, Nr. 5, S.23-26.

Buchwerk stellt Bücher samt Autoren vor

Zu Gast im Freien Pressesalon, Berlin,

Friedrichstraße 79, 6. Etage / Ecke Französische Straße / Unkostenbeitrag 4 Euro

27. Mai 2006 19 Uhr

Zur Biographie Heinrich Heines / Helmut Bock / Verlorener Posten in dem Freiheitskriege / dietz berlin

30. Mai 2006 19Uhr

Ein Weggefährte der Geschwister Scholl / Briefe des Josef Furtmeier 1938 bis 1947 / DTV mit Hans Coppi / Gerhard Leo

20. Juni 2006 19 Uhr

Ulla Plener / Frauen aus Deutschland in der französischen Resistancé / edition bodoni / mit Gerhard Leo / Hans Coppi

8. August 2006 19 Uhr

Ernst Schumacher / „Mein Brecht. Erinnerungen“ / Henschel Verlag

3. Juli 2006

Projektveranstaltung Literatur / „Lewwer duad üs slaaw“ für Lehrer und Schüler /

Mit Roger Reinsch

JOUR-FIXE 3. Mai, 7. Juni, 5. Juli / BODONI-Sommerfest 2. August 2006

Jedes Buch: eine Aktion für Sinnhaftigkeit

Dokumentarisches

Persönliche Dokumente –

Inès F. Armand, Vladimir I. Lenin und Nadežda K. Krupskaja

Christa Hinckel

Im Jahr 2002 veröffentlichten wir im „JahrBuch“, Heft III, bisher unbekannte Briefe Vladimir Il'ič Lenins an Inès Armand, eine seiner engsten und vertrautesten Mitstreiterinnen. Die Briefe stammten aus den Jahren 1914 bis 1917, in denen sich Lenin, Inès Armand und viele andere führende russische Revolutionäre im Ausland aufhielten.

Inès Armand (1874-1920) gehörte zu den Personen, die mit Lenin im April 1917 aus dem Schweizer Exil nach Rußland zurückkehrten und dort unter den neuen Bedingungen und Aufgabenstellungen nach der Februarrevolution ihre Tätigkeit fortsetzten. Sie war auf Grund ihrer reichhaltigen Erfahrungen in der Organisation der revolutionären Arbeit und der internationalen Zusammenarbeit, ihrer hohen und vielseitigen Bildung, ihrer propagandistischen und journalistischen Fähigkeiten, ihres Talents, mit Menschen aller Bevölkerungsschichten umzugehen, und nicht zuletzt wegen ihrer ausgezeichneten Kenntnis der französischen Sprache für Lenin eine unschätzbar wichtige und verlässliche Kampfgefährtin, mit der ihn und seine Frau Nadežda K. Krupskaja auch enge freundschaftliche Beziehungen verbanden.

Wir möchten unsere Leser im folgenden mit Dokumenten bekanntmachen, die einiges über Wesen und Charakter von Inès Armand sowie über ihre enge Bindung und die ihrer Kinder zu Lenin und Krupskaja aussagen.

Das *erste Dokument* ist ein Brief von Inès Armand an ihre Tochter Inna aus dem Jahre 1919, anlässlich eines bevorstehenden Auslandsaufenthaltes. Von Februar bis Mai 1919 befand sich Inès Armand auf einer Reise nach Frankreich. Sie gehörte einer Mission des Russischen Roten Kreuzes innerhalb einer Internationalen Kommission für die Betreuung russischer Soldaten in Frankreich an, die das Ziel hatte, die Lage der Angehörigen des Russischen Expeditionskorps, die nach dem Ende des Weltkrieges in Frankreich festgehalten wurden, zu erleichtern und ihre Rückkehr nach Rußland zu bewirken.

Dem Brief folgt eine *Gruppe kurzer Schreiben*, die Lenin im Frühjahr 1920 an Inès schickte, als sie schwer erkrankt war.¹ Diese kleinen Zuschriften zeigen sowohl die Fürsorge Lenins als auch, daß er einen elementaren Wesenszug von Inès Armand gut kannte, nämlich, ihrem eigenen Wohlbefinden nur geringe Aufmerksamkeit zu schenken und ihre Kräfte nie zu schonen. Die Anforderungen der folgenden Monate

1 Ergänzend hierzu siehe das 1987 in deutscher Übersetzung im Dietz Verlag Berlin erschienene Buch von Pawel Podljaschuk „Inessa“.

ließen ihr keine Zeit, sich gründlich zu erholen. Sie waren angefüllt mit Arbeit auf unterschiedlichen Gebieten: Leitung der Frauenabteilung des ZK der KPR(B), Organisation der politischen Arbeit unter den Frauen und der Zeitschrift „Kommunistka“, Tätigkeit in der III. Internationale und publizistische Arbeit. Das führte schließlich zu ihrer völligen körperlichen Erschöpfung. Eine Kur in Kislovodsk sollte ihr helfen, geistig und körperlich wieder zu Kräften zu kommen. Einige Briefe und Telegramme lassen erkennen, daß Lenin sich persönlich dafür einsetzte, der Kur zu einem guten Erfolg zu verhelfen. So bat er u. a. in zwei Schreiben Grigorij K. Ordžonikidze², sein Möglichstes für eine gute Unterbringung von Inès Armand und ihrem Sohn zu tun.³ Aus diesen Schreiben geht hervor, daß Inès Armand am 18. August 1920 die Reise nach Kislovodsk antrat.

Im *dritten Dokument* kommt Inès Armand selbst mit einigen während ihres Kuraufenthalts geschriebenen Tagebuchblättern zu Wort. Dieser etwa vierwöchige Kuraufenthalt endete tragisch. Wegen der Bedrohung von Kislovodsk durch Konterrevolutionäre wurden die Kurgäste von dort evakuiert. Nach einer tagelangen Reise mit zahllosen Unterbrechungen und Aufhalten, bei denen sie unter widrigen Umständen mit vielen Menschen in Berührung kamen, erreichten sie schließlich die Stadt Naľčik. Hier erkrankte Inès Armand an der Cholera und erlag der Krankheit am 24. September 1920 im Alter von 46 Jahren.

Dieser schwere Verlust traf in erster Linie ihre fünf Kinder. Lenin und seine Frau standen ihnen in diesen Tagen liebevoll zur Seite. Davon zeugt die *vierte Gruppe von Dokumenten* aus dem Briefwechsel zwischen Nadežda Krupskaja in Moskau und den Töchtern Inna und Varvara in Berlin. Sie enthalten Hinweise auf den Gesundheitszustand Lenins.

Die hier veröffentlichten Dokumente sind im „Russischen Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte“ archiviert und werden nach dem in den Zeitschriften „Izvestija CK“ 1989, Nr. 1, S.215f. (Dokumentengruppe 2) und „Svobodnaja Mysl“⁴, 1992, H. 3, S.83-87 (Dokumente 1, 3 und Dokumentengruppe 4) publizierten Text wiedergegeben. Auslassungen im Text und Kursivsetzungen entstammen den benutzten Veröffentlichungen.

2 Grigorij Konstantinovič Ordžonikidze (1886-1937), Parteimitglied seit 1903. Er leitete seit April 1920 das Kaukasische Büro des ZK der KPR(B).

3 Siehe W. I. Lenin: Briefe, Bd. VI, Berlin 1969, S.268 und 270.

Dokument 1

Brief von Inès Armand an Inna Armand
Anfang Februar 1919

Meine liebe Innusja⁴. Endlich bin ich in Piter⁵. Wir sind außerordentlich lange unterwegs gewesen. Erst gegen 10 Uhr abends kamen wir hier an, reisen aber bisher sehr bequem und warm. Wir haben in Piter übernachtet und fahren heute früh weiter. In wenigen Stunden werden wir schon nicht mehr auf dem Boden unserer teuren sozialistischen Heimat sein.

Meine Gefühle bei der Abreise sind zwiespältig. Einerseits möchte ich fahren und andererseits, wenn ich an Euch denke, möchte ich es nicht, und überhaupt denke ich viel an Euch, meine Lieben, Teuren. Dem Brief an Dich lege ich bei: erstens einen Brief für Saša⁶, zweitens einen Brief für Fedja⁷ und drittens einen Brief für Il'ič⁸. Von dem letzteren weißt *nur* Du.

Den ersten und zweiten Brief übergib sofort, den dritten behalte *einstweilen bei Dir*. Wenn wir zurückkommen, werde ich ihn zerreißen. Falls mir doch etwas zustoßen sollte (ich sage das nicht, weil ich denke, daß meine Reise irgendwie besonders gefährlich ist, aber unterwegs kann natürlich so manches geschehen, mit einem Wort: für alle Fälle), *dann übergib diesen Brief V. I. Ihm persönlich*. Zustellen kannst Du ihn folgendermaßen: geh zur „Pravda“, dort sitzt Maria Il'inična⁹; Du übergibst diesen Brief und sagst, daß er von mir ist und *persönlich* für V. I. bestimmt ist. Solange aber behalte den Brief bei Dir. Du bist mein liebes Töchterchen. Wenn ich an Dich denke, dann denke ich an Dich nicht nur wie an eine Tochter, sondern wie an einen nahen Freund. Nun aber auf Wiedersehen, meine Liebe. Im Grunde genommen werden wir uns bald wiedersehen. Ich denke, unsere Reise wird kaum zwei Monate dauern. Ich umarme Dich fest und küsse Dich, Deine Mama.

Der Brief an V. I. ist in einem geschlossenen Umschlag.

4 Inna Aleksandrovna Armand (1898-1971), Tochter von Inès Armand. Mitglied der KPR(B) seit April 1917; 1918/1919 Sekretär des Komitees des Jugendverbandes der Stadt Moskau; 1923-1931 in der Handelsvertretung, danach in der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland und im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten tätig. 1933-1961 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.

5 Piter – Petrograd, heute wieder Petersburg.

6 Aleksander Aleksandrovič Armand (1894-1967), Sohn von Inès Armand, Parteimitglied seit 1918. Er diente 1919-1921 in der Roten Armee.

7 Fedor Aleksandrovič Armand (1896-1936), Sohn von Inès Armand. In den Jahren des Bürgerkriegs war er Flieger.

8 Il'ič – vertrauliche Bezeichnung für Vladimir Il'ič Lenin.

9 Maria Il'inična Uljanova (1878-1937), jüngste Schwester Lenins. Seit 1899 Berufsrevolutionärin, von März 1917 bis Frühjahr 1922 Redaktionsmitglied und verantwortlicher Sekretär der „Pravda“.

Dokumente 2/1 bis 2/3

Briefe Lenins an Inès Armand,
zwischen dem 17. Februar und 28. März 1920

2/1

Liebe Freundin!

Ich schicke etwas zu lesen. Die Zeitungen (die englischen) geben Sie bitte zurück (Rufen Sie an, und wir schicken jemanden, der sie bei Ihnen abholt).

Heute nach vier Uhr kommt ein guter Arzt zu Ihnen. Haben Sie Brennholz? Kann man bei Ihnen zu Hause kochen? Werden Sie gepflegt?

Wie hoch ist jetzt die Temperatur?

Schreiben Sie.

Ihr Lenin¹⁰

2/2

Genossin Inès!

Habe bei Ihnen angerufen, um Ihre Schuhgröße für Gummischeuhe zu erfahren. Ich hoffe, daß ich welche besorgen kann. Schreiben Sie, wie es mit Ihrer Gesundheit steht.

Was fehlt Ihnen?

War der Arzt da?

Mit Gruß. Lenin

2/3

Liebe Freundin!

Nachdem das Fieber gesunken ist, *muß* man noch einige Tage abwarten.

Sonst kommt es zu einer Lungenentzündung.

Ich versichere Ihnen das. Die Grippe ist jetzt besonders *gefährlich*.

Haben Sie nur die Grippe gehabt?

Und Bronchitis?

Brauchen Sie noch etwas zum Lesen?

Schreiben Sie, ob für Konstantinovič¹¹ Lebensmittel geschickt werden.

Schreiben Sie ausführlicher.

Gehen Sie nicht vor der Zeit nach draußen!

Ihr Lenin.

N. K.¹² geht es wieder besser.¹³

10 Dem Brief lag ein Umschlag mit der von Lenin geschriebenen Adresse bei: An Genossin Inès Armand. Neglinnaja ulica, Haus 9, Wohnung 6 (von Lenin).

11 Anna Jevgen'evna Konstantinovič (Armand) (1886-1936), Schwägerin von Inès Armand. Sie arbeitete zu dieser Zeit im Moskauer Komitee der KPR(B).

12 N. K. – Nadežda Konstantinovna Krupskaja (1869-1939).

13 Dem Brief lag ein Umschlag mit der von Lenin geschriebenen Adresse bei: An I. F.

Dokument 3

Aus dem Tagebuch von Inès Armand

1/IX.1920. Jetzt habe ich Zeit, ich werde jeden Tag schreiben, obgleich mein Kopf schwer ist und es mir dauernd so vorkommt, als hätte ich mich hier in einen Bauch verwandelt, der endlos nach Essen schreit. Und du hörst und weißt hier von nichts. Dazu kommt ein unbezähmbares Verlangen, allein zu sein. Mich ermüdet sogar, wenn um mich herum andere sprechen, ganz abgesehen davon, daß mir selbst das Sprechen sehr schwerfällt. Wird dieses Empfinden innerer Leblosigkeit irgendwann wieder vergehen? Ich bin soweit gekommen, daß es mir seltsam erscheint, daß andere so leicht lachen und es ihnen offensichtlich Vergnügen macht zu plaudern. Ich lache jetzt fast gar nicht, und wenn ich lächle, dann nicht, weil ein frohes Gefühl im Innern mich dazu veranlaßt, sondern weil man manchmal lächeln *muß*. Mich verwundert auch meine momentane Gleichgültigkeit gegenüber der Natur. Sie hat mich doch früher so stark berührt. Und wie wenig liebe ich plötzlich die Menschen. Früher bin ich doch jedem Menschen mit warmem Gefühl begegnet. Jetzt sind mir alle gleichgültig, und die Hauptsache ist – fast alle langweilen mich. Ein heißes Gefühl ist mir nur noch gegenüber den Kindern und V. I. geblieben. In allen übrigen Beziehungen ist das Herz wie abgestorben. Es scheint, als wären in ihm, nachdem es all seine Kraft, seine ganze Leidenschaft für V. I. und die Arbeit gegeben hat, alle Quellen der Liebe, des Mitgefühls für andere Menschen, die es früher doch in so reichem Maße besaß, versiegt. Ich habe außer zu V. I. und meinen Kindern keinerlei persönliche Beziehungen zu Menschen mehr, nur noch sachliche, und die Menschen spüren diese Starre in mir und zahlen mit der gleichen Münze der Gleichgültigkeit oder sogar Antipathie (aber früher haben sie mich doch geliebt). Und nun erkaltet auch die Leidenschaft für die Sache. Ich bin ein Mensch, dessen Herz allmählich stirbt... Unwillkürlich kommt mir der von den Toten auferstandene Lazarus¹⁴ ... in den Sinn.

Lazarus hatte den Tod erfahren, und er trug fortan den Stempel des Todes, der alle Menschen erschreckte und von ihm abstieß. Ich bin auch ein lebender Leichnam, und das ist furchtbar! Besonders jetzt, da das Leben ringsum derart brodelte.

3/IX. 1920. Gestern habe ich nicht geschrieben, ich war spazieren, und dann konnte ich nicht schreiben, weil in unserem Zimmer keine Lampe ist. Hier in Kislovodsk ist noch wenig in Ordnung gebracht. Die Macht ist erst unlängst übernommen worden, und deshalb gibt es alle charakteristischen Züge eines solch traurigen Stadiums der Macht. Mich erinnert das heutige Kislovodsk an das Moskau von 1918. Der gleiche ungeordnete Zustand, die gleiche noch unsichere Befindlichkeit der Macht, verbunden mit Anschlägen, Ordnungswidrigkeiten und dgl. Nur ist hier die Lage schwieri-

Armand. Neglinnaja ulica, Haus 9, Wohnung 6.

14 Ein Wort konnte nicht entziffert werden.

ger, weil es kein Proletariat gibt, das in Moskau und im Moskauer Gouvernement stets in den schwierigsten Augenblicken eine verlässliche Stütze war. Hier gibt es wenig Proletariat, in den Stanizen¹⁵ wird noch wenig getan, und ich muß zugeben, daß ich keine Vorstellung habe, wie man hier arbeiten muß.

In den Stanizen gibt es viele Besitzer großer Wirtschaften – reiche Bauern. In den Bergen sollen noch weiße Banden ihr Unwesen treiben. Dieser Tage sind zwei verantwortliche Funktionäre umgebracht worden. Einige Patienten sind dadurch sehr beunruhigt, sie befürchten Überfälle. Ich bin nur etwas beängstigt wegen Andrjuša¹⁶ – meinem lieben Söhnchen. Ich habe in dieser Beziehung eine Schwäche und gleiche in keiner Weise der römischen Matrone, die ihre Kinder im Interesse der Republik leichten Herzens opfert. Ich kann das nicht. Ich habe unbeschreibliche Angst um meine Kinder. Ich kann sie nicht vor der Gefahr bewahren – ich habe nicht das Recht, sie zu bewahren. Aber ich leide darunter und ängstige mich zutiefst um sie. Ich war niemals feige, wenn es um mich ging, aber ich bin ein großer Feigling, wenn es um meine Kinder und besonders um Andrjuša geht. Ich darf gar nicht daran denken, wie ich es überleben soll, wenn er irgendwann an die Front muß, und ich fürchte, er wird müssen. Denn der Krieg wird wohl noch lange dauern, bis unsere Genossen im Ausland sich dereinst erheben.

Ja, wir sind noch fern von einer Zeit, wo die persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen gänzlich übereinstimmen werden. Jetzt ist unser Leben ein einziges Opfer. Es gibt kein persönliches Leben, weil alle Zeit und Kraft der öffentlichen Sache gewidmet wird. Oder vielleicht verstehe ich es nur nicht, und andere stehlen sich vielleicht trotzdem wenigstens ein kleines bißchen Glück? Seltsam sind heutzutage die Beziehungen der Menschen zueinander. Ich beobachte zur Zeit eine Szenerie, freilich nicht aus dem wirklichen Leben, sondern aus dem Leben eines Kurortes. Die vormaligen alten Beziehungen gibt es nicht – das, was man früher als Bekanntschaft bezeichnete. Im allgemeinen Leben besuchen die Leute einander nicht mehr. Die Beziehungen sind mehr sachlicher Natur. Hier im Kurort, besonders an verregneten Abenden, besucht man einander „einfach so“. Und trotzdem ist es nicht ganz so wie früher, obwohl es sicher noch viel Kleinbürgerliches unter den Leuten gibt.

9/IX. 1920. Mir kommt es so vor, als ginge ich unter den Menschen umher und bemühte mich, vor ihnen mein Geheimnis zu verbergen – daß ich eine Tote unter Lebenden, ein lebender Leichnam bin. Wie ein guter Schauspieler, der hundertmal eine Szene wiederholt, die ihn schon nicht mehr bewegt oder begeistert, so wiederhole ich aus dem Gedächtnis heraus entsprechende Gesten, das Lächeln, den Gesichtsausdruck, sogar die Worte, die ich früher benutzte, als ich tatsächlich die Gefühle empfand, die sie ausdrücken. Aber mein Herz bleibt tot, die Seele schweigt,

15 Stanizen – Kosakensiedlungen.

16 Andrej Aleksandrovič Armand (1903-1944), jüngster Sohn von Inès Armand. Er wollte mit ihr in Kislovodsk, 1944 fiel er im Krieg.

und mir gelingt es nicht, mein trauriges Geheimnis völlig vor den Menschen zu verbergen. Von mir geht trotz allem eine gewisse Kälte aus, und die Menschen fühlen das und gehen mir aus dem Weg. Ich begreife, daß diese Erscheinung physiologische Ursachen hat – Überanstrengung der Nerven? Neurasthenie? Irgendetwas in dieser Art. Aber das ist wohl kaum heilbar. Ich bin jetzt schon nicht mehr müde, das Nichtstun ist mir schon über, aber das innere Abgestorbensein ist geblieben. Und weil ich keine Wärme mehr geben kann, weil ich diese Wärme schon nicht mehr ausstrahle, kann ich niemanden mehr glücklich machen.

10/IX. 1920. Gestern habe ich den Bericht über den Kongreß der Völker des Ostens¹⁷ gelesen und habe mich sehr erregt. Dies ist ein außerordentlich wichtiges Ereignis, dieser Kongreß wird genauso wie der Kongreß der III. Internationale, welcher die Bewegung der Arbeiter verschiedener Länder erstaunlich zusammengeschweißt hat, zusammengeschweißt nicht durch die Revolution, sondern tatsächlich in der Aktion, ebenso, denke ich, wird es auch dem Kongreß der Völker des Ostens gelingen, das Handeln dieser Völker in der Aktion zu vereinen. Von Interesse ist nur, inwieweit es gelingen wird, die Beschlüsse des Kongresses wirklich zum Gemeingut der *breiten Massen* der Ostvölker zu machen. Ich kann mir irgendwie nicht vorstellen, daß das möglich ist. Es ist doch dort alles noch so unberührt, so unaufgeklärt.

11/IX. 1920. Ich habe gerade nochmals „C.-Mars“¹⁸ gelesen – ich bin überrascht, wie weit wir uns dank der Revolution von den früheren romantischen Vorstellungen über die Bedeutung der Liebe im menschlichen Leben entfernt haben. Für die Romantiker nimmt die Liebe den ersten Platz im Leben des Menschen ein, sie steht über allem. Und noch vor kurzem stand ich dieser Vorstellung sehr viel näher als heute. Freilich war für mich die Liebe niemals das einzige. Neben der Liebe gab es die gemeinsame Sache. Auch in meinem Leben, auch in meiner Vergangenheit gab es so manche Gelegenheit, wo ich um der Sache willen mein Glück und meine Liebe geopfert habe. Und trotzdem schien es mir früher, daß ihrer Bedeutung nach die Liebe den gleichen Platz einnimmt wie die gesellschaftliche Sache. Heute ist das schon nicht mehr so. Die Bedeutung der Liebe wird im Vergleich zum gesellschaftlichen Leben ganz klein, mit der gesellschaftlichen Sache überhaupt nicht zu vergleichen. In meinem Leben freilich nimmt die Liebe auch heute einen großen Raum ein, sie läßt mich schwer leiden, beherrscht in hohem Maße meine Gedanken. Dennoch bin ich mir jede Minute dessen bewußt, daß die Liebe, die persönlichen Bindungen – so schmerzlich es für mich ist – nichts sind im Vergleich mit den Erfordernissen des Kampfes. Deshalb kommen mir die Ansichten der Romantiker, die früher völlig akzeptabel schienen, heute schon ...

17 Der Kongreß der Völker des Ostens fand vom 2. bis 14.9.1920 in Baku statt.

18 Es handelt sich wahrscheinlich um den Roman „Cinq-Mars“ des französischen Schriftstellers Alfred de Vigny (1797-1863).

Dokumente 4/1 bis 4/4

Briefe von und an Nadežda Krupskaja

4/1

Nadežda Krupskaja an Inna und Varvara Armand¹⁹

23. Juni /1923/

Meine lieben Mädchen,

wie geht es Euch? Erholt Ihr Euch gut? Ich denke oft an Euch und sehne mich nach Euch. Ich wollte Euch schon längst schreiben, Euch etwas Liebes sagen, aber mir fällt immer wieder die Feder aus der Hand. Es fällt mir sehr schwer zu schreiben, aber ich denke ständig an Euch. Ihr steht mir doch am allernächsten. Zuallererst über V.²⁰ Es gibt jetzt zuweilen Tage, wo ich zu glauben beginne, daß eine Genesung möglich ist, wenn auch nicht so bald. Mit dem Laufen klappt es am besten, die Hand hat sich auch ein bißchen gebessert. Der Sprachspezialist²¹ behauptet, auch mit dem Sprechen ginge es besser. Meiner Meinung nach stimmt das nicht. Der Allgemeinzustand ist gut: guter Puls, normale Temperatur, guter Appetit, auch der Schlaf bessert sich etwas. Er sitzt, wenn das Wetter es erlaubt, lange auf der Terrasse, manchmal fahren wir in den Garten. Die Stimmung schwankt, manchmal ist sie schlechter als schlecht, manchmal ganz gut. Alles hängt davon ab, wer Dienst tut: welcher Arzt, welche Krankenschwester, welcher Pfleger. Ganz allgemein ermüdet ihn das ständige Hin und Her. Es sind mehr Ärzte als genug da. Gott sei Dank ist von den deutschen nur Foerster²² geblieben. Na, wir wollen sehen, was bei der ganzen Quälerei herauskommt. Manja²³ ist ganz von Kräften gekommen, sie hustet und ist mit den Nerven herunter. Ich bemühe mich, morgens trotzdem noch zu arbeiten, obgleich mir das immer schlechter gelingt, und ganz allgemein gesehen bin ich völlig arbeitsunfähig geworden. Unsägliche Trauer. Manchmal heule ich wie ein Schloßhund. Am liebsten ist mir, wenn Rozanov²⁴ Dienst hat. Unlängst habe ich mich mit ihm viel über Inès unterhalten, sie haben ja in der „Moskauer Gesellschaft zur Verbesserung der Lage der Frauen“ zusammengearbeitet. Er hat mir einiges über diese Arbeit erzählt. Die „Kommunistka“²⁵ feiert demnächst ihr Jubiläum, und man

19 Varvara Aleksandrovna Armand (1901-1987), jüngere Tochter von Inès Armand, Parteimitglied seit 1921. Von 1920 bis 1927 studierte sie an der Kunsthochschule.

20 Gemeint ist Vladimir Il'ič Lenin.

21 S. M. Dobrogaev (1873-1952), Neuropathologe, behandelte Lenin vom 19.5. bis Oktober 1923.

22 Prof. Otfried Foerster (1873-1941), deutscher Arzt und Neuropathologe. Beriet ab März 1922 die Lenin behandelnden Ärzte.

23 Manja – siehe Fußnote 9.

24 Vladimir Nikolaevič Rozanov (1872-1934), Arzt. Er leitete ab 1910 die chirurgische Abteilung des Soldatenkov-Krankenhauses.

25 „Kommunistka“ (Die Kommunistin), vierzehntäglich herausgegebenes Organ der Abteilung des ZK der KPR(B) für die Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Es

hat mir aufgetragen, einen Artikel über Inès als Initiatorin der „Kommunistka“ zu schreiben, was ich auch getan habe. Das ist alles. Über vieles habe ich in dieser Zeit nachgedacht und vieles begriffen, was ich früher nicht verstanden habe. Innočka, Liebes, wann werde ich Dein Kleines zu sehen bekommen, ich würde Euch beide furchtbar gerne sehen. Du gib bitte auf Dich acht: überanstreng dich nicht, schlafe genügend, iß regelmäßig, mach die Fenster auf und denk manchmal an mich. Letzteres wird wahrscheinlich auch nützlich sein für unser Kindchen... Was denkst Du? Grüße Eberlein²⁶.

Ich küsse und umarme Euch, meine Lieben, Teuren, ganz herzlich,
Eure N. K.

4/2

Nadežda Krupskaja an Inna und Varvara Armand

6. Juli /1923/

Meine lieben Mädchen,

ich habe schon einmal durch Anna Jevgen'evna ²⁷ einen Brief an Euch geschickt. Ich weiß nicht, ob Ihr ihn bekommen habt. Die Karten von Varjuša und den Brief von Inessa habe ich erhalten. Ich freue mich sehr, daß Ihr, meine Lieben, Euch erholt. Innas Gesundheit macht mir große Sorgen. Iß mehr, Du mein Mädchen, das ist wichtig für das Kindchen. Es um mich zu haben, davon darf ich gar nicht träumen, aber wie schön wäre das. Denk nur, es würde sich an mich gewöhnen, mir die Ärmchen entgegenstrecken, mich anlächeln. Wie gern hätte ich einst ein Kindchen gehabt. Schicke mir bitte ein Foto. Ich habe eine sehr mangelhafte Phantasie und kann mir Euch gar nicht in der mir unbekanntenen Umgebung vorstellen.

Schreib bitte öfter. Ich bin jetzt ganz allein auf der Welt. Zu V. durfte ich die letzten Tage überhaupt nicht hineingehen, er wird schrecklich ärgerlich, wenn jemand hereinkommt. In den letzten zwei Wochen ist in seiner Stimmung ein Umschwung zum Schlechten hin eingetreten. Manchmal scheint es einem, daß es nicht schlimmer werden kann, aber dann kommt es doch noch schlimmer. Ich bin heute übrigens in einer sehr düsteren Stimmung und bringe Euch nur unnötigerweise Kummer. Die Ärzte sagen, das würde vorübergehen. In den letzten Tagen hat V. sich noch eine Malaria zugezogen, die ihn sehr geschwächt hat. Und außerdem ist das Wetter, wie zum Trotz, scheußlich.

So geht es uns also. Ich stehe, wenn es mir gelingt, ziemlich früh auf, oft gegen fünf, und beschäftige mich morgens ein bißchen, aber dann bin ich schon zu nichts mehr fähig. Im übrigen gibt es zuweilen auch leichtere Momente. Vorgestern haben wir beispielsweise V. in die Sonne gefahren, und er hat die ganze Zeit gelächelt, und als er einschlief, habe ich Beeren gesucht, Feldblumen gepflückt und mit den Arbeitern

erschien von 1920 bis 1930.

²⁶ Hugo Eberlein (1887-1944), deutscher Kommunist, Mitglied des ZK der KPD. In zweiter Ehe verheiratet mit Inna Armand.

²⁷ Siehe Fußnote 11.

des Sovchos Bekanntschaft geschlossen. So, das war's.

Ich umarme Euch beide herzlich, sende Grüße an Hugo, warte auf Varjuška, küsse Innuška.

Bleib gesund, mein liebes, geliebtes Mädchen.

Eure N. K.

4/3

Inna Armand an Nadežda Krupskaja

/nicht vor dem 21. Januar 1924/

Meine Liebe, meine Allerliebste, meine Teure, ich umarme und küsse Dich ganz fest, ganz fest. Ich küsse Deine lieben Augen. All meine Gedanken, mein ganzes Sinnen sind bei Dir. Ich wollte sofort zu Dir fahren, aber man sagt, ich darf die Kleine nicht in solche Kälte bringen. Sie läßt mich nicht weg. Aber hier zu bleiben ist so schrecklich schwer, daß ich nicht weiß, wie ich das aushalten soll. Meine Liebe, Teure, ich weiß, daß es keinen Trost gibt, aber denke trotzdem daran, daß Du nicht ganz allein bist, daß Du noch Deine Mädchen hast, wie Du uns nennst, und daß wir Dich sehr, sehr lieb haben und gemeinsam mit Dir unsagbar trauern um Vladimir Il'ič. Er war doch so ein teurer, geliebter Mensch, ich wollte es gar nicht glauben. Wie kann das nur sein?

Hier tragen alle Genossen sehr schwer an dem allgemeinen Kummer. Gestern war Zellenabend, niemand konnte ordentlich sprechen, alle weinten.

Wenn ich doch zu Dir fahren, Dich umarmen, die ganze Zeit um Dich sein könnte. Du würdest Dich vielleicht an den klaren Äugelchen meines kleinen Mädchens ein bißchen erfreuen. Ich werde Dir schreiben, meine Teure, meine Liebe. Und Du, wenn Du kannst, wenn es Dir leichter sein wird, schreib mir auch; mir ist es hier doch so schwer und einsam geworden, ganz furchtbar. Ich weiß, daß dort bei Euch alle Genossen sich zusammenreißen, sich enger zusammenschließen, einträchtiger arbeiten werden. Ich würde so gerne bei Euch sein, gemeinsam mit Euch trauern und gemeinsam, die Zähne zusammenbeißend, darangehen, die Arbeit noch hartnäckiger und besser fortzusetzen.

Ich küsse Dich viele Male, meine Liebe, Geliebte, ich denke unaufhörlich an Dich und unseren teuren Il'ič. Hugo drückt Dir ganz fest die Hand. Deine Ina.

Sowie sich nur die kleinste Möglichkeit bietet, komme ich bestimmt zu Dir, meine Liebe.

4/4

Nadežda Krupskaja an Inna Armand

28. Dezember 1926

Gesundes neues Jahr!

Liebe Inuša. Ich küsse und umarme Dich herzlich, meine Liebe, Dich und Klein-Inessa. Ich habe dieser Tage viel an sie gedacht. Zu den Feiertagen waren wir nach Gorki gefahren. Varja brachte Buska²⁸ mit. Buska hat alle außerordentlich bezaubert. Das Haus war sofort mit fröhlichem Kindergeschrei und -lärm erfüllt. Buska ist ein furchtbar geselliges und lustiges Bürschlein mit einer ausgeprägten Individualität. Einfach ein liebes Kerlchen ... Und da mußte ich an Inessočka denken, und ich bedaure, daß ich sie nicht sehen und mich mit ihr beschäftigen kann. Ljalka²⁹ ist schon recht groß geworden, kann schon ein bißchen lesen, und Vitja³⁰ ist sozusagen schon ein erwachsener Bursche.

Zum Neujahrsfest werde ich nicht nach Gorki fahren. Dieses Mal sind wir kaum weggekommen, die Straßen waren zugeschnit, wir haben anderthalb Stunden auf freiem Feld festgesessen, Schneewehen und Schneesturm.

Ich schicke Dir noch ein Büchlein (Fortsetzung der Lektionen) und ein Manuskript – aus den Erinnerungen an Vladimir Il'ič –, es kommt im „Narodnyj učitel“, aber ich wollte es Dir schon jetzt schicken.

Mit H. hatte ich ein angenehmes Gespräch, er ist ein guter Genosse. Sage ihm für das Büchlein meinen besten Dank und übermittle ihm einen herzlichen Gruß von mir.

Ja, noch etwas. Ich habe eine sehr seltsame Bitte an Dich. In Deutschland gibt es sehr viele Vorrichtungen, die die Hausarbeit erleichtern. Es gibt zum Beispiel so ein Ding zum Kartoffel- und Gemüseschälen. Du selbst, mein Kind, wirst davon natürlich keine Ahnung haben, aber Du hast unter Deinen Bekannten sicher deutsche Frauen, die sich in diesen Dingen auskennen. Laß Dir von Ihnen diese Sachen zeigen, und Du, sieh sie Dir mit russischen Augen an, sieh zu, was man für's Dorf verwenden kann, in die bäuerliche Wirtschaft geben kann – es kommt nicht auf Spielereien an, sondern auf ganz wesentliche, billige Dinge, kaufe mir drei-vier ganz billige und brauchbare Sachen und schicke sie mir. Wir werden sie hier nachbilden und lassen sie in den Schulen der Bauernjugend (das ist auch eins meiner Kinder) propagieren. Ich schicke Dir für diesen Zweck drei Tscherwonzen³¹. Die Bäuerin will heutzutage ihre Arbeit rationalisieren – sie attackieren mich ständig mit Briefen: gib uns endlich ein mechanisches Spinnrad. Da siehst Du. Das bedeutet, auch die Vereinfachung jeglicher hauswirtschaftlicher Operationen wie das Schälen

28 A. A. Armand (1924-1945), Enkel von Inès Armand, im Krieg gefallen.

29 Olga Dmitrievna Uljanova (*1922), Lenins Nichte, Tochter von Lenins jüngerem Bruder Dmitrij Uljanov.

□ Viktor Dmitrievič Uljanov (1917-1984), Lenins Neffe, Sohn von Dmitrij Uljanov.

31 Tscherwonzen – Plural von Tscherwonez, 1922 bis 1947 gültiges Zahlungsmittel in der UdSSR. Ein Tscherwonez entsprach dem Wert von zehn Rubeln.

der Kartoffeln wird sehr wohlwollend aufgenommen werden.

Ich fürchte nur, daß Du von diesen Dingen keine blasse Ahnung hast...

Zum Schluß höre, was für ergötzliche Dinge bei uns passieren. Eine Frauenabteilung im Gouvernement Nižni-Novgorod, Kreis Sergačevsk, begann unter den Tatarinnen zu wirken. Der Mullah entschied, daß man der Agitation mit eigener Agitation begegnen muß. So erklärte er, die Sowjetmacht habe die Gleichheit von Mann und Frau verkündet. Deshalb müsse man eine entsprechende Korrektur am Koran vornehmen und – die Türen der Moscheen auch den Frauen öffnen.

Wer dagegen ist, ist gegen die Sowjetmacht, gegen den wird die GPU vorgehen. Und die Tatarinnen strömten wie ein Heringsschwarm in die Moschee und bereiteten der Frauenabteilung damit nicht geringe Sorgen.

All das ist Fakt, keine Reklame.

So, das war's, ich umarme Dich fest und schicke Euch allen einen Gruß.

Prosit Neujahr!

So sagt man doch auf deutsch?

Deine N. K.

PS. Übermittle Krestinski³² einen Gruß von mir.

32 Nikolaj Nikolaevič Krestinski (1883-1938), 1918 bis 1921 Volkskommissar für Finanzen der RSFSR, seit 1919 Sekretär des ZK der KPR(B). 1921 bis 1930 sowjetischer Gesandter in Deutschland, dann stellvertretender Volkskommissar für Äußeres der UdSSR.

„Wir roden Kartoffeln, und der Krieg nimmt kein Ende...“ Eine polnische Familiengeschichte in Briefen (1939-1945)¹

Ryszard Marut

Die Geschichte der fünfjährigen Trennung ihrer Eltern kann Teresa Malińska heute nur noch an Hand von Briefen nachvollziehen. Es ist dies eine Geschichte von Krieg, Liebe und Sehnsucht. Mieczysław Zawadzki, ein polnischer Bauer aus Michałowek bei Płońsk, schrieb sie zwischen Herbst 1939 und Frühjahr 1945 an seine Frau Marianna. Er sehnte sich nach seiner Frau, seiner Familie, seinem Bauernhof, dem Heimatdorf, danach, das Joch des Zwangsarbeiters abzuwerfen.

1939 war Mieczysław Zawadzki Soldat geworden und in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten. Bis 1945 mußte er als Knecht auf deutschen Bauernhöfen leben. Die Briefe geben Kunde vom Alltagsleben des Schreibers, von seinem Denken, seinen Hoffnungen und Gefühlen.

Aus insgesamt 128 überlieferten Briefen wurden für diese Dokumentation Auszüge aus 49 Briefen bzw. Postkarten ausgewählt. Geschrieben wurden sie im Kriegsgefangenenlager bzw. auf den beiden Bauernhöfen, auf denen Mieczysław Zawadzki Zwangsarbeit zu leisten hatte. In den letzten Monaten des Krieges erreichten seine Briefe die Adressatin nicht mehr, obwohl er höchstwahrscheinlich bis Kriegsende Briefe bei der Post aufgegeben hat. Die Briefe, die an ihr Ziel kamen, sind sehr gut erhalten. Nur wenige sind verlorengegangen.

Leider existiert keiner der Briefe mehr, die Marianna an ihren Ehemann sandte, wahrscheinlich deshalb, weil Mieczysław sie aus der Fremde nicht mit nach Hause gebracht hat. Daß Marianna ihrerseits ebenfalls regelmäßig geschrieben hat, geht aus den Bezügen in den erhaltenen Briefen hervor.

Ursprünglich bewahrte Marianna Zawadzka die an sie gerichteten Briefe auf. Nach ihrem Tod nahm Tochter Teresa sie als wertvollsten Familienschatz an sich.

Teresa, die älteste Tochter der Zawadzki, war 1939 drei Jahre alt. In der Erinnerung des Kindes blieb das Bild des Vaters, der in den Krieg zog. Als erstes brachte er seine zwei Pferde vom Hof, stattliche Fuchse, die für den Kriegsdienst requiriert worden waren. Deshalb herrschte großer Kummer, da Pferde für Mieczysław mehr bedeuteten als jedes andere Inventar des Bauernhofs. Die gepflegten und gut im Futter stehenden Pferde waren der Stolz ihres Besitzers. Er gab sie in der Festung Modlin ab und kehrte von dort nach Hause, nach Michałowek, zurück. Danach passierte eine Zeitlang nichts, so schien es jedenfalls dem kleinen Mädchen. Aber dann kam die Einberufung, und der Vater zog in den Krieg. Wie im Nebel sieht

1 Ausgewählt, übersetzt, zum Druck vorbereitet und kommentiert von Gerd Kaiser. Małgorzata Barwicka (Warschau) ebnete die Wege zu den Briefen, die z. T. in der Tageszeitung „trybuna“ (Tribüne) in Warschau vom 16. Juni 2005 und z. T. in der Wochenzeitung „Tygodnik ciechanowski“ (Ciechanowsker Wochenzeitung) vom 17. Mai 2005 veröffentlicht wurden.

Teresa die Trennung: den Kummer der Mutter und der jüngeren Schwester und das ernste Gesicht des Vaters. Und dann verschwimmt des Vaters Gestalt. Nur mit Anstrengung sammelt Teresa Malińska heute die Bruchstücke der Erinnerung an jene Ereignisse. Nur das erinnert sie deutlich: fünf lange Jahre war die Familie allein.

Warszawa, 26. September, Sonnabend, 1939

Liebe Frau, hiermit lasse ich Dich wissen, daß ich momentan in Warszawa bin, wo ich glücklich ankam. Gräme Dich nicht, erledigt auf dem Feld, was ihr schaffen könnt. Ich fühle mich verlassen ohne Dich und ohne die Kinder, wie geht es meiner Teresa und meiner Zocha² [...] Und wie es Dir geht, das liegt mir am Herzen. Daß Du mir nicht krank wirst. Immer wieder muß ich an Deinen Kummer denken. [...]

Mieczysław Zawadzki [...]

Stalag³ II B. Nr. 11449, 25. November 1939

Ich schreibe Dir zum zweiten Mal, weiß nicht, warum ich keine Antwort bekomme. Ich bin in Kriegsgefangenschaft in Deutschland. Bin gesund, und irgendwie vergeht die Zeit. Traurig bin ich nur Deinetwegen, der Familie wegen und weil ich nicht bei Euch sein kann. Seid Ihr alle gesund? Wie steht es mit dem Hof? Was gibt es bei den Nachbarn und im Dorf? [...]

Mieczysław Zawadzki, Soldat im Eisenbahn-Aufklärungs-Zug der 21. Kompanie des 6. Bataillons, geriet bei Modlin in Gefangenschaft. Wie es ihm an der Front und in der ersten Zeit der Kriegsgefangenschaft erging, beschreibt er erst, als er bereits Knecht auf einem deutschen Bauernhof in Pommern ist und mehr schreiben darf, als es im Kriegsgefangenenlager erlaubt war.

Aus dem Lager schrieb Zawadzki 19 Postkarten mit dem Aufdruck: „Kriegsgefangenenlager Stalag II B“ und der Forderung der Lagerkommandantur: „Kurz und deutlich schreiben!“

Jede der Postkarten beginnt mit der gleichen Begrüßungsformel: „Liebe Frau, ich lasse Dich wissen, daß ich mit Gottes Hilfe gesund bin, was ich auch Dir und den Kindern wünsche.“ Diesen Satz ändert er in den kommenden fünf Jahren nicht, und mit ihm beginnt auch jeder seiner Briefe. Im folgenden Satz bestätigt er in der Regel, daß er ein Paket von der Familie erhalten hat, mit Lebensmitteln, Tabak, Kleidung, begleitet von der Bitte um weitere Pakete. Diese Pakete schickten seine Frau Marianna und weitere Familienmitglieder sowohl ins Kriegsgefangenenlager als auch an die Adresse der Bauern, bei denen Mieczysław Zwangsarbeit zu verrichten hatte.

Stalag II B, 6. Juni 1940

[...] Die Pakete erhalte ich wöchentlich. [...] Bitte weniger Zwieback, so viel schaffe ich nicht. Etwas Zucker und Schmalz, aber nur wenig, weil ich keinen Platz zur Aufbewahrung habe. Sei

2 Koseform von Zofia, des Namens der jüngsten Tochter.

3 Kriegsgefangenen-Stamm-Lager.

nicht so traurig, so schlecht ist die Gefangenschaft noch nicht. Die Deutschen geben ordentlich mit uns um. Wenn nur die Sehnsucht nicht wäre, würde es schon geben [...]

Wobensin, 7. August 1940

[...] Am Sonntag ging es an die Front bei Wielun. Von dort aus zogen wir uns bis nach Warszawa zurück. In Błonie⁴ bin ich leicht verwundet worden, die Granaten krachten nur so. Ich dachte schon, ich würde es nicht überleben. Ich sah sechs Kinder, die dem Artilleriefener zum Opfer gefallen waren. [...] Ein anderes Kind saß neben den toten Eltern und rief ‚Mama‘ [...]. Häuser brannten, Menschen flohen, und Bomben flogen hageldicht. [...]

Targówek⁵ war zerstört, ich bin dort gewesen und habe alles mit eigenen Augen gesehen. Von dort aus ging es weiter zurück nach Modlin, dabei sah ich, wie Nowy Dwor in Flammen stand, die Werft lichterloh brannte [...] Im Lager ist es mir dreckig ergangen, bis zum 15. Dezember im Zelt, Kälte und Hunger. Ich habe schon gedacht, es sei besser, tot zu sein, als sich so zu quälen, und Du könntest Dir einen anderen Mann suchen. [...]

Zawadzki bittet in einer Reihe von Briefen seine Frau darum, sie möge beim Landrat oder beim Gemeindevorsteher vorsprechen und einen Antrag auf seine Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft einreichen. Begründung: Er sei der einzige Ernährer der Familie und Hofbesitzer. Den nachfolgenden Bemühungen von Frau Marianna war kein Erfolg beschieden. Ab Frühjahr 1940 wurden Kriegsgefangene im Dienstgrad „Soldat“ aus den Kriegsgefangenenlagern zur Arbeit auf deutsche Bauernhöfe kommandiert. Mieczysław Zawadzki wurde einem Adolf Kalff in Wobensin⁶, unweit von Lauenburg⁷ in Pommern, zugeteilt.

Wobensin, August 1940

[...] Ich bin auf einem Hof, bis Gdańsk sind es 40 km, 30 km sind es bis zur Ostsee. Sorge Dich nicht um mich, es geht mir gut. Ich habe zu tun, und mein Leben ist erstklassig. Ich kann nicht klagen. Habe ein Zimmer, in dem ich schlafe, ein sauberes Bett, elektrisch Licht, sauberes Bettzeug. 30 Mark stehen mir monatlich zu, aber davon muß ich noch in die Krankenkasse einzahlen. Die Sorge mit den Paketen für mich bist Du los. Ich stehe in der Frühe auf, wie in unserer eigenen Wirtschaft, aber hier wird nicht mit der Sense gearbeitet, für alles sind Maschinen da.

Schreib mir, wer Dir das Getreide gemäht hat, wer es auf Feime⁸ setzt oder gleich in die Scheuer bringt. [...]

Wobensin, 12. August 1940

[...] Schick mir ein Kilo Zucker und ein Kilo geräucherten Schinkenspeck und von der Schwiegermutter ein Glas Honig. Kannst Du mir eine Arbeitsjacke kaufen – sie müßte aus festem Stoff sein und mir passen. Dann brauche ich noch eine Mütze und einen Übergangsmantel. Schick mir alles, was zu Hause geblieben ist, hier kann ich mir nichts kaufen. [...]

4 Vorort von Warschau.

5 Stadtteil von Warschau.

6 polnisch: Niebedzino.

7 polnisch: Łębork.

8 Feimen sind regelmäßig geschichtete Getreide- oder Strohhaufen im Freien.

Wobensin, 16. August 1940

[...] Hier ist es besser als im Lager. Ich lebe als ziviler Arbeiter, niemand sperrt mich ein, da ich unterschrieben habe, bis zu meiner endgültigen Entlassung nicht zu fliehen. Zu meiner Schlafstatt gehören ein Federbett und ein Federkopfkissen, über dem Strohsack liegt noch ein mit Federn gefülltes Unterbett. Auf dem Hof arbeite ich als Sklave. [...]

Wobensin, 17. November 1940

[...] Ich kann schon ein bißchen deutsch sprechen, so daß ich zurechtkomme. Ich habe mir eine Mütze, einen Koffer und Holzschuhe gekauft, in ihnen habe ich warme Füße. Sie kosteten acht Mark und 50 Pfennige. [...]

Wobensin, 20. Dezember 1940

[...] Mein Bauer war beim Arbeitsamt⁹ und hat mir gesagt, daß nur jene Zivilkräfte Urlaub bekommen, die zuvor nicht beim Militär waren – ehemalige Militärs bekommen auf keinen Fall Urlaub. [...]

Wobensin, 24. Dezember 1940

Ich bin sehr froh darüber, daß Du so gut wirtschaftest, mit allem zurechtkommst und keine Hilfe brauchst. Mach weiter so, schinde Dich nicht ab und nimm Dir nicht alles zu Herzen. Gebe Gott, daß alles zu einem guten Ende kommen wird, wir uns wiedersehen und einander erzählen können, was wir erlebt haben. Grund genug, daß Du auf unserem Hof bleibst. Du hast mir geschrieben, daß Du die Heilige Nacht allein verbringen mußt. Aber – Du bist doch nicht allein, hast die Kinder und die Mutter bei Dir.

Ich habe die vorige Nacht im Stall verbracht, die Heilige Nacht mit der Bauernfamilie [...] und lebe in der Fremde. [...]

Wobensin, 9. Januar 1941

[...] 60 Mark würde ich Dir gerne schicken, aber ich habe immer noch keine Karte vom Arbeitsamt¹⁰, und ohne die geht es nicht. [...]

Wobensin, 23. Januar 1941

[...] Habe schon lange keinen Brief von Euch und weiß nicht, was sich dort tut. Haben sie Dich schon rausgeschmissen, oder was ist los? [...]

Wobensin, 23. März 1941

[...] Ich bin traurig, und es ist mir schwer ums Herz, weil ich Dich und die Kinder nicht unterstützen kann, da ich inzwischen weiß, was über Euch gekommen ist [...]

Welches Schicksal hatte Marianna Zawadzka und die beiden Kinder ereilt? Sie waren von einer deutschen Ansiedlerfamilie von ihrem Hof verjagt worden und mußten ihn von einem Tag auf den anderen verlassen.

⁹ Bauer und Arbeitsamt im Original deutsch.

¹⁰ Arbeitsamt im Original deutsch.

Die Tochter Teresa erinnert sich: „Unseren Hof hatte sich ein Deutscher aus Nowy Dwor Mazowiecki ausgesucht. Seine Frau Leokadia Gertz kam in Begleitung von Gendarmen auf unseren Hof und verlangte, daß wir ihn unverzüglich verlassen. Nichts dürfe mitgenommen werden. Ich wollte den abgerissenen Kopf meiner liebsten Puppe mitnehmen, aber die Deutsche vertrat mir den Weg und erlaubte es nicht. Sie wollte auch Mamas Schafpelzjacke wegnehmen, aber Mama widersetzte sich und gab nicht nach. Aus Przyborowice kam unser Onkel, um uns zu holen, und als wir aufs Fuhrwerk kletterten, erbarmte sich einer der Gendarmen und warf uns den Schafpelz Vaters zu, so daß Mutter meine Schwester und mich zudecken konnte. [...] Unser Hof war in gutem Zustand, ungefähr 20 ha, mit allen Gerätschaften und allem Inventar, das zu einem solchen Hof gehört. Als Mama ahnte, was auf uns zukommen würde, hatte sie das eine oder andere Gerät, das eine oder andere Kleidungsstück bei Nachbarn in Sicherheit gebracht. Aber die Deutsche erfuhr davon und hat alles an sich gebracht. So waren wir auf einen Schlag arm wie die Kirchenmäuse. Mama und meine Schwester kamen bei Mamas Bruder unter, mich hat eine Tante aufgenommen. Alle Jahre der Okkupation habe ich bei ihr gelebt.“¹¹

In den Okkupationsjahren übernahmen in der Gegend, aus der die Familie Zawadzki stammte, einige Dutzend deutsche Ansiedler polnische Höfe, deren Besitzer rücksichts- und entschädigungslos enteignet und vertrieben wurden. So in Załuski, Przyborowice, Michałowek und anderen Weilern und Dörfern im Raum Płońsk. Entweder jagten die deutschen Ansiedler die polnischen Besitzer vom Hof, wie es Marianna Zawadzka widerfuhr, oder sie mußten – wie die Familie Maliński, deren Sohn Waclaw nach dem Krieg die Tochter Teresa der Familie Zawadzki heiraten wird – in eine Hütte auf dem Hofgelände umziehen und als Knechte arbeiten. Im Frühjahr 1940 war eines Tages ein Gendarm aus Załuski mit der Familie Gustav Feicho, einem Deutschen aus der Gegend, auf den Hof der Familie Maliński gekommen. Zur Fuhr gehörten Feicho, seine Frau, zwei Söhne, eine Tochter und – zwei Ziegen. Der Hof der Malińskis zählte zu den stattlichsten in Michałowek. Feicho, der nicht schlecht polnisch sprach, erklärte Edward Maliński, dem Hofbesitzer, daß Hitler ihm den Hof „überschrieben“ habe. Beides war schwer zu ertragen: die vollständige Vertreibung von Haus und Hof ebenso wie das Verbleiben unter entwürdigenden Bedingungen.

Zawadzki schreibt seiner Frau am 23. März 1941 dagegen von der „außergewöhnlichen Ruhe“, in der er in Wobensin lebt: „Die Menschen leben so geruhsam, wissen nichts von der Not, die in der Welt herrscht.“

Wobensin, 26. März 1941

[...] Deinen Brief, auf den ich sehnlichst und lange gewartet, habe ich erhalten. Ich befürchtete bereits, daß sie Dich erschlagen oder aufgehängt haben, weil auch das schon vorgekommen ist. Aber da Du und die Kinder noch am Leben sind, ihr etwas zum Beißen habt, ist es schon gut [...]

11 Tygodnik ciechanowski, 17.5.2005.

Wobensin, 6. April 1941

[...] Diesem Brief lege ich fünf Mark bei, sage niemandem etwas davon. [...]

Wobensin, April 1941

[...] Warum nur sind alle anderen an ihren angestammten Plätzen geblieben und man hat nur Dich rausgeworfen? Ich verstehe nicht, wo eure Schuld liegt. Wenn die Hoffnung nicht wäre, wüßte ich nicht, was ich mir angetan hätte [...]

Mieczysław Zawadzki beschreibt in jedem seiner Briefe sein Leben auf dem Hof der Familie Kalff. Die Familie gehörte zu den begüterten Bauern. Außerdem war Adolf Kalff Bürgermeister und hatte im Dorf zu bestimmen. Mieczysław kam mit den ihm übertragenen Aufgaben sehr gut zurecht, einschließlich der technischen Neuerungen, die er auf seinem Hof noch nicht gekannt hatte. Die Kalffs schätzten seine Arbeit und anerkannten Zawadzki's Leistung.

Wobensin, Mai 1941

Ich brauche rein gar nichts, denn da ich Bezugscheine habe, kann ich mir kaufen, was ich brauche. Der Chef hat mir Gamaschen und einen Hut gekauft. Hier ist viel zu tun, es fehlt an Leuten. Alles müssen Frauen machen, sie fahren auch mit dem Pferdegespann in die Molkerei. Hier ist es friedlich. Niemandem wird etwas weggenommen, und niemand wird kontrolliert. Die Leute arbeiten hier so, wie bei uns vor dem Krieg üblich. [...]

Wobensin, 22. Juni 1941

Dem Hofbesitzer fehlt es an nichts. Kartoffeln wurden viel angebaut, zehn Schweine stehen in den Buchten, neun Milchkühe geben täglich 70 Liter. Zu Ostern wurden drei Schweine geschlachtet, jedes um 200 kg. Zum Hof gehört eine elektrisch betriebene Mühle, für die genügend Getreide da ist. Niemand kontrolliert ihn, aber er selbst ist berechtigt zu kontrollieren [...] Torf wird gestochen, Getreide wird mit Maschinen gemäht und mit einem speziellen Gerät aufs Fuder geladen. Über mich ist man guter Meinung, ich werde wie ein Deutscher bezahlt, bin in der Kranken- und in der Unfallversicherung. Falls etwas passiert, müßte man mir zahlen. [...]

Die „Idylle“ im pommerschen Dorf dauerte noch den ganzen Sommer des Jahres 1941 an. An der Ostfront marschierte die deutsche Wehrmacht auf Moskau. Im dem Reich einverleibten Regierungsbezirk Zichenau¹², zu dem auch der Kreis Plöchnen¹³ gehörte, dauerte die „Eindeutschung“ des „urdeutsch ostpreußischen Landes“ an.

Wobensin, 24. August 1941

[...] Heute sind es auf den Tag zwei Jahre, seit ich von zu Hause wegmußte und dem Schicksal in den Rachen fiel, in fremdem Land herumgetrieben werde [...] Allein in Gott liegt die Hoffnung, daß das irgendwann einmal ein Ende hat. [...]

12 polnisch: Ciechanów.

13 polnisch: Płońsk.

Wobensin, 28. August 1941

[...] Hier geht es ruhig zu, die Kartoffelernte geht ihren Gang, das Getreide ist in der Scheuer. Die Leute sind froh, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis Rußland am Ende ist. Das wird zum Guten sein, denn dann werden sie alles, was sie wollen, in ihrer Hand haben. Aber Gott wird es nicht zulassen. Hat der Mann auf unserem Hof etwas gesät? [...]

Im Herbst 1941 dachte Mieczysław Zawadzki erstmals brieflich darüber nach, den Bauernhof, auf dem er Zwangsarbeit verrichten mußte, heimlich zu verlassen. Er fragt in einigen Briefe seine Frau, ob sie von Zwangsarbeitern wisse, die illegal heimgekehrt seien, und wie die deutschen Behörden sich zu betroffenen Familien verhalten.

Wobensin, 5. Oktober 1941

[...] Schreib mir, ob jemand geflohen ist und ob sehr genau nach Geflohenen gesucht wird und ob es möglich ist, irgendwie unterzukommen. Möglicherweise riskiere ich es, gib mir einen Rat. Oder ist es noch zu früh? Und ist der Russki¹⁴, der aus unserer Gegend geflohen ist, weit gekommen? Hier war die Rede davon, er sei weit gekommen, aber ich denke bei mir, daß dem nicht so war. Wie dem auch sei, aber von hier haben sich sehr viele nach Hause, auf ihre Höfe, davongemacht. [...]

Wobensin, 26. Oktober 1941

[...] Mit dem, was ich vorhabe, werde ich bis zum Frühjahr warten. (Und wenn einer sich durchgeschlagen hat, wird er dann sehr nachdrücklich oder eher weniger gesucht?) [...]

Wobensin, 16. November 1941

[...] Schick mir ein Päckchen zu den Feiertagen, Tabak, Wodka, und die neuesten Zeitungen. Mit den Zuteilungen ist es schlechter geworden; Polen haben keine Karten¹⁵ bekommen, Deutsche bekommen eine Karte je Woche. Und wie ich mir schwarz etwas verschaffen könnte, weiß ich nicht [...]. Seit dem 10. November ist starker Frost gekommen, Rüben sind auf den Feldern erfroren, auch ein Teil der Kartoffeln. Jetzt pflüge ich. [...]

Du schreibst, daß man in Warszawa untertauchen kann. Findet man dort Arbeit und kann man sich dort etwas kaufen, dort herrscht doch sicherlich Not. [...]

Es ist mir traurig ums Herz, daß ich das dritte Mal die Feiertage allein verbringen muß. [...]

Wobensin, 23. Dezember 1941

[...] Sobald es wieder wärmer wird, mache ich mich auf den Weg. [...]

Im Winter und Frühjahr 1942 herrschen Informationen über den deutsch-sowjetischen Krieg in den Briefen vor, daneben Überlegungen, ob er fliehen solle, versuchen, Urlaub zu erhalten, oder ob er Frau und Kinder zu sich nach Pommern, auf den Bauernhof, zur Arbeit holen solle. Die Briefe sind offenherzig, zwischen den

14 Im Polnischen (wie im Deutschen) ein negativ besetzter Begriff.

15 Die Zuteilung von Lebensmitteln erfolgte nach Maßgabe der Zuteilungsmenge und -art auf Lebensmittelkarten; Kleidungsstücke gab es auf Bezugschein.

Zeilen braucht nicht gelesen zu werden. Sie vermitteln das Gefühl, daß Schreiber und Schreiberin nicht an eine Briefzensur dachten. Berührt wird auch das Thema der Werbung von Polen für die Wehrmacht.

Mieczysław Zawadzki schickte in den Briefen an seine Frau auch Geld, jeweils einige -zig Mark. Eine dieser Sendungen mit 60 Mark ging verloren. Auf eine Reklamation in der Post zu Lauenburg hin stellte sich heraus, daß ein Briefträger aus der Gegend von Płońsk den Brief gestohlen hatte. Frau Marianna sandte Mieczysław oftmals Machorka und das eine oder andere Kleidungsstück.

Wobensin, 14. Februar 1942

[...] Wichtige Neuigkeiten sind für das Frühjahr zu erwarten, aber bis dahin dauert es noch. Urlaub wird keinem von uns gewährt, von zehn, die in Urlaub gefahren sind, kommt einer zurück, die anderen gehen in die Illegalität [...] Hier fehlt es an Leuten, es arbeiten nur noch Franzosen und Serben. Zum Frühjahr sollen Russkis kommen; im Herbst waren schon mal welche hier, aber die sind alle krank geworden und wurden in die Lager zurückgeschickt. [...] Viele Frauen sind allein, ihre Männer eingezogen worden. [...]

Wobensin, 13. März 1942

[...] Die Bescheinigung der Krankenkasse schicke ich, geh zum Arzt [...] Urlaub wird noch nicht einmal gewährt, um einen Angehörigen auf dem letzten Weg zu begleiten. Die Deutschen haben sich allüberall in der Welt breitgemacht, nehmen sich, was sie wollen, und schicken es ihren Frauen. So leben sie auf anderer Menschen Kosten. Aber das hört langsam auf, solange es jedoch noch anhält, müssen die Leute leiden. [...] Neulich haben sie uns gefragt, ob wir als Freiwillige zur Wehrmacht gehen, aber wer wird sich schon darauf einlassen. [...] Nur wer gezwungen wird, der geht. Die Volkslisten¹⁶ will auch niemand unterschreiben. [...]

Wobensin, 29. März 1942

[...] Hier wollen sie, daß man sich in die Volksliste einschreibt, zum Deutschen wird. Aber niemand denkt daran. Eher schlägt man sich auch auf armselige Weise durch. [...]

Wobensin, 14. Juni 1942

[...] Hier wächst die Not. Im Dorf ist das nicht zu sehen, aber in den Städten merket man es, wenngleich nicht so deutlich wie bei uns. Jetzt haben sie aus Rußland und aus der Ukraine junge Burschen hergeholt, auch bei meinem Hofbesitzer ist einer, er wohnt in meiner Kammer mit. Werden jetzt Polen zur Wehrmacht eingezogen? [...]

16 In sogenannte Volkslisten ordneten die Behörden des Deutschen Reichs einen Teil der Bewohner Polens nach rassistischen Gesichtspunkten ein. Es existierten die Gruppen von „uneingeschränkt deutsch“ bis „bedingt eindeutschungsfähig“. Der letzteren Gruppe zugeordnete Bewohner Polens wurden teilweise ins „Altreich“ umgesiedelt, um sie in einem grundlegend anderen Milieu „umzuvoiken“, wie der menschenfeindliche terminus technicus lautete. Die Männer aller Gruppen im wehrpflichtigen Alter wurden gemustert und z. T. zur Wehrmacht eingezogen.

Wobensin, 24. Juni 1942

[...] Jetzt hat man Russen als Sklavenarbeiter auf den Hof gebracht. [...]

Wobensin, 14. Juli 1942

[...] Eigentlich hatten wir uns vorgenommen, alle in den Urlaub zu fahren,¹⁷ aber alle Frauen haben geschrieben, daß es besser sei, sich nicht darauf einzulassen – bist Du auch dieser Meinung? Wie steht es um unseren Hof, haben sie alle Bäume gefällt, steht die Figur noch? Hier ist alles beim alten, wir roden Kartoffeln, und der Krieg nimmt kein Ende. [...]

Wobensin 24. Juli 1942

[...] Bei mir gibt es nichts Neues, wir roden Kartoffeln, und der Krieg nimmt kein Ende. [...]

Wobensin, 10. August 1942

[...] Ich bin traurig, daß die Kinder krank sind, gebe Gott, daß dieser Schicksalschlag sich zum Guten wende. Wie sehr sehne ich mich danach, sie gesund zu sehen. [...]

Wobensin, 15. November 1942

[...] Wir sind mit den Feldarbeiten fertig. Es ist Frostwetter, und es geht auf den Winter zu. Die Hoffnung wird stärker, daß ich ein besseres Morgen erlebe. [...]

Wobensin, 12. Dezember 1942

Liebe Frau, ich lasse Dich wissen, daß ich mit Gottes Hilfe gesund bin, was ich auch Dir und den Kindern wünsche. Du sollst wissen, daß ich das Paket erhalten habe und mich herzlich bedanke. Bei mir gibt es nichts Neues, alles läuft im alten Gleis. Neu ist nur, daß wir nur noch Postkarten schreiben dürfen, Briefe werden nicht mehr befördert. Ich schicke Dir heute 50 Mark, bestätige mir bitte ihren Erhalt. Hast Du übrigens die zehn Mark und den Krankenschein erhalten, bis jetzt hast Du mir nicht bestätigt, daß sie in Deine Hand gelangt sind.

Es lastet schwer auf einem, daß man sich bereits das vierte Jahr nicht sieht. Und so geht es vielen von uns. Vielleicht sehen wir uns in der Zukunft. Meine Liebe, laß es Dir gut gehen. Ich wünsche Dir das Allerbeste, sei guter Dinge, irgendwie werden wir es überleben. Ich bleibe euch genogen, denke an Dich und die Kinder, Mieciek.¹⁸

Oberlischnitz, 28. Februar 1943

[...] Ich bin in einen anderen Ort gebracht worden, als Knecht auf den Hof des Bauern Schönbeck [...]. Der Hofbesitzer ist eingezogen worden, jetzt ist nur seine Frau auf dem Hof. Es läßt sich vorläufig ganz gut an. Hier werde ich einig mehr als vorher zu malochen haben. [...]

Oberlischnitz, 9. April 1943

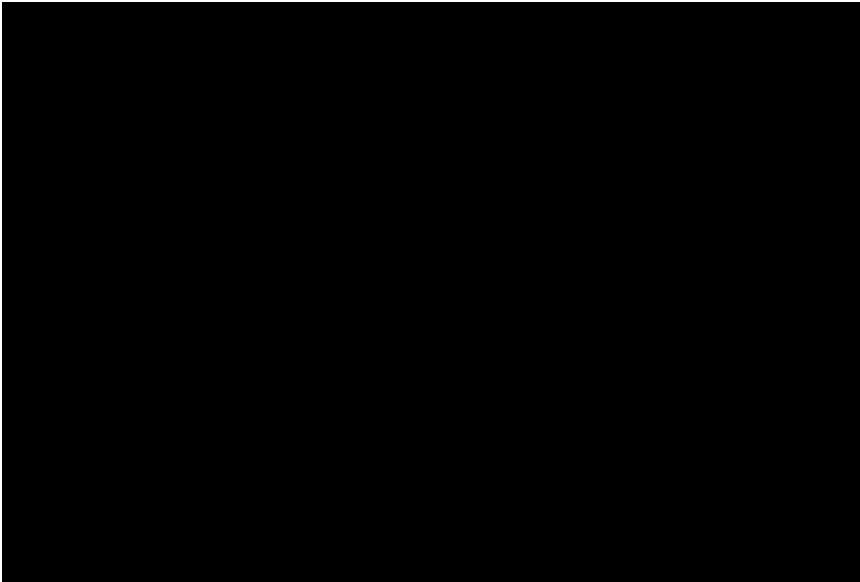
[...] Als ich gerade in Urlaub fahren wollte, wurde jeder Urlaub gestrichen. [...]

17 Anspielung auf geplante Massenflucht.

18 Koseform des Vornamens Mieczysław.

Oberlischnitz, 2. Mai 1943

[...] und in dem Anzug¹⁹ war ich in der Karwoche in der Kirche, das erste Mal, daß ich eine Kirche betreten habe, seit ich in Deutschland bin. Die Feiertage habe ich gut verbracht, aber wenn ich an Dich und an die geliebten Kinder denke, schießt mir das Wasser in die Augen. [...]



Mieczysław Zawadzki (links) in Oberlischnitz auf dem Hof der Familie Schönbeck. Neben ihm die Bäuerin mit ihrem Sohn, die polnische Zwangsarbeiterin Władysława (aus Minsk) und der Hofbesitzer (in Uniform). 1943.

Oberlischnitz, 18. August 1943

Bis jetzt habe ich Torf abgefahren. Ab Montag werde ich die Getreidemahd beginnen, aber mit den Landmaschinen geht das schnell. Hier geht alles mechanisiert seinen Gang. Wenn ich jetzt heimkommen würde, wüßte ich gar nicht mehr, wie ich ohne elektrischen Strom auskommen sollte. Auf meinem Hof klappt alles, die Deutschen wundern sich, daß ein Pole sein Handwerk so gut versteht. [...]

Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1943 tauschten sich die Eheleute Zawadzki brieflich darüber aus, ob es nicht besser sei, wenn Frau Marianna mit den Kindern zu Mieczysław kommen und die gesamte Familie Arbeit in einer Fabrik aufnehmen

19 Den Anzug hatte ihm seine Frau geschickt.

würde. Mieczysław riet letztendlich davon ab, vor allem, weil man allein mit der Zuteilung auf Lebensmittelkarte auskommen müsse, und Lebensmittel gebe es sehr wenig. Inzwischen schickte Mieczysław Zawadzki seiner Familie Pakete, z. B. Kleiderstoff und bescheidene Geschenke. Darunter Broschen für die Töchter und einen Ring für Marianna, den er aus Pferdehaar selbst geflochten hatte. Mieczysław erhielt weiterhin von seiner Frau geänderte Kleidung, Tabak und Wodka zu den Feiertagen sowie Dauerwurst. Marianna schickte ihm auch ihr Foto und bat einige Male um ein Foto ihres Mannes. In diesem Herbst ging es zu wiederholtem Male um einen Urlaub, aber immer neue Hindernisse taten sich auf, auch, daß Mieczysław gerade beim Güllefahren sei und sich nach solcher Arbeit nicht auf eine Reise begeben wolle. Außerdem sei die (deutsche) Bäuerin dann auch völlig alleine, weil er der einzige Mann auf dem Hof sei und niemand außer ihm mit den Pferden fuhrwerken könne.

Oberlischnitz, 21. Februar 1944

[...] Das mit dem Telegramm nimm nicht auf die leichte Schulter. Einem unserer Jungen hatte die Familie ein Telegramm geschickt, damit er zur Beisetzung seiner Mutter fahren könne, aber es wurde nicht zugestellt, weil jetzt wieder Bauern eingezogen werden. [...]

Oberlischnitz, 13. März 1944

[...] Vielleicht kommst Du im Laufe des Jahres auf unseren Hof zurück. [...]

Oberlischnitz, 30. April 1944

[...] Du schreibst mir, daß es mit deiner Gesundheit nicht zum besten bestellt ist und daß Du nicht weißt, wie Du Dich durchschlagen sollst. Was kann ich armer Zwangsarbeiter Dir schon raten. Die Familie eines Bekannten ist nach Deutschland gekommen, und alle müssen hier arbeiten und gemeinsam mit anderen Familien in einer Baracke leben. Er verdient 32 Mark, sie 20. An einem Tag gibt es Kohlrüben, am nächsten Möhren, wenig Brot, und ständig herrscht Hunger. Wenn ich da an Dich denke, so kann ich Dich nicht in solch eine Armut holen. [...]

Oberlischnitz, 21. Mai 1944

[...] Es ist traurig, was ich durch Deinen Brief erfahren habe. Ich weiß nicht, was ich raten soll. Wenn es keinen anderen Ausweg gibt, nimm die Kinder und flüchte mit ihnen zu mir. [...]

Höchstwahrscheinlich ging es um die Massenausiedlung ganzer Dorfschaften, die zum Frontgebiet geworden waren. Die sowjetischen Truppen standen bereits am Ostufer des Narew und der Weichsel. Auch der Warschauer Aufstand blieb in Michałowek nicht unbemerkt. Die Deutschen zwangen alle Erwachsenen zum Bau von Schützengräben und zur Zwangsarbeit nach Ostpreußen. Die deutschen „Ansiedler“ brachten Maschinen, Vieh und weitere Werte „ihrer“ Höfe zu einem Sammelpunkt bei Plock und warteten in Miszewo Wielkie den Verlauf der Ereignisse ab. Der Hof der Zawadzki wurde von der deutschen Ansiedlerfamilie geplündert, und Marianna Zawadzki, die sich ein Bild vom Zustand gemacht hatte, schrieb ihrem Mann darüber.

Nach dem Ende des Warschauer Aufstands im Oktober 1944 kehrten die Ansiedler auf die Höfe zurück, die sie sich angeeignet hatten, und Marianna Zawadzka mußte – wie auch andere – nochmals für einige Monate ihr Heim verlassen.

Oberlischnitz, 12. Juli 1944

[...] Bei uns herrscht große Unruhe, aber sobald euch die Zwangsumsiedlung nach Preußen bevorstehen sollte [...] so setz Dich in den erstbesten Zug und komme zu mir. Die Kinder läßt Du am besten bei den Koseskis oder bei der Oma. [...]

Oberlischnitz, 19. Juli 1944

[...] das dauert noch, ich merke das sehr gut. Gut wäre es bereits, wenn wir gemeinsam Weihnachten begehen könnten. Gebe Gott, daß Du und die Kinder dies alles überleben. Es wird ein großer Sturm aufkommen, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. [...]

Oberlischnitz, 12. August 1944

[...] Mir dreht sich der Kopf, wenn ich nachdenke, was da alles geschieht. Was hat sie²⁰ hinterlassen? Hast Du es mit eigenen Augen gesehen, und hast Du keine Angst gehabt? Wie bist Du davongekommen?

Oberlischnitz, 15. Oktober 1944

[...] Es gibt nichts Neues zu berichten. Die Kartoffeln werden gerodet, und der Krieg nimmt kein Ende. Einige²¹ sollen jetzt in Fabriken arbeiten, aber mich nehmen sie nicht dafür, weil ich der einzige Mann auf dem Hof bin. [...]

Im Herbst schrieb Marianna ihrem Mann einen Brief mit unangenehmen Nachrichten: Man verdächtige ihn, Fluchtabsichten zu haben und heimkehren zu wollen.

Oberlischnitz, 30. Oktober 1944

[...] Du bist mir doch nicht böse, daß ich nicht komme, oder? [...] Ich warte hier, wie viele von uns, auf die Heimkehr, und jeder denkt darüber nach, wie es am besten wäre. Jeder hat soviel Schweres erlebt, und wenn man jetzt heimlich aufbrechen würde, dann könnte man sich auch selbst und an Ort und Stelle die Kugel geben.

Was verloren ist, ist verloren,²² die Hauptsache ist, daß sie den Hof nicht abbrennen und Du ebenso wie die Kinder überlebst. [...]

Oberlischnitz, 22. November 1944

[...] Solange wir uns noch schreiben können, schreib mir, von wo aus Du kannst. Wie geht es meinen Töchtern, sind sie gesund? Wahrscheinlich können sie sich schon gar nicht mehr an mich erinnern. [...]

20 Gemeint ist die deutsche Ansiedlerin, die sich den Hof der Zawadzkis angeeignet hatte.

21 Es handelte sich um Zwangsarbeiter, die bisher auf Höfen als Knechte eingesetzt waren.

22 Das bezieht sich auf das Vorgehen der deutschen Ansiedlerin Gertz.

Oberlischnitz, 11. Dezember 1944²³

Geliebte Marysia.

Ich lasse Dich wissen, daß ich mit Gottes Hilfe gesund bin, was ich auch Dir und den Kindern wünsche. [...] Ich grüße Dich und die Kinder, küsse Euch und wünsche Euch ein Frohes Fest. Seid nicht traurig, begebt das Fest, so gut ihr könnt. Mir ist es schwer, das Herz will mir brechen, wenn ich an Dich und an die Kinder denke, aber man muß es ertragen, bis die Zeit kommt. [...]

Ich schließe und grüße Dich, geliebte Marysia, und Kinder, es küßt Euch Euer Mieciiek.

Die Sowjetarmee überschritt den Narew am 16. Januar 1945 bei Pułusk, und ihre Soldaten waren am Abend des 18. in Michałowek und der nahe liegenden Stadt Płońsk. Die Familie Zawadzki fand erst im April wieder zueinander, kurz vor Ostern. Mieczysław Zawadzki hatte bis zuletzt, d. h. bis zur Flucht der deutschen Bevölkerung aus Pommern, in Oberlischnitz gearbeitet, das, nunmehr zu Polen gekommen, Dziecholino heißt und zum Kreis Łęborg gehört.

Die Tochter Teresa erinnert die Heimkehr des Vaters so: „Ich war damals bei der Tante, als unser ältester Vetter kam und sagte: ‚Euer Vater ist heimgekehrt [...]‘ Das Wort ‚Vater‘ klang sehr ungewohnt, wußte ich doch nicht mehr, was es heißt, einen Vater zu haben. Aber ich rannte nach Hause und sah da einen unbekanntenen Mann sitzen.“²⁴

Mieczysław und Marianna Zawadzki bauten unverzüglich ihren Hof in Michałowek wieder auf. Fleiß und Können Mieczysławs und die Fürsorglichkeit Mariannas machten ihren Hof zu einem der besten Anwesen im Gemeindeverband Załuski.

1946 wurde der Familie der Sohn Tadeusz geboren. 1973, nach dem Tod Mieczysławs, übernahm er den Hof. Marianna Zawadzka verstarb 1975.

Tadeusz führte den Hof nicht allzulange, er verschied bereits 1990, und der Hof wurde verkauft.

Teresa heiratete 1955 Waclaw Maliński, einen Jungen aus ihrem Dorf. Die beiden elterlichen Familien kauften gemeinsam einen Hof in Michałowek für die junge Familie. Sie ist dort bis zum heutigen Tag ansässig.

23 Im Briefwechsel der Eheleute der letzte, 128. Brief, der die Adressatin erreichte.

24 Tygodnik ciechanowski, 17.5.2005.

Bericht

Betrogen – verschleppt – hingerichtet. Schicksale französischer Zwangsarbeiter. Von Berliner Schülern gestaltete Ausstellung

Ulla Plener

Unter dem angegebenen Titel wurde am 17. Februar 2006 in der Georg-Weerth-Oberschule in Berlin-Friedrichshain eine beeindruckende Ausstellung eröffnet. Sie ist von 14 Schülern dieser Schule, die sich unter Leitung des Geschichtslehrers Peter Albrecht in der Projektgruppe Geschichte zusammenfanden, erarbeitet und gestaltet worden. Es geht um das Schicksal der in Berlin während der Nazizeit zum Tode verurteilten und hingerichteten französischen Zwangsarbeiter. Unterstützt von Mitgliedern des Paul-Singer-Vereins, recherchierten die Schüler im Bundes- und insbesondere im Landesarchiv Berlin, wo sie auf authentische Dokumente stießen, studierten Literatur, trafen sich mit französischen Zeitzeugen und Autoren. Ihre Recherchen ergaben: Von den 60.000 aus Frankreich Zwangsdeportierten, die in Deutschland zu Tode kamen, wurden 15.000 erschossen, gehängt oder enthauptet.

Bei der Durchsicht des Mordregisters des NS-Reichsjustizministeriums stießen die Schüler auf Namen von 150 französischen Staatsbürgern, die von Berliner Sondergerichten zum Tode verurteilt worden waren. Die meisten Opfer waren junge Männer der Jahrgänge 1920 bis 1925, nach herkömmlichen Rechtsauffassungen zum Teil noch Minderjährige. „Hinter jeder dieser Zahlen steht ein Einzelschicksal und sein grausiges Ende“, heißt es in dem von den Schülern erarbeiteten Begleittext zur Ausstellung. Zwangsarbeit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit war ein wichtiger Gegenstand des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses gegen die Nazi-Führung.

Was die Teilnehmer der Projektgruppe bei ihren Recherchen bewegte, darüber sprach zur Eröffnung der Ausstellung der Schüler Gerard-André Okoko:

„Die Schicksale der Zwangsarbeiter haben uns betroffen gemacht. Wir haben Texte gelesen, die uns erschütterten, betraf es doch meist Jugendliche, die gar nicht viel älter waren, als wir es sind. Herr Elola¹ hat uns erzählt, wie er in Paris eingezogen, zum Bahnhof militärisch abgeführt, in einen Güterwaggon verladen und nach Deutschland – nach Sachsenhausen – gebracht wurde.

Wir haben uns mit Menschen befaßt, die hier ihr Leben lassen mußten. Wir erfuhren von den unzumutbaren Lebensverhältnissen in den Zwangsarbeiterlagern, von dem schlimmen Hunger, der die Menschen plagte. In den Betrieben wurden sie

¹ Ein Zeitzeuge, Jg. 1923. Siehe Marcel Elola: Ich war in Berlin. Ein französischer Zwangsarbeiter in Deutschland 1943-1945, Berlin 2005.

hemmungslos bei zehn bis 13 Stunden täglich ausgebeutet. Sie waren für die NS-Behörden ‚fremdvölkisch‘, ‚rassisch minderwertig‘, wurden diskriminiert. In ihre Heimat durften sie nicht zurück, sie sollten als Sklaven für das Deutsche Reich bis zum Umfallen arbeiten. Was sie nicht wußten, wir aber herausgefunden haben: Sie standen ständig unter strengster Bewachung durch die Gestapo. Viele junge Zwangsarbeiter wurden von der Gestapo in unmenschliche Arbeitererziehungslager eingewiesen. [...] Zu essen hatten sie nichts. Um nicht zu verhungern, waren die Jugendlichen gezwungen, sich Lebensmittel zu verschaffen, auch durch Einbruch. Es gab auch Rebellion gegen unzumutbare Verhältnisse in Hitlerdeutschland. Viele weigerten sich, für den Feind zu arbeiten, den Krieg zu verlängern. Französische Zwangsarbeiter galten im Reichssicherheitshauptamt als besonders gefährlich, reichsfeindlich eingestellt, kommunistisch orientiert. Die meisten von ihnen kannten die Kriegslage. Die NS-Behörden fürchteten den Einfluß der französischen Zwangsarbeiter auf andere. Deshalb und zur Abschreckung wurden bei geringsten Vergehen Todesurteile gesprochen und vollstreckt. In der Ausstellung werden solche Urteile zitiert.

Das Schicksal der Zwangsarbeiter ist uns eine Mahnung, Verhältnisse nicht zuzulassen, wo jede Menschlichkeit verlorengeht. Deshalb müssen alle auf Nazi-Lehren fußenden menschenfeindlichen Ideologien strikt abgelehnt werden. Wir haben erfahren, wohin sie führen. Es waren Menschen in unserem Alter, die aufs Schafott geschickt wurden.“ In die Ausstellung haben die Schüler Passagen über Menschenrechte aus der Europäischen Verfassung aufgenommen – als Gegenpol zur nazistischen Unmenschlichkeit. Sie meinen: Ein demokratisches Europa ist der Garant gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus. „Wir sind für ein solches Europa, für kein anderes. Deshalb ist es uns wichtig, an das schwere Unrecht, das Menschen angetan wurde, zu erinnern, damit sich so etwas nie mehr wiederholt.“

Die Ausstellung wird auch an anderen Orten gezeigt. Sie kann als Wanderausstellung ausgeliehen werden. Anfragen sind an die Georg-Weerth-Oberschule zu richten (Telefon 030-24656714). Der von den Schülern erarbeitete Begleittext zur Ausstellung sollte in Gänze veröffentlicht werden, geht es doch darin um Fragen an die Geschichte, um historische Tatsachen als Hintergrund für die Einzelschicksale, um Ursprung und Ablauf der Zwangsarbeit, darunter in sogenannten Erziehungslagern, um propagandistische „Muster“-prozesse, um Rassismus und Menschenverachtung - dargestellt an konkreten Schicksalen.

Informationen

Erinnerung bewahren – Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“

Ines und Gerd Kaiser

Im Archiv der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ (Fundacja „Polsko-Niemieckie Pojednanie“, FPNP) in Warschau befanden sich im Spätherbst 2005 insgesamt 5.000 laufende Meter Akten.¹ Gesammelt, aufbewahrt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden zeitgenössische Dokumente verschiedenster Art und unterschiedlichsten Umfangs. Zum Archivbestand gehören z. B. Briefe, Postkarten, Berichte und Erinnerungen, letztere vor allem von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern. 2005 waren es bereits mehr als 10.000 Einheiten. Die am 16. Oktober 1991 begonnene Sammlung historischer Quellen, die besonders ab den Jahren 1997/98 wertvolle und umfangreiche Neuzugänge verzeichnete, wird intensiv und unter Einbeziehung der Medien weitergeführt.

Die Zeitzeugnisse dokumentieren die deutsche Vertreibungs-, Enteignungs- und Germanisierungspolitik in Polen während der NS-Okkupation des Landes. Historische Quellen aller Art geben Auskunft über das gesamte Spektrum der auf Vernichtung des polnischen Volkes zielenden Terrorpolitik durch militärische, polizeiliche und zivile Besatzungsbehörden. Ein Schwerpunkt des Archivbestands sind Quellen zur massenhaften Ausbeutung polnischer Arbeitskraft. Die erklärte Absicht der „Vernichtung durch Arbeit“ umfaßte die Kinder-, Sklaven- und Zwangsarbeit. An der Sammlung beteiligt waren und sind auch künftig gemeinsam mit der Stiftung u. a. die „Polnische Vereinigung der Opfer des Nazismus“ (Polska Unia Ofiar Nazizmu, PUON), das Internationale Auschwitzkomitee, der Polnische Verband Ehemaliger Politischer Häftlinge in Hitlerschen Haftanstalten und Konzentrationslagern. Neben ihrer Hauptaufgabe, der finanziellen und der wachsendes Gewicht erhaltenden sozialen Unterstützung von Opfern des Faschismus in Polen hat die von Prof. Dr. Jerzy Sulek, einem international ausgewiesenen Wissenschaftler und anerkannten Diplomaten, geleitete Stiftung 2005 ein neues und wichtiges Tätigkeitsfeld eröffnet. Im Oktober 2005 stellte sie der Öffentlichkeit erstmals eine Ausstellung zum Thema „Erinnerung bewahren“ vor. Bewußt wurde sie im Dorf Mnichów eröffnet, einem von 300 polnischen Dörfern, die während der Okkupation durch das Deutsche Reich – ähnlich wie das tschechische Lidice – von Grund auf zerstört und dessen Bewohner ermordet worden sind. Ehe die Wanderausstellung, der weitere Ausstellungen folgen sollen, auch im Ausland vorgestellt werden wird, wird sie ab 2006 in weiteren polnischen Dörfern und in Städten wie Gdańsk, Bydgoszcz u. a. gezeigt, bevor sie nach Warschau kommt, wo sie Gastrecht im Sejm und im Senat erhalten wird. Die Ausstellung erinnert an den alle Lebensbereiche erfassenden Terror des

¹ Sitz der FPNP ist in 00-921 Warszawa; ul. Krucza 36. Im Internet: www.fnpn.pl.

Dritten Reichs gegenüber Polen, vor allem an Aussiedlung, Vertreibung und Zwangsarbeit. Zwischen 1939 und 1945 wurden annähernd drei Millionen Polen als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Allein auf polnischem Territorium bestanden nahezu 2.000 sogenannte Arbeitslager. Die ikonografischen Elemente der Ausstellung – Fotos, Dokumente, Karten, audiovisuelle sowie Rundfunkmaterialien – stammen aus mehr als 30 ausländischen und polnischen Institutionen, die meisten aus der eingangs erwähnten Sammlung der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“.

Aus diesem einmaligen historischen Fundus stammen auch die Beiträge des ersten Bandes² einer auf mindestens zehn Bände (ab 2006 je zwei Bände pro Jahr) ausgelegten Quellenedition. Prof. Dr. Sulek beschrieb gegenüber den Autoren in einem Gespräch Anfang Oktober 2005 in Warschau das Anliegen des einmaligen wissenschaftlichen und editorischen Projekts, mit dem die Arbeit der Stiftung eine neue Richtung einschlägt: „Wir sind es den Opfern schuldig, jenen die überlebt haben, und jenen, die für immer von uns gegangen sind. Ihnen gebührt unsere Erinnerung, die Erinnerung daran, was sie zwischen 1939 und 1945 erleben mußten.“ Von Prof. Dr. Sulek stammt auch das Vorwort zum ersten Band und dem gesamten Vorhaben. Es ist verbunden mit der erneuten Einladung an die Öffentlichkeit, historische Quellen aller Art zur Verfügung zu stellen.

In diesem ersten Band sind es 18 Frauen und Männer, die ihre Erinnerungen an die Zeit unter deutscher Herrschaft aufgezeichnet haben. Es sind leidvolle Berichte über die Aussiedlung aus heimatlichen Dörfern und über die Zwangsarbeit in Polen, Österreich, dem sogenannten Sudetenland und in Deutschland. Geleistet wurde sie in deutschen Fabriken (u. a. der IG Farbenindustrie in Zwickau und Düren sowie den Bunawerken, der Opta Radio AG und in Bocholt im Bergbau), auf deutschen Bauernhöfen bzw. Gütern. Die Erinnerungen berichten von Haft und Zwangsarbeit in Konzentrationslagern (u. a. Auschwitz, Flossenbürg, Majdanek und Groß Rosen). Die jüngste Zwangsarbeiterin, Teresa Kowalska, war knapp acht Jahre, als sie, mit ihren Eltern aus dem Heimatdorf Ladygowice vertrieben, ins Polenlager Nr. 32 in Oderberg (Sudetenland) eingewiesen und gemeinsam mit anderen Kindern – bewacht von einem Aufseher mit Hund – bei Feldarbeiten, später als Magd im Viehstall auf einem Gut ausgebeutet wurde. Eine Tabelle vermittelt in gedrängter Form eine Übersicht über alle Autoren, deren Alter zur Zeit der Erfassung durch die Terrormaschine, die Zeitdauer sowie Art der Verfolgung durch Aussiedlung, Zwangsarbeit (mit Angaben zu Orten und Betrieben). Vorangestellt ist jedem Erinnerungstext eine Kurzbiografie der jeweiligen Verfasserin bzw. des Verfassers, zumeist mit historischen, auch erkennungsdienstlichen, Fotos, und Angaben über den Lebensweg nach dem Krieg.

² Zachować Pamięć. Relacje i wspomnienia obywateli polskich z pracy niewolniczej i przymusowej na rzecz III Rzeszy 1939-1945 [Erinnerung bewahren. Berichte und Erinnerungen polnischer Bürger an die Sklaven- und Zwangsarbeit für das III. Reich 1939-1945]. Hrsg. Fundacja „Polsko-Niemieckie Pojednanie“. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Jerzy Sulek, Einführung und Bearbeitung von Dr. Józef Lipiec und Dr. Henryk Piskunowicz., Warszawa 2005, 478 S., Fotos, Faksimiles.

Im abschließenden Teil des Bandes finden sich Kurzbiographien aller Verfasserinnen und Verfasser, auch in deutscher Sprache, sowie eine deutschsprachige knappe Zusammenfassung der Textaussagen. Den ersten Band schließen 14 historische Dokumente, darunter der Dekalog, zehn „Pflichten der Zivilarbeiter [...] polnischen Volkstums“, ein Foto von Häftlingen des „Polenlagers 32 in Bogumin“ und weitere Zeitzeugnisse ab.

Die weiteren Bände sollen den hohen editorischen Standart beibehalten, durch den sich der erste Band auszeichnet, und neben Erinnerungen in verstärktem Umfang auch historische Dokumente enthalten. Einige Bände werden dem Schicksal spezieller Opfergruppen gewidmet sein und weiteren speziellen Orten der Verfolgung. Bereits jetzt kann an Hand des Editionsprogramms vorhergesehen werden, daß die veröffentlichten und zu veröffentlichenden Materialien der Stiftung einen reichen neuen Quellenfundus erschließen werden, der nicht nur erzieherisches Gewicht für jetzige und künftige Generationen haben, sondern auch weitere interdisziplinäre Forschungen zur Geschichte, Medizin, Soziologie, Politologie, Psychologie und Pädagogik anregen oder bereichern wird.

Die „Freie Akademie“ e.V. (fa)

Wolfgang Heyn

Die „Freie Akademie“, eine in den Traditionen außeruniversitärer deutscher Wissenschaftlergesellschaften stehende Vereinigung, wurde im Jahre 1956 gegründet. Sie versteht sich als ein von konfessionellen und politischen Institutionen unabhängiger Zusammenschluß von Personen, die sich die Auseinandersetzung mit Daseins- und Wertefragen unserer Zeit zum Ziele gesetzt haben. Sie will dazu beitragen, daß wissenschaftliche und kulturelle Erkenntnisse verschiedener Fachrichtungen in einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden, und stellt sich damit bewußt und ausdrücklich in die Tradition der deutschen freigeistigen Bewegung.

Die „Freie Akademie“ ist ein eingetragener Verein. Ihre Geschäfte werden von einem Präsidium, einem Wissenschaftlichen Beirat sowie einer Geschäftsstelle geführt.

Das wichtigste Forum der „Freien Akademie“ sind die jährlich stattfindenden Arbeitstagungen, in denen aktuelle wissenschaftliche, gesellschaftspolitische oder kulturelle Themen behandelt werden. Die Teilnehmer hören Vorträge von Fachleuten, stellen Fragen an die Referenten und diskutieren die Themen untereinander im Plenum oder in Gruppen. Dabei wird angestrebt, daß zu dem jeweiligen Problemkreis unterschiedliche Auffassungen vorgetragen werden. Seit 1980 werden die Ergebnisse dieser Tagungen, ergänzt und abgerundet durch weitere Beiträge zum jeweiligen Themenkreis, in Form einer über den Buchhandel zu beziehenden Schriftenreihe publiziert. Zuletzt erschien Band 25 dieser Schriftenreihe zum Thema „Aufklärung, Vernunft, Religion – Kant und Feuerbach“. Darüber hinaus gibt die „Freie Akademie“ einen Rundbrief für ihre Mitglieder und Freunde heraus, der vor allem Berichte über durchgeführte Veranstaltungen, Vorankündigungen und Mitteilungen enthält.

Entsprechend dem interdisziplinären Selbstverständnis der „Freien Akademie“ werden die jeweiligen Tagungsthemen stets auch unter historischem Aspekt behandelt. Für den speziell an der Geschichte der Arbeiterbewegung Interessierten bieten deshalb die bislang vorliegenden Tagungsbände vielfältige und interessante Anknüpfungspunkte für weiterführende Forschungen. Das gilt auch und besonders für die im Jubiläumsjahr auf Schloß Schney stattfindende Tagung (28. April bis 1. Mai 2006), für die unter der Themenstellung „Utopien zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Perspektiven utopischen Denkens“ unter anderem folgende Beiträge angekündigt sind: „Marxismus – Das Utopische als Bedingung seiner Entstehung und Wirkung“ (Thomas Marxhausen), „Das Verhältnis von Utopie, Wissenschaft und Gesellschaftskritik bei Marx, Lukács, Adorno, Derrida“ (Frank Engster), „Internationale Solidarität im Spiegel ihrer eigenen Erwartungen: Das produzierte und das reproduzierte Bild der Neozapatistischen Revolution in Mexico“ (Niels Barmeyer), „Ist Utopie nur noch negativ möglich?“ (Dimitris Karydas).

Themen der Schriftenreihe:

- Bd. 1: Perspektiven und Grenzen der Naturwissenschaft (1980)
Bd. 2: Technik und menschliche Existenz (1982)
Bd. 3: Die Rolle der Großkirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland (1983)
Bd. 4: „Judenklischees“ und jüdische Wirklichkeit in unserer Gesellschaft (1985)
Bd. 5/6: Lernziele für die Welt von morgen / Neue Ethik für die Wissenschaft (1986)
Bd. 8: Kant und Nietzsche – Vorspiel einer künftigen Weltauslegung? (1988)
Bd. 9: Aspekte der Angst in der „Therapiegesellschaft“ (1990)
Bd. 11: Aufklärung und Postmoderne – 200 Jahre nach der französischen Revolution das Ende aller Aufklärung? (1991)
Bd. 12: Gesellschaft und Religion (1991)
Bd. 13: Ganzheitlich, natürlich, ökologisch – was ist das eigentlich? (1992)
Bd. 14: Was ist das mit Volk und Nation? Nationale Fragen in Europas Geschichte und Gegenwart (1992)
Bd. 15: Im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gemeinschaft (1993)
Bd. 16: Das Bewußtsein – philosophische, psychologische und physiologische Aspekte (1994)
Bd. 17: Wahrnehmung und Wirklichkeit – Wie wir unsere Umwelt sehen, erkennen und gestalten (1997)
Bd. 18: Fortschritt im geschichtlichen Wandel (1998)
Bd. 19: Renaissance des Bösen? (1999)
Bd. 20: Anthropologie der Medien – Mensch und Kommunikationstechnologien (2002)
Bd. 21: Werte und Normen – Wandel, Verfall und neue Perspektiven ethischer Lebensgestaltung (2002)
Bd. 22: Staat und Kirche im werdenden Europa (2003)
Bd. 23: Humanität – Hoffnungen und Illusionen (2004)
Bd. 24: Evolution zwischen Chaos und Ordnung (2005)
Bd. 25: Aufklärung, Vernunft, Religion – Kant und Feuerbach (2005)

Geschäftsstelle

16321 Bernau,
Rüdritzer Chaussee 48-50,
Telefon (033 38) 3 96 30
Website: www.freie-akademie-online.de

Rezensionen/Annotationen

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv 2004 (Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Jahrbuch 2004), Jahrgang XXX, Magyar Lajos Alapítvány, Budapest 2003.

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv 2005 (Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Jahrbuch 2005), Jahrgang XXXI, Magyar Lajos Alapítvány, Budapest 2004.

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv 2006 (Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Jahrbuch 2006), Jahrgang XXXII, Magyar Lajos Alapítvány, Budapest 2005.

In diesen Bänden des ungarischen Jahrbuches, deren Texte jetzt auch im Internet unter der Adresse www.magyarlajos.fw.hu zu finden sind, werden Ereignisse und Daten behandelt, deren Jubiläen in die Jahre 2004 bis 2006 oder in deren Nähe fallen. Der Charakter der Jahrbücher als Nachschlagewerke ist noch weiter ausgeprägt worden.

Im „Jahrbuch 2004“ ist die Rubrik „Außergewöhnliche Lebenswege“ Leo D. Trotzki (1879-1940) gewidmet. Der Teil „Studien“ enthält ganz oder auszugsweise Aufsätze von Eric Hobsbawm zu Krieg und Frieden im 20. Jahrhundert, von Tony Benn zum „Ende von Beveridge“, von István Mészáros zur ökonomischen Theorie und Politik „jenseits des Kapitals“ und von Andrea Panaccione zum Verhältnis von Totalitarismus-Begriff und Geschichtsforschung.

In der Rubrik „1903-1904“ behandeln Sándor Vadász den Dresdener Parteitag der SPD, József Pankovits einige Ereignisse aus der italienischen Arbeiterbewegung sowie János Jemnitz den 100. Jahrestag des russisch-japanischen Krieges aus der Sicht der internationalen Arbeiterbewegung. Die Rubrik „1924-1929“ enthält Beiträge von Kevin Morgan über die britische Linke und Amerika in den 20er Jahren und von János Jemnitz über George Bernard Shaws, Friedrich Adlers und Guisepppe Modiglianis Diskussion über den Faschismus in der zweiten Hälfte der 20er Jahre. Weitere Rubriken sind dem „Kalten Krieg“ und der Arbeiterbewegung, Stalins Tod und dem „Tauwetter“ (1953-1955), dem ersten Jahr der zweiten Blair-Regierung, dem Irak-Krieg und den Gewerkschaften „gestern und heute“ gewidmet.

Neben Dokumenten, Hintergrundmaterialien, Kurzbeiträgen zu Jahres- und Geburtstagen (u. a. zum 75. Geburtstag von Hermann Weber), Konferenzberichten (darunter zur schwedisch-russischen Konferenz über die Gründung der Sozialdemokratie, Moskau 2001, und die Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, Bochum 2002) und Rezensionen enthält der Bd. biographische Skizzen über Edward Aveling, Andrea Costa, Enoch Edwards, Konrad Haenisch, Nadežda K. Krupskaja, Pjotr B. Struve und eine Würdigung des Lebens von Stefan Heym als Persönlichkeit der Arbeiterbewegung (Klaus Höpcke/Iván Harsányi). Letztgenannter Beitrag wird im „Internationalen Anhang“ auch in deutscher Sprache wiedergegeben.

Das „Jahrbuch 2005“ stellt in seiner Rubrik „Außergewöhnliche Lebenswege“ Fjodor I. Dan und Maxim Gorki vor. Im Teil „Studien“ sind Beiträge enthalten von Tony Benn über „Old Labour“, von Peter Birke über den Aufstieg der politischen Rechten in Dänemark und anderen Ländern („Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts“, Teil I; im „Internationalen Anhang“ auch in deutscher Sprache), von Nikolaj Bucharin und Inessza Jäzborovskaja über die Versuche der polnischen Sozialdemokraten, ihre innere Krise zu überwinden, von Kate Hudson über Titos Politik der Nichtpaktgebundenheit und von Boris Kagarlicki über Rußland, die Wahlen, die Krise der Kommunistischen Partei und die Neue Linke.

In der Rubrik „1905“ wurden aufgenommen: Beiträge von Lajos Varga über die Haltung der Sozialdemokraten in den Jahren 1906/07 zur russischen Revolution, von Sándor Vadász über russische Archivadokumente zur Revolution von 1905 und zu den europäischen revolutionären Bewegungen, von János Jemnitz über das Echo auf die Revolution von 1905 in Westeuropa und von Judith Harrison und Lian O’Sullivan über die russische Avantgarde und den Staat in den Jahren 1905-1924. Die Rubrik „1927-1930“ behandelt u. a. die IKP 1927-1929 (Aldo Agosti), Herbert G. Wells und die „Welt des William Clissold“ (János Jemnitz), die allgemeine Charakteristik dieser Jahre (János Jemnitz), und gibt zeitgenössische Betrachtungen zu Parteikämpfen und Parteileben in Frankreich, zum Erscheinen der MEGA vor 75 Jahren und zum Briand-Memorandum wieder.

Weitere Rubriken sind dem „Jospin-Zeitalter“ und der Sozialistischen Partei Frankreichs nach Lionel Jospin und der Entwicklung im Irak gewidmet. Unter der Überschrift „Globalisierung“ wurden Beiträge von Annamaria Artner, Robert Jevzerov, Esme Choara und Alex Callinicos zur weltweiten Kritik an der Globalisierung, zu den Zielen und Aktionen von Anti-Globalisierungsbewegungen zusammengestellt.

Verschiedenen Materialien und Dokumenten, Skizzen zu Jahrestagen und zur Pressegeschichte folgen Rezensionen, Konferenzberichte und biographische Beiträge, die diesmal Edward Aveling, Eleanor Marx, Charles R. Buxton, Abel A. Jenukidse, Barthélemy Mayeras, Adrien Pressemane, Francis de Pressensé und Henry Louis Tolain, sowie Anna Lindh, Luigi Pintor und Paul M. Sweezy vorstellen.

Im „Internationalen Anhang“ finden sich (in deutscher Sprache) ein Beitrag von Stefan Bollinger zur „PDS mit neuem Programm und alten Problemen“ und ein Beitrag von D. A. Mironov zur Frauenarbeit in Rußland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (in russischer Sprache).

Auch das „Jahrbuch 2006“ wird mit der Rubrik „Außergewöhnliche Lebensläufe“ eingeleitet. Sie enthält diesmal Beiträge über Maxim Gorki, George Bernard Shaw und Ignazio Silone. In den Teil „Studien“ wurden aufgenommen: Beiträge von Annamaria Artner über die zweite Seite des „irischen Wunders“, von Tony Benn über New Labour, Globalisierung und über die EU, von Peter Birke „Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts“ (Teil II), von Eric

Hobsbawm der Vortrag „Manifest für die Geschichte“, von Kate Hudson eine Betrachtung über die kriegerische Politik der Vereinigten Staaten und die Antikriegsbewegung, von Robert Jevzerov über „Rosa Luxemburg, der Parlamentarismus und das heutige Russland“ sowie zwei Beiträge von István Mészáros über die Macht der Ideologie sowie über den „Zeitgenossen Marx“ und seine Interpretation der Globalisierung.

Die Rubrik „1905-1906“ enthält aus Anlaß des 100. Geburtstags von Attila József das Vorwort, das István Mészáros zu seinem Buch über den Dichter (Budapest 2004) verfaßt hat, weiterhin George Bernard Shaws Brief an Edward Pease vom 4. Juli 1906, von Lajos Varga ausgewählte Auszüge aus dem Protokoll des IV. Parteitages der SDAPR, Beiträge von János Jemnitz über James Keir Hardie an der Spitze der neuen Labour Party (1906/07) und über den 1. Mai 1906. Die Rubrik „1927-1931“ leitet Péter Konok mit einem Beitrag über Jenő Varga und Anton Pannekoek („Krise und Krisenbewertung“) ein. Es folgen ein zeitgenössischer Beitrag über die Veränderungen in Spanien des Jahres 1931, Beiträge von Anita Zalai über die spanische Linke in den Monaten nach der Ausrufung der Zweiten Republik und von Róbert Surányi über die Regierung der britischen Labour Party und die politische Krise des Jahres 1931, Auszüge aus zeitgenössischen Publikationen über die Weltwirtschaftskrise und zur Marxismusdebatte, Auszüge aus Briefen von Michael A. Bulgakov und Filippo Turatti. Die Rubrik „1955-1956“ enthält einen lange unbekanntenen Brief von Palmiro Togliatti an die Führung der KPdSU aus dem Jah-

re 1956, Auszüge aus der Autobiografie von Eric Hobsbawm über seine Reise in die Sowjetunion und die Geschehnisse danach (1954-1956) und einen Beitrag über die Lage der KP Großbritannien und die Diskussionen in den Jahren 1953-1956 (auf Grundlage der Memoiren von John Saville).

Dem Sieg der Linken in den französischen Kommunalwahlen und weiteren Wahlen im Europa des Jahres 2004 sind weitere Rubriken gewidmet. Dokumenten und Hintergrundmaterialien, Berichten über Jahrestage, Biographien von Historikern, Rezensionen und Konferenzberichten (hier u. a. über die 40. Linzer Konferenz und die Konferenz zur Pariser Kommune, 2003) folgen biographische Skizzen über Joseph Burgess, Aram Chatchaturjan, Alphonse Adolphe Merrheim, Pierre Monatte, Nikolaj I. Muralov, Anton Pannekoek, Denis Novell Pritt und Charles Rappoport, sowie über Norberto Bobbio, Howard Fast, Paul Foot, Henri Krasucki, Jacel Kuroñ, Arthur Miller und Henri Rol Tanguy.

Einige Texte, die das internationale Echo auf die Ereignisse 1956 in Ungarn verdeutlichen, finden sich im „Internationalen Anhang“ (in englischer Sprache).

Winfried Morgenstern

Stefan Bollinger (Hrsg.): Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien 2004, 173 S.

„Spätestens seit George W. Bush im selbst proklamierten Krieg gegen den Terror den Irak unter Bruch des Völkerrechts

und mit fadenscheinigen Begründungen angriff, ist ein Begriff auf die politische Bühne zurückgekehrt: Imperialismus mit seinen Ableitungen Imperium oder modischer Empire oder imperiale Politik. Es gibt keine Scheu mehr, vom Bush- oder vom USA-Imperialismus zu sprechen. Diese Rückkehr wundert, denn seit dem Zusammenbruch des Ostblocks war der Begriff Imperialismus verschwunden, schien er einer antimarxistischen, anti-linken political correctness zum Opfer gefallen zu sein, war er für viele nur Kampfbegriff des Kalten Krieges.“

Der Autor erläutert die Geschichtlichkeit des Imperialismusbegriffes. Er sei wie jeder andere politik- oder geschichtswissenschaftliche Begriff in die politischen und geistigen Auseinandersetzungen seiner Zeit eingebunden. „Definition und Interpretation sind von den Interessenlagen der Akteure geprägt.“ Insofern sei auch das Wort Imperialismus selbstredend ein Kampf- und Agitationsmittel. Vornehmlich sei er ein Kampfbegriff der Linken und nur selten von Macht-Ideologen benutzt worden. Diese Scheu sei derzeit zum Teil verschwunden. Manche Konservative wollen sich mit dem Imperialismusbegriff als Machtetikett auszeichnen. Indessen sei eine neue Begrifflichkeit, wie entfesselter Kapitalismus, Dienstleistungsgesellschaft, Wissensgesellschaft, Risikogesellschaft und vor allem die „Globalisierung“ auf eine Kaschierung des Neoliberalismus gerichtet. Ungeachtet sprachlicher Verwirrung kristallisieren sich „Konturen einer Gesellschaft und Politik der westlichen Metropolen heraus, die als bedrohlich, friedens- und freiheitsgefährdend“ einzustufen seien. Das Weltpolizisten-

gehabe der USA wird kritisch beleuchtet.

Vor diesem aktuellen Hintergrund vergleicht B. klassische Imperialismustheorien, wie sie zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts von Hobson, Hilferding, Luxemburg, Kautsky, Bucharin und Lenin eingebracht wurden, mit neuen Herausforderungen. Ausgewählte Textpassagen, denen er eine ausführliche wie interessante Einführung voranstellt, sollen einen Blick in die Geschichte des Imperialismusbegriffs und seiner theoretischen Diskussion anregen. Besondere Aufmerksamkeit verdiene der staatsmonopolistische Ansatz in den frühen Imperialismuskritiken, beispielsweise bei Hilferding und Lenin, mit dem dem Staat eine entscheidende Rolle für die Sicherung der Profitrealisierung der Monopole zugeschrieben worden sei. Es wird auf die auch heute immer unverhülltere personelle Verflechtungen und unmittelbare Einflußnahme der führenden Unternehmer auf die jeweiligen Regierungen verwiesen. Der Autor vertritt die Auffassung, in heutiger Sicht den Imperialismusbegriff wissenschaftlich im engeren Sinne auf die politische Dimension des Monopolverhältnisses anzuwenden und den Begriff Monopolkapitalismus auf die neue Etappe des Kapitalismus selbst, die im Unterschied zu Lenins Position durchaus nicht das höchste und letzte Stadium sein muß.

B. thematisiert Zusammenhänge, nennt historische Etappen der Entwicklung, die auf eine ständige Veränderung imperialistischer Politik und deren Rahmenbedingungen schließen lassen. Kritisch vermerkt er, daß in theoretischen Debatten Lenin wie seinen Zeitgenossen Ein-

seitigkeiten und historische Überholtheit vorgeworfen werden, ohne deren weitreichende Theorieansätze ausreichend zu beachten. Denkschablonen und Fixierung auf die gescheiterte staatssozialistische Geschichte sowie das bewußte Ausblenden der Systemauseinandersetzung belasten die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema.

Brisant ist zweifellos die vom Autor aufgegriffene Frage nach den künftigen Entwicklungschancen des Imperialismus, wobei er dem Thema der Globalisierung besondere Aufmerksamkeit widmet. Mit Hinweis auf frühe Analysen imperialistischer Entwicklungen (Luxemburg), betont B. den objektiven Charakter der Globalisierung, diese sei „ein notwendiger, naturgesetzlicher Prozeß der Produktivkraftentwicklung, auch unter kapitalistischen Verhältnissen“. Künftig können Produktivkräfte zunehmend global agieren und müssen es, wobei „Begrenzungen erforderlich sein müssen, aus ökologischen wie sozialen Gründen“, aber fraglich sei, wie diese unter konkreten Gesellschaftsvoraussetzungen möglich sind. Im weiteren verweist B. hier auf Marx'sche Erkenntnisse über die Herausbildung des Weltmarktes. Setze man diesen mit Globalisierung gleich, dann werde klar erkennbar, daß diese ein dem Kapitalismus innewohnender Prozeß sei. Die Globalisierungsprozesse seien als besondere ökonomische Bewegungsform der Monopole und der imperialistischen Politik zu betrachten. Heute vollziehen sich diese als ein neoliberales Projekt. B. beleuchtet den Zusammenhang von Globalisierung und US-Wirtschaftsmacht, deren Weltmachtanspruch und „Krieg gegen den Terror“. Globalisie-

rung gehe derzeit mit einer massiven Remilitarisierung der Außenpolitik der wichtigsten imperialistischen Staaten einher. Mit Präventivkriegen soll eine allumfassende Vorherrschaft der USA gesichert werden. Die skizzierte Entwicklung schließe einen wachsenden Autoritarismus ein.

B. erinnert mit seiner Arbeit sehr hilfreich an historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik imperialistischer Wirtschafts- und Politikentwicklung. Seine editorischen Vorbemerkungen sind in interessanter Weise auf die Aufhellung wesentlicher Hintergründe, Zusammenhänge und Folgen der sich unter Vorherrschaft der USA vollziehenden Globalisierung gerichtet.

Horst Klein

Rosa Luxemburg. Aktual'nyje aspekty političeskoj i naučnoj dejatel'nosti (Aktuelle Aspekte ihrer politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit), Verlag Denkmäler des historischen Denkens, Moskau 2004, 293 S.

Wie sehr Stalins Schatten über der Luxemburg-Rezeption in der sowjetischen Forschung gelegen hat, läßt sich am vorliegenden Sammelbd. erkennen. Ein Halbsatz Stalins über die „halbmenschewistischen“ Abweichungen Rosa Luxemburgs führte 1931 dazu, daß ihre wissenschaftlichen und politischen Ansichten de facto über 60 Jahre aus dem marxistischen Denken in den sowjetischen Geisteswissenschaften gestrichen wurden, auch wenn man sie selbst ob ihres Martyriums wie eine Ikone verehrte. Nach erfolgreichen Ansätzen in den 20er Jahren verfiel die Luxemburg-Forschung nach dem Stalinschen Verdikt in Totenstarre. Er-

freulich deshalb der vorliegende Sammelbd., der im Ergebnis einer deutsch-russischen Konferenz im Februar 2004 in Moskau zustande gekommen ist. Es war das die erste russische wissenschaftliche Veranstaltung zu Ehren von Rosa Luxemburg überhaupt. Veranstalter waren das Institut für allgemeine Geschichte der Rußländischen Akademie der Wissenschaften, das Moskauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und die Gemeinsame rußländisch-deutsche Kommission zur Erforschung der neuesten Geschichte der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. Die Redaktion lag in den Händen des bekannten russischen Luxemburg-Forschers Jakov Drabkin sowie von Wolfgang Grabowski und Marianna Kortcagina. Herausgekommen ist ein respektables Buch, das man in mancherlei Hinsicht als eine Bestandsaufnahme und zugleich als einen bescheidenen Neuanfang der russischen Luxemburg-Forschung ansehen kann.

Das Buch zielt eindeutig auf den in Rußland lebenden Leser, der heute bestenfalls eine verschwommene Ahnung von dieser großen Revolutionärin hat. Deshalb war es wohl eine kluge Entscheidung, auf fast einem Viertel des Platzes Rosa Luxemburg selbst zu Worte kommen zu lassen, zumal die einzige größere Sammlung ihrer ausgewählter Schriften vor längerer Zeit von Drabkin ediert wurde („O socializme i ruskoj revolucii“ (Über den Sozialismus und die russische Revolution, Moskau 1991). Publiziert werden einige gegen den Militarismus gerichteten Antikriegs-Reden, die Mehrzahl ihrer Äußerungen zur russischen Literatur und Kultur, ihre Stellungnahmen zur

deutschen Novemberrevolution und natürlich das Material über die Februar- und die Oktoberrevolution in Rußland, darunter auch das Fragment über die russische Revolution, das wegen seiner kritischen Lagebeurteilung nach eigenem Bekunden nicht weniger heutiger Luxemburg-Forscher in Rußland gewissermaßen zu einem Schlüsselerlebnis geworden ist. Dieser eher an eine Anthologie gemahnende Teil wird durch eine Auswahlbibliographie mit etwas über 100 Positionen ergänzt.

Dem deutschen Leser werden die meisten deutschen Arbeiten und Materialien bereits bekannt sein, die aber für den Leser in Rußland Neuwert beanspruchen dürfen. Dazu gehören der fundierte Einführungsbetrag von Evelin Wittich über den Berliner Streit um ein Luxemburg-Denkmal, hinter dem auch Tendenzen der Polemik mit der Revolutionärin stehen, oder der Literaturbericht von Ottokar Luban über die deutsche Luxemburg-Forschung nach 1990 und weitere Beiträge von Narihito Ito, Gerd Kaiser, Annelies Laschitza und Michael Brie. Hier interessieren vor allem die Beiträge der russischen Forscher, wobei in ihnen die Abrechnung mit der alten stalinistischen Praxis des Totschweigens vorherrscht und von fast allen Autoren problematisiert wird, besonders von Marlen Korallov in seinen bezeichnenderweise „Rückkehr und Abschied“ genannten Erinnerungen. Er zeigt die Mühen, unter denen er seine auch im deutschsprachigen Raum bekannten Sammlungen der kunst- und literaturtheoretischen Ansichten von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht noch in der Zeit der Stagnation „durchboxen“ mußte und be-

handelt das schwierige Schicksal des Liebknecht-Nachlasses. Überhaupt dominiert persönliche Reminiszenz. Das tut Robert Evserov, dessen Beitrag „Rosa Luxemburg und wir“ stark durch Erlebnisse mit der sowjetischen Zensur gefärbt ist. Kirill Širinja betonte seine eigene Rolle bei der Freigabe des Fragments über die russische Revolution für die Publikation in der Luxemburg-Ausgabe der DDR, ohne freilich mehr als dieses Faktum mitzuteilen. Und Nikolaj Orlov und Marija Orlova, die Stieftochter von Lev Kopelev, steuern in ihren Beiträgen Anekdotisches über das Luxemburg-Verhältnis von Heinrich Böll, Willy Brandt, Lev Kopelev und sogar Aleksander Solženicyn bei.

Demgegenüber mangelt es an größeren Neuansätzen. Drabkin betont in einer Übersicht R. Luxemburgs einzigartige Position im Dreieck von Deutschland, Polen und Rußland, das nach ihm vor allem durch ihr Kulturverständnis geprägt ist. Inessža Jažborovskaja fragt, wie man das Luxemburg-Erbe für die heutige Situation nutzbar machen könnte, verharret aber dann im Herkömmlichen. Wie man Rosa Luxemburg heute unter der Jugend popularisieren müßte, versucht G. Klokova mit methodisch-pädagogischen Erwägungen zu verdeutlichen, hinter denen aber noch keine erkennbare Praxis steht. Insgesamt zeigt der Bd., daß sich eine neue Luxemburg-Forschung in Rußland (auch mit neuen Namen) nur sehr zögernd entwickelt. Der Bruch ist zu groß – die Tradition wird von einigen großen Namen hochgehalten; junge Autoren sind kaum in Sicht. Deshalb dürfte der Diskurs der internationalen Luxemburg-Forschung mit den russischen Kol-

legen ein dringendes Gebot der Zeit sein.

Erhard Hexelschneider

Unbeirrbar rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie. Erzählt und ausgewählt von Stefan und Witold Leder. Hrsg. von Gerd Kaiser, edition bodoni, Berlin 2002, 374 S.

Mit dieser Publikation liegt eine Familienbiographie besonderer Art vor: eine gelungene Komposition von autobiographischen Betrachtungen, markanten Lebensbildern von Mitgliedern der jüdischen Familien Feinstein und Hirschfeld aus Polen, unbekanntem Primärquellen sowie Erinnerungen an Erlebnisse in sowohl widerspruchsvollen gesellschaftspolitischen Situationen als auch in kontrastreichen Milieus europäischer Großstädte. Ein umfangreicher Anhang mit einer Auswahlbibliographie wichtiger Veröffentlichungen zur Familien- und Zeitgeschichte, mit Faksimiles brisanter Archivalien, mit Kurzbiographien von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaften und Künsten, mit einem Verzeichnis zeitgeschichtlicher Parteien, Organisationen, Unternehmungen, Medien und Begriffen, mit einem Personenregister, einem geographischen Register, einem Abkürzungsverzeichnis und einem Familienstammbaum verleiht dem Buch zusätzlich hohen Informationswert. Das alles ist der umsichtigen und sachkundigen Arbeit des Hrsg., des durch beachtenswerte Publikationen ausgewiesenen Historikers Gerd Kaiser aus Berlin, zu verdanken.

Der Entschluß von Stefan und Witold Leder, so aufrichtige und eindringliche Beiträge zu ihrer Familiensaga über ein-

einhalb Jahrhundert geschrieben und ausgewählt zu haben, verschafft dem Buch eine äußerst aufwühlende Wirkung. Da ich das Glück hatte, die beiden interessierten und sehr sympathischen Brüder im Jahre 1996 während einer Tagung der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Warschau persönlich kennen zu lernen, bin ich natürlich besonders beeindruckt. Nach meinen Erinnerungen an unsere Warschauer Gespräche befragten sie mich u.a. zur Wahrscheinlichkeit, daß ihr Vater Wladislaw Feinstein, der unter vielen Pseudonymen, so z. B. Zdzislaw Leder oder Witold, figurierte, nicht nur ein aktiver Mitstreiter Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' in der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens war, sondern zeitweilig auch einer der jungen Geliebten Rosa Luxemburgs gewesen sein könnte, wie Elzbieta Ettinger in ihrer Rosa-Luxemburg-Biographie, Bonn 1990, S.159, zum Ausdruck gebracht hat.

Ihrem Vater Wladislaw Feinstein gehört die Hauptaufmerksamkeit in diesem Buch. Das entspricht der zentralen Rolle, die er in ihrem persönlichen Leben, in der Arbeiterbewegung sozialdemokratischer wie kommunistischer Prägung sowie ab 1919 in Deutschland, in der UdSSR und in den europäischen Beziehungen gespielt hat. Feinsteins Entwicklungs- und Bildungsweg wird detailliert dargelegt. Der Leser erfährt, wie er über verbotene Literatur und illegale Studentenzirkel 1903 zu einem Funktionär der SDKPiL wurde und wie er ab 1904 in Krakau für Parteizeitungen eng mit Jogiches zusammenarbeitete. Es wird mitgeteilt, daß Rosa Luxemburg von ihm verfaßte Parteidokumente und Aufrufe

sehr geschätzt habe und es wird geschildert, daß er ein freundschaftliches Verhältnis zu Feliks Dzierzynski pflegte. Den mehrmals verhafteten jungen Sozialisten führten seine unterschiedlichen Aufgaben nach Warschau, Krakau, Berlin, Paris, Genf und Moskau. Schließlich studierte er an der juristischen Fakultät der Universität Lausanne und interessierte sich immer intensiver für nationale, soziale und gewerkschaftspolitische Fragenkomplexe. Er wurde Kommunist, arbeitete für die Rote Gewerkschaftsinternationale und nahm ab 1924 unterschiedliche Aufgaben im Diplomatischen Dienst und in der Volkswirtschaft der UdSSR wahr. 1937 erlitt er „das gleiche Schicksal, wie die meisten Kommunisten mit vieljähriger Parteierfahrung; russischer wie ausländischer. Verhaftet und abgeurteilt verstarb er auf dem Weg in ein Lager jenseits des Polarkreises“ (S.46). 1956 wurde er rehabilitiert.

Dem Lebensbild von Wladislaw Feinstein schließen sich eine Bibliographie und Nachdrucke einiger seiner wichtigsten Arbeiten an. Abgedruckt ist „Zur Judenfrage in Rußland“ von 1912 aus der „Neuen Zeit“, „Lenin und die nationale Frage“ von 1924 aus der Zeitschrift „Die Internationale“, die Streitschrift „Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland vom Standpunkt des Kommunismus“ von 1922, der Aufsatz „Die deutsche Revolution und die Gewerkschaften“, der 1924 in der Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ erschien, und ein Auszug aus W. Leders umfangreicher Biographie über Leo Jogiches-Tyszka von 1928/1929 unter dem Titel „Leos Heimatland“.

Neben den Erinnerungen von Wera Figner, die von der Mutter der Gebrüder Leder übersetzt worden sind, und denen von Edda Tennenbaum und Sabina Marczak ziehen insbesondere Witold Leders Erinnerungen und Betrachtungen aus dem Jahre 2002 (S.227f.) und das Interview von Jacek Bomba mit Stefan Leder von 1988 in ihren Bann (S.297f.). Wie eindringlich beide, Witold der Militär und politische Akteur, und Stefan, der Mediziner und Psychotherapie-Spezialist, ihre Lebens- und Bildungswege im Spannungsfeld aufregender Familiengeschichte assimilierten Judentums, demütigender Fraktionskämpfe in den verschiedenen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, in den lebensbedrohlichen Entscheidungskämpfen z. B. der Volksfront in Frankreich und in Spanien, der konfliktgeladenen und opferreichen sozialistischen Aufbauversuche in der UdSSR und in Polen, des Zweiten Weltkrieges und nicht zuletzt der grausamen stalinistischen und antisemitischen „Säuberungswellen“ 1934-1938 sowie 1951-1954 darlegen, erschüttert und fasziniert zugleich. Alles wird so objektiv wie möglich angesprochen, das eigene Befinden und Denken bis hin zu Ängsten in Perioden der Verhaftungswellen und qualvoller Gefängnisaufenthalte nachvollziehbar dargelegt. Erfolge und Niederlagen werden nach Ursachen, Zusammenhängen und Folgen bohrend hinterfragt. Das persönliche Verhalten wird an Werten wie Anstand, Aufrichtigkeit, Toleranz, Solidarität, Internationalität und Menschlichkeit gemessen, wie sie diese unverlierbar in der eigenen Familie erlebt haben. Für Witold und Stefan Leder als engagierte Sozialisten und Kom-

munisten gehörten humanistische Grundwerte zu den Idealen der eigenen Bewegung, gegen deren Preisgabe es sich unnachgiebig aufzubauen galt. Anpassung um schnöder Vorteile willen wurde von ihnen als unverantwortlich verdammt.

Stefan Leder, der 2003 verstorben ist, wollte ursprünglich Geschichte studieren. Das aber war für ihn im Jahre 1938 in Moskau unmöglich, da der Vater verhaftet war. Daraufhin entschied er sich für Medizin und studierte unter schwierigen Bedingungen in Moskau und Orenburg. Vom Militärarzt in der 1943 bei Moskau aufgestellten polnischen Division, die sich aus Polen rekrutierte, „welche die Flucht nach Osten, Evakuierung, Verbannung, Lager überlebt hatten und jetzt mit der Waffe in der Hand gemeinsam mit der Sowjetarmee kämpfen konnten“ (S.258), entwickelte er sich zu einem hervorragenden Professor für Psychologie mit reichen Therapieerfahrungen. Witold Leder meldete sich als Freiwilliger in die 1. Polnische Division und begann im Rang eines Hauptmanns in einer Einheit der Luftstreitkräfte. Damit begann für sie eine neue Etappe im Leben – „die Teilnahme am Krieg und die Rückkehr nach Polen. Wir waren nicht mehr Menschen zweiter oder dritter Klasse, nicht mehr „Angehörige von Volksfeinden““ (S.258). Als international anerkannter Spezialist machte Stefan Leder in späteren Jahren mit Aufsehen erregenden Gedanken zu „Rationalismus und Romantik der Psychotherapie“ (S.295ff.) auf sich aufmerksam. Seine nach wie vor im Gesundheitswesen aktuellen Forderungen nach Gruppentherapie, Selbstfindung, Selbstverwirklichung, individuellen Erfahrungs-

und Verhaltenswerte, nach Auffinden des eigenen Platzes in den zwischenmenschlichen Beziehungen und in der Gesellschaft sprechen für sich.

Am Schluß seines autobiographischen Beitrages beantwortet Witold Leder eine ihnen beiden oft gestellte Frage mit der ihm eigenen Bestimmtheit: „ich habe mich bis zum ‚bitteren Ende‘ nie entschlossen, mich von der Bewegung und von der Partei, die sie so oder so repräsentierte, zu trennen. Ich gehöre nicht zu manchen langjährigen Kommunisten, die unter dem Eindruck der blutbefleckten Seiten im Buch des Kommunismus, das man marktschreierisch als Schwarzbuch verkauft, sich, ehrlich oder oftmals konjunkturrell, von ihren Überzeugungen abgewandt haben. Warum? Ich sehe, im Nachhinein, drei Gründe für meine Entscheidung. Erstens glaubte und glaube ich, daß jeder Versuch einer Reform des Kommunismus als Doktrin und als Gesellschaftssystem nur innerhalb der Partei und nicht ‚von außen‘ ausgetragen werden kann. Sonst muß er in einen Kampf gegen die vorhandenen Elemente des Sozialismus ausarten. U. a. habe ich mich deswegen in den späteren Jahren der ‚Solidarnosc‘ nicht angeschlossen. Trotz ihres authentischen Massencharakters sah ich viel zu viele fremde – aber auch feindliche – Hände, die in ihr herummanschten.

Zweitens ließ ich mich von der schon erwähnten Überzeugung leiten, daß man nicht aufgeben soll, so lange es noch die geringsten Chancen eines Erfolgs gibt. Und, wie ich schon einige Male sagte, sah ich solche Chancen und hielt sie, trotz der enormen Schwierigkeiten beim Aufbau eines ‚reformierten‘ Kommunismus, für real.

Und schließlich drittens, und das sage ich mit ganz leiser Stimme, denn es klingt sehr altmodisch, gibt es so etwas wie ein Ehrgefühl, und das sagt mir, daß man ein sinkendes Schiff und seine Kampf- und Gesinnungsgenossen nicht verläßt um sich selbst in Sicherheit zu bringen“ (S.268). Doch die Kräfte, „die uns gegenüberstanden, haben sich als stärker erwiesen, obwohl sie keine Antwort auf die Frage hatten, was sie uns nach dem Kommunismus anbieten wollten“ (ebenda). Trotz durchlebter Drangsal und Krisen im privaten wie politischen Leben gaben die Gebrüder Leder wie ihr Vater ihren Optimismus nie auf.

Die vorliegende Publikation wirkt wie eine lebendige Ergänzung zu Eric Hobsbawms „Zeitalter der Extreme“ (1995). Interessanterweise ließ auch er seiner Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts einen Sammelband „Ungewöhnliche Menschen“ (1998) folgen. Um ungewöhnliche Menschen mit Charakter, Standhaftigkeit und Charisma geht es im wahrsten Sinne des Wortes in der vorliegenden roten Familiensaga.

Annelies Laschitzka

Martin Oberpriller: Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2004, 390 S.

Die Arbeit bietet wie kaum eine andere eine ausführliche und zuweilen ins Detail gehende Darstellung der nahezu 100jährigen Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland. Sie erinnert an die sozialen Zustände im Deutschen Reich zu Beginn des vergangenen Jh., an das Drängen der Jugend, eine ei-

gene Interessenvertretung zu besitzen, an die organische Verknüpfung von Arbeiterjugend und Sozialdemokratie sowie an permanent auflebende Spannungen im Verhältnis von Jugend und Partei. Konflikte brachen auf, weil Partei und Gewerkschaften, die sich selbst als die eigentlichen Interessenvertreter der Jugend begriffen, in der Jugendbewegung eine politische Konkurrenz und Gefahr für die Einheit der Arbeiterbewegung vermuteten. Nur zögerlich haben sich die Führungsspitzen der Arbeiterbewegung mit der Bildung von Jugendverbänden abfinden können. Der Jugendorganisation wurde bestenfalls eine Bildungsfunktion für die Vorbereitung der künftigen Partei- und Gewerkschaftskader zugestanden. Indessen strebten Arbeiterjugendvereine gegen geltendes Vereinsgesetz und Mißtrauen des Partei- und Gewerkschaftsvorstandes zur relativen Selbständigkeit. Es sei Karl Liebknecht gewesen, der sich frühzeitig für eine kontrollierbare Selbständigkeit der Jugendverbände eingesetzt habe.

Der Autor schilderte im Weiteren das Verhältnis der Arbeiterjugendvereine und der 1918/19 entstandenen Jungsozialisten (Jusos) zur SPD- und Gewerkschaftsführung. Die im Herbst 1931 entstandene tiefe politische Krise habe schließlich zur Auflösung der Jusos geführt. Infolgedessen schlossen sich viele Jusos, ebenso wie zahlreiche Mitglieder der 1922 gegründeten Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der zeitgleich entstandenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) an. Für den gesamten Zeitraum ist – so z. B. an politischen Kernpositionen – erkennbar, daß sich die Jusos vornehmlich als linke Opposition zur Partei führung verstanden. Im aufkommenden

Vereinsleben wurden, so der Autor, nicht nur sozialpolitische Forderungen der SPD, sondern ebenso brisante Tages- und Grundsatzfragen, wie z. B. der Antimilitarismus, debattiert. Bereits 1907 fand in Stuttgart die erste internationale Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen statt, auf der Karl Liebknecht als Wortführer der Linkssozialisten über den Kampf gegen den Militarismus referierte.

Die Haltung zum Militarismus und zur Wehrfrage war auch nach dem Zweiten Weltkrieg und bis in die Zeit der deutschen Einheit 1990 eine der Kernfragen politischer Auseinandersetzungen und Positionsfindung in der Arbeitsgemeinschaft der Jungesozialisten. Das wird ausführlich an Themen wie die Remilitarisierung der Bundesrepublik, die Wehrpflicht, die Rüstungspolitik in Ost und West sowie dem NATO-Doppelbeschluß zur Stationierung neuer Raketen-systeme, an der Krieg-Friedenfrage auf Kongressen und in Theoriedebatten der Jusos nachgewiesen. Eine weitere Kernfrage war die nach der Haltung der Jusos zu kommunistischen Organisationen. Während in den Jahren der Weimarer Republik Annäherungsversuche infolge der Feindschaft zwischen KPD und SPD chancenlos blieben, sei es gegen den Willen der SPD-Führung und trotz Unvereinbarkeitsbeschluß von 1972 vor allem seit den 70er Jahren zu äußerst problematischen Annäherungen gekommen. Der Autor schildert ausführlich wesentliche Hintergründe und Zusammenhänge der in der Arbeitsgemeinschaft und auf den Kongressen der Jusos geführten Theoriediskussion. Diese sei mit einer Wiederbesinnung auf die Marxsche Theorie und auf eine aktuelle Auffrischung

der von Lenin eingebrachten Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) für die Charakterisierung und Überwindung des politischen Systems der BRD gerichtet gewesen und habe innerhalb der Parteijugend zu Richtungskämpfen zwischen reformistischem und Stamokap-Flügel geführt. Das eigentliche Problem der über zwei Jahrzehnte andauernden strittigen Theoriediskussion habe darin bestanden, daß „viele Stamokap-Theoretiker,[...] einer antimonopolistischen Bündnisstrategie folgend beinahe zwangsläufig mit der DKP zusammenarbeiten mußten“. Besonders „anfällig“ dafür seien Wortführer des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) gewesen. Die Sozialdemokratie habe sich deshalb 1971 vom SHB trennen müssen. Zu den namhaften Juso-Funktionären, die zu dem Stamokap-Flügel zu rechnen waren, gehörten u. a. Karsten D. Voigt, Detlev Albers, Olaf Scholz und Uwe Benneter. Letzterer wurde 1977 wegen seiner Kontakte mit der DKP aus der SPD ausgeschlossen, der er erst 1983 wieder beitreten durfte, was ihn nicht hinderte, 20 Jahre später Generalsekretär der SPD zu werden. Ihre Arbeit habe vielen der Jusos als Sprungbett für Parteiämter gedient. Der einstige Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder erreichte sogar den Aufstieg zum Bundeskanzler. Der Autor vermerkt kritisch: „Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Parteinachwuchs war dergestalt, dass die Erwachsenen sehr wohl auf die Arbeit der Jusos Einfluss nahmen, während es der Jugend dauerhaft nicht gelang, altersgruppenspezifische Themen auf die Agenda zu setzen. Der SPD war es zwar gelungen, die eigenen Jungfunktionäre mit der Aussicht auf Karrierechancen zu

disziplinieren. Dafür hatte die Partei den Kontakt zur jungen Generation weitgehend verloren.“ Der Autor betont, daß „kritische Solidarität innerhalb der Gesellschaft wie zur eigenen Partei (...) die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung seit 100 Jahren geprägt (haben). Das war nicht immer bequem für die SPD, doch am Ende haben beide Seiten gewonnen. Die Jugend, weil es ihr als Teil der Sozialdemokratie häufig möglich war, gestaltend an den politischen Prozessen mitzuwirken, und die Partei, weil sie auch durch den eigenen Nachwuchs immer wieder an die eigenen Ursprünge und Ideale erinnert wurde.“ O. kommt hier zu einer Schlußfolgerung, die für das Verständnis des Charakters der SPD von grundsätzlicher Bedeutung ist, nämlich daß Linksozialisten und linke Politik in der SPD stets der wirkliche Lebensborn für die Reproduktion sozialdemokratischer Identität waren und sind. *Horst Klein*

Bernhard Neff: „Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe...“ Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890-1913, SH-Verlag GmbH, Köln 2004, 284 S.

Mit dem Zitat wie dem Untertitel zum Buch hat der Autor seinen Gegenstand, dem er sich in seiner Dissertation gewidmet hatte, ziemlich treffend bezeichnet. Der dürfte aber nur für den intimen Kenner der SPD-Geschichte vor 1914 nicht überraschend sein, denn im allgemeinen hat sich wohl der Eindruck festgesetzt, die damalige sozialdemokratische Politik habe sich ausschließlich durch ihren Kampf und ihre Kritik gegenüber dem

preußisch-deutschen Militarismus ausgezeichnet, erst die besonderen Umstände des Kriegsausbruches hätten dann zum 14. August geführt. Im Gegensatz dazu geht der Autor von einer selbständigen Militärpolitik und Militärkritik der SPD-Führung aus, was allerdings etwas überzogen sein dürfte. Diesem Eindruck versucht der Vf. durch den Trick zu entgehen, indem er die Darstellung des allgemeinen Umfeldes, das der preußisch-deutsche Militarismus nach dem Sieg über Frankreich formte, einbezog. Hinzu kommt die Nachzeichnung der bürgerlichen linksliberalen Kritik bei einigen Reichstagsabgeordneten und Journalisten an bestimmten Auswüchsen des Militarismus („Dekorationsmilitarismus“) und einigen nicht zuletzt vom Kaiser erzwungenen rein militärtechnischen Fehlentwicklungen (wie z. B. dem Beibehalten einiger buntgefedelter Kavallerie-Einheiten für seine Manöverspiele). Das macht die Arbeit gut und manchmal amüsierend lesbar und kaschiert die objektiv bescheidene Quellen- und Literaturbasis, obwohl der Vf. nicht wie inzwischen üblich vor der Nutzung von DDR-Literatur zurückschreckte. Aus dem insgesamt begrenzten Erkenntnisgewinn sei die nicht ganz neue und vielleicht nicht unbedingt gewollte Bestätigung der von der marxistischen Geschichtsschreibung herausgearbeiteten Auffassung hervorgehoben, daß die reformistische Wandlung der SPD etwa seit 1907 auch dieses Gebiet in dem Maße erfaßte, wie die Vertreter des rechten Flügels (Albert Südekum, Gustav Noske, Eduard David, Georg von Vollmar, Wolfgang Heine u. a.) an die Stelle der prinzipiellen Kritik und Ablehnung des

Militärs (Budgetverweigerung und Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Miliz bzw. ein Volksheer) die Politik der reformerischen Verbesserung und Effektivierung des Heeres setzte. Die Belege für diese Elemente des Integrationskurses der SPD arbeitet der Vf. klar heraus und wertet sie positiv als Signale der wachsenden Alltagstauglichkeit, mit heutiger Terminologie: des „Gebrauchswertes“ der Partei, was an die Stelle des traditionellen Verständnisses trat, daß die Wehrverfassung einen Eckpfeiler der Macht- und Staatsverfassung darstellt. So blieb auch die in den „Sozialistischen Monatsheften“ schon 1907 vertretene These unwidersprochen, daß das Heer einer Kulturnation nicht mehr nach Belieben mißbraucht werden könne, und es habe „als politisches Machtmittel jene Bedeutung nicht mehr, die einst der Armee zukam“. Spätere Erfahrungen haben die Väter des Grundgesetzes dazu bewogen, ausdrücklich den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu verbieten. Zwar konstatiert der Vf., die angeblich „konstruktive und reformorientierte Militärkritik“ habe die Absicht gehabt, anstelle der „ins Leere stoßenden Fundamentalkritik“ dem konservativen Militarismus den Todesstoß zu versetzen. Sie sei zwar ein „schwerer Fehler“ gewesen, aber ihn lediglich als „taktisch“ zu qualifizieren, verkennt die verhängnisvollen Folgen dieser „Taktik“. *Heinz Niemann*

„Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915-1917, hrsg. v. Heinz Deutschland, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2005, 210 S., Abb.

D., der in diesem Jahrbuch (2005/I u. II) Briefe Käte und Hermann Duncikers aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre veröffentlicht und erläutert hat, legt nun eine Auswahl der Korrespondenz dieser beiden Briefpartner aus den Jahren des Ersten Weltkrieges als selbständige Publikation vor. Die Duncikers, mit deren Leben und Werk sich der Hrsg. fast ein halbes Jahrhundert lang befaßt hat, bedürfen hier keiner weiteren Vorstellung. Dem Leser des Bd. werden die Biographien der beiden Briefpartner in Form einer Chronik der wichtigsten Lebensdaten vermittelt. Hermann Duncker schrieb seine Briefe als Landsturmmann, der trotz seines fortgeschrittenen Alters und seiner schlimmen Sehbehinderung Kriegsdienst an der Ost- und später an der Westfront leisten mußte, Käte Duncker die ihrigen überwiegend aus dem schwer unter dem Krieg leidenden Berlin.

Den Titel seiner Veröffentlichung hat der Hrsg. insofern gut gewählt, als dieses Zitat keine beiläufige Äußerung Hermann Duncikers, sondern sein immer wieder zum Ausdruck gebrachter unerschütterlicher Standpunkt ist. Die Vorstellung, er könnte in eine Situation geraten, in der er seiner Überzeugung untreu werden müßte, konnte ihn schier zur Verzweiflung treiben. Es gibt nicht allzu viele Zeugnisse, die den barbarischen Charakter des Krieges so ungeschminkt und eindringlich bloßlegen, wie diese Briefe Hermann Duncikers an seine Frau Käte. Es sind nicht nur die Toten und Verwundeten oder die zerstörten Städte und Dörfer, Wohn- und Kulturstätten, über die er sich empört, es ist die gesamte demoralisierende Wirkung des Völ-

kermordens, die ihn aufwühlt – die allgemeine Verrohung, der menschenverachtende Kommißgeist, die unwürdige Behandlung der Soldaten, die gleichzeitig schikaniert und als Helden gefeiert werden. „Der Ruin ist ungeheuerlich“, schreibt er am 7. Februar 1917, „und den Brodem sittlicher Fäulnis müssen nun schon die 17-18jährigen atmen – die Seele wird noch vor dem Körper gemordet“ (S.110). So ist sich Hermann Duncker bewußt, von welchem Tiefpunkt aus ein neuer Anlauf zur Verwirklichung seiner sozialistischen Ideale gewagt werden muß.

Völlig verfehlt wäre die Annahme, daß seine Frau Käte in dieser Korrespondenz nur als die Adressatin der Briefe, als ihrem an der Front stehenden Ehemann mutmachende treue Gattin in Erscheinung tritt. Käte Duncker war als Sozialistin und Vorkämpferin für die Rechte der Frauen Hermann Duncikers ebenbürtige Weggefährtin. Sie hatte auf ihre Weise die Nöte des Krieges zu meistern, den Lebenserhalt der Familie zu gewährleisten und mit ungezählten Widrigkeiten fertig zu werden, wovon ihre Briefe beredtes Zeugnis ablegen und so zu einer wichtigen Quelle zur Alltagsgeschichte im Ersten Weltkrieg werden. Dies ist aber noch nicht einmal die Hälfte ihrer damaligen Lebensleistung. Käte Duncker gehörte als Kampfgenossin von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin zum engeren Zirkel der deutschen Linken, stand mutig im Antikriegskampf und war an allen zur Herausbildung des Spartakusbundes führenden Entscheidungen und Aktivitäten mehr oder weniger intensiv beteiligt. Nach der Verhaftung

Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Ernst Meyers und anderer Mitstreiter lastete auf ihr – mit Leo Jogiches im Hintergrund – zeitweise die Hauptverantwortung für das Aufrechterhalten der organisatorischen und politischen Verbindungen unter den Spartakusleuten. „Ich schreibe diese Zeilen, während zwei Kriminalbeamte die Wohnung von unten bis oben durchschnüffeln. Sie kamen $\frac{1}{2}$ 10 [Uhr] und sind jetzt ($\frac{1}{2}$ 3) immer noch da. Der eine hat sich äußerst ruppig betragen“, so beginnt ihr Brief vom 1. März 1917. In ihren Briefen berichtet sie ihrem Hermann – mitunter in naiv verschlüsselter Form – ständig über den schwierigen, nervenaufreibenden Prozeß der Formierung der deutschen Linken, über die Reibungen mit den Zentristen und über die Schandtaten der von ihr verachteten Sozialchauvinisten. So kann niemand, der sich mit der Geschichte der deutschen Linken und der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg überhaupt befaßt, an diesen Briefen Käte Dunckers vorbeigehen.

Der Hrsg. stand vor der schwierigen Aufgabe, aus 649 Briefen und 262 Karten im Umfange von nahezu 3000 – nicht immer leicht zu entziffernden oder zuzuordnenden – Blättern eine Auswahl zu treffen und dem Leser viele in dieser Korrespondenz auftauchende Ereignisse und Tatbestände zu erläutern und erwähnte Personen vorzustellen. Dem dienen nicht nur die Einführungen zur Gesamtpublikation und zu den an den Einsatzorten Hermann Dunckers orientierten Abschnitten, sondern auch zahlreiche Anmerkungen. Im Anhang findet der Leser neben den bereits erwähnten Kurzbiographien der Briefschreiber eine

Bibliographie der Veröffentlichungen Käte Dunckers aus den Jahren 1914-1918 und 1924, den Wortlaut ihrer Reden und Artikel aus den Jahren 1914-1917, eine Publikation und ein Antikriegsgedicht Hermann Dunckers, ein annotiertes Personenverzeichnis und das Personenregister. Im Abspann verweist D. darauf, daß angesichts der heutigen Zustände viele der Aussagen Hermann und Käte Dunckers keineswegs antiquiert sind, sondern „Anstöße für heutiges Denken und Handeln“ (S.159) enthalten. Gefördert wurde dieses Projekt mit Mitteln aus dem von der SAPMO (BArch) verwalteten Restvermögen des FDGB. Gemessen an den auf Hochglanzpapier daherkommenden Werbeprospekten und manchen sich gewichtig gebenden Scharlatanerien wäre dem Bd. eine ansprechendere typographische Gestaltung zu wünschen, besonders bei der Wiedergabe der Bilder und Faksimiles. Auf den zweiten Blick jedoch stellt sich das Gefühl ein, daß der Inhalt und die bescheidene Form letztlich zusammenpassen und der selbstlosen Gesinnung und der Bescheidenheit der Briefschreiber entsprechen. Dieser Schrift ist eine weite Verbreitung zu wünschen; sie sollte Pflichtlektüre für all jene Eiferer werden, die in den sogenannten Wendejahren in Berlin und andernorts nichts Eiligeres zu tun hatten, als den Namen Duncker aus dem Straßenbild und der Erinnerungskultur zu tilgen.

Günter Benser

Susanne Miller: So würde ich noch einmal leben. Erinnerungen. Aufgezeichnet und eingeleitet von Antje Dertinger, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2005, 216 S.

Geboren 1915 in Sofia, als Kind in Wien, als Gymnasiastin wieder in Sofia mit periodischen Besuchen in Budapest, seit 1932 wieder in Wien, 1937-1946 im Londoner Exil – das waren die Lebensstationen der jungen Susanne Miller. So lernte sie schon früh verschiedene Länder und Kulturen kennen, kam mit unterschiedlichen Weltanschauungen in Berührung. Aus einem „gutbürgerlichen“ Hause stammend, nahm sie bereits als Kind und Jugendliche soziale Ungerechtigkeiten wahr, fühlte sich „hingezogen zum Proletariat“ (S.22), absolvierte 1932 in Wien ein Sozialpraktikum, das sie in Arbeiterwohnungen und -familien führte, war erschüttert von dem, was sie sah, mitgenommen und voller Mitgefühl. So war es nicht verwunderlich, wenn sie – in Sofia mit Ideen von Leonard Nelson bekannt geworden – sich 1932 bei einer Reise nach Berlin dem dortigen Nelson-Kreis anschloß und später in London Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes wurde. 1932 begann sie an der Universität in Wien Geschichte, Anglistik und Philosophie zu studieren, hörte hier Vorlesungen bei Max Adler, der „faszinierend und engagiert“ über die Geschichte der Arbeiterbewegung sprach, „ein Verkünder des Marxismus“ war und einen marxistischen Diskussionskreis leitete, den S.M. besuchte. Wenn sie auch Adlers Marxismus (insonderheit dem „historischen Materialismus“) nicht so recht folgen konnte, hat sie sich auch später „immer für die marxistische Theorie interessiert“ (S.178). Und sie schätzte überzeugte Marxisten – nicht zuletzt wegen ihres Internationalismus, so u.a. die polnischen jüdischen Bundisten („fast dogmatische

Marxisten“, S.90), die sie in London kennen gelernt hatte und die sie zur Erkenntnis führten, daß „eine Ideologie nur gewisse Seiten eines Menschen bestimmt und dass man offen sein sollte auch für emotionale oder andere [...] Züge, durch die eine Persönlichkeit geprägt wird“ (S.91).

In Wien erlebte sie den Februar-Aufstand 1934, der sie stark geprägt hat: Sie wurde Helferin für Angehörige der Aufständischen, erfuhr dabei „etwas über den Geist der österreichischen Sozialdemokratie“, was ihr sehr wichtig war (S.63). Seit dem Londoner Exil mit Willi Eichler in Lebensgemeinschaft verbunden, folgte sie ihm nach Deutschland, wurde 1946 in Köln Mitglied der SPD und seitdem für diese aktiv, zunächst bei der Frauenarbeit und der politischen Bildung, später bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, als Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD u.a.m.

1960 nahm S.M., nachdem das Godesberger Programm der SPD, dessen Entstehung sie begleitet hatte, angenommen worden war, in Bonn noch einmal, 45jährig, das Studium auf und schloß es nach drei Jahren mit der Promotion ab. Ihr Thema: „Das Problem der Freiheit im Sozialismus“ – eine Geschichte früherer sozialdemokratischer Programmatik (1964). Seitdem gehört sie zu den profiliertesten Historiographinnen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. „Sozialdemokratie als Lebensinn“ – so der treffende Titel des Sammelbandes (1995) ihrer Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD.

Die Arbeiterbewegung – für S.M. „war sie ein Lebensinhalt“; und gerade deshalb bekennt sie, immer eine Antikommunis-

tin gewesen zu sein, die sie „bis heute geblieben“ ist. Ihre Begründung: „Was ich den Kommunisten am meisten verübele und unter keinen Umständen irgendwie abmildern kann, ist, dass sie den Gedanken des Kommunismus kompromittiert haben; dass sie es waren, die die Arbeiterbewegung in ein total schiefes Licht gebracht, Millionen überzeugter Sozialisten gequält, in ihrer Existenz vernichtet und ermordet haben. Das waren für mich absolut unverzeihliche Taten...“ (S.178/179). Da ist S.M. zuzustimmen – ausgenommen die pauschale Belastung aller Kommunisten mit diesen Verbrechen; es waren an diesen Verbrechen nicht beteiligte Kommunisten, die der Nazibarbarei am aktivsten widerstanden hatten.

Als Mitglied der SPD-Grundwertekommission nahm S.M. an Beratungen teil, die 1987 zum bekannten „SPD-SED-Papier“ geführt hatten. Dem Auftreten der DDR-Wissenschaftler steht sie kritisch gegenüber, aber die damaligen Erfahrungen seien für ihr „Verständnis politischer Situationen doch ein Gewinn gewesen“ (S.181).

Alles in allem: Ein Jahrhundertleben mit der und für die Arbeiterbewegung in ihrer sozialdemokratischen Variante, das von Überzeugung, Hingabe und Toleranz geprägt ist. So habe ich S.M. auch persönlich auf den Linzer Tagungen kennen gelernt.

Ulla Plener

Reiner Tosstorff: Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2004, 791 S.

Die internationalen Organisationen der kommunistischen Arbeiterbewegung – wie die Kommunistische Internationale und Jugendinternationale, Internationale Rote Hilfe u. a. – sind bis in die jüngste Zeit nur ausnahmsweise in den Blick der wissenschaftlichen Forschung geraten. Neben einer Studie von André Gounot über die Rote Sportinternationale 1921-1937 (Münster 2002) muß deshalb die auf einer Habilitationsschrift beruhende Studie von T. über die Geschichte der Roten Gewerkschaftsinternationale auf Interesse stoßen. Sie basiert auf Archivalien aus dem Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) und dem Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) in Moskau sowie Archiven in den USA und dem Bundesarchiv in Berlin. Herangezogen wurden weiterhin Publikationen gewerkschaftlicher Neben- und Gegenorganisationen syndikalistischer und unionistischer Provenienz und natürlich der Roten Gewerkschaftsinternationale selbst sowie schließlich einschlägige Erinnerungen und Sekundärliteratur.

Aus diesen Materialbergen hat T. die Entwicklung der RGI, der Profintern – wie der Verband nach der russischen Abkürzung auch oft allgemein genannt wurde –, bis in viele Einzelheiten erforscht. Diese Gegengründung zum Internationalen Gewerkschaftsbund faßte die mit der russischen Oktoberrevolution sympathisierende internationale Gewerkschaftsbewegung zusammen. T. beschreibt sehr detailliert die Entwicklung des anfänglich noch nicht dem Diktat der kommunistischen Parteien und insbesondere der KPdSU unterliegenden gewerkschaftlichen Dachverbandes zum

internationalen Gewerkschaftsapparat der Komintern und damit der sowjetischen kommunistischen Partei. Aufgrund der Aktenlage handelt es sich weitgehend um eine Geschichte von Konferenzen und Resolutionen. Ausführlich wird auf den Gründungskongreß in Moskau eingegangen, der am 3. Juli 1921 zuerst zusammentrat und bis zum 19. Juli dauerte. Es wurde noch leidenschaftlich diskutiert: über den Konflikt zwischen Kommunisten und Syndikalisten, über das Verhältnis zu den reformistischen Gewerkschaften und vor allem über die Beziehungen zur Komintern. Während syndikalistische Vertreter auf einer Unabhängigkeit von politischen Organisationen und der Komintern beharrten, wurde diesen ein Ausweichen von den politischen Erfordernissen vorgeworfen. Es erfolgte eine Einigung mittels der unverbindlichen Formel der „organischen Verbindung“ (S.329). Dies blieb allerdings eine Fiktion und konnte die wachsende und widerstandslose Instrumentalisierung durch die Komintern und damit durch die KPdSU nicht verdecken.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland wurde als Reaktion darauf ein antifaschistischer Volksfrontkonsens propagiert, was einen rapiden Bedeutungsverlust der Roten Gewerkschaftsinternationale bewirkte. Dies erwies sich jedoch als Hinderungsgrund für die Herstellung einer internationalen Gewerkschaftseinheit und hatte letztendlich eine heimliche Auflösung der Profintern zur Folge. Deren Sekretariat wurde faktisch zur Gewerkschaftsabteilung des Exekutivkomitees der Komintern, bis offiziell am 27. Dezem-

ber 1937 die Auflösung durch das EKKI statutenwidrig sanktioniert wurde. Eigentlich hätte nur die Gewerkschaftsinternationale selbst ihre Auflösung beschließen können. In der Folgezeit kam es zu Massenverhaftungen der russischen und ausländischen Mitarbeiter und zu Schauprozessen.

Zusammenfassend stellt T. fest, daß die Gründung der Profintern ein Ausdruck der durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufenen tiefen Spaltungen gewesen ist, „zu deren Überwindung sie nicht beitragen konnte“ (S.715). Abgesehen von anfänglichen Erfolgen hatte sie nur eine vorübergehende Bedeutung.

Im Anhang der umfangreichen Arbeit befinden sich u. a. Kurzbiographien von rund hundert wichtigen Akteuren sowie ein Personen- und Organisationsregister. T. ist es auf ausgezeichnete Weise gelungen, die Geschichte dieses Dachverbandes von der Vorgeschichte und der Gründung 1921 bis zu ihrer sang- und klanglosen Auflösung und dem definitiven Ende 1937 sehr informativ zu analysieren. Die Gesamtdarstellung von T. kann schon jetzt als Standardwerk bezeichnet werden. *Kurt Schilde*

Oliver Reschke: Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925-1933), trafoverlag, Berlin 2004, 248 S.

Erstmalig liegt für einen Berliner Stadtbezirk eine Publikation über die Entwicklung und Politik der NSDAP für die Zeit von Mitte der 20er Jahre bis zum Machtantritt der faschistischen Regierung vor. Sie ging aus einer Magisterarbeit zu dieser Thematik hervor. Einleitend skizziert der

Autor knapp den Forschungsstand über Berlin in der NS-Zeit und präsentiert in den beiden folgenden Abschnitten Fakten, Daten und Entwicklung zur NSDAP in Berlin. Im Hauptteil der Broschüre, den Kapiteln 4 und 5, untersucht der Vf. die Struktur und Entwicklung der NSDAP 1925-1932/33 in Friedrichshain, im abschließenden 6. Kapitel stellt er an Hand der Wahlergebnisse den Einfluß der NSDAP im Bezirk dar. Es folgen ein Ausblick auf die faschistische Machtübernahme in Friedrichshain, eine Schlußbetrachtung sowie Verzeichnisse, Karten und Fotos.

Wieweit die NSDAP im Bezirk und in der Arbeiterschaft Friedrichshain Einfluß gewonnen hat, mißt der Autor im wesentlichen an drei, sich auch im Aufbau der Arbeit widerspiegelnden, Kriterien: 1. Ausbreitung der Stützpunkte der NSDAP und „Eroberung der Straße“, 2. Eindringen der NS-Betriebsorganisation in die Betriebe, 3. Wahlergebnisse. Er schätzt ein, daß sich die Zahl von NS-Stützpunkten, -Geschäftsstellen und -Lokalen zwar im Laufe der Jahre erhöhte, jedoch erst ab Ende 1929/Anfang 1930 wäre es zu einer „entscheidenden organisatorischen Entfaltung“ gekommen (S. 155). Damit wäre es den Nationalsozialisten bereits vor 1933 gelungen, in die Arbeiterviertel einzudringen, das sozialistische Arbeitermilieu aufzubrechen und die Hegemonie der Arbeiterparteien zurückzudrängen. Allerdings wäre die „Eroberung der Straße“ nur teilweise gelungen (S. 157). Der Versuch, durch die NSBO in die Betriebe Friedrichshains und damit in die Kernbereiche der Arbeiterschaft einzudringen, wäre hingegen gescheitert, es gab in Friedrichshains nur eine verhältnismä-

ßig kleine Zahl von NSBO-Mitgliedern und Betriebszellen. Ein ähnliches Bild ergeben die Wahlergebnisse; die NSDAP erzielte in Berlin – nach dem Wedding – im Bezirk ihre schlechtesten Wahlergebnisse, ein Einbruch in die sozialistische Wählerschaft gelang ihr nicht. Daß die NSDAP in den Arbeiterbezirken nie richtig Fuß fassen konnte, führt der Vf. auf die KPD zurück, die sich dem Kampf um die Straße stellte, auch das „Ausharrungsvermögen“ der SPD habe seinen Anteil daran. R. legt trotz einer schwierigen Quellenlage eine detaillierte, faktengesättigte Arbeit vor, die in ihrer Art und Weise Neuland betritt. Störend wirkt, daß er „NS-spezifische Termine“ weitgehend (S. 13) übernimmt, was auch durch das Setzen von Anführungszeichen nicht besser wird. Zu bemängeln ist auch die leserunfreundliche Gestaltung der Fußnoten sowie die schlechte Qualität der Fotos.

Jürgen Birg

Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Akademie Verlag, Berlin 2004, V-XIX, 358 S.; Bd. 2: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Akademie Verlag, Berlin 2004, V-XVIII, 590 S.; Bd. 3: Dokumente zur Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Chronik und Verzeichnisse, Akademie Verlag, Berlin 2005, V-XVI, 544 S.

Mit den vorliegenden drei Bänden zur Geschichte einer deutschen Volksfront unterbreitet die am Internationalen Ins-

titut für Sozialgeschichte in Amsterdam tätige Historikerin die Ergebnisse ihrer über Jahrzehnte betriebenen, vielseitig unterstützten und geförderten Forschungen historisch interessierten Lesern.

In der SED-Geschichtsschreibung wurde die deutsche Volksfront nahezu ausschließlich aus den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern und der Brüsseler Konferenz der KPD abgeleitet und als spezifische Form kommunistischer Bündnispolitik charakterisiert, die alle Anhänger der Demokratie und des Friedens hätte zusammenschließen sollen. Als Kern eines breiten antifaschistischen Bündnisses wurde die anzustrebende proletarische Einheitsfront, ein Aktionsbündnis zwischen KPD und SPD herausgestellt. Die Schuld für das schließliche Scheitern der Volksfrontbestrebungen der KPD wurde der SPD, namentlich dem Emigrationsvorstand (SOPADE), „reaktionären Kräften der bürgerlichen Emigration“, „trotzkistische Elementen“ oder „Vertretern der SAP“ zugeschrieben. Doch nicht nur diese hauptsächlich kommunistischen Intentionen folgende Geschichtsbetrachtung hat ein unzulässig einseitiges Bild über die deutsche antifaschistische Volksfrontbewegung und deren „Vorbereitenden Ausschuss“ vermittelt. Auch „anfängliche Exzesse gegen Einrichtungen und Personen der Kirche nach dem Wahlsieg des Frente popular in Spanien 1936 und die von kommunistischer Seite mit polemischen Ausfällen verteidigten Verfolgungen und Prozesse in Moskau“ (Bd. 3, S.535) hätten die Volksfront in Verruf gebracht.

L. hatte folglich Klischees und Zerrbilder über die deutsche Volksfront zu korrigie-

ren, um ihren Lesern ein differenziertes, wissenschaftlich fundiertes Bild über diese bedeutsamen Versuche zu vermitteln, alle Hitler- und Kriegsgegner in einer breiten antifaschistischen Front zu einen. Es beruht auf der sorgfältigen Auswertung einschlägiger Literatur, umfangreicher Archivalien zahlreicher Archive und auf der Befragung von Zeitzeugen, die im Bd. 3 namentlich aufgeführt sind.

Im 1. Bd. werden Ursprung und inhaltlicher Wandel des Begriffs „Volksfront“ sowie die vielfältigen Initiativen, ein antifaschistisches Volksfrontbündnis zustande zu bringen, geschildert. Ausgehend von den Konstellationen in der Reichspräsidenten-Wahlkampagne 1932 wird die Entwicklung strategischer und taktischer Überlegungen in der Emigration unter der Fragestellung, was setzen wir dem deutschen Faschismus entgegen, untersucht. Das betrifft in der Hauptsache die Diskussionen unter kommunistischen und sozialdemokratischen Führungsgremien im Exil, aber auch in Organisationen und Institutionen humanitärer und kultureller Art, wie IRH und RH oder im Schutzverband Deutscher Schriftsteller (SDS). Es werden verschiedene, teils parallel laufende Initiativen, die deutsche Emigration in Frankreich in einer antifaschistischen Front zu einen, dargestellt, Initiativen, die schließlich in der Lutetia-Konferenz vom 2. Februar 1936 in Paris und in die Bildung des Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront mündeten. Damit im Zusammenhang werden nicht nur die in diesem Klärungsprozeß von Kommunisten und Sozialdemokraten verfolgten Absichten und Ziele erörtert, sondern in weitaus größerem Umfang als

in der bisherigen Volksfrontliteratur auch die der „Zwischengruppen“, wie die Autorin SAP, ISK, KPD(O), Neu Beginnen und andere nennt. Dabei geht sie auch den Wirkungen nach, die vom VII. Kongreß der Komintern und von der Brüsseler Parteikonferenz der KPD für das Voranbringen der Volksfrontidee ausgegangen sind.

Bd. 2 schließt unmittelbar an und beginnt mit den unterschiedlichen Reaktionen in den direkt oder indirekt beteiligten Parteien, Organisationen und Personen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, bürgerlicher oppositioneller Organisationen und Medien auf Verlauf und Ergebnisse der Lutetia-Konferenz. Von da aus spannt L. den Bogen bis zum Auseinanderfallen des Volksfrontausschusses Anfang 1938. Die dazwischen liegenden Ereignisse werden besonders in Teil A des Bd. auf ihre Wechselwirkungen hin zwischen der Existenz, der Arbeit und Wirksamkeit des Volksfrontausschusses einschließlich des widersprüchlichen Agierens im Mit- und Gegeneinander solcher Persönlichkeiten wie Heinrich Mann, Willi Münzenberg, Walter Ulbricht, Rudolf Breitscheid und zahlreicher anderer (das Namensregister in Bd. 3 gibt Aufschluß darüber) untersucht und dargestellt. Damit geht der Bd. weit über das aus der Literatur Bekannte hinaus. Das gilt vor allem auch für die Tätigkeit des Volksfrontausschusses äußerst negativ beeinträchtigenden Wirkungen, wie sie von terroristischen Begleiterscheinungen auf republikanischer Seite während des Spanischen Bürgerkrieges, vom „Großen Terror“ in der UdSSR und von der „Trotzkisten“-Hatz in deutschen kommunistischen Presseorganen

ausgegangen sind. Aus Sicht der Kommunisten galt fortan der „Kampf gegen den Trotzismus“ innerhalb und außerhalb Deutschlands als Voraussetzung einer Einheits- und Volksfront gegen das NS-Regime (Bd. 2, S.194). Neues wird auch geboten, was die innerparteilichen Rangeleien in den Führungsgremien der KPD im Hinblick auf den Volksfrontausschuß betrifft. Im Mittelpunkt steht dabei das von Walter Ulbricht entfachte und von Wilhelm Pieck gebilligte Kesselstreben gegen Willi Münzenberg (Bd. 2, S.353). Diese Nachstellungen und Querelen brachten vor dem Hintergrund der genannten außenpolitischen Vorgänge die Tätigkeit des Volksfrontausschusses etwa ab Mitte 1937 zum Erliegen.

Natürlich erschöpft sich die Darstellung von L. nicht in den hier genannten Negativkonten der Volksfrontgeschichte. Verwiesen sei auf die akribischen Untersuchungen zur Gruppe Deutsche Volksfront in Berlin, zur Tätigkeit der Wirtschafts- und Programmkommission des Pariser Volksfrontausschusses und zu den Freundeskreisen der deutschen Volksfront sowie zu einer Reihe weiterer, hier nicht genannter Begebenheiten und Entwicklungen. Im Teil B des 2. Bd. werden die Debatten um Bündnispartner und Programme geschildert. Sowohl in diesem Bd. wie auch in anderen Teilen des Gesamtwerkes wird das Drängen von Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten, demokratische Werte in einem gemeinsamen Programm zu fixieren, dem Leser als grundlegender Wesenszug der Gesamtbewegung, zugleich aber auch als ständiges Konfliktpotential besonders mit Vertretern der so genannten „Zwischengruppen“ der Arbeiterbewegung

verdeutlicht. Besondere Aufmerksamkeit richtet die Autorin auf die Volksfront-richtlinien der KPD, ihr Zustandekommen und ihre Resonanz, die sie in den verschiedenen Volksfrontgremien fanden. „Wie eine Volksfront auszusehen habe, wer in ihr vertreten sein, wer für sie geworben werden sollte, war Zwistpunkt vor allem zwischen und innerhalb der Arbeiterparteien“ (Bd. 2, S.501). Bemerkenswert ist weiter, daß bei den sozialistischen Zwischengruppen eine starke Betonung „des Primats der Interessen der Arbeiterklasse“ (ebd.) und dementsprechend die Orientierung auf eine sozialistische Republik (Bd. 2, S.537) unterschiedlicher Couleur der Volksfront, im Vergleich zu den Richtlinien der KPD, relativ enge bündnispolitische Grenzen setzte. Eine Einigung darüber, was nach Hitler kommen sollte, konnte nicht erreicht werden. „Im ‘Frieden-Freiheit-Brot’ – Appell“ vom 21. Dezember 1936 „erreichte der Volksfrontausschuss seine höchste programmatische Einheit“ (Bd. 2, S.564). L. referiert ausführlich die für sein Zustandekommen in der Programmkommission geführten Debatten.

Im 3. Bd. kann sich der Leser an Hand von 44 abgedruckten Dokumenten ein eigenes Urteil zu den Vorgängen in und um die deutsche Volksfrontbewegung und deren Ausschuß bilden. Er ist mehr als ein bloßer Anhang zu den beiden vorangegangenen. Er verdeutlicht dokumentarisch das breite politische und ideologische Spektrum der mit der Volksfront befaßten Parteien, Zwischengruppen der Arbeiterbewegung über bürgerlich-demokratische und christliche Ein-

zelpersonen und anderer Zusammen-schlüsse.

Eine editorische Notiz (Bd. 3, S.3f.) erläutert Anordnung der Dokumente und den Umgang mit den Texten für deren Druck. Schließlich sei auf die detaillierte Chronik und den alle drei Bände umfassenden Registerteil verwiesen, die eine schnelle Orientierung im Gesamtwerk ermöglichen. In einer Nachbetrachtung am Schluß des 3. Bd. (S.535-544) zieht L. eine bemerkenswerte wissenschaftliche Bilanz ihrer langjährigen Forschungen. Als aktuell politisches Fazit hält sie fest, daß es eine „Volksfront“ wie in den 1930er Jahren, als Bündnis gegen Reaktion, Faschismus/Nationalsozialismus und den von ihnen ausgehenden Krieg nicht mehr geben wird, weil die nationalen und internationalen Bedingungen, die der damaligen Bewegung zu Grunde lagen, weggefallen seien. Aber „die Abwehr neonazistischer Kräfte, die sich unter dem Schlachtruf einer ‘Volksfront für Deutschland’ gegen freiheitlich-demokratische Grundwerte zusammenballen, erfordert eine Rückbesinnung auf ein Parteien und Weltanschauungen übergreifendes Bündnis einer antifaschistischen Volksfront“ (Bd. 3, S.544). Das besprochene fundamentale Werk kann dafür ein guter, entsprechende Impulse vermittelnder Ratgeber sein. *Paul Heider*

Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937 (= Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945, Bd. 3), Metropol Verlag, Berlin 2003, 277 S.

Es handelt sich um den letzten Bd. der Studien über die Frühgeschichte der Konzentrationslager. Vorausgegangen waren die Bd. 1 und 2 „Terror ohne System“ bzw. „Herrschaft und Gewalt“. Die Aufsätze dieser Bände sind als Vorarbeiten für eine Gesamtgeschichte der nationalsozialistischen KZ gedacht. Deutlich wird bei der Beschreibung der 1933 entstandenen Konzentrationslager, daß von Anbeginn der Terror mit System kennzeichnend war, wenn sie auch noch nicht das Ausmaß und die Perfektion der späteren KZ aufwiesen. Ab Mitte 1934 prägte sich dann die für die faschistische Diktatur in Deutschland kennzeichnende Form der Konzentrationslager aus.

Der den Bd. 3 eröffnende Aufsatz gibt einen grundsätzlichen Überblick über die Organisationsgeschichte der frühen Lager. Er schildert deren Rahmenbedingungen und ihren Einsatz als Herrschaftsinstrument in den Jahren 1933 und 1934. Gezeigt wird, daß die Konzentrationslager jener Zeit Orte des direkten Terrors gegen die politischen Gegner des Nationalsozialismus und der indirekten Repression gegenüber der gesamten Bevölkerung waren. Die Parteiformationen der NSDAP, die die KZ errichteten, und die staatlichen Dienststellen arbeiteten eng zusammen. Diese frühen Konzentrationslager waren somit weder lokal, regional oder überregional Haftstätten außerhalb staatlicher Kontrolle noch entstanden sie ohne staatliche Beteiligung, stellten somit auch keine „wilden“ Lager dar, wie oft später zuweilen geschrieben wurde. Sie entwickelten sich 1933/1934 nicht auf zentrale Steuerung hin, sondern regional sehr differenziert hinsichtlich ihrer Errich-

tung, Bewachung, Aufsichtssituation und Haftdauer. Im Vordergrund stand dabei der Aufsichts- und Kontrollaspekt. Die frühen Konzentrationslager werden nach fünf Formen unterteilt: Schutzhaft in Polizei- und Justizgefängnissen, Staatliche Konzentrationslager, regionale Lager unter staatlicher Kontrolle, Konzentrationslager von regionalen Herrschaftsträgern und Konzentrationslager von Parteiformationen.

Im Bd. kommen noch 14 weitere Autoren zu Wort. Ihre Studien handeln von insgesamt 45 Haftorten. Unter anderem werden frühe KZ in Pommern (Stettin und Gollnow) und Schlesien (Breslau-Dürrgoy), im Westen Deutschlands (Osthofen und Neustadt im heutigen Rheinland-Pfalz, Porz bei Köln und Bergisch-Gladbach) und nicht so bekannte wie in Brandenburg an der Havel, in Börnicke, Weißenfels in Sachsen-Anhalt, Benninghausen in Westfalen oder der Wasserturm am Prenzlauer Berg in Berlin dargestellt. Von den KZ, die über Mitte 1934 hinaus bestanden, werden beschrieben: Dachau, das Berliner Columbia-Haus, Hamburg-Fuhlsbüttel, Bad Sulza, Esterwegen und die Lichtenburg. In den Aufsätzen werden deren Unterschiede (zum Beispiel Dauer ihrer Existenz, Größe, Lagerordnung und -regime, Anzahl der Häftlinge und Opfer, Dauer der Haft, Schwere der zu verrichtenden Arbeit) und die Gemeinsamkeiten (1933/1934 gab es fast nur politische Häftlinge, vor allem Arbeiter, Kommunisten und Sozialdemokraten, Verhaftung und Einweisung ohne Urteil, Schikanierungen und Mißhandlungen der Häftlinge, der sonstige schwere Alltag der Häftlinge) herausgearbeitet.

Rainer Holz

Karl Heinz Roth/Angelika Ebbinghaus (Hrsg.): Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 293 S.

Den Titel dieses informativen Buches erklären die Hrsg. so: „Die Gestapo stilisierte nicht nur die Freundeskreise um die Ehepaare Schulze-Boysen und Harnack zur ‚Roten Kapelle‘, sondern gab auch der ‚Schwarzen Kapelle‘, der Oppositionsgruppe in der Wehrmacht-Abwehr, ihren Namen. Diesen ‚Gleichstand‘ der denunzierenden Zuschreibung wollten wir aufgreifen, um diese in beide Richtungen aufzuheben. Und da auch der Kreisauer Kreis unseres Erachtens keine monolithische Einheit darstellte, setzten wir auch ihn in den Plural.“

Im ersten Teil behandelt R. den „20. Juli 1944 und seine Vorgeschichte“ sowie „Von der Offiziersopposition zur Aktionsgruppe des 20. Juli 1944“; während E. sich mit „Neue Initiativen: Der Kreisauer Kreis“ befaßt. Der zweite Teil ist der „Geschichte des Widerstandes als Erinnerung“ gewidmet, in dem Stefan Roloff (Sohn des Pianisten und Angehörigen der „Roten Kapelle“ Helmut Roloff), Hartmut Schulze-Boysen (Bruder von Harro Schulze-Boysen), Freya Gräfin von Moltke, Marion Gräfin Yorck von Wartenburg ausführlich zu Wort kommen. Im dritten Teil (dem kleinsten mit 37 S. von 293) widmet sich Ludwig Eiber dem „Widerstand der ‚kleinen Leute‘ 1938/39 bis 1945“.

Die Abhandlungen und Berichte bieten auf der Grundlage umfassender Analysen des bisher vorhandenen Materials

eine Zwischenbilanz in der Erforschung dieses Bereichs der deutschen Widerstandsgeschichte, benennen dabei auch offene Fragen und Probleme. So wendet sich R. gegen die Legende vom Widerstand der ersten Stunde und lehnt den bisher in der Literatur oft gebrauchten Begriff „Militäropposition“ ab, weil Mannschaften und Unteroffiziere hier nicht vertreten waren, und stellt fest: „Infolgedessen gab es nur sehr wenige Vertreter der späteren Offiziersopposition, die diesem gegenrevolutionären Syndrom nicht vollständig verfallen waren ... Die meisten hatten den politischen Umbruch des Jahres 1933 freudig begrüßt und die im März 1935 proklamierte Wiedereinführung der Wehrpflicht aufgrund der damit verbundenen Verbesserung ihrer Karriereaussichten stürmisch gefeiert. Sie genossen ihre seitherige Spitzenstellung innerhalb der Funktionsebenen der Diktatur ... Die Erfolge der ‚friedlichen‘ Annexionen vom März 1938 bis März 1939 beeindruckten zutiefst, und noch weniger vermochten sie sich nach den ‚Blitzkriegen‘ gegen Polen, Norwegen und Frankreich dem Siegestaumel zu entziehen.“ Dies betraf in vollem Maße Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, Henning von Tresckow, Helmuth Stieff und die meisten der späteren Verschwörer. Die Offiziersopposition entstand daher erst nach dem Scheitern der Blitzkriegs-Konzeption durch den Widerstand der Roten Armee. Die ersten kritischen Erörterungen betrafen noch nicht die Beseitigung des NS-Systems, sondern Möglichkeiten, trotz aller „Fehlentscheidungen“ Hitlers durch bessere Lösungen den Krieg doch noch zu ge-

winnen. Viele sind erst durch ihre eigenen Erlebnisse im Vernichtungskrieg zum Nachdenken und zu weiterführenden Entschlüssen gekommen. Doch nun wird dem „Kreisauer Kreis“ eine entscheidende Bedeutung beigemessen. „Erst der Kreisauer Kreis gab seit 1943 die entscheidenden Impulse zu einer Perspektive der demokratischen Erneuerung. Das war nur möglich, weil in ihm seit 1940 Menschen zusammenarbeiteten, die sich nie mit der NS-Diktatur gemein gemacht hatten und mit großem Engagement um eine Perspektive jenseits der nationalen Machtstaatlichkeit rangen. Ohne ihn wäre die im Herbst 1943 erfolgte Konstituierung der militärisch-zivilen Aktionsgruppe des 20. Juli so nicht möglich gewesen.“

Es ergibt sich die Frage, ob der Kreisauer Kreis in seiner historischen Rolle hier nicht zu hoch angesetzt wird. So ist z. B. die Äußerung des 1944 hingerichteten Fritz-Dietlof von der Schulenburg überliefert, in der er Peter Graf Yorck von Wartenburg und Helmuth James Graf von Moltke „Flagellanten“ nennt, „die vor lauter Christentum sich nicht entschließen könnten, das Rechte zu tun“. Betrachtet man dazu die sehr zwielichtige Rolle von Eugen Gerstenmaier, der 1939 die Leitung des wichtigen Ökumene-Referats im Kirchlichen Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche übertragen erhielt und 1942 mit Zustimmung des Reichskirchenministers und des Reichssicherheitshauptamtes zum Konsistorialrat und zum Kirchenbeamten auf Lebenszeit ernannt wurde, so ergeben sich weitere Fragen. Die besondere Wertschätzung des späteren Bundestagspräsidenten G. beruht offensichtlich auf den umfang-

reichen Aussagen der Frau Freya Gräfin von Moltke, die G. aus dem Kreisauer Kreis kannte und ihn jetzt in den Rang eines Ausnahmehelden des deutschen Widerstandes erhebt.

Der in der bürgerlichen „Widerstandsliteratur“ nahezu unvermeidliche Ernst Jünger taucht auch hier auf, erfährt aber eine distanziertere Bewertung: Hauptmann d. R. Jünger war im Stab des Militärbefehlshabers in Frankreich auch für die Hinrichtung von zum Tod verurteilten deutschen Soldaten zuständig und mußte zuweilen Erschießungen beaufsichtigen.

R. hebt hervor, daß „Leuschner, Kaiser und Habermann jegliche Massenaktion zur Unterstützung des militärischen Staatsstreichs“ ablehnten. Im Widerspruch dazu steht der 1945 nach der Befreiung in Bayreuth niedergeschriebene, in der DDR-Literatur längst veröffentlichte Bericht des Gewerkschafters und Leuschner-Mitarbeiters Walter Maschke, in dem es heißt: „Vorgesehen war, daß die neue Gewerkschaftsführung durch Rundfunkaufruf die Arbeiter aller Rüstungsbetriebe zur Arbeitsniederlegung und alle deutschen Arbeiter zur Beseitigung der Nazi-Betriebsobleute und sonstigen Amtswalter auffordern sollte.“ Man sieht, daß es trotz umfassender Recherchen noch „Desiderata“ gibt und auch noch lange geben wird.

Abschließend erklären die Hrsg. wohl mit Recht, daß nur noch Expertinnen und Experten die etwa 18.000 Beiträge überblicken können, die zu diesem Thema als Monographien, Zeitschriftenaufsätze und Beiträge für Sammelbände und Lexika erschienen sind. Da der für das vorliegende Projekt erarbeitete Handapparat

mit etwa 1.600 Titeln den Rahmen des Buches sprengen würde, haben sie ihn ins Internet gestellt: www.stiftung-sozialgeschichte.de. *Kurt Finker*

Ulla Plener (Hrsg.): Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance. Eine Dokumentation (= Reihe „Arbeiterbewegung: Forschungen, Dokumente, Biografien“), edition bodoni, 2. durchgesehene, korrigierte und ergänzte Auflage, Berlin 2006, 334 S., Abb.

Im Zweiten Weltkrieg bildeten sich in den Ländern, die vom faschistischen Deutschland und seinen Verbündeten überfallen und besetzt worden waren, Widerstandsbewegungen gegen die Okkupanten. In diesen wirkten auch Deutsche, die nach dem Machtantritt der Nazi-Regierung Deutschland verlassen mußten. Im Laufe der Jahrzehnte entstand zwar eine umfangreiche Literatur über die antifaschistische Widerstandsbewegung, aber wohl zu den meisten Ländern ist das gleiche Defizit festzustellen: Die Beteiligung und der spezifische Anteil von Frauen an der Widerstandsbewegung ist unterbelichtet, wird nicht genügend gewürdigt. Das betrifft auch Frankreich, wo sich an der Résistance zusammen mit Französisinnen und Kampfgefährtinnen anderer Nationen auch deutsche Frauen beteiligten. Daß sich diese Lücke in der wissenschaftlichen und Erinnerungsliteratur verkleinert, ist Ulla Plener mit dieser Arbeit zu verdanken, sie völlig zu schließen, erscheint unmöglich.

Als Frankreich im Mai 1940 von Deutschland überfallen wurde und in den

Folgewochen zu einem großen Teil von der Wehrmacht besetzt wurde (nur die sogenannte Südzone wurde später, im November 1942, okkupiert), reichten sich in die entstehende französische Widerstandsbewegung, in die Résistance, neben deutschen Männern von Anbeginn auch zahlreiche deutsche Frauen ein. Mit dem vorliegenden Bd. wird nun erstmals das Wirken dieser Widerständlerinnen innerhalb der Résistance umfassend gewürdigt. Eigenartigerweise hat Florence Hervé in ihrer verdienstvollen Arbeit „Wir fühlten uns frei“ zum Widerstand von französischen Frauen (in Frankreich) und deutschen Frauen (in Deutschland) diese Thematik ausgeklammert.

Hatte P. in der ersten Auflage die Tätigkeit von 83 Frauen dokumentiert, sind es in dieser bereits 132, auch der Buchumfang wuchs von 222 Seiten auf das Anderthalbfache. Das zeugt von intensiver, umfangreicher Forschungsarbeit der Herausgeberin, unterstreicht aber zugleich auch die benannten Defizite. Sicher werden durch künftige Recherchen weitere Namen hinzukommen, wird manche Angabe präzisiert und erweitert werden können. Das Schicksal von 31 Frauen kann P. durch autobiographische Erinnerungen, durch zeitgenössische Dokumente und durch eigene Lebensskizzen – ergänzt durch Fotos und Faksimiles – im Einzelnen ausführlich darstellen. Alle aufgeführten 132 Widerstandskämpferinnen sind am Schluß des Bandes mit Angaben zu ihrer Biographie vorgestellt. Daß diese manchmal kurz ausfallen müssen, wie z. B. bei Inge Süß, ist nicht P. geschuldet, sondern den bisherigen Versäumnissen in der wissenschaftlichen Forschung, Versäumnissen sowohl in der Alt-Bundes-

republik, in der DDR und vor allem auch in der heutigen Bundesrepublik. Da sich P. bei den Biogrammen auf die Zeit bis 1945 konzentriert, entfällt für die Zeit danach leider manch interessante und wichtige, zum Teil anderweitig bereits nachzulesende biographische Detail, so bei Paula Rueß und Gertrud Rast, um nur zwei Beispiele zu nennen. Allerdings erhebt die Autorin auch keinen Anspruch, den Anteil von deutschen Widerstandskämpferinnen an der französischen Résistance vollständig und systematisch darzustellen. Auch resultieren die Ausführlichkeit, die Vollständigkeit und die Exaktheit der biographischen Angaben nicht zuletzt aus den zur Verfügung stehenden Quellen und der Literatur, auf die sich Ulla Plener stützen konnte.

Die deutschen Frauen, die in Frankreich illegale antifaschistische Arbeit leisteten, hatten nach dem Machtantritt der Nazis durch politische bzw. rassische Verfolgung aus Deutschland fliehen müssen. Von den dokumentierten 132 Frauen waren mindestens 70 Prozent kommunistisch organisiert, für etwa 25 Prozent der Frauen war keine Parteizugehörigkeit zu ermitteln, oder sie sind als parteilos ausgewiesen, die übrigen waren in der SPD oder anderen Parteien organisiert. Zweifellos reflektieren sich hierin der große Anteil des kommunistischen Widerstands, aber auch der Forschungsstand und die benutzte Materialgrundlage.

Meist wirkten diese Frauen innerhalb der Travail allemand (TA = Deutsche Arbeit, manchmal auch als Antinazi-Arbeit bezeichnet), einem von der FKP in der Résistance geschaffenen Bereich für die politische Arbeit unter den Angehörigen der deutschen Besatzungsmacht. Die aus

Deutschland emigrierten Nazigeegnerinnen leisteten unter den deutschen Wehrmachtsangehörigen eine wichtige politische Arbeit: Sie stellten Kontakte her, wollten die deutschen Soldaten von der Sinnlosigkeit des Krieges überzeugen und diese zur Desertation bewegen, sie sammelten über deutsche Dienst- und Verwaltungsstellen Informationen und gaben gewonnene Kenntnisse über die deutschen Besatzungstruppen an die Résistance weiter. Oft widerspiegelten sich diese Mitteilungen in illegalen Flugblätter und Zeitungen der Résistance, seit Herbst 1943 auch in Publikationen der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen. Die Frauen, die oft unter falschen Namen agieren mußten, leisteten illegale Widerstandstätigkeit z. B. in deutschen Dienststellen oder in Betrieben der Besatzungsmacht, so auf Truppenübungsplätzen, in Häfen und auf Flugplätzen, als Dolmetscherin, Büroangestellte oder Hilfsarbeiterin. In Hilfs- und Solidaritätsorganisationen leisteten sie unersetzliche Arbeit im humanitären Bereich. Auch gab es deutsche Frauen, die im Maquis, bei den Partisanen, im militärischen Widerstand kämpften. Nach der Befreiung Frankreichs von den deutschen Okkupanten arbeiteten viele dieser Frauen in der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen (CALPO) mit, waren in der antifaschistischen Propaganda- und Aufklärungsarbeit oder als Lagerbevollmächtigte in den Kriegsgefangenenlagern eingesetzt.

Für jeden Teil des dokumentierten Widerstands deutscher Frauen in Frankreich gilt:

Er war ohne enge Verbindung zur französischen Résistance und zur einheimischen

Bevölkerung unmöglich. Dem Leser werden die Gefahren, die Vielfältigkeit und die Kompliziertheit der Bedingungen und des Wirkens dieser Frauen im Widerstand überzeugend vermittelt. „Die Frauen waren aus der Widerstandsbewegung überhaupt nicht wegzudenken“, schätzt Ettie Gingold, die selbst in der Résistance war, mit Recht ein (S.9).

P. gebührt mit ihrer Publikation das Verdienst, jene Frauen in Erinnerung zu rufen, die mit großem persönlichen Mut und unter Einsatz des eigenen Lebens – 10 von den portraitierten Frauen gaben ihr Leben – außerhalb ihres Heimatlandes dem deutschen Faschismus widerstanden und letztlich mit dazu beitrugen, Deutschland und Europa von der Barbarei der NS-Herrschaft zu befreien.

Herbert Mayer

Thomas Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Arbeitskräfte, Verbrecher Verlag, Berlin 2004, 188 S. ;

Gabriella Hauch (Hrsg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz, VW, Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter, StudienVerlag, Innsbruck u. a. 2003, 252 S.

Im August 2005 machte die Nachricht in den Medien die Runde, daß die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der deutschen Industrie bisher rund 3,99 Mrd. Euro an die Partnerorganisationen zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter im „Dritten Reich“ ausbezahlt habe. Die Summe verteile sich

auf 1.161.000 Empfänger. Damit hätten 95 Prozent des Fonds ihre Adressaten erreicht. Die Nachricht machte im beginnenden Wahlkampf keine Schlagzeilen; schon eher die Benutzung des in der Nazi-Zeit verwendeten Begriffs „Fremdarbeiter“ für Arbeitskräfte in der neuen Bundesrepublik durch Oskar Lafontaine. In beiden zu besprechenden Büchern haben sich die Autoren, Wirtschaftshistoriker und Historiker, des Themas Zwangsarbeiter während der NS-Herrschaft in Deutschland und Österreich angenommen. K., der in einem 1999 veröffentlichten Aufsehen erregenden ausführlichen Gutachten errechnete, daß deutsche Unternehmen – von Daimler Benz bis zum mittelständischen Betrieb – 180 Mrd. DM als Entschädigung zu zahlen hätten, wenn sie die damalige Bevorteilung der Zwangsarbeiter beim Lohn wieder gutmachen wollten, beschäftigt sich in seinem Buch mit der Wiedergutmachungspraxis nach Kriegsende, die er zu Recht als „Praxis der Entschädigungsverweigerung“ bezeichnet. Eine Entschädigung „auf dem Rechtswege“ verweigerten sowohl Bundesrepublik als auch DDR. Selbst in den „2 plus 4“-Verhandlungen, die 1990 den Schlußstrich unter das Deutsche Reich setzten, spielte diese Frage keine Rolle. Daß ein Jahrzehnt später dann doch mit Zahlungen an Hunderttausende von Zwangsarbeitern begonnen werden konnte, war nicht später Einsicht, sondern dem Druck amerikanischer Gerichte geschuldet. Spätestens als 1997 Schweizer Banken für ihre Beteiligung an den Nazi-Raubgoldtransaktionen verklagt worden waren, wußten die deutschen Wirtschaftskreise, daß sie zwar „auf

ihrem ‚Rechtsstandpunkt‘ (nicht zahlen zu müssen) beharren konnten, dies aber bei solchen Firmen, die in den USA ihre Geschäfte betreiben wollten [...] geradezu geschäftsschädigende Auswirkungen haben würde“ (S.57). Der größte Teil von K. Buch ist der Darstellung der Ausbeutung der Zwangsarbeitskräfte während des Nationalsozialismus gewidmet, wobei er nach dem Ausmaß der Ausbeutung zwischen zivilen Zwangsarbeitskräften im Deutschen Reich, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitskräften in den okkupierten Gebieten unterscheidet. Die erste Gruppe unterteilt er weiter in polnische, deutsch-jüdische und sowjetische Zwangsarbeitskräfte. Im anschließenden Kapitel führt der Autor noch einmal vor, auf Grund welcher Tatsachen und Annahmen er zu seiner Entschädigungsrechnung gekommen ist. Was im Vergleich dazu als Entschädigung vereinbart wurde, entspreche seitens der Konzerne, die in die Stiftung einzahlten, nicht mehr als – auf Arbeitgeberereinkommen umgerechnet – dem Verzicht auf ein Glas Bier pro Monat. Von besonderer Bedeutung scheint mir der Nachweis, daß die seitens der Konzerne durch Nutzung der Zwangsarbeit „eingesparten“ Gelder nicht mit Kriegsende bzw. der Währungsreform von 1948 verloren gingen, sondern – sofort ins Kriegsgeschäft investiert – einen „Modernisierungsschub“ bei den Maschinen und Anlagen ermöglichten. Die Zwangsarbeiter schufen, so K., „einen ganz wesentlichen Teil dessen, was später als ‚Wirtschaftswunder‘ in die Geschichte einging“ (S.131). Für Österreich, genau genommen für die Linzer Eisen- und Stahlindustrie, hat der Wirtschaftshistoriker Joseph Moser die

von Kuczynski vor allem für die deutsche Schwerindustrie getroffene Aussage bestätigt. Die Stadt Linz wurde in der NS-Zeit zum dominierenden Industriestandort Oberösterreichs – und blieb es nach dem Kriege. „Vor dem ‚Anschluss‘ gab es hier gerade einmal 5.640 Industriearbeitsplätze. 1955 waren es 30.800, davon allein 13.170 in den Vereinigten Österreichischen Stahlwerken VÖEST. Rund um die Großindustrie siedelten sich nach 1945 eine Reihe weiterer Industriebetriebe an“ (S.187). Die weiteren elf Beiträge des von H. unter Mitarbeit von Peter Gutschner und Birgit Kirchmayr herausgegebenen zweiten hier zu besprechenden Bandes befassen sich mit der NS-Zwangsarbeit im damaligen Gau Oberdonau (Oberösterreich) sowie mit der Lage der Zwangsarbeiter bei Daimler Benz und in den Salzgitter-Werken in Deutschland. Einige der österreichischen Autoren, wie z. B. Michael John schließen auch den Blick auf die problematische Behandlung der ehemaligen Zwangsarbeiter in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ihre Untersuchungen ein. Der Psychologe Karl Fallend widmet seinen Beitrag „sozialpsychologischen Aspekten biographischer Forschung zur Zwangsarbeit“ und kommt zu dem Schluß: „Die Zeit heilt keine Wunden“. Einleitend zum von H. edierten Bd. gibt Ulrich Herbert, der zweifellos prominenteste deutsche Forscher auf dem Gebiet, einen kenntnisreichen Überblick über die Problematik „Zwangsarbeit im ‚Dritten Reich‘“, dabei über Erkenntnisstand, offene Fragen und Forschungsprobleme berichtend. Insgesamt stellen beide Bücher eine willkommene Bereicherung unseres Wissens

über das Thema „Zwangsarbeiter unter dem Nationalsozialismus“ dar. Dies gilt vor allem für jene Passagen, die über die Darstellung der „Einsatzzeit“ hinausgehen und den Blick auf die Nachkriegszeit freigeben.

Jörg Roesler

Anja Kuhn/Thomas Weiß: Zwangsarbeit in Hattingen. Hrsg. im Auftrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe/Westfälisches Industriemuseum (= Quellen und Studien, Band 8), Klartext Verlag, Essen 2003, 168 S.

Das vorliegende Buch untersucht erstmalig das tatsächliche Ausmaß der Zwangsarbeit im Hattinger Raum während des Zweiten Weltkrieges und dokumentiert umfassend ihre vielfältigen Facetten, den schweren Arbeits- und Lageralltag der ausländischen Zwangsarbeiter und das Verhalten der einheimischen Bevölkerung zu ihnen. Über 10.000 Zwangsarbeiter waren in Hattingen in über 80 Lagern – die Publikation listet sie exakt nach Betreiber, Belegung und Zeitraum auf – untergebracht. Allein auf der Henrichhütte, dem größten Betrieb Hattingens und ausschließlich mit der Kriegsproduktion befaßt, waren mehrere Tausend ausländische Zwangsarbeiter beschäftigt, darunter französische, russische und serbische Kriegsgefangene, belgische, italienische, niederländische und polnische Zivilarbeiter, Ostarbeiter und italienische Militärinternierte, das waren fast 50 Prozent der Belegschaft. Damit übertraf die Henrichshütte die meisten Unternehmen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die im Durchschnitt 30 Prozent Zwangsarbeiterinnen

und Zwangsarbeiter beschäftigten. Doch auch andere Hattinger Rüstungsbetriebe, Mittel- und Kleinbetriebe und die Bauern im Hattinger Raum konnten nicht ohne ausländische Zwangsarbeiter auskommen.

In der Veröffentlichung ist es darüber hinaus gelungen, langjährige Gerüchte über ein KZ Hattingen und über Exekutionen im März 1945 aufzuklären. Die Nachforschungen ergaben, daß es sich bei dem angeblichen KZ um ein Arbeitserziehungslager, um ein Auffanglager der Gestapo handelte, in das ausländische und deutsche Arbeitskräfte wegen Arbeitsverweigerung oder -flucht gesperrt wurden und das in seiner Brutalität einem KZ nicht nachstand. Darüber hinaus wurden Exekutionen an sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern durch die örtlichen faschistischen Polizeioorgane nachgewiesen.

Die detaillierte Betrachtung der lokalen Geschichte der Zwangsarbeit wurde durch die außergewöhnlich umfangreiche Quellenlage im Stadtarchiv Hattingen ermöglicht. Neben der historischen Aufarbeitung kommen auch ehemalige Zwangsarbeiter – sie schildern in bewegenden Interviews und Briefen ihr damaliges Leben und Schicksal – selbst zu Wort. Die zahlreiche Fotos und Faksimiles zur Zwangsarbeit in Hattingen bereichern das Buch.

Rainer Holze

Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen. Hrsg. von Elke Scherstjanoi (= Reihe Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 14), K.G. Saur Verlag, München 2004, 452 S.

Fragen von Erinnerung, Gedächtnis und deren Rekonstruktion haben seit Jahren nicht nur in einer alltagsgeschichtlich orientierten „oral history“ ihren Platz. Sie sind auch Gegenstand jener wieder stärker Individuen und Individualisierungsprozesse berücksichtigenden Selbstzeugnisforschung, wie sie u. a. im mikrogeschichtlichen Ansatz zahlreicher Publikationen zum Ende des Zweiten Weltkrieges präsentiert werden und in Lehrmeinungen an deutschen Hochschulen ihren Niederschlag finden. Quellen von Zeitzeugen bedürfen ganz allgemein der historischen Konkretion. Sch., die die 160 Rotarmistenbriefe von der Front während der Eroberung und Besetzung deutschen Territoriums 1945 herausgab, weiß sehr gut um die Differenziertheit dieses Problems und nähert sich ihm auf unterschiedliche Weise.

Die Briefe von 85 Frontkämpfern, sie stammen in ihrer Mehrzahl aus unterschiedlichen Archiven und nur ein kleiner Teil wurde bisher mit Auslassungen veröffentlicht, sind eigentlich ein Sammelsurium, das es zu ordnen galt. Im wesentlichen wurde diese Ordnung von zwei Auswahlkriterien bestimmt: zum einen nach der zeitlichen Abfassung vom Herbst 1944 bis zum Sommer 1945, zum anderen nach der Beschreibung der deutschen Zivilwelt bzw. nach der Wahrnehmung Deutschlands und der Deutschen unter dem Eindruck der eigenen siegreichen Kämpfe. Zu ihrer Vorgehensweise benennt Sch., was erkenntnistheoretisch wichtig ist und von ihr als kriegsspezifische Wahrnehmung und Sinngebung, die im Kriegsgeschehen logischerweise zur Dichotomie von Eigenem und Fremdem führte, erklärt wird. Ein ande-

res Bezugsfeld ist ihr der Vergleich zum Genre „Feldpost-Forschung“. Die dritte Ebene, die sie anhand der Briefe von Rotarmisten untersucht, ist die der realen Gegebenheiten und Befindlichkeiten, die überaus spannende und inhaltsreiche Aussagen enthält. Sie verdichtet Erkenntnisse über die Realitäten der sowjetischen Briefkommunikation mit denen der propagandistisch gestützten und auch verinnerlichten Wahrnehmung des Feindbildes. Ihre in die Tiefe gehenden Überlegungen zum Kulturvergleich des Briefeschreibens als Kommunikation benennt durchaus strittige Gegensatzpaare und leitet zur spezifischen Untersuchung dreier zentraler Themenfelder in der Wahrnehmung des Fremden unter Rotarmisten über, die nach volkswirtschaftlichem und persönlichem Reichtum in Deutschland, nach Landschaft, Siedlung und Architektur sowie nach feindlicher Bevölkerung unterschieden werden.

Sch. ist eine forschende Historikerin. Sie hält keine Antworten parat, sondern regt zum Denken an. Diesem Sinne sind auch die in im Bd. aufgenommenen Beiträge zum historischen Kontext verpflichtet, von denen jeder einzelne wert wäre, besprochen zu werden. In der universitären Lehre, die einen starken Bezug zur Zeitzeugen- und Erinnerungsforschung hat, wird man künftig auch Sch. Quellenedition von Soldatenbriefen nennen müssen, sobald vom deutsch-sowjetischen Krieg als Erinnerungsort gesprochen wird.

Jutta Petersdorf

Hansjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie

Otzenhausen. Bd. 122), LIT Verlag, Münster 2004, 487 S.

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49-1989 (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer), R. Oldenbourg Verlag, München 2005, 197 S.

Neuerdings erfolgt eine verstärkte und differenzierende Zuwendung zu Gebieten, die die relativ lange Stabilität der DDR und die überraschende post-sozialistische Identifikation mit ihr erklären sollen. Die Sozialpolitik erscheint „als ein wesentliches identitäts- und konsensstiftendes Element ..., die zur langfristigen Stabilisierung des SED-Staates beitrug, allerdings gleichzeitig auch mitverantwortlich war für dessen ökonomische Überforderung, an deren Ende erneute Destabilisierung stand“ (H./Sch., S.1). Dabei gibt es verschiedene Wege, sich dieser Aufgabe zu nähern.

Seit langem unternimmt B. es, ein Feld der SED-Sozialpolitik zu „entzaubern“, die Wohnungspolitik. Detailreich, mit vielen eingebundenen Dokumenten trägt er, wenn auch wenig transparent, Fakten zusammen, die alle einem Ziel untergeordnet sind: nachzuweisen, daß dieses Aushängeschild der DDR Fiktion war, daß die Pläne verfehlt wurden und Fälschungen eine heile Welt der gelösten Wohnungsfrage vortäuschten. So betont er, daß die DDR-Führung 1971-89 1,2 Mio. Wohnungen zu viel als fertiggestellt auswies (S.341). Dies kontrastiert mit 1,87 Mio. Neubauwohnungen und über 1 Mio. modernisierten Wohnungen, wo

B. zwar berechtigt auf problematische Kriterien verweist, die bei strengerer Zuordnung nach 1990 auf nur 225.000 Modernisierungen im engeren Sinne schrumpfen (S.335, 339), ohne aber die realen Leistungen wirklich würdigen zu können.

Berechtigt ordnet er die DDR-Wohnungsbaupolitik in entsprechende staatliche Aktivitäten seit dem Kaiserreich ein. Die Bedeutung des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 von 1946 für eine perfektionierte Zwangsbewirtschaftung betonend, relativiert er die Situation, die sich im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges für den Wiederaufbau als langfristige Aufgabe ergab und die angesichts der ordnungspolitischen Ausrichtung beider deutscher Staaten unterschiedlich ausfallen mußte. Er beansprucht, daß Politiker und Wissenschaftler aus seiner Untersuchung „lernen können, daß eine ideologisch basierte (Wohnungs-)Politik zum Scheitern verurteilt ist“ (S.7).

Berechtigt sind Verweise auf Fehlsteuerungen in der Wohnungspolitik, die Anteil an jener gesamtstaatlichen Krise hatten, die zum Ende der DDR führten. Die Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen für die Hälfte der Bevölkerung kontrastierte mit dem Zerfall der Innenstädte, der sich schließlich in Protesten niederschlug, und einer fehlentwickelten Subventionspolitik insgesamt. Die Ausgaben für Wohnungsbau und -wirtschaft explodierten zwischen 1970 und 1988 von 3 auf über 16 Mrd. Mark, geschuldet dem Kostenanstieg des Wohnungsbaus, der Versorgungs- und Dienstleistungen sowie der Politik der stabilen Mieten, faktisch auf Vorkriegsniveau (S.376). Wenig Gedanken macht sich der

Autor über den fortgesetzten Wohnungsbedarf, 1989 immerhin 778.000 offene Anträge, die wenig mit einer unterstellten „Wohnungsnot“ (S.361), mehr mit gewachsenen Ansprüchen, Mißbrauch und exorbitant niedrigen Mieten sowie der Förderung Alleinerziehender zu tun hatten.

Einen komplexeren Zugang finden H./Sch. und Mitautoren vom Institut für Zeitgeschichte, die sozialpolitische Eckpunkte herausarbeiten wollen und eine Wertung des „gescheiterten Sozialstaats“ (Jürgen Kocka) vom fatalen Ende her ablehnen. André Steiner betont die Überforderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch die Sozialpolitik, Sch. reduziert Frauenemanzipation auf soziale Nützlichkeit, H. zeigt Widersprüche zwischen Leistungs- und Versorgungsprinzip einer Arbeitsgesellschaft, Peter Hübner fragt nach dem Zusammenhang von Zentralismus und Partizipation bei Umsetzung sozialer Interessen, Judd Stitzel wendet sich der Konsumpolitik als Sozialpolitik zu und Christoph Boyer will sozial- und konsumpolitischen Beziehungen im RGW auf die Spur kommen. Leitend sind Thesen Gerhard A. Ritters zur generellen Wertung der DDR-Sozialpolitik. Er wendet sich gegen eine statische Sicht, verweist vielmehr auf Entwicklungen und Veränderungen. Aber beim Herausarbeiten der „Einflüsse, Vorbilder und Traditionen“ wird diese Sicht unscharf und ahistorisch. „Generell läßt sich sagen, daß das sowjetische Modell ... von zunehmender Bedeutung war. Weiter hat die Rivalität zur Bundesrepublik, die Versuche, sie im Systemvergleich auszustechen, gerade die Sozialpolitik der DDR wesentlich beeinflusst.

Außerdem spielen die Traditionen der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der alten Führungsgarde der SED in der Weltwirtschaftskrise eine wichtige Rolle“ (S.11). Wenig Verständnis bleibt für anti-kapitalistische, solidarische Ziele der Arbeiterbewegung, auch der Sozialdemokratie, und für eigenständige DDR-Beiträge jenseits Moskauer Konzepte, die oft (z. B. Polikliniken) zunächst aus der Weimarer Republik in die Sowjetunion exportiert worden waren. Er wärmt die Mär von der „Überforderung der Wirtschaft“ wieder auf (S.12), die weniger eine ökonomische Frage darstellte als Ausdruck des zwar konstatierten, aber als nachrangig dargestellten Defizits der „falschen Allokation von Ressourcen und eklatanter Mängel der politischen Steuerung“ (S.14) war, genauer der Unfähigkeit zu Demokratie, Interessenartikulation und demokratischer Konflikt- und Krisenregulation. Das Abheben auf die wirtschafts- und ordnungspolitische Seite tauscht so Ursache und Wirkung, abgesehen von vorgefundenen Wirtschaftspotential und Wirkungen des (kapitalistischen) Weltmarktes. Insofern wird das richtige Betonen der zentrale Rolle der Betriebe für die Sozialpolitik und das Feststellen, daß dies „deren wirtschaftliche Effektivität erheblich behindert“ habe (S.15), zu einem leer gehenden Vorwurf, weil auch dieser Anspruch an Zielen sozialistischer Wirtschafts-, letztlich Sozialpolitik gemessen werden müßte. Verständlich dann, daß „das Prunkstück der Sozialpolitik“, „das Recht auf Arbeit“ (S.17), letztlich mißbilligt wird. „Humankapital“, wie Ritter hier meint, sollte nun der Werktä-

tige im Sozialismus gerade nicht sein. Und das, obschon manche Regelung im Arbeitsrecht und Gleichmacherei kontraproduktiv wirkten und das überkommene Interesse der Werk tätigen, ihre Arbeit möglichst teuer zu verkaufen und dafür wenig zu leisten, die sozialpolitischen Möglichkeiten für sie erheblich einschränkten. Unter diesen Voraussetzungen kann es kein bewahrenswertes Erbe geben und die staatsfixierte Mentalität der Ostdeutschen bedroht den heutigen (neoliberalen) Umbau des Sozialstaats.

Stefan Bollinger

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949-1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Nomos Verlag, Baden-Baden 2004, XII, 1007 S., Dokumenten-CD-ROM zu den Bänden 2 und 8.

Die „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ wird in elf Bänden vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und dem Bundesarchiv herausgegeben. Bd. 1 behandelt die Grundlagen der Sozialpolitik, u. a. in der DDR, Bd. 2 die Zeit der Besatzungszonen 1945-1949, u. a. in der SBZ, die Bände 3 bis 7 die Sozialpolitik in der BRD, und die Bände 8 bis 10 beschäftigen sich mit der Sozialpolitik in der DDR. Bd. 11 ist der Zeit nach der Wende gewidmet. Am vorliegenden Bd. 8 haben auch Autoren aus der DDR mitgearbeitet.

Das Werk zeichnet sich durch exakt belegte Datenfülle und bietet den wechsel-

vollen, von verschiedenen Interessengruppen bestimmten Geschichtsverlauf in klar verständlicher Weise dar. Es wendet sich an den allgemeinen Interessenten ebenso wie an den an Detailwissen interessierten Spezialisten. Auch lange Zeit interne Informationen werden geboten.

Im Kapitel I „Politische Rahmenbedingungen“ werden zunächst die grundlegenden gesellschaftspolitischen, sozialen und ökonomischen Umwälzungen behandelt. Obwohl die Gründung der DDR derjenigen der BRD folgte, hatte bereits in der SBZ „eine signifikante politische und gesellschaftliche Sonderentwicklung eingesetzt“ (S.4), z. B. die Bodenreform. Es werden die wechselvollen Beziehungen zwischen den sowjetischen Besatzungsorganen und der SED aufgezeigt und die „grundlegende[n] Veränderungen im politischen System der frühen DDR“ dargestellt (u. a. Durchsetzung der führenden Rolle der SED im Staatsapparat, Neustrukturierung der Verwaltungsebenen, Wirtschaft, Rechts- und Justizsystem, die „Säuberungen“ in der SED und den Blockparteien).

Im Kapitel II „Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder“ wird der sozialpolitische Aspekt dieser Transformationsprozesse am deutlichsten. Unter „Sozialpolitik“ als diskursives und praktisches Politikfeld in der frühen DDR“ wird zunächst der Wandel von der frühen Verankerung sozialer Grundrechte (Recht auf Arbeit) in der ersten Verfassung der DDR, über die zeitweilige Negierung der Sozialpolitik als bürgerlich-kapitalistische „Lazarettstation“ bis zu ihrer Legitimation auf dem

VII. Parteitag der SED vorgestellt (S.15, 75ff.). Unter den Veränderungen werden vor allem jene in der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, auf dem Wege zu Planwirtschaft und Vollbeschäftigung, in der Frauenpolitik und Frauenerwerbstätigkeit verfolgt. Die angestrebte Vollbeschäftigung und hohe Frauenerwerbsquote erforderten soziale Konsequenzen für eine echte Chancengleichheit (z. B. Kindereinrichtungen). Sozialpolitik in der DDR wird insgesamt als orientiert auf eine Gesellschaft fixiert, „in welcher Erwerbstätigkeit die Normalbiographie der Staatsbürger“ bestimmt (S.15). Alle grundlegenden Wandlungen zeichneten sich in den sozialpolitischen Gesetzeswerken der frühen DDR ab, die kritisch beleuchtet werden.

Im Kapitel III „Sozialpolitische Entwicklungen“ werden u.a. behandelt: Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht; Arbeitsschutz; die Arbeitskräfteproblematik; Organisation und Recht der sozialen Leistungen; Preisgestaltung; Sicherungssysteme bei Alter, Invalidität, Unfall, Krankheit, Sondersversorgungssysteme; Gesundheitswesen; Rehabilitation und Hilfe für Behinderte; Sozialfürsorge; Familien-, Jugend- und Altenpolitik; Bildungspolitik; soziales Entschädigungsrecht; Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern; soziale Infrastruktur; Wohnungspolitik; Sozialpolitik.

Kapitel IV bietet eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Bandes. Der Rezensent möchte auf folgende Aspekte besonders verweisen: Ausführlich werden die Realisierung des Verfassungsauftrags, ein einheitliches, verständliches Arbeitsrecht zu schaffen und die damit verbun-

denen Veränderungen in der Rechtsaufassung und -gestaltung, behandelt. Der strukturellen Zergliederung der Arbeitsschutzorgane (S.209) stehe die historische Leistung gegen, daß „erstmal in der deutschen Geschichte die Grundsätze des Arbeitsschutzes zusammenhängend kodifiziert wurden“ (S.220). Kritische Beachtung finden die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel, die Lenkung der Arbeitskräfte, die Rolle der Freizügigkeit (S.258ff.). Die Berufsausbildung sollte die Unterbringung von Schulabgängern in Lehrstellen gewährleisten, die jungen Facharbeiter in die Produktion eingereiht werden (S.284f.). Die Umwandlung des Systems zur sozialer Sicherung, insbesondere die Übernahme der Sozialversicherung durch die Gewerkschaften, wird auf der Grundlage solider Forschungsergebnisse ausführlich beschrieben, und alle wesentlichen Leistungen werden kommentiert (S.301ff.). Die Konsumgüterpreispolitik der DDR erfährt eine detaillierte Untersuchung (S.322ff.). Eingehend beleuchtet wird das Gesundheitswesen der DDR im Sinne seines staatlich-gesellschaftlichen Charakters mit der unentgeltlichen Behandlung aller Mitglieder der Gesellschaft, seiner prophylaktischen Orientierung, dem Aufbau poliklinischer Einrichtungen und des Betriebsgesundheitswesens (S.390ff.). Ein besonderes Kennzeichen der Rehabilitation in der DDR war, daß der Früherkennung und -behandlung von geistigen und körperlichen Schäden sowie prophylaktischen Maßnahmen stets ein hohes Gewicht beigemessen wurde (S.455). Nachgegangen wird der Orientierung auf vorrangige Arbeitsintegration der Sozialfürsorgeempfänger, die zu struk-

turellen und Leistungsveränderungen in der Sozialfürsorge führte (S.477ff.). Untersucht wird das auf Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen und auf die Vereinbarkeit von Erwerbtätigkeit und Mutterschaft ausgerichtete Familienleitbild in der DDR (S.498ff.). Die soziale Förderung der Jugend, eine auf politische Einvernahme ausgerichteten Jugendpolitik und eine im Gegensatz dazu auf eine gesellschaftliche Randgruppe beschränkte Altenpolitik erfährt eine kritische Analyse (S.522ff.). Der widerspruchsvolle Weg zu der vom Bildungsmonopol freien Einheitsschule zur polytechnischen Bildung und zur „Kaderentwicklung“ wird ausführlich dargestellt (S.555ff.). Mit hoher Faktendichte wird das Gebiet der sozialen Maßnahmen für Vertriebene (Umsiedler), Evakuierte, Bombengeschädigte, Kriegsheimkehrer, -beschädigte und -hinterbliebene sowie der Wiedergutmachung behandelt (S.592ff.), ebenso soziale Maßnahmen für Ausländer (S.656). Interessant und aufschlußreich sind auch die Darlegungen zu den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche (S.673ff.) zur Volkssolidarität als Wohlfahrtsverband (S.690ff.), zur Wohnungspolitik (S.701f.), und zum Bedeutungsgewinn betrieblicher Sozialpolitik (S.729ff.). Das Buch schließt mit einem interessanten Überblick über das Verhältnis der DDR zu internationalen sozialpolitischen Entwicklungen und Diskussionen (S.777ff.).

Kritisch sei abschließend vermerkt, daß die Autoren nicht immer der Versuchung entgangen sind, zwischen dem Kernanliegen, eine neue, sozialistische Gesellschaftsformation aufzubauen und den ohne Zweifel vorhandenen stalinistischen Verfor-

mungen zu unterscheiden. Das Buch vermittelt, neben der berechtigten Kritik, durch detaillierte Fakten belegte Kenntnisse über die umfassenden sozialpolitischen Leistungen in der DDR. *Gerhard Tietze*

André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Deutsche Verlagsanstalt, München 2004, 275 S.

Die von S. vorgelegte DDR-Wirtschaftsgeschichte ist sachlich gehalten und verzeichnet, im Unterschied zu den einschlägigen DDR-Veröffentlichungen, fast alle wichtigen Vorgänge. Daß die DDR-Bevölkerung im Gegensatz zur westdeutschen die größten Wiedergutmachungsleistungen pro Kopf für von Hitlerdeutschland angerichtete Kriegsschäden vollbrachte, ist bekannt. Sie war auch dadurch gehandikapt, daß es im Lande außer Braunkohle und Kali fast keine Rohstoffe gab, sie daher auf Importe angewiesen und durch die Bundesrepublik erpreßbar war.

Der Autor schildert Großaktionen, so den 1952 von Stalin genehmigten Übergang zum „Aufbau des Sozialismus“ bei gleichzeitiger Aufrüstung, fortdauernden Reparationen und rigorosen Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung, die zum 17. Juni führten. Er stellt die unerfüllte 1958er Hauptaufgabe, den Pro-Kopf-Verbrauch der Westdeutschen bei allen wesentlichen Lebensmitteln und Konsumgütern zu übertreffen, und die „Vervollgenossenschaftlichung“ der Landwirtschaft 1960 dar, die mit zur verstärkten Flucht ins „Wirtschaftswunderland“ BRD beitrug. 1961 wurde der Fluchtbewegung ein Riegel vorgeschos-

ben, 1963 durch Ulbricht das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft kreiert, das einen mehrjährigen Aufschwung bewirkte, dann aber fehlschlug. Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ab 1971 brachte wichtige Verbesserungen für die arbeitenden Massen, wurde aber vom verlustreichen starren Festhalten an zu niedrigen Preisen für Grundnahrungsmittel, Mieten und Verkehrstarife begleitet. In der Landwirtschaft wurden teils durch Gigantomanie beim Schaffen von Produktionskomplexen Mittel verschleudert, teils Grundlagen für gesündere Betriebe als die westdeutschen gelegt. In der Industrie versuchte die DDR-Führung u. a. durch überhöhte Investitionen in die Mikroelektronik, den kapitalistischen Vorsprung auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität aufzuholen, wobei das NATO-Embargosystem dem im Weg stand. Weitere belastende Vorgänge waren der Anstieg der Erdölpreise und der Schuldenlast gegenüber der BRD sowie das Faktum, daß bei Exporten in das kapitalistische Wirtschaftssystem z. B. 1988 nur ein Viertel des Produktionspreises in DDR-Mark erzielt wurde. Gleichzeitig mit dem Bau moderner Anlagen gab es Substanzverluste und Verfall.

Im Hinblick auf die letzte Entwicklungsstufe gibt S. der Wahrheit über die Schuldenlast dem westlichen Ausland gegenüber die Ehre, indem er Günter Mittags Horrornzahl von 49 Mrd. Valutamark die für heutige BRD-Verhältnisse lächerlich geringe Zahl von tatsächlich 20 Mrd. gegenüberstellt. Seine These: „Die Unfähigkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems, strukturellen sowie technisch-innovatorischen Wandel system-

immanent hervorzubringen, bildete die entscheidende Schwäche der DDR“ (S.226), ist abgesehen von dem Terminus „sozialistisch“ richtig. Andererseits fällt auch er auf die vom Kreis um Mittag ausgeheckte Behauptung herein, die DDR habe „jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt, was sich in der inneren und äußeren Verschuldung sowie im Verfall des Kapitalstocks dokumentierte“ (ebenda). Im Herbst 1989 schlugen maßgebliche DDR-Wirtschaftsexperten vor, BRD-Kredite durch einen Prozeß allmählicher Öffnung der Westgrenzen zu erlangen. Mit dem Beschluß vom 9.11.1989 zum Mauerdurchbruch verschenkte das Zentralkomitee diese Chance.

S. Buch ist inhaltsreich und im wesentlichen exakt. In manchen Passagen über ökonomische Fehlentscheidungen, Streckenstilllegungen und Unpünktlichkeit bei der Bahn oder Schlaglöcher auf zahlreichen Straßen fallen einem die heutigen, in der Regel weit größeren Fehlleistungen unter kapitalistischer Regie ein, wozu neben dem Zertrümmern des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturpotentials der DDR inzwischen noch der umfassendste Sozialstaatsabbau deutscher Geschichte kommt. *Manfred Behrend (†)*

Wolfgang Mühlfriedel/Edith Hellmuth: Carl Zeiss in Jena 1945-1990 (= Carl Zeiss. Die Geschichte eines Unternehmens, Bd. 3), Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2004, XIV, 385 S., Abb.

Der Titel des Buches irritiert etwas. 1945 war Carl Zeiss, der Begründer des weltbekannten Jenaer Unternehmens, bereits seit 57 Jahren tot. Gemeint sind freilich die Zeiss-Werke und ihre Entwicklung nach

dem Zweiten Weltkrieg. Der anzuzeigende Bd. bildet den Abschluß einer großangelegten Unternehmensgeschichte, deren erster, 1996 erschienener Teil „Zeiss 1846-1905“ ebenfalls aus der Feder von H. und M. stammt und die Zeit von der Firmen Gründung bis zum Beginn des 20. Jh. behandelt. Im 2000 erschienenen zweiten Teil „Zeiss 1905-1945“ überblickt Rolf Walter den Zeitraum von 1905 bis 1945. Der nun hier vorliegende abschließende dritte Teil ist der Geschichte des kurzzeitig amerikanisch besetzten, dann in sowjetische Verfügungsgewalt übergebenen und seit 1948 als „VEB Carl Zeiss Jena“ verstaatlichten Betriebes gewidmet. Dieser Bd. findet eine Ergänzung in der aus der Teilung Deutschlands resultierenden und von Armin Hermann beschriebenen Parallelgeschichte der Zeiss-Werke Oberkochen.

In der Einleitung formulieren die Autoren das anspruchsvolle Ziel „einer ersten Gesamtschau“ (S. IX). Sie verbinden dies mit dem Anspruch, die Geschichte des Jenaer Zeiss-Werkes in ihren gesellschafts-, politik-, wirtschafts- und technikgeschichtlichen Kontexten sowie als „Wechselverhältnis von Werks- geschichte und allgemeiner Geschichte“ (S. IX) darzustellen. Das ist ihnen im wesentlichen gelungen, nicht zuletzt dank einer günstigen Quellenlage. Maßgebend hierfür waren „die umfangreichen und wohlgeordneten Aktenbestände im Carl Zeiss Archiv“ (S. XIII). Den gelegentlich vorgetragenen Einwand, man hätte angesichts des breiten Themenansatzes auch die staatlichen Archive berücksichtigen sollen, wird man nicht ganz von der Hand weisen dürfen. Gleichwohl befriedigt das Jenaer Zeiss Archiv den

Informationsbedarf in hohem Maße, auch im Hinblick auf die historische Kontextualisierung der Unternehmensgeschichte.

Die Autoren gliedern die Darstellung in vier Teile. Der erste umfaßt die Jahre 1945 bis 1948 und behandelt in drei Kapiteln die kurze Phase der amerikanischen Präsenz, das Werk unter sowjetischer Verwaltung, darunter vor allem die Demontagen und Deportationen, schließlich auch den Wiederaufbau des Jenaer Werkes sowie die Entstehung der westdeutschen Zeiss-Opton-Werke in Oberkochen. Seit 1948 wurde das Werk als VEB Carl Zeiss Jena weitergeführt, wobei bemerkenswerter Weise der Erhalt der Zeiss-Stiftung gelang. Die Entwicklung des VEB steht im Mittelpunkt des zweiten Teils, der den Zeitraum von 1949 bis 1964 umfaßt. In zwei Kapiteln gehen die Autoren besonders auf die Einbindung des Werkes in das System der zentralisierten Planwirtschaft und auf die technologische Entwicklung ein. Eine zentrale Rolle spielte in dieser Zeit Hugo Schrade als Werkleiter. In dessen Werdegang spiegelt sich die ambivalente Situation des Zeiss-Managements jener Jahre recht genau. Mit gutem Grund hat ihm Rüdiger Stutz („Vom ‚Feindagenten‘ zum Vorzeigemanager, in: Historische Sozialforschung, 2005, Nr. 2) unlängst eine bemerkenswerte biographische Studie gewidmet.

Der insgesamt vier Kapitel aufweisende dritte Teil behandelt die Entwicklung des Werkes und seiner Nebenbetriebe in den Jahren 1965 bis 1975. Er umfaßt also die Zeit der Wirtschaftsreform sowie die daraus resultierenden Turbulenzen und den Beginn der erneuten Konsolidierung

des Werkes. Im Zentrum der Betrachtung stehen dessen Profilierung auf den Gebieten des wissenschaftlichen Gerätebaus und der Mikroelektronik. Ein eigenes Kapitel beanspruchen die bereits gegen Ende der 40er Jahre zwischen Jena und Oberkochen einsetzenden Kontroversen um den Firmennamen und die gewerblichen Altschutzrechte. Der darum vor zahlreichen Gerichten ausgetragene Streit dauerte Jahre und endete 1971 in einem Kompromiß, nach dem das Jenaer Werk den Namen Carl Zeiss verwenden durfte, jedoch immer mit der Ortsbezeichnung Jena versehen mußte. Im vierten Teil mit drei Kapiteln geht es um die Neuprofilierung und den Ausbau des Zeiss-Kombinates unter seinem neuen Generaldirektor Wolfgang Biermann zu einem auch international erfolgreichen Hochtechnologieproduzenten. Das letzte Kapitel beschreibt die Umstände des Rücktritts von Biermann im Dezember 1989 und der 1990 folgenden Privatisierung. Mit einem Stammkapital von 300 Millionen DDR-Mark wurde die „Carl Zeiss Jena GmbH“ Ende Juni 1990 von der Treuhandanstalt in die Marktwirtschaft entlassen. Über die Konsequenzen für die Beschäftigten erfährt man leider nichts. Sie waren, wie Hansjürgen Pröger in seinem Buch „Mikrostrukturen“ 2003 beschrieb, offenbar nicht optimal. Daß die Vf. hier den Schlußpunkt setzen, läßt sich gut begründen, immerhin war dies auch das Ende des Zeiss-Kombinates. Andererseits hätte es nahe gelegen, einen Ausblick auf die folgende Zeit zu bieten, sowohl im Hinblick auf die Zeiss-Stiftung als auch zur Ausgliederung des „Filetstücks“ als „Jenoptik“.

Die Autoren arbeiten quellennah. Dabei

gelingen ihnen mitunter überaus einprägsame Situationsschilderungen und geradezu spannende Geschichten. Besonders für die ersten Nachkriegsjahre trifft das zu, ebenso für die Periode des „Neuen ökonomischen Systems“ in den 60er Jahren. Mitunter schlägt allerdings die spröde Sprache vieler Quellen auf die Darstellung durch. Das mag manchmal die Lesefreude dämpfen, insgesamt jedoch handelt es sich um eine gut lesbare Lektüre. Aus der Perspektive sozial- und wirtschaftshistorischer Forschung hätten einige Zusammenhänge eine in theoretischer Hinsicht vertiefende Betrachtung verdient. So wäre das Innovationspotential zentralisierter Planwirtschaften genauer unter die Lupe zu nehmen. Auch bliebe die kontrafaktische Frage nach den möglichen Perspektiven eines „sozialistischen Konzerns“ nicht ohne Reiz. Ebenso würde sich das Jenaer Beispiel anbieten, über Formen des Mikrokorporatismus in „realsozialistischen“ Zusammenhängen nachzudenken.

Das Buch enthält 70 im Text verteilte Schwarz-Weiß-Abbildungen von ausreichender Qualität. Der Anhang besteht aus einem Tabellenverzeichnis, dem Quellennachweis der Abbildungen, einem Namensregister und 46 Tabellen. Diese erleichtern vergleichende Einblicke in die quantitativen Dimensionen von Beschäftigung, Entlohnung, Qualifikation, Produktion, Absatz usw. Tabelle 16 (S.361) weist allerdings von 1960 bis 1964 einen Lohnrückgang im allgemeinen Maschinenbau aus, der in der amtlichen Statistik der DDR, im Statistischen Jahrbuch von 1967, keine Bestätigung findet. Leider fehlt ein Literatur- und Quellenverzeichnis. Leser bleiben auf die Fuß-

noten verwiesen. Insgesamt handelt es sich bei diesem Buch um eine informative Darstellung, die am Beispiel eines der wichtigsten Industrierwerke der DDR interessante Einblicke in deren allgemeine Geschichte gewährt. Insofern wird auch ein Leserkreis angesprochen, der nicht nur Unternehmenshistoriker und Wirtschaftsarchivare, sondern auch Forscher und Studierende mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Ausrichtung umfassen dürfte. Nicht zuletzt wird das Buch auch für Werksangehörige von Interesse sein.

Peter Hübner

Erika Sophie Schwarz (Hrsg.): Von ganzem Herzen Bäuerin. Eine Familien- und Dorfchronik in Briefen, geschrieben von 1952-1993 von Sophie Krzykus, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2004, 182 S.

Eine Frau, die acht Jahre die Volksschule besucht hat, dann als Magd, später als Bäuerin schwer arbeitete, schreibt an ihre Tochter, die Herausgeberin dieses Buches, in vierzig Jahren fast 250 Briefe und das in einer Art, die einer Journalistin oder Schriftstellerin zur Ehre gereicht hätte. Da ist nichts geschraubt oder gestellt. Sophie K. erzählt schlicht und einfach, wie ihr der Schnabel gewachsen ist, über das Leben und die Arbeit auf dem Bauernhof und im Dorf, über ihre Sorgen und Freuden, ihre Gedanken und Gefühle, gewürzt mit wörtlicher Rede und Lebensweisheiten in Plattdeutsch. Ein Erzähltalent.

S. stellt den Briefen neben einigen klugen Gedanken über das Briefeschreiben die Lebensgeschichte ihrer 1912 geborenen Mutter in den ersten vierzig Jahren vor

(S.7-24). Sophie stammt aus Westfalen und wanderte 1937 mit ihrem ersten Ehemann, dem Tischler und Häusler Ernst Koch, und ihren drei kleinen Kindern nach Vorpommern aus, um einen 45 Morgen großen Siedlungshof zu übernehmen. Ein Jahr später verunglückte Ernst Koch bei dem Versuch, ein Kind vor dem Ertrinken zu retten, tödlich. Es gelang ihr, mit übermenschlicher Anstrengung den Hof zu halten.

Im Krieg, ihr zweiter Ehemann befand sich an der Front und fiel 1944 in Ungarn, hatte sie einen 16jährigen polnischen Jungen, der zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden war, zur Unterstützung. Später halfen ihr Umsiedler in der Wirtschaft. 1950 heiratete Sophie den Landarbeiter Johann Krzykus, Nachkomme einer polnischen Schnitterfamilie. Mit ihm lebte sie die nächsten 43 Jahre harmonisch zusammen. Wie Johann später den Enkeln schmunzelnd erzählte, war er mit ziemlichen Bauchschmerzen in die Ehe mit Sophie gegangen, weil sie so viele Bücher in ihrer Stube hatte. Eine Frau, die Bücher las, konnte nach dem Verständnis der pommerschen Landbevölkerung keine gute Bäuerin sein. Es dauerte aber nicht lange, und er ließ sich an langen Winterabenden von seiner Frau aus diesem oder jenem Buch etwas vorlesen. Später griff er sogar selbst zum Buch.

In den Briefen aus den 50er Jahren dominiert die gute wirtschaftliche Entwicklung des Hofes. Während die beiden Töchter studierten, arbeitete Sohn Ernst mit in der elterlichen Landwirtschaft. Zu dritt betrieben sie neben dem Feldbau eine intensive Viehwirtschaft. Die landwirtschaftliche Pflichtablieferung war für sie

kein Problem. Das jährliche „Soll“ war oft schon nach vier bis fünf Monaten erfüllt, und der Verkauf der „freien Spitzen“ brachte gutes Geld. Sie sahen also keinen Grund, ihre Selbständigkeit aufzugeben und in die LPG einzutreten. Sie fürchteten in der LPG nicht nur finanzielle Einbußen, mehr noch graute es ihnen „vor der Uneinigkeit und vor denen, die saufen, anstatt zu arbeiten“ (S.61). Auf die Dauer konnten sie jedoch dem Druck, dem Masseneinsatz von Agitatoren aus der Stadt nicht widerstehen.

1960 Mitglied der LPG geworden, Sophie wurde sogar in den Vorstand gewählt, ging ihre Sorge um den eigenen Hof nahezu nahtlos in die Sorge um die LPG über: kommt die Ernte gut rein, werden die Ackerarbeiten zur richtigen Zeit erledigt, kriegt die Leitung die Probleme in den Griff. Sophie spricht in ihren Briefen bald von unserer LPG, wie sie bei anderen Gelegenheiten auch von unserem Staat spricht. Sie und ihr Mann gehörten zu den Hunderttausenden DDR-Bürgern, die trotz ihres gelegentlichen Ärgers mit diesem Staat – Sophie berichtet ihrer Tochter z. B. tief betroffen über die Schikanen an der deutsch-deutschen Grenze, die ihre Eltern aus Westfalen bei ihrem Besuch über sich ergehen lassen mußten, über die Bevormundung durch Parteifunktionäre beim Anbauplan, über die mangelnde Versorgung mit hochwertigen Konsumgütern – alles taten, um diesen Staat zu stärken, ihn besser, effektiver zu machen. Nicht um irgendwelche Diktatur oder Parteibürokratie zu unterstützen. Sie arbeiteten für diesen Staat, sie setzten sich für ihn ein, weil sie und ihre Kinder in diesem Staat lebten, weil sie wollten, daß es

ihren Kindern und Enkeln und allen Leuten einmal besser gehen sollte. Verdient eine solche Haltung nicht unser Verständnis und unsere Achtung statt der vorwurfsvollen, von keiner Kenntnis des Lebens in der DDR getrübtten Frage: Wie konntet ihr nur dieses System unterstützen?

Auch später ändert sich an den Themen der Briefe nicht viel. Nach wie vor informiert Sophie ihre Tochter über Geburten, Feiern, Unfälle und Todesfälle in der Verwandtschaft und im Dorf, schildert die Entwicklung ihrer Enkel und Urenkel, reagiert als gläubige Christin mit Sorge auf Unruhen in der Welt, die den Frieden gefährden könnten. Begeistert schreibt sie – und das ist ein neues Thema – über ihren Urlaub 1969 im Vogtland, den die LPG ihrem Mann und ihr angeboten hatte. Es war der erste Urlaub ihres Lebens. Weitere folgten. Neu sind die Berichte über Frauentagsfeiern und bald auch über Rentnertreffen und -ausfahrten. Altersbedingt nehmen Berichte über gesundheitliche Probleme zu.

Das Ende der DDR 1990 stürzt sie in Unruhe, obwohl sie die Wiedervereinigung begrüßt. Aber Vorruhestand und Arbeitslosigkeit, die auch die Familie erfassen, machen ihr Kummer. Dazu kommt die Sorge um das Schicksal der LPG, obwohl vorerst alles beim alten blieb, weil niemand sich selbständig machen wollte.

Mit dem Tod von Johann Krzykus 1993 – Sophie überlebte ihn um sechs Jahre – endet diese einmalige Briefsammlung, deren Aussagen durch zahlreiche Familienfotos unterstützt werden. Auf eine „Perle“ in diesem schönen Buch sei gesondert hingewiesen: auf den Schulauf-

satz des Sohnes der Herausgeberin über seinen Großvater Johann (S.148).

Fritz Zimmermann

Gerd Kaiser: Arbeit hat bittere Wurzel... ..aber süße Frucht. Reflexionen über die Anfänge des Auslandsstudiums deutscher Studenten in der UdSSR, edition bodoni, Berlin 2004, 154 S., Abb.

Vorliegende Studie bietet aus Insidersicht fundierte Informationen über die bislang wenig erforschte Frühgeschichte des DDR-Auslandsstudiums. Sie basieren u. a. auf den Ergebnissen von Werkstattgesprächen der „Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V.“, die Ende der 90er Jahre in Berlin stattfanden und zu denen die einstigen Studierenden unterschiedlichste persönliche Unterlagen mitbrachten sowie erste Archivrecherchen offerierten. Auch bei anderen Treffen und in ausführlichen Gesprächen oder Briefwechseln wurden dem Autor Erfahrungen mitgeteilt und Materialien unterbreitet, die er auf der Grundlage eigener Erhebungen und Erlebnisse verarbeitete.

Ein erinnerungsseliges Traktat ist dabei nicht entstanden, vielmehr zeichnet der Bd. ein realitätsnahes, ungeschöntes Bild von den widerspruchsvollen Lebens- und Arbeitsproblemen der jungen Deutschen im Moskau der 1950er Jahre. Leningrad-Erfahrungen klingen nur an. Darüber hinaus erhält der Leser Einblicke in Vorbereitung, Ausbau und Entwicklung des Universitäts- und Hochschulstudiums im Ausland.

Die ersten 175 DDR-Auslandsstudenten nahmen, materiell vom Herkunftsland gut ausgestattet, 1951 drei Monate nach dem regulären Semesterstart ihr Studium auf (Universitäten und Hochschulwesen hatten ihre Aufgaben zwar rechtzeitig gelöst, aber sowjetische und deutsche Apparate wenig Sinn für die Arbeitsrhythmen einer Universität gezeigt. Obwohl das Semester am 1. September begann, wurde das „Abkommen über Erziehung in der SU“ erst am 12. Oktober in Karlshorst mit Wilhelm Pieck besprochen). K. beschreibt diese erste Studentengeneration als politisch und gesellschaftlich engagiert, aus tiefster Überzeugung antifaschistisch eingestellt und erfüllt von Schuld- und Verantwortungsgefühl gegenüber ihren Gastgebern in Moskau oder dem geschundenen Leningrad. Meist aus einfachen Verhältnissen stammend, waren sie diszipliniert, bescheiden und wißbegierig. Mit einer solchen Haltung und ausgeprägtem Leistungswillen bestanden sie zeit-spezifische Bewährungsproben, trugen zur Versöhnung bei und verschafften sich Anerkennung. Diese Einstellung half ihnen wohl auch, den Schock zu verarbeiten, den die unerwartet schwierigen Lebensbedingungen auslösten, mit denen sie konfrontiert waren – in Moskau zunächst Unterbringung in den überfüllten Räumen einer einstigen Kaserne mit problematischen sanitären Einrichtungen, ohne Schrankraum, angewiesen auf den Koffer unterm Feldbett. Er sei 13. Mitbewohner eines Zimmers gewesen, berichtet K. (S.52f.). Auch darüber hinaus waren ungewohnte Alltagssituationen zu meistern.

Auf die zentrale Frage nach Qualität und Nutzen eines Studiums in der Sowjetunion der 1950er Jahre gibt K. differenzierte Antworten. Ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis war auf jeden Fall die sich im Laufe der Jahre einstellende Beherrschung der russischen Sprache. Vorangebracht wurde die Sprachausbildung durch Intensivunterricht, aber nicht minder dadurch, daß die einzelnen Mitglieder der deutschen Studentengruppe in Zimmer mit multinationaler Besetzung eingewiesen wurden und so zur schnellen Aneignung russischer Sprachkenntnisse gezwungen waren. Im Rückblick werten die Beteiligten dieses zwar enge, Individualität einschnürende Miteinander als Bereicherung und Erweiterung ihres Horizonts und prägend für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Trotz unvermeidbarer Spannungen wäre der Blick für andere kulturelle Welten, Traditionen, Erfahrungen und Mentalitätslagen geschärft und Toleranz gegenüber anderen Weltansichten und Weltanschauungen befördert worden (S.57f.).

Viele der ersten Auslandsstudenten hatten sich für das Studium geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Fächer entschieden, in den folgenden Jahren nahm die Zahl der an Naturwissenschaften und Medizin Interessierten allerdings zu. K., selbst Historiker, informiert über das differierende wissenschaftliche Niveau der einzelnen Hochschulen und Lehrkräfte und macht auf die zwiespältige Grundsituation aufmerksam: Einerseits widmeten sich ausgewiesene, international geachtete, hochgebildete, humanistische Werten verpflichtete Wissenschaftler, darunter Nobelpreisträger, befähigten Studenten sehr verantwor-

tungsbewußt, regten sie zu forschendem Lernen an und sorgten dafür, daß sie „fundiertes und umfassendes Wissen“ und damit „eine tragfähige Ausgangsposition für künftige eigene Forschungs- und Lehrtätigkeit“ erhielten (S.83). Allerdings bleibt offen, inwieweit Lehrinhalte dem internationalen Wissensstand entsprachen oder nicht, da dies nur fachspezifisch beantwortet werden kann. Andererseits gehörten zum Lehrkörper nicht wenige dogmatische Professoren und Scharlatane, die die Studierenden mit wissenschaftlichem Müll stalinistischer Denkart zuschütteten (S.78). Zudem erlebten die jungen Leute den Widerspruch zwischen propagierten Werten und Wirklichkeit hautnah – politisch zugespitzte Maßregelungen von Studenten und Lehrkräften, die Abstrafung wissenschaftlicher Kapazitäten wie Lew Landau oder Pjotr Kapiza, die Diffamierung von Kunstproduzenten wie Dmitri Schostakowitsch oder Anna Achmatowa, die Diskriminierung von Juden oder Rußlanddeutschen und ähnlich bestürzende Vorgänge. Daß die Sowjetunion im Grunde das Negativbild einer sozialistischen Gesellschaft darstellte, dessen waren sich zu Lebzeiten Stalins die wenigsten sozialistisch orientierten Zeitgenossen bewußt, schon gar nicht junge Menschen aus der frühen DDR. Doch K. verweist auf die trotz aller Enge vorhandenen Gelegenheiten, hinter die Kulissen und Potemkinschen Dörfer zu schauen und wirklickeitsnähere Bilder und Einsichten zu gewinnen, d. h. sich Erkenntnisprozessen zu stellen, die durch das Chruschtschowsche Tauwetter noch bestärkt wurden. Er beschreibt die konfliktreichen, aber offenen Meinungsbildungsprozesse in der

internationalen Studentenschaft nach dem XX. Parteitag der KPdSU in ihren Auswirkungen auch auf deren spätere Haltungen, ohne zu verschweigen, daß nicht alle Studierenden aus der DDR zu kritischen Sichtweisen vordrangen. Im Herkunftsland waren solche ohnehin nicht erwünscht, wie einige Rückkehrer erfahren mußten. Wohl nicht zufällig haben aber einstige Auslandsstudenten nach dem Ende der DDR wichtige Arbeiten über stalinistische Verbrechen vorgelegt. Auch aus heutiger Sicht bewerteten die Angehörigen dieser Generation (die späteren sahen manches anders) den Auslandsaufenthalt als tiefgreifende Erfahrung ihres Lebens und bezeichneten die Ausbildung als solide und gediegen. In Verbindung mit ausgeprägter Leistungsbereitschaft und Ehrgeiz führte sie dies auf vielen Ebenen in verantwortungsvolle Tätigkeiten (siehe Auswahlbiographien, S.137ff.), aus denen die meisten der heute um die 70jährigen durch die unsägliche Abwicklung von Instituten und Einrichtungen vertrieben wurden.

Evemarie Badstübner

Jens Fischer: Geschichte im Dienste der Politik. Die Darstellung des Zeitraums von 1933 bis 1945 in den Geschichtslehrplänen und -schulbüchern der zehnklassigen polytechnischen Oberschule in der DDR von 1959 bis 1989, Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. Main 2004, 411 S.

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit muß zwei Aufgaben erfüllen: schonungslose Offenlegung von Defiziten und Wahrheitswidrigem; Gewähr-

leistung von Abgewogenheit, Differenziertheit und Vermeidung von Schwarz-Weiß-Malerei. Das würde auch vergleichende Bezüge zum Kalten Krieg und zum Geschichtsunterricht in der Alt-BRD einschließen. Der zweite Aspekt spielt beim Vf. kaum eine Rolle.

In gründlicher Arbeit werden Mechanismen der Entstehung von Geschichtslehrplänen und -lehrbüchern mit dem Schwerpunkt des Lehrplans von 1988 und seiner Genesis (S.126ff.) offengelegt sowie die rigide Durchsetzung des Machtmonopols und des ideologischen Führungsanspruchs der SED unter Ausschluß echter Diskussionen, die diesen Anspruch hätten in Frage stellen können, zutreffend dargestellt. Der kritischen Sicht auf viele Fragen der Darstellung historischer Prozesse, die in diesem Sinne zurecht gebogen wurden, ist zuzustimmen, z. B. der Kritik an der Darstellung der vorgeblich kontinuierlichen und konfliktfreien Politik der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf als Identitätslinie für die nach 1945 durchgesetzte Politik, an der Darstellung ihrer Führungsrolle, an der Darstellung der verfehlten Politik Stalins gegenüber Nazi-Deutschland vor Kriegsbeginn, am Verschweigen des Geheimabkommens. Berechtigt ist auch die Kritik an der auf der Dimitroffschen Faschismus-Definition basierenden pauschalen Gleichsetzung von Naziherrschaft und Großkapital. Andererseits darf dieser Zusammenhang auch nicht heruntergespielt werden. In diesem Sinn ist eine solch undifferenzierte Feststellung in der Arbeit, wonach Hitler die „Hauptschuld am Krieg“ getragen hätte, zu einfach. Die kritische Sicht auf die generelle Behandlung der Judenverfol-

gung und des Holocaust ist berechtigt. Ein Mangel der Arbeit besteht darin, daß die im Untersuchungszeitraum erschienenen Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien bei der verbalen Wertung und Kommentierung z. T. undifferenziert auf eine Stufe gestellt werden. So werden schulpolitische Reaktionen auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, politische Lernprozesse, Erkenntniszuwachs und gewachsene Spielräume im Lehrplan zu wenig berücksichtigt. Wie unzutreffend wäre es, z. B. die Darstellung bzw. das Verschweigen deutscher Kriegsschuld, die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit u. a. in bundesdeutschen Geschichtsschulbüchern aus den 50/60er Jahren denen in den 80ern gleichzusetzen. Es ist zu undifferenziert, wenn der Autor faktisch negiert, daß solche Veränderungen (z. B. die Rücknahme der Festbeschreibung einer generellen Führungsrolle der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf, die umfassendere Würdigung der Männer des 20. Juli) nicht nur politischem Kalkül entsprachen, sondern auch Folge von Forschungsergebnissen in der DDR-Geschichtswissenschaft und politischer Diskussion waren. Des weiteren gibt es eine Reihe von Fragen, die sachlich nur aufgezählt, aber in keinen kritischen Kontext gestellt und vom Vf. nicht kommentiert werden: Aussagen beispielsweise zu Globke und Oberländer und ihrer Tätigkeit in der Bundesrepublik, zur Straffreiheit der Blutrichter, die „sinnlose“ Zerstörung Dresdens im Februar 1945. Es hängt vom Standort des Autors ab, ob man mit allen Feststellungen in DDR-Geschichtslehrplänen polemisch umgeht oder ob man sie gegebenenfalls als zutreffend

bezeichnet. Das wären beispielsweise solche Aussagen, daß deutsche Kommunisten im Widerstandskampf (zumindest in den ersten Jahren) die größten Opfer gebracht haben und daß die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges gegen Nazi-Deutschland getragen hat. Dies will der Vf. offensichtlich nur eingeschränkt gelten lassen.

So ist man beim Lesen dieser Arbeit hin- und hergerissen: Gut ist, daß deutlich wird, in welchem Umfang der DDR-Geschichtsunterricht in den Dienst von Parteipolitik gestellt war (wobei eigentlich klar werden sollte, daß in jeder Gesellschaft gerade dieses Fach immer der Stabilisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse dient) und inwieweit rabiatiert mit historischen Wahrheiten umgegangen und gefälscht wurde. Abzulehnen ist, daß der DDR-Geschichtsunterricht fernab von historischen Zusammenhängen dargestellt ist und daß die Frage unterbleibt, ob es in ihm denn gar nichts Positives gegeben hat. Denn damit wird das – bei allen Fehlbeträgen und politischer Instrumentalisierung – ehrliche Bemühen Zehntausender Geschichtslehrer um die humanistische Erziehung ganzer Schülergenerationen negiert.

Florian Osburg

Julia Franziska Engels: „Helden an der Mauer“. Die propagandistische Aufbereitung von Republikfluchten in der deutschen Presse, LIT Verlag, Münster 2004, 155 S.

Am 17. April 1963 versuchte Wolfgang Engels, Vater der Autorin, mit einem gestohlenen Schützenpanzerwagen der NVA die Berliner Mauer zu durchbre-

chen. Der 40. Jahrestag dieser Flucht war für sie der Anlaß, sich in ihrer Magisterarbeit an der Universität Münster mit diesem Thema zu befassen. Sie behandelt ergänzend dazu den gescheiterten Fluchtversuch von Peter Fechter, die Flucht des damals 14-jährigen Wilfried Tews und den Tod des DDR-Grenzsoldaten Peter Göring. Alle drei Fälle spielten sich nahezu zur gleichen Zeit ab. Die Autorin konzentriert sich bei der Analyse auf die Springer-Presse und das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, beide Meinungsführer bei den Angriffen auf das politische System im jeweils anderen Land. Sie umreißt den historischen Hintergrund der Ereignisse, beschreibt Mediensysteme in theoretischer Sicht und vergleicht schließlich die Mediensysteme der Bundesrepublik und der DDR. Die herausragende Stellung des Springer-Verlages weist sie anhand der Auflagenstärke seiner Blätter, ihrer betont antikommunistischen Propaganda und der politischen Ambitionen des Verlegers Axel Springer nach. Sie sieht Gemeinsamkeiten zwischen der Organisation des Springer-Verlages mit den Medienorganisationen der SED. „Beide waren hierarchisch straff aufgebaut, Anweisungen wurden von Axel Springer bzw. den zuständigen SED-Funktionären an die jeweiligen Chefredakteure weitergegeben.“ Für alle Journalisten bindend waren bei Springer dessen politische Grundregeln, beim „Neuen Deutschland“ waren es die Richtlinien der Partei. Eindrucksvoll und erschreckend zugleich der Vergleich der angewandten stilistischen und rhetorischen Mittel. Diskriminierung um jeden Preis, das war das Ziel. Fazit der Autorin: „Auf beiden Seiten wurde Propaganda

betrieben: Sowohl die Springer-Presse als auch das „Neue Deutschland“ instrumentalisierten gezielt bestimmte Ereignisse, um die eigne Weltanschauung zu bestätigen und die Boshaftigkeit des Gegners herauszustellen. Dabei kam es nicht auf ‚Wahrheits‘-Bezug an – vielmehr ging es um die Inszenierung systemunterstützender Ereignisse.“

Das „Neue Deutschland“ wie die gesamte DDR unterlagen in der Auseinandersetzung, damit ging den Springer-Zeitungen ein Feind verloren. Ihre Techniken aus Zeiten des Kalten Krieges haben sie nicht verlernt, wie ihre Attacken gegen linke Kräfte zeigen. *Günter Simon*

Wolfgang Kraushaar/Karin Wieland/Jan-Philipp Reemtsma: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburger Edition, HIS Verlag, Hamburg 2005, 143 S.

Jeremy Varon: Bringing the War Home. The Weather Underground, the Red Army Faction, and Revolutionary Violence in the Sixties and Seventies, University of California Press, Berkeley 2004, 394 S.

Gewalt ist offenbar ein Faszinosum. Mehr als 30 Jahre, nach dem die Terror-Aktionen der Stadt-Guerilla in den Schlagzeilen der Medien dominierten, erscheint gleich eine ganze Reihe von Büchern zu diesem Thema diesseits und jenseits des Atlantiks, und für weitere wird in den Archiven fleißig geforscht. In einer dieser Neuerscheinungen wenden sich K., W. und R. den drei Komponenten zu, aus denen die „Roten Armee Fraktion“ (RAF) in der Bundesrepublik Deutschland ihre Existenz konstituiert

habe: erstens die theoretische Orientierung auf den bewaffneten Kampf in der bundesrepublikanischen Neuen Linken am Beispiel Rudi Dutschkes, zweitens die Repräsentanz des Avantgarde-Anspruchs durch die Führungsfigur Andreas Baader, den W. in einem literarischen Essay als Dandy porträtiert, und drittens „die RAF als attraktive Lebensform“.

Im Kontext dieser dritten Komponente geht R., Geschäftsführender Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung, der Frage nach, was es denn heißen, „die Geschichte der RAF (zu) verstehen“. Allen Bestrebungen die Legitimität absprechend, die bedrängende Herrschaftsverhältnisse überwinden wollen, kommt er zu dem erstaunlichen „Ergebnis“, man würde nichts von der Geschichte der RAF verstehen, wenn man nicht insbesondere die Gewaltlockung erkenne, die in der Idee eines nicht entfremdeten, authentischen Lebens liege (sic!). Nur unter dieser Perspektive könne man begreifen, wie es zu einem „Mythos RAF“ habe kommen können. R. unterstellt, die RAF habe die Umwelt „produziert“, die sie brauchte, denn der gewaltsame Akt, der die Gruppe bildete, sei „in der idealisierenden Phantasie der Verständnisvollen zur Reaktionsbildung auf eine feindselige Umwelt“ geworden, sogar zu einer teilweise legitimen Reaktion. Die Voraussetzung sei so zur Folge umgedichtet worden. Die Macht-Erfahrung sei schließlich das entscheidende Charakteristikum der „Lebensform RAF“ gewesen.

Den Ton im Bd. gibt jedoch der Beitrag „Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf“ von K. an, in dem der wissen-

schaftliche Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung nachzuweisen versucht, daß Rudi Dutschke das Konzept Stadtguerilla – die politische Handlungslegitimation der RAF – schon im Februar 1966 theoretisch vorbereitet habe. Mit buchhalterischer Akribie listet er dazu – ohne nach der Bedeutung des Begriffs „Stadtguerilla“ im jeweiligen Kontext zu fragen – „Belegstellen“ in Dutschkes Aufzeichnungen auf, um darzustellen, daß Theorie und Praxis der Stadtguerilla in der Bundesrepublik Deutschland auf Rudi Dutschke und Dieter Kunzelmann, seinen Mitstreiter in der situationistischen *Subversiven Aktion*, zurückzuführen sind. K. macht allerdings ebenfalls deutlich, daß sich Dutschke in den 1970er Jahren entschieden von den Terrorakten der RAF distanziert hat, daß er ein politischer Gegner der RAF und des Terrorismus war.

Auch wenn K. mit seinem Text analytisch-neutral und keineswegs anklägerisch daherkommt, ist der Zweck klar: Rudi Dutschke soll so nahe wie möglich an Andreas Baader herangerückt werden (die Weglassung des Kommas im Titel des Buches spricht Bände!), und damit soll die wohl wichtigste historische Persönlichkeit der 68er-Bewegung in der Bundesrepublik ihre Demontage erfahren. Eine Botschaft, die in der Tagespresse, wie z. B. „Frankfurter Rundschau“ oder „tageszeitung“, genau verstanden und umgesetzt wurde. Letzten Endes leistet K. einen Beitrag dazu, die Geschichte der alten Bundesrepublik im Sinne des aktuellen geistigen Mainstreams umzuschreiben.

Im zweiten hier anzudeutenden Buch vergleicht V., Assistant Professor für Ge-

schichte an der Drew University in Madison (New Jersey), den Weather Underground in den USA mit der RAF in der BRD. Er rekonstruiert die Motivationen und Ideologien beider Gruppen und vermittelt die moralische Gewißheit der Akteure, die Tiefe ihres utopischen Verlangens, ihr Gefühl der Bedrohung und der Verzweiflung und ihr Hochgefühl zeitweiliger Erfolge. Während sich der Autor in den Kapiteln über den Weather Underground auf selbst geführte Interviews mit den ehemaligen Angehörigen dieser Gruppe stützt, verwendet er zu den Buchteilen über die RAF lediglich seit langem bekannte schriftliche Quellen. Leider bleiben sozialwissenschaftliche Untersuchungen aus den 1980er Jahren zur RAF ausgeblendet.

Hervorzuheben ist allerdings, daß sich seine Studie angenehm abhebt von jenen Elaboraten, die die Aktivisten dieser und ähnlicher linksradikaler Terrorgruppen als pathologische Fälle oder familiär geschädigte Wirrköpfe denunzieren und die politischen Dimensionen ihres Aktivismus negieren. Der Vf. zeigt die Rationalität ihres terroristischen Handelns auf, mit dem diese Aktivisten eine radikal andere, eine bessere Welt erreichen wollten. Zumindest hier gibt es eine Parallele zu sozialrevolutionären und anarchistisch geprägten Kleingruppen, die im 19. Jh. einer terroristischen „Propaganda der Tat“ huldigten. Mit derart untauglichen Mitteln waren aber weder damals noch in der zweiten Hälfte des 20. Jh. hehre politische Ziele zu erreichen.

V. arbeitet zum einen Analogien in der Entwicklung der Weathermen und der RAF heraus – so die allmähliche Entwicklung hin zum bewaffneten Kampf,

die radikalisierend wirkenden Konflikte der vorwiegend studentisch geprägten Protestbewegung mit Staat und Gesellschaft und insbesondere die Bedeutung der Erfahrungen im Protest gegen den Vietnam-Krieg der USA (ein Bezug, der im oben besprochenen Buch weitgehend ausgeblendet bleibt). Nicht zuletzt hatten die Ideen der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und die in der politischen Linken der späten 1960er Jahre geführten Debatten über Gewaltanwendung und Revolution Einfluß auf die Herausbildung des Weltbildes der Weathermen und der RAF-Aktivisten, das diese zum Mittel des individuellen Terrors greifen ließ, um „den Krieg nach Hause zu tragen“ (bringing the war home). Beide Gruppierungen betraten 1969/70 die politische Bühne mit Guerilla-Kampagnen, die denen in Lateinamerika nachgeahmt waren. Beide teilten die Hoffnung, ihr bewaffneter Kampf würde die Jugend der Arbeiterklasse zur Revolution erwecken. Und nicht zuletzt stammten ihre Mitglieder gleichermaßen überwiegend aus bildungsbürgerlichen Schichten.

Zum anderen verweist V. auf bemerkenswerte Unterschiede zwischen Weather Underground und RAF. Während z. B. die Weathermen im nationalen Bewußtsein der USA gewissermaßen im Schatten der Geschichte stünden, sei in Deutschland die Erinnerung an die RAF nach wie vor sehr lebendig. Differenzen im Selbstverständnis betreffen, daß die Weathermen die Wirkungen ihrer Anschläge, mit denen sie Grenzlinien überschreiten und schockieren wollten, weit stärker und intensiver reflektiert hätten, als das bei den Angehörigen der RAF der Fall

gewesen sei. Die Militanz der RAF habe weit abstraktere Züge getragen, länger angehalten und sei schließlich fast in einen Privatkrieg mit den Sicherheitsorganen des Staates eskaliert, eines Staates, der von Militanten der RAF als „faschistisch“ denunziert wurde. V. sieht davon ausgehend im bundesdeutschen Terrorismus und seiner Bekämpfung eine quälende Form von Vergangenheitsbewältigung und ein Symptom der Schwierigkeiten der alten Bundesrepublik, die Nazi-Vergangenheit Deutschlands aufzuarbeiten. Hier scheint allerdings die Frage angebracht, ob dieses Erklärungsmuster bei all seiner historischen Berechtigung vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Debatten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht zu eindimensional ist. Denn damals schien vielen Menschen auf der politischen Linken jene Horrorvision Wirklichkeit zu werden, die George Orwell in seinem Roman „1984“ eindrucksvoll beschrieben hatte: der allgegenwärtige Überwachungsstaat – nun jedoch computergestützt, mit Instrumenten wie der Rasterfahndung ausgerüstet. Einen Staat, den es zu bekämpfen galt – für einige nicht nur politisch, sondern mit allen Mitteln, auch terroristischen.

Jochen Weichold

Klaus Roth (Hrsg.): Arbeit im Sozialismus - Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa (= Freiburger Sozialanthropologische Studien, Bd. 1), LIT Verlag, Münster 2004, 433 S.

Sozial- und Alltagsgeschichte sind nach dem Boom der Politikgeschichte prädes-

tiniiert, die nachwirkende Vielschichtigkeit des Staatssozialismus herauszuarbeiten. Eine interdisziplinäre Konferenz führte an der Münchener Universität Forscher aus Westdeutschland und Osteuropa, so aus dem Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (FOROST) mit seinem Projekt „Alltagskultur im Sozialismus“ zu den Veränderungen der Lebensweise vor und nach der Wende zusammen. Der Bd. vereint 26 deutsch- und englischsprachige Aufsätze zur Situation in Bulgarien, Jugoslawien, den CSSR-Nachfolgern, Polen und der Sowjetunion, hier vor allem Estland.

Das gewählte Vorgehen schränkt allerdings eine umfassende Bewertung des Materials und seine Verallgemeinerung für eine Sozialgeschichte des Staatssozialismus ein. Hilfreich wäre, über biographische und wissenschaftstheoretische Hintergründe der Autoren informiert zu sein, um Ergebnisse einzuordnen. Ungünstig ist das Ausblenden der DDR- und ostdeutschen Erfahrung, die angesichts der relativ reifen deutschen Sozial- und Wirtschaftsverhältnisse für eine Gesamtschau typischer sein könnte als etwa Bulgarien oder die Slowakei. Nachteilig ist generell der fehlende Abgleich mit den Entwicklungen in den westlichen Metropolen. Hier hatten sich mit New Deal, Sozialer Marktwirtschaft und Rheinischem Kapitalismus bis in die 1970er Jahre wesentliche soziale Entwicklungen und Kämpfe ereignet, auch mit Konsequenzen für die Arbeitsbeziehungen. Schließlich wäre hinsichtlich spezifisch „sozialistischer“ Arbeitsverhältnisse auch ein stärkerer Blick auf genossenschaftliche Ansätze (nur marginal zu Estland und Bulgarien) notwen-

dig, ganz zu schweigen von westlichen Analogien (bes. den Kibbuzen).

Ausgangspunkt ist die Feststellung von R., daß in Arbeiterbewegung und Marxismus die Arbeit als von Entfremdung befreite, verallgemeinerte Arbeit Grundbedingung des menschlichen Lebens sein sollte, in der die Trennung von geistiger und körperlicher Tätigkeit, von Stadt und Land sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufgehoben sind. „Arbeit wird in den sozialistischen Gesellschaftstheorien zur wohl wichtigsten Kategorie überhaupt“ (S.10). In den realsozialistischen Staaten wurde versucht, diese Befreiung von kapitalistischer wie feudaler Fremdbestimmung zu verwirklichen und die Arbeiterklasse als Hauptträger dieser Arbeit in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei zeigte sich rasch, daß die hohen Ansprüche mit ökonomischen wie organisatorischen Erfordernissen moderner Wirtschaft kollidierten. Die Chance selbstbestimmter, freiwilliger Arbeit reduzierte sich auf Subbotniks und wurden noch nicht Allgemeingut, so daß über ideologisch begründete Wettbewerbsbewegungen schließlich seit den 1950er Jahren nach Auswegen in Gestalt der materiellen Interessiertheit gesucht wurde. Für R. sind diese beiden Ansätze, die selbstbestimmte, freiwillige Arbeit und die (Wieder)Einführung ökonomischer Mechanismen zwei schwer zu vereinbarende und selbstzerstörerische Elemente des Staatssozialismus.

Die anderen Autoren suchen dies nun in der Praxis näher nachzuweisen. Da finden sich Indizien zur Kontinuität kapitalistischer sozialer und Arbeitsbeziehungen in Bulgarien (Markus Wien). Es werden enthusiastische Züge der

teilweise befreiten Arbeit in Jugendbrigaden dieses Landes gezeigt (Radost Ivanova). Konstruktive wie problematische Züge von intrakollektiven Verhältnissen (Milena Benovska, Kirsti Joesalu, Petar Petrov, Vjačeslav Popkov, Lubica Herzánová und Leszek Dzięgiel) zielen auf Solidarität, oft genug aber auch auf Klientismus. Magdalena Paříkova entlarvt am slowakischen Beispiel die verhängnisvolle „Disziplinierung durch Arbeit“, wie sie gegenüber Angehörigen ehemals privilegierter Klassen angewandt wurde und den Anspruch befreiter Arbeit ins Gegenteil verkehrte. Marketa Spiritova erinnert, wie Intellektuelle nach 1968 in der CSSR mit alternativen Lebenskonzept ausgegrenzt zu überleben und widerstehen suchten. Bemerkenswert schließlich Predrag Markovic, der am jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus Chancen einer Identifizierung mit den neuen Verhältnisse, aber auch die Verschleppung von Krisendiagnosen und -lösungen aufzeigt. Mehrere Arbeiten widmen sich den Schwierigkeiten, die bei der Überführung einst sozialistischer Arbeitsverhältnisse in die nach 1989/91 gewünschten kapitalistischen auftraten. Das Beharrungsvermögen der Arbeiter zur Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen, das schon manche sozialistische Wettbewerbsinitiative unterlief (Peter Heumos für die CSR der 1950er Jahren), funktioniert durchaus auch in der kapitalistischen Zeit (Stefanie Solotych für juristische Probleme in Rußland, Aleksandr Čepurenko/Tatiana Obydčnnova für russische Kleinunternehmen, Christian Giordano/Dobrinka Kostova bzw. Ivanka Petrova für bulgarische und serbische Unternehmen).

Stefan Bollinger

Elizabeth C. Dunn: Privatizing Poland. Baby Food, Big Business and the Remaking of Labor, Cornell University Press, Ithaca and London 2004, 204 S.

Die Autorin, bei Erscheinen des Buches Assistant Professor für Geographie und Internationale Angelegenheiten an der Universität von Colorado, legt mit dieser Publikation ihre Dissertation vor. Gegenstand sind die Anfang der 90er Jahre erfolgte Privatisierung des Baby-nahrungsproduzenten „Alima“ im ost-polnischen Rzeszów und deren Folgen. Für ihre Arbeit weilte D. 1995 bis 1997 sechzehn Monate in Polen und in dem durch das US-Unternehmen „Gerber“ übernommenen Betrieb. Sie beschreibt in sechs Kapiteln, wie der „Weg zum Kapitalismus“ bei Alima-Gerber verlief und wendet sich solchen Themen wie Verantwortlichkeit, Korruption, Nischenmarketing, Qualitätskontrolle, Management, Arbeitsdisziplin und -organisation sowie dem „Remaking“ von Menschen, also deren durch die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bedingten Wandlungen zu. Sie sprach mit Arbeitern und Arbeiterinnen und gibt deren Meinungen wieder, verschweigt nicht die Widerstände, die z. B. die Gewerkschaften der Privatisierung entgegensetzten.

D. geht es in ihrer Arbeit aber um mehr als um die Vorgänge in diesem einen Unternehmen. Sie antwortet auf ihre eigene Frage, warum sie diesem kleinen, unbedeutenden, am Rande Polens liegenden Betrieb soviel Aufmerksamkeit gewidmet hat, daß die Erfahrung von Alima-Gerber „viel größere Fragen über die Transformation der staatssozialistischen Ge-

sellschaften (erhellte). Wie führte eine Gesellschaft eine massive ökonomische Veränderung in solch einer kurzen Zeit durch?“ (S.5). Generell ist für sie die polnische Entwicklung nach 1989 „einer der großen Erfolge der postsozialistischen ökonomischen Transformation“ (S.162). Die Untersuchung von D. erfaßt nicht mehr die Situation seit der Wirtschaftskrise in Polen Anfang des 21. Jh., was auch die Bibliographie zeigt, die kaum Titel nach 1999 aufweist.

Die Autorin ordnet die Entwicklung bei Alima-Gerber und generell in Polen nach 1989 aber auch in allgemeine Entwicklungen ein, wobei sie die Transformation in diesem Land und den anderen postsozialistischen Staaten als „Teil eines viel längeren Globalisierungsprozesses“ ansieht. Wie in Deutschland, in den Vereinigten Staaten oder in Japan „versuchen Politiker und Manager in Polen, den Sprung in eine flexiblere, ‚postfordistische‘ oder neoliberale Form des Kapitalismus zu machen“ (S.6f.). *Christa Hübner*

Die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig. Veröffentlichungen der Sächsischen Archivverwaltung, Reihe A: Archivverzeichnisse, Editionen und Fachbeiträge. Band 1 und Band 2. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium des Innern. In Kommission bei mdv Mitteldeutscher Verlag, Halle/Saale 2004, 721 S.

Mit dieser zweibändigen Veröffentlichung liegt erstmals in gedruckter Form die Gesamtübersicht aller Bestände des heutigen Sächsischen Staatsarchivs Leipzig vor. Hiermit haben die archivarischen Fachkräfte, die diese Übersicht anlässlich

des 50jährigen Jubiläums des Staatsarchivs Leipzig zusammengestellt haben, einen gewaltigen Schritt getan, um die verwahrten Unterlagen den Nutzern besser zugänglich zu machen. Dies ist umso wichtiger, als in den vergangenen Jahrzehnten das Interesse an den Archivalien, die die Geschichte Nordwestsachsens widerspiegeln, sprunghaft angestiegen ist.

Die Publikation enthält zunächst eine ausführliche Gliederung der Bestände, aus der durch farbliche Heraushebung bereits hervorgeht, welche Gliederungspunkte hier im Sächsischen Staatsarchiv nicht belegt sind. Register zu den Beständen und Provenienzstellen, Orten und Personen sowie ein Abkürzungsverzeichnis erleichtern die Benutzung. Eine Auswahlbibliographie der Literatur über das Staatsarchiv und seine Bestände, zur Geschichte Sachsens und des Regierungsbezirks Leipzig, zur Archivwissenschaft und den historischen Hilfswissenschaften sowie zu den vorhandenen Beständeübersichten und Archivführer vervollständigen die Publikation.

Den Hauptteil der zweibändigen Übersicht machen die Beständebeschreibungen aus, deren Qualität und Quantität variieren. Bei Redaktionsschluß umfaßte der Gesamtbestand etwa 22.000 lfm. Archivgut, das sind 2.000 Bestände mit Millionen von Archivalien. Diese sind – entsprechend der einheitlichen Tektonik des Sächsischen Staatsarchivs – in 15 Hauptgruppen gegliedert, die in sich wiederum klassifiziert sind. Jedem Bestand ist eine fünfstellige Bestandssignatur zugeordnet, die der Identifikation des Bestandes und des dazugehörigen Findhilfsmittels im Sächsischen Staatsarchiv dient. Hinweise auf den Inhalt des Bestandes erleichtern dem

Archivnutzer die Suche nach Überlieferungsschwerpunkten bzw. besonderen Dokumenten. Informationen zur Geschichte und Zuständigkeit des Bestandsbildners sind wie weitere Angaben für Recherche und für die Planung von Forschungsarbeiten von Nutzen. Der Bestandsübersicht ist ein Vorwort vorangestellt, das u. a. ihren Aufbau und den Gesamtbestand des Sächsischen Staatsarchivs und einen Blick in die Geschichte des Leipziger Hauses gewährt.

Ursel Herschel

Nachsatz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autoren und Autorinnen, Heft II des Jahrganges 2006 greift zwei historische Daten auf, die für die Arbeiterbewegung bedeutsam waren: Im Beitrag von Siegfried Prokop werden unmittelbare Folgen des XX. KPdSU-Parteitages 1956 behandelt; mit den Vorträgen von Wolfgang Beutin und Thomas Höhle gedenken wir des 150. Todestages des Poeten, Essayisten und Satirikers des deutschen Vormärz, Heinrich Heine. Darüber hinaus ist das Spektrum unserer Beiträge in Form und Inhalt erneut sehr breit. Stefan Berger beschäftigt sich mit dem Demokratiedefizit in der Arbeiterbewegung, und Ottokar Luban thematisiert basisdemokratische Vorstellungen Rosa Luxemburgs. Ryszard Marut liefert einen kommentierten Auszug aus Briefen eines polnischen Zwangsarbeiters. Elke Scherstjanoi erinnert an die komplizierte Landarbeiterfrage in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1949. Unsere Edition von Lenindokumenten gewährt diesmal Einblick in private Beziehungen Lenins zu engen Freunden.

Wir erinnern an die Möglichkeit, sich im Internet über das JahrBuch zu informieren: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de. Dort finden potentielle Autoren auch die Vorgaben für Textumfang und -gestaltung. Im Interesse kontinuierlichen Erscheinens der Hefte bitten wir, uns weiterhin mit wissenschaftlichen Beiträgen sowie in der Werbung für das JahrBuch zu unterstützen.

Das Jahresabonnement beträgt, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw.

35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto

Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank,

BLZ 100 900 00;

für unsere ausländischen Abonnenten:

BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin

Manfred Behrend (f), Dr., Berlin

Günter Benser, Prof. Dr., Berlin

Stefan Berger, Prof., Professor for Modern German and Comparative European History, The University of Manchester

Jürgen Birg, Berlin

Wolfgang Beutin, Dr., Privatdozent an der Universität Bremen, Schriftsteller

Stefan Bollinger, Dr. sc., Berlin

Kurt Finker, Prof. Dr., Potsdam

Arno Gräf, Dr., Berlin

José Gotovitch, Prof. Dr., Direktor Centre d'histoire et de sociologie des gauches, Université Libre, Brüssel

Paul Heider, Prof. Dr., Dresden

Ursel Herschel, Berlin

Erhard Hexelschneider, Prof. Dr., Leipzig

Wolfgang Heyn, Dr. sc., Bernau

Christa Hinckel, Berlin

Thomas Höhle, Prof. Dr. em., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Rainer Holzg, Dr., Berlin

Christa Hübner, Dr. sc., Berlin

Peter Hübner, Dr. sc., Projektbereichsleiter, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Gerd Kaiser, Dr., Berlin

Horst Klein, Dr. sc., Strausberg

Annelies Laschitzka, Prof. Dr., Berlin

Ottokar Luban, Berlin

Ryszard Marut, Chefredakteur, Ciechanów

Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin

Ines Mietkowska-Kaiser, Dr., Berlin

Winfried Morgenstern, Prof. Dr., Berlin

Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde

Florian Osburg, Prof. Dr., Berlin

Jutta Petersdorf, Dr. habil., Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin

Ulla Plener, Dr. sc., Berlin

Siegfried Prokop, Prof. Dr., Bernau

Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin

Elke Scherstjanoi, Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Berlin

Kurt Schilde, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Siegen

Günter Simon, Wandlitz

Gerhard Tietze, Prof. Dr., Bernau

Patricia Toucas-Truyen, Dr., La Rochelle

Jochen Weichold, Dr. sc., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Fritz Zimmermann, Prof. Dr., Berlin

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adressen der Redaktion:

– für die Zusendung von Beiträgen und Anfragen

redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

oder

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

– für Rezensionen, Annotationen u. ä.

rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

– für Bestellungen von Heften und Abos sowie Werbung

bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß: 13.4.2006